

Guido Zernatto

# Die Wahrheit über Österreich

Guido Zernatto

ehem. österr. Bundesminister und Generalsekretär der Vaterländischen Front

*Den Kameraden, die für Oesterreich gestorben sind.*

*Den Kameraden, die für Oesterreich in der Gefangenschaft leiden.*

*Den Kameraden, die in die Fremde vertrieben worden sind.*

*Allen, die an Oesterreich glauben.*

## Einleitung

In diesem Buch wird der Versuch unternommen, die Ereignisse in Oesterreich objektiv darzustellen. Ich weiss, dass es mir nicht immer gelungen ist, so objektiv zu bleiben, wie ich es gewünscht hätte. Man muss bedenken, dass ich die Niederschrift heimatlos und mittellos ohne wesentliche Behelfe in der Hast der Flucht zu machen gezwungen war. Man muss bedenken, dass die Nationalsozialisten meine Freunde und Kameraden verleumdet, in Not gestürzt, verfolgt und eingekerkert haben.

Man muss bedenken, dass das nationalsozialistische Regime wider besseres Wissen den Versuch unternommen hat, an mir einen Rufmord zu begehen, indem es mich als Millionendieb verleumdete. Diese Beschuldigung allerdings hebt sich von meiner Lage in so grotesker Form ab, dass ich manchmal, wenn ich mich in dem Raum, den ich bewohne, umsehe, trotz aller Bitternis, die mich erfüllt, in ein Gelächter ausbreche.

Ich schrieb dieses Buch – so viele Mängel es auch haben mag – mit blutendem Herzen, erfüllt von einer unbändigen Liebe zu meinem Vaterland, aus dem man mich vertreiben konnte, das ich aber nie aufhören werde zu lieben, zu lieben, zu lieben.

# Der letzte Rest von Europa

## Geographie als Universalwissenschaft

Es gibt keinen modernen Zeitungsartikel, keinen Aufsatz und schon gar keine politische Rede oder ein Buch, in dem nicht bis zum Ueberdruss das Wort »Raum« in den verschiedenartigsten Zusammensetzungen vorkäme. Man spricht von der Beherrschung des Raums, von Raumgestaltung, Ueberwindung des Raums und vom europäischen, amerikanischen, asiatischen Raum, vom Lebensraum und vom Volk ohne Raum.

Ein Begriff, dem man in den vergangenen Jahrzehnten kaum begegnet ist, taucht in einer Häufigkeit auf, die darauf schliessen lässt, dass er für die Menschen auf einmal ausserordentlich wichtig geworden ist. Freilich trägt das Wort »Raum« auch den Charakter eines Modewortes. Man gebraucht es gerne gedankenlos auch dort, wo man früher andere Vokabeln verwendet hat. Mit dieser Erklärung allein kommt man aber nicht aus. Es handelt sich um mehr. Der Raum, unter dem man jeweils einen Teil der Erdoberfläche, also Länder und Meere versteht, will als eine auf den Menschen bezogene Geographie aufgefasst werden. Man beginnt die Landschaft im Zusammenhang mit den Menschen zu betrachten und noch weitergehend, den Menschen nicht ohne Zusammenhang mit der Landschaft.

Im Bereiche der deutschen Wissenschaft gibt es eine Reihe von Gelehrten und Dichtern, die sich diese Betrachtungsweise zu eigen gemacht haben. Es handelt sich hier um eine wichtige, ja umstürzende Erscheinung in der Betrachtung des Menschen und der Welt, aus der sich viele Schlüsse ziehen lassen.

Der Mensch wird durch die Entwicklung der Technik aus seiner Stabilität – sagen wir ruhig noch einmal »Erdgebundenheit« befreit, er wird in einem bestimmten Mass vom Boden unabhängig. Aus der Gleichartigkeit der Lebensverhältnisse in den meisten Ländern des Abendlandes entsteht für den Einzelnen die Möglichkeit, seinen Lebensgewohnheiten an tausenden von geographischen Punkten in der gleichen Weise nachzugehen. Die Weltwirtschaft versorgt alle Länder mit Markenartikeln, Lebensmitteln, Kleidern, Vergnügungsstätten, Unterkünften und Unterhaltungsmitteln der gleichen oder überaus ähnlichen Art. Der Mensch findet überall, wohin er kommt, eine »gewohnte« Umgebung. Die Differenzen sind insbesondere im Bereiche der gleichen Nation ausserordentlich gering – er fühlt sich überall »daheim« – er wird durch die moderne Verkehrstechnik nicht etwa zum Nomaden, sondern zu einem der überall die gleiche Heimat findet, zum Weltbürger. Man gewöhnte sich daran den Menschen »freizügig« zu sehen, durch die Technik in die Lage versetzt, überall gleich – und wohl zu leben.

Die Landschaft andererseits war man gewohnt als ein politisches Herrschaftsterritorium, als Ertragsboden oder Oedland, auf jeden Fall aber innerhalb der politischen Machtgrenzen als käuflichen, veräusserlichen und belehnbaren Grund zu betrachten. Der Zusammenhang zwischen Mensch und Boden war in rein wirtschaftliche Bindungen aufgelockert. Freilich gab es ausserdem noch die Landschaft als Erholungsplatz, die Sommerfrische, das Reiseland, das Sportrevier. Aber die Beziehungen des Menschen zu diesen Erscheinungsformen der Landschaft standen zu ihm nur in einer mittelbaren Beziehung.

Das Erscheinen des »Raumbegriffs« als der Erkenntnis eines viel innigeren und sogar unlösbaren Zusammenhangs zwischen Mensch und Boden kündigt eine Wandlung in der Weltbetrachtung an, aus der lange noch nicht alle Konsequenzen gezogen sind. Wir stehen vor der Umwandlung des Weltbürgers in einen Patriot, der Umwandlung der Staaten in Vaterländer.

General Haushofer, ein deutscher Gelehrter, hat den Begriff der »Geopolitik« erfunden. Er will mit seiner Lehre beweisen, dass sich die Geschichte und die Politik, als künftige Geschichte, nach den Gesetzen des Raumes vollzieht.

Aufbauend auf die Lehren des berühmten Prager Germanisten Sauer, hat Josef Nadler eine »Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften« geschrieben, in der er die rein chronologische, wie die rein ideengeschichtliche Literaturbehandlung in den Hintergrund stellend, die landschaftliche und stammesmäßige Herkunft der deutschen Literatur beschreibt, die Werke der deutschen Literatur in ihrem Zusammenhang mit der Landschaft, in der sie entstanden sind oder aus der ihre Schöpfer stammen, darstellt.

Es ist leicht, die gleiche Lehre auf verschiedenen anderen Gebieten aufzustellen: dem Gebiet der Wirtschaft, der Kunst in allen Zweigen, der Baukultur, der Medizin u. v. a.

Es wird die Behauptung aufgestellt, dass das Land oder besser gesagt »die Landschaft« von ungeheurer Wirkung auf den Menschen ist, von einer Wirkung, der er sich auch durch die modernsten Errungenschaften der Technik nicht entziehen kann. Man beginnt in Europa die menschen- und charakterbildende Kraft der Landschaft zu begreifen. Die praktischen Schlussfolgerungen aus dieser Erkenntnis werden vielleicht erst nach einigen Jahrzehnten gezogen werden können. Es steht aber schon heute unumstösslich fest, dass sie einmal gezogen werden müssen.

Niemand wird leugnen, dass die Amerikaner in wenigen Jahrhunderten, aus allen Völkern zusammengewandert, unter Ausschluss der Farbigen zu einer Nation geworden sind, zu Menschen von grosser innerer Aehnlichkeit und gemeinsamen Grundzügen des Lebens. Diese Wandlung von Deutschen, Slaven, Romanen zu Amerikanern lässt sich nur aus der Einwirkung des Landes auf die Menschen erklären. Ein Freund sah bei seiner Ankunft in New-York zum ersten Mal die Wolkenkratzer und hörte die landläufige Erklärung für ihre Entstehung, die man auf den Raummangel der Halbinsel Manhattan zurückführt. Er erzählte mir, dass er im ersten Augenblick begriffen habe, dass diese Erklärung falsch sei. Diese Wolkenkratzer sind in ihrer Form Abbilder der Denkmäler der verschollenen uramerikanischen Kulturen, von denen uns nur rätselhafte Ruinen geblieben sind, – Neugestaltungen, die der Dämon der Landschaft in unserer Zeit neu erstehen lässt.

In Wien und seiner Landschaft sind ungewöhnlich viele und grossartige Werke der Musik entstanden. Es waren nicht nur Wiener oder Oesterreicher, deren Fühlen und Denken sich hier in unvergängliche Tonwerke umsetzte. Auch Fremden löste sich in dieser Landschaft das Herz. Beethoven, Brahms haben hier geschaffen. Der Genius loci? Ja, aber was ist der Genius loci? Ist er nicht das, was wir meinen: Der Geist der Landschaft?

Der bäuerliche Mensch, der an seine Scholle gebunden ist, gibt uns naturgemäss ein leichtes Beispiel. Seine Lebensweise ist abhängig von der Lage seiner Wirtschaft. Liegt sie hoch in den Alpen oder hoch im Norden, so reifen ihm nur wenige Arten von Getreide. Er betreibt je nach der Lage seines Besitzes Ackerbau oder Viehwirtschaft. Er hat je nach der Lage seines Bodens einen

langen harten Winter, einen kurzen Sommer, er ist Gewittern ausgesetzt oder bleibt von ihnen verschont, er hat steile oder bequeme ebene Felder. Alle diese Gegebenheiten haben ihren gewaltigen Einfluss auf die physische und psychische Gestaltung des Menschen. Nicht von heute auf morgen. Aber im Laufe von Generationen.

Hiebei wäre einzuwenden, dass auch die moderne, die technische Zeit mit ihren Fabriken, mit ihren Maschinen, ihren Büros und Grosstädten einen einheitlichen »technischen« Menschen geschaffen haben muss. Dass die durch die Technik herbeigeführte »Gleichschaltung« die Lebensverhältnisse in den Städten und in den Industriebezirken einen eigenen Typ zu schaffen im Stande gewesen sein musste. Den Menschen unserer Zeit. Den modernen Menschen, dessen Freizügigkeit wir früher beschrieben haben.

Diese Annahme ist nur zum Teil richtig. Die Technik war nur zu einem geringen Teil im Stande, den Menschen aus seiner Bindung mit dem Boden zu lösen. Man bedenke, dass wir kaum irgendwo einen Arbeiter in der dritten Generation finden. Der Boden aber entlässt die ihm zugehörigen Menschen nur an eine neue stärkere Bindung, nicht aber an eine so lose und so labile, wie es die Verhaftung des modernen Menschen an die Technik und an die Grosstadt ist.

Wir erleben in unseren Tagen das Phänomen der Wiederentdeckung des Bodens als schicksalshafte Kraft.

Deshalb dürfte es auch falsch sein aus den Theorien über die bloss rassenmässige Zusammensetzung des Menschen ein Weltbild zu entwickeln. Es zeigt sich, dass die Erde, auf der der Mensch lebt, geheimnisvolle Kräfte zu vermitteln im Stande ist, die wir nicht kennen. Kräfte, die stärker sind als die Erfindungen und Theorien des XIX. Jahrhunderts. Und es zeigt sich offenbar, dass die Seele des Menschen komplizierter ist als es manche Psychologen und Psychoanalytiker anzunehmen belieben.

Aus der Erkenntnis des Raumes als einer im Menschen wirksamen Kraft leitet sich für uns in Oesterreich die Unzulänglichkeit und Ueberlebtheit des nationalsozialistischen Volksbürgerstaates ab. Diese Erkenntnis führt, ins politische transponiert, geradewegs und exklusiv zum föderalistischen Staat, sie führt zur Ablehnung des Biologismus, wie man die hypertrophe Art des Materialismus nennt, zur Ueberzeugung, dass die Lösung der Fragen unserer Zeit letzten Endes davon abhängt, ob es gelingt, die labil gewordenen Menschen nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in ihrem Raum zu ordnen und ihnen die richtige Verbindung mit dem Grund und Boden zu geben.

Oesterreich ist klimatisch wie menschlich wohltemperiert, hat Hans von Hammerstein einmal gesagt. In einer angenehmen Mittellage (zwischen dem Kind Italien und dem Manne Deutschland, meint Grillparzer) besitzt es auf seinem Boden Hochgebirge, Mittelgebirge und Ebene. Von allen Extremen der Bodengestaltung führen sanfte Uebergänge zum Gemässigten und Mittleren. Gegen den Süden ist das Land durch hohe Bergketten abgesperrt, gegen Norden dachen sich die Alpen sanft ab – der Donaustrom weist nach dem Osten. Alle bedeutenden Flüsse des Landes strömen in fremdsprachiges Siedlungsgebiet. Die Erde hat reiche Schätze. In den Alpen wird Eisen, Blei, in kleinem Mass auch Kupfer und Gold abgebaut. Die Berge tragen bedeutenden Holzreichtum. Im Wiener Becken entstand in der Nähe der Metropole des alten Reiches eine vielfältige Industrie.

Die Oesterreicher leben etwa zur Hälfte in Städten. Das darf nicht über den bäuerlichen Grundcharakter des Nachkriegsstaates hinwegtäuschen. Der ungewöhnlich grosse Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerungszahl ist dadurch erklärlich, dass allein in Wien etwa 30 % der Gesamtbevölkerung Oesterreichs lebt.

Der nationalsozialistische Staat ist der Staat des Volkes ohne Raum. Sein Nationalismus ist programmatischer Art. Sein Patriotismus ist die Anhänglichkeit an eine weltanschauliche Doktrin.

Der Oesterreicher sieht den Staat als Ordnung der Verhältnisse zwischen Mensch und Raum. Sein Nationalismus steht in einem unlösbaren Zusammenhang mit seinem Land. Sein Patriotismus hat die Liebe zum Land, zum Vaterland als Ausgangspunkt.

Der Nationalsozialismus als Doktrin ist ein Ersatz für den echten Patriotismus, der sich, da ihm die Verbindung mit dem Boden verloren gegangen ist, in religiöse Spekulationen und Regimenter flüchtet.

Das Weltbild des Oesterreichers ist ohne sein Land nicht denkbar. Das Weltbild des Nationalsozialisten ist ohne Land denkbar.

Der »deutsche Volksgenosse« ist ein fiktiver Typ. Der Oesterreicher ist eine in einem wunderschönen Land tatsächlich lebende Realität.

Für den Nationalsozialisten gibt es das Gesetz des Blutes, für den Oesterreicher das Gesetz der Landschaft.

## Fünf Minuten Geschichte

Die Ordnung des Raumes zwischen Donau, Moldau und Theiss war die Aufgabe des alten Oesterreich. Weil Oesterreich nicht mehr ist, wird im Verlauf der kommenden Jahre der Streit in diesen Gebieten und um diese Gebiete nicht aufhören. Die Bildung von Nationalstaaten ohne bedeutende Minderheiten ist in Südosteuropa nicht möglich. Solange aber diese Minderheiten von irgend einer interessierten Grossmacht unter ihren Schutz genommen werden, wird an den Wirtshaustischen der Nachfolgestaaten europäische Politik betrieben, die Frage des Friedens in Europa entschieden werden. Wir werden – Zwischenlösungen vorbehalten – bald soweit sein, dass ein unkluger Lehrer, ein schneidiger Bürgermeister in einem Bezirk, den vorher niemand kannte, die Dorfburschen oder die Turnvereine von Novisad die Welt zum Erzittern bringen.

Es gibt für diese unruhige Lage zwei Lösungsmöglichkeiten: Entweder es übernimmt das deutsche Reich die absolute Herrschaft über Südosteuropa oder man schafft einen Ordnungs- und Friedensfaktor, der in sich stark genug ist, um die friedliche Entwicklung in diesem Raum zu garantieren.

Die Oberherrschaft des deutschen Reiches wird auf lange Sicht ohne Zweifel bestritten und bekämpft werden. Grenzziehungen sind in diesem Gebiet ausserordentlich schwer. Also wird es früher oder später im wohlverstandenen Interesse der europäischen Staaten und des deutschen

Volkes liegen, die Ordnung im südosteuropäischen Raum einem starken Ordnungsfaktor zu übertragen.

Wir sprechen bei einer nüchternen Betrachtung der Zukunft des Raumes zwischen Moldau und Donau offenbar von der Konstruktion eines Staates oder Staatenbundes – eines Bundes von Nationen, der eine ganz bestimmte Aehnlichkeit mit dem ehemaligen grossoesterreichischen Staatswesen besitzen würde.

Bei dieser Spekulation ist die Möglichkeit einer reinen Machtpolitik von Seite des deutschen Reiches nicht in Betracht gezogen. Die Auswirkungen einer solchen Politik führen entweder zur unbestrittenen Herrschaft des deutschen Reiches über Europa, bei der Siedlungs- und Nationalitätenfragen keine Rolle spielen, oder zu einer neuerlichen Zertrümmerung des deutschen Reiches. Einen Mittelweg gibt es nicht.

Wir haben gesagt, dass eine der Hauptschwierigkeiten des Raumes, um den es sich handelt, darin besteht, gerechte und haltbare Grenzen zu ziehen. Aus der Erkenntnis der Notwendigkeit einer gesicherten Grenze ist Oesterreich einst entstanden.

Im Jahr 996 findet sich zum ersten Male in der Geschichte der Name »Oesterreich«, es hiess in der Urform »Ostarichi«, was soviel bedeutet, wie Reich im Osten. Man verstand unter dieser Bezeichnung das Land, das zwischen den Flüssen Enns und Leitha liegt, das etwa tausend Jahre lang Oesterreich hiess, im Jahre 1938 aber von Adolf Hitler auf Niederdonau umbenannt wurde.

Der deutsche Kaiser Otto II. übergab dieses Grenzgebiet einem Grafen von Babenberg aus altem ostfränkischem Geschlecht zur Verwaltung.

Die Babenberger aber verwalteten das Land nicht nur, sie verteidigten es gegen die Anstürme die von Osten gegen das Herz Europas heranbrandeten.

Dieser Babenberger Hof in Wien wurde der Mittelpunkt reichen geistigen Lebens. Hier hat Walther von der Vogelweide gesungen, Reinmar der Zweter, Striker, Neidhart von Reuenthal. In dieser Welt der Babenberger hat ein unbekannter Dichter des Landes das Nibelungenlied, das gewaltigste Nationalepos der Deutschen aufgeschrieben.

Unter Heinrich Jasomirgott wird der Zusammenhang mit dem Bayrischen Stammesherzogtum gelöst und Oesterreich wird ein eigenes Herzogtum, seine Fürsten reichsunmittelbare Herren.

Im Jahre 1273 wurde Rudolf von Habsburg zum deutschen Kaiser gewählt. 1282 belehnte er seine Söhne mit Oesterreich und Steiermark. Damit trat das Haus Habsburg seine Herrschaft über Oesterreich an, die es bis zum Jahr 1918, also 636 Jahre ausübte.

Ein Familienvertrag, der am 18. November 1364 errichtet worden war, bestimmte, dass alle Herzoge den gleichen Titel führen und ihre Länder und Güter gemeinsam besitzen sollten, allerdings wurden dem Aeltesten bestimmte Vorrechte eingeräumt. In diesem Jahre ging also der Name Oesterreich auf das Gesamthaus der Habsburger über, das von nun ab »Haus Oesterreich« hiess. Das Haus Oesterreich übertrug nun diesen Namen, der ursprünglich dem kleinen Ländchen gebührte, in dem auch Wien liegt, auf alle Gebiete, über die es herrschte. Das ursprüngliche Land Oesterreich blieb aber der Ausgangspunkt der Habsburgischen Macht.

Die geographische Lage dieses Ausgangspunktes bestimmte das, was man später mit den Namen »habsburgische Hausmachtpolitik« bezeichnete. Man vergisst im Zeitalter der Eisenbahnen, Autostrassen und Flugzeuge allzuleicht, dass in jenen frühen Zeiten die Verwurzelung eines Herrscherhauses mit dem Grund und Boden eine viel innigere war, als wir es uns heute vorstellen können. Die habsburgische Hauspolitik war Raumpolitik, organische Raumpolitik im modernsten Sinn. Es ist deshalb unzutreffend, wenn man der Politik des Hauses Oesterreich ein anderes Gesetz in der Grundlinie unterlegt als das ewige Gesetz des Raums, das durchaus nicht erst im zwanzigsten Jahrhundert erfunden worden ist.

Ferdinand I., der die Wahl zwischen Wien und Prag hatte, wählte Wien zu seiner Residenzstadt aus geopolitischen Gründen.

Die Vereinigung der drei Ländergruppen: Oesterreich, Böhmen und Ungarn wurde von Böhmen, von Ungarn und von Oesterreich aus, angestrebt. Als eine Vision der künftigen Grösse vereinigte zuerst, was schon sein grosser Vorgänger Rudolf IV., der Stifter angestrebt hatte, Albrecht V., der auch deutscher König war, den ganzen Raum für die Dauer von zwei Jahren.

Im Jahr 1515 verband sich das Haus Habsburg mit der Dynastie der Jagellonen, die Böhmen und Ungarn beherrschte. Kaiser Maximilian I., »der letzte Ritter«, hatte als Erzherzog die Tochter des Herzogs Karl des Kühnen, die Erbin von Burgund geheiratet; durch diese Hochzeit kam Habsburg in den Besitz von Burgund. Durch die Hochzeit des Jahres 1515 erwarb das Haus Oesterreich den Anspruch auf die Herrschaft in den Königreichen Böhmen und Ungarn. Man prägte den Spruch, der bis heute lebendig geblieben ist: *Bella gerant alii, tu felix Austria nube!*

Im Jahre 1526 wurde der ungarisch-böhmische König Ludwig II. aus dem Hause der Jagellonen von den Türken vernichtend geschlagen und ertrank in den Sümpfen von Mohacs. Auf Grund des von Kaiser Maximilian I. geschlossenen Erbvertrages übernahm nun das Haus Oesterreich die Herrschaft über Böhmen und Ungarn.

Vorerst begründeten die Habsburger eine Union, die die drei Länder Oesterreich, Böhmen und Ungarn unter einem gemeinsamen Herrscher vereinigte. Die Habsburger waren bestrebt die Kräfte dieser drei Länder auf einer gemeinsamen Linie zu sammeln. Deshalb vereinheitlichten sie alle jene Behörden, die zur gemeinsamen Verteidigung der neuen Macht notwendig waren, also die militärischen und finanziellen Verwaltungsstellen.

Das Haus Habsburg, die Casa d'Austria, erlebt in ihrem deutschen und ihrem spanischen Zweig in den kommenden Jahrhunderten Weltherrschaft, Kampf, Niedergang und Wiederaufstieg.

Die Geschichte bringt es mit sich, dass das Haus aus Reformation und Gegenreformation und dem langen Krieg mit neuen Aufgaben in die neue Zeit eintritt. Als »dux generalis Christianorum natus«, wie Gottfried Wilhelm Leibnitz, der Philosoph, den Kaiser nennt, hat er die Aufgabe, die christlich-abendländische Kultur im Osten zu verteidigen.

Das türkische Heer erscheint 1683 vor Wien an den Toren des Abendlandes, bereit Europa bis in den Westen zu überfluten. Die Stadt hält unter dem Kommando des Grafen Rüdiger von Starhemberg dem Ansturm stand.



In den folgenden Jahren eroberte der Kaiser, mit Ausnahme des Banats, ganz Ungarn und Siebenbürgen.

Für Oesterreich brach eine Zeit des Glanzes und der Herrlichkeit an. Wien ist der Mittelpunkt Europas geworden. Hier residiert der Kaiser und hält Hof nach spanischem Zeremoniell, hier sitzen die Behörden des Reiches mit ihren Beamten, hier die böhmischen, ungarischen, italienischen und niederländischen Kanzleien. In Wien trifft sich die Welt. Es ist kein Wunder, dass dieses internationale Leben, das für Jahrhunderte seinen Sitz in Wien hatte, dem Gesicht der Stadt, dem Gesicht des Landes seinen Stempel aufdrückte.

Die Tochter Karls VI., die grosse Kaiserin Maria Theresia, die Mutter Josef II. und Mutter zugleich der unglücklichen Marie Antoinette verteidigte ihr Land gegen die neuaufsteigende Macht Preussens.

Vierzig Jahre von 1740 bis 1780, hat die grosse Kaiserin regiert. Aber was waren das für vier Jahrzehnte! Obwohl sie sieben Jahre lang in einen erbitterten Krieg gegen den Preussenkönig verstrickt war, geschahen im Bereiche der Monarchie Wunderwerke der Verwaltungsreform, des staatlichen Aufbaus, der Kolonisation, der deutschen Siedlung, der Kultur. Die Wurzeln des kulturellen Lebens im Gebiet von Südosteuropa, das kann auch heute noch ohne Uebertreibung gesagt werden, gehen von Maria Theresia aus. Auf dem Boden, den sie bereitet hat, entstanden die nationalen Eigenkulturen der kleineren Völkerschaften, die in der alten Monarchie vereinigt waren. Schulen wurden gegründet, Flüsse reguliert, Kanäle gebaut, das Land entsumpft, Urwälder gerodet, der Ackerbau gefördert, Industrien begründet. In Ungarn, Siebenbürgen, der Bukowina, in Böhmen, Mähren, Galizien, in Kroatien und Slavonien wurde von Maria Theresia eine der bedeutsamsten Kulturleistungen der Menschheitsgeschichte vollbracht, während der König von Preussen das österreichische Schlesien eroberte.

Im Wien der Kaiserin Maria Theresia wirkten und schufen Haydn und Mozart. In ihren Ländern wuchs Bildung, Kunst, Wissenschaft und Wohlstand.

Ihr Sohn Josef II. war von den neuen Ideen in der Welt begeistert. Er war seiner Zeit voraus und manches Wort, das er gesprochen hat, zeugte von der Grösse seines Weltbildes.

»Die deutsche Sprache ist die Universalsprache des Reiches. Ich bin Kaiser des deutschen Reiches, demzufolge sind die übrigen Staaten, die ich besitze Provinzen, die mit dem ganzen Staat in Vereinigung einen Körper bilden, wovon ich das Haupt bin.«

Josef II. setzte die Kulturarbeit seiner Mutter fort. Wenn auch die grosszügigen Reformen, die er plante und in Angriff nahm, nicht zu einem glücklichen Ende kamen, so bleibt er doch eine der interessantesten Herrschergestalten der Geschichte.

Napoleon I. zertrümmerte die staatliche Organisation Mitteleuropas. Nur die österreichische Monarchie bot ihm gewaltigen Widerstand. Gegen die alles erfassende Idee des napoleonischen »sacrum romanum Imperium« stand allein die von Oesterreich repräsentierte Reichsidee. Im Jahre 1804, als Deutschland in sich zerfallen, ein Spielball der napoleonischen Politik geworden war, proklamierte Franz I. das Kaisertum Oesterreich. Dieses Kaisertum Oesterreich übernahm das Erbe des römischen Reiches. 1806 erklärte Kaiser Franz das Imperium romano-germanicum für erloschen. Das Imperium romanum macht dem Imperium austriacum Platz. Erzherzog Karl, der

Sieger von Aspern, ist der Nationalheld der deutschen Nation. Der Oberkommandierende in der Schlacht bei Leipzig ist der österreichische Fürst Karl Schwarzenberg, sein Generalstabchef jener Radetzky, von dem Grillparzer später sagte: »In Deinem Lager ist Oesterreich«.

In Wien tagte 1814/15 der Kongress, der die nachnapoleonische Welt neu gestalten sollte. Vor der Tür des Saales, in dem der Wiener Kongress verhandelte, ist am 25. Juli 1934 Engelbert Dollfuss von Angehörigen der nationalsozialistischen S.S. ermordet worden.

Die geistigen Grundlagen des XIX. Jahrhunderts, die revolutionären Ideen von 1789, setzten sich in Oesterreich nicht durch. Die liberalen Ideen, die zum Siege des Bürgertums über die konstitutionelle Macht führen sollten, aus denen sich in notwendiger Folge der Sozialismus und der Herrschaftsanspruch der arbeitenden Klasse ableiteten, fanden im Oesterreich des Kaisers Franz und des Fürsten Clemens Lothar Metternich vorerst keinen Raum.

Das hat man der österreichischen Monarchie bis in die letzte Zeit zum Vorwurf gemacht. Man vergisst dabei, dass diese Ideen, aus kulturell reifen Nationen hervorgegangen, nicht auch in der gleichen Weise auf alle Völker Anwendung finden konnten, die in der österreichischen Monarchie vereinigt waren. Die staatliche Gestaltung, die einer ihrer selbst bewussten und erwachsenen grossen Nation ansteht, passt nicht in der gleichen Weise für junge, erst um ihr eigenes Kulturbild und Kulturbewusstsein ringende kleine Völkerschaften. Man kann einen Zehnjährigen nicht das lehren, was man von einem Zwanzigjährigen billigerweise verlangen kann. Eine Durchsetzung der Völkerschaften der österreichischen Monarchie mit revolutionären Ideen des XIX. Jahrhunderts hätte die Zertrümmerung der österreichischen Monarchie zu einer Zeit mit sich gebracht, in der Europa diesen Staat am notwendigsten brauchte.

In den Büchern der Menschheitsgeschichte wird nicht der den letzten Ruhmeskranz erhalten, der eine neue Idee früher angenommen hat, sondern der, der klug abwägend diese Idee den Verhältnissen seiner Umgebung anzupassen verstand und auf den Frieden, den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg mehr bedacht war, als auf die sture Durchführung eines neuen Prinzips.

Im Jahre 1848 brach in Paris, Berlin, Wien, Prag, Italien und Ungarn die Revolution aus. Unter dem Banner des Liberalismus marschierten alle, die ihre eigenen Sonderziele durch die revolutionäre Idee verwirklichen zu können glaubten, hinter einer von hohen Idealen erfüllten Jugend. Die Revolution in Oesterreich führte zur Gefährdung des staatlichen Zusammenhalts. Garibaldi entrollte in Italien die Fahne des einigen Italien, Kossuth entflammte die Massen in Ungarn.

Am 2. Dezember 1848 bestieg ein achtzehnjähriger Jüngling den österreichischen Thron: Franz Josef I.

In der Paulskirche zu Frankfurt am Main wählte die deutsche Nationalversammlung, an der auch österreichische Abgeordnete teilnahmen, Erzherzog Johann von Oesterreich zum deutschen Reichsverweser. Aber dieses Deutschland der Paulskirche hatte keine Macht, es zerbrach am Willen Preussens, die Vormacht in Deutschland für sich zu erobern.

1866 besiegte Preussen Oesterreich auf den böhmischen Schlachtfeldern, auf denen schon hundert Jahre vorher zwischen Preussen und Oesterreich gekämpft worden war.

In diesem Jahr verlor Oesterreich auch seine italienischen Besitzungen, wiewohl es zu Lande bei Custoza und zur See bei Lissa über die Italiener gesiegt hatte.

Auch in dieser Zeit der grössten Spannungen und mannigfachen Schicksals waren Wien und Oesterreich wieder durch Jahrzehnte der Mittelpunkt reichen kulturellen Lebens. In Wien lebte Schubert, schuf Beethoven, dichtete Grillparzer. Nach Wien zog es Brahms und Hebbel. Hier steht das erste Modell einer Schreibmaschine. Senefelder erfand den Steindruck, Negrelli erdachte den Suezkanal, Siegfried Marcus das Benzinauto, Ressel die Schiffsschraube, Ghenga erbaute die erste Bergbahn über den Semmering. Auer von Welsbach erdachte das Gasglühlicht, Madersberger die Nähmaschine, Lieben später die Verstärkerröhre, die die grossartige Entwicklung des Rundfunks möglich machte.

Die francisco-josephinische Epoche brachte Wien, das ewig junge, zu neuer Blüte. Die medizinische Schule, an der ein Billroth wirkte, erlangte Weltberühmtheit. Durch Eisenbahnbauten wurden die Länder der Monarchie noch enger miteinander verbunden, der Staat wurde zur idealen Wirtschaftseinheit eines autarken Körpers.

Unter dem Druck der Ereignisse des Jahres 1866, wurden im Jahre 1867 wesentliche Veränderungen im Gefüge der Monarchie durchgeführt. Das Königreich Ungarn erhielt eine selbständige Stellung, das Reich führte von nun ab den Namen »Oesterreichisch-Ungarische Monarchie«. Der Wirkungskreis des Reichsrates wurde erweitert. Die österreichische Reichshälfte – »Cisleithanien« und die ungarische Reichshälfte – »Transleithanien« erhielten gesonderte Regierungen, an deren Spitze je ein Ministerpräsident stand. Gemeinsam wurden die Aussenpolitik, die Landesverteidigung und die damit im Zusammenhang stehenden Finanzen verwaltet. Sie unterstanden k.u.k., das heisst gemeinsamen Ministerien.

In dieser Zeit verstärkten sich die Nationalitätenkämpfe, die die Monarchie nicht mehr zu einem befriedigenden Abschluss bringen konnte. Die Nationalitätenfrage beschäftigte die Parlamente des alten Oesterreich durch viele Jahrzehnte. Alle Völker, die in der Monarchie vereinigt waren, suchten die Selbständigkeit, wenn auch unter der Krone Habsburgs zu erlangen. Das hätte zu einem föderativen Staatswesen geführt, in dem die einzelnen Völker ihr nationales Leben hätten frei entfalten können. Allerdings machten sich verschiedene andere Staaten diese Autonomiebestrebungen innerhalb der Monarchie zu Nutze und unterstützten irredentistische Bestrebungen, die die Losreissung grösserer oder kleinerer Teile der Monarchie anstrebten.

Die Polen sehnten sich begreiflicherweise nach der Wiederherstellung ihres eigenen Staates, der im XVIII. Jahrhundert zwischen Preussen, Russland und Oesterreich aufgeteilt worden war. Unter den Serben, Kroaten und Slovenen bestand die Tendenz, einen eigenen südslavischen Staat zu bilden. Ein Teil stellte sich diesen Staat unter der Regierung Habsburgs vor, ein anderer als Republik, ein dritter unter der Regierung des serbischen Königshauses. Diese letztere Gruppe erfreute sich natürlich der Unterstützung der serbischen Regierung, die ihrerseits im Russland des Zaren einen starken Rückhalt besass. Die Rumänen Ungarns wollten eine Vereinigung mit Rumänien, die Italiener in Triest und Trient strebten nach dem Anschluss an Italien. Die Tschechen strebten nach der Gründung eines eigenen Staates.

Jede nationale und nur nationale Bewegung leitet aus der Geschichte des Volkes, dem sie angehört, Forderungen territorialer Art ab, die sich auf fremdnationales Gebiet beziehen. So verlangten die Tschechen deutsches und ungarisches, die Polen deutsches und ruthenisches, die Italiener deutsches

und slovenisches, die Serben deutsches und ungarisches Siedlungsgebiet für ihren Autonomiebereich.

Auch unter den Deutschen machten sich irredentistische Bestrebungen bemerkbar. Die alldeutsche Bewegung schwärmte für ein grossdeutsches Reich. Das deutsch-liberale Bürgertum, das lange die tonangebende Rolle gespielt hatte, wurde von den »Deutschnationalen« abgelöst, deren Führer Georg v. Schönerer war. Die katholisch-konservative wich der »Christlichsozialen Partei«. Gegen das Ende der achtziger Jahre begann der Aufstieg der Sozialdemokraten.

Im Jahre 1907 wurde in Oesterreich das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt, das bei den Reichsratswahlen des gleichen Jahres den Sozialdemokraten und Christlichsozialen grosse Erfolge brachte.

Am 28. Juni 1914 besuchte der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand die bosnische Hauptstadt Sarajewo. Dieser Erzherzog Franz Ferdinand stand im Rufe eines klugen und energischen Mannes, der ganz bestimmte Pläne für eine Reform der Monarchie verwirklichen wollte. Er galt als Freund der Slaven und als Gegner des integralen Ungartums. Seine Absichten gingen dahin, den slavischen Völkern der Monarchie eine verbesserte und selbständige Stellung zu geben. Diese Pläne stiessen auf den Widerstand der grosserbschen Politik, die dadurch ihre Ambitionen auf Kroatien und Slovenien bedroht sah. Mitglieder einer serbisch-nationalen Verschwörerorganisation ermordeten den Erzherzog und seine Gemahlin.

Damit war das Signal zum Ausbruch des Weltkrieges gegeben. Eine neue, für Oesterreich unselige Epoche nahm ihren Anfang.

Am 16. Oktober 1918 erliess Kaiser Karl, der in der Verbannung gestorben ist, ein Manifest, das die Grundlagen für die Errichtung eines Bundesstaates proklamierte. Aber es war zu spät.

## Rassen, Völker, Sprachen, Bräuche

Ebensowenig, wie das Volk irgend eines grossen europäischen Staates, entstammen die Oesterreicher einem einheitlichen Rassentypus. Elemente der nordischen, der ostischen, der dinarischen, der westfälischen Rasse leben in allen Teilen des Landes seit Jahrhunderten nebeneinander. Die Lage zwischen dem italienischen und slavischen Süden einerseits und dem slavisch-magyarischen Osten andererseits begünstigte die Rassenmischung in besonderer Form. Dazu kam die jahrhundertelange Vereinigung vieler Völkern in einem grossen Reich, die beliebte Verlegung der Garnisonen in anderssprachiges Gebiet, das dem Oesterreicher seit altersher innewohnende Verständnis für anderes, benachbartes Volkstum. Während Vorarlberg wenig Mischungen und Veränderungen zeigt und seinen alemannischen Stamm unverseht bewahrte, spielten in das tirolische Volkstum, wenn auch geringe, romanische Elemente, ein Zeugnis dafür, dass das Land durch viele Jahrhunderte südlich von Salurn einen italienischen Bevölkerungsanteil besass, der sich in kleinen Prozentsätzen assimilierte. Das Land Salzburg, erst seit dem XIX. Jahrhundert zu Oesterreich gehörig, besitzt eine rein deutsche Bevölkerung. Kärnten, das südlichste Bundesland des österreichischen Staatswesens, führte nach dem Weltkrieg noch einen Sonderkrieg, um das Territorium südlich der Drau, in dem neben den Deutschen etwa 20.000 bis 30.000 Slovenen leben. Am 10. Oktober 1920 fand ein Plebiszit statt, das für die weitere Zugehörigkeit

dieses Gebietes zu Oesterreich entschied. In der Südsteiermark, die durch den Frieden von St. Germain an Jugoslawien fiel, leben ebenfalls Slovenen. Die heutige Steiermark ist indessen rein deutsch, wenn auch die bodenständige Bevölkerung einen nicht geringen Anteil assimilierter Slovenen, ebenso wie Kärnten aufweist.

In Oberösterreich und Niederösterreich, die rein deutsch besiedelt sind, machte sich in den vergangenen Jahrzehnten eine geringe tschechische Siedlungstätigkeit bemerkbar. Im Burgenland, der Heimat Haydn's und Liszt's, erst durch den Friedensvertrag von St. Germain von Ungarn an Oesterreich abgetreten, leben bunte Völkerschaften nebeneinander. Der Hauptanteil der Bevölkerung wird von deutschen Heidebauern, den sogenannten Heinzen, gestellt. Neben ihnen lebt, Zeugen der jahrhundertelangen ungarischen Herrschaft, eine geringe Zahl von Magyaren, etwa 20.000 Kroaten und etwa 6.000 bodenständige Juden. In Eisenstadt, der Hauptstadt des Burgenlandes, bestand noch ein Ghetto, das an Samstagen von den Juden mit einer Kette gegen die Stadt abgesperrt wurde. Besonders zahlreich sind in diesem Lande die Zigeuner, die etwa 6.000 bis 7.000 Köpfe zählen und sich ungemein stark vermehren. In der letzten Zeit bildete die Zigeunerfrage im Burgenland ein ernstes Problem, denn es war so weit, dass dieses sonderbare, jeder beständigen Arbeit abgeneigte Volk in einzelnen Gemeinden an die Majorität kam und den Bauern durch die Armenlasten, Diebstähle und nicht zuletzt durch die Gebärfreudigkeit ihrer Mädchen und Frauen und die daraus entstehenden Alimentationslasten ernste Existenzsorgen bereiteten.

Hitler hat Wien einmal das »Rassenbabel« genannt. Tatsächlich ist diese Stadt das Hauptzentrum der Rassenmischung in Mitteleuropa gewesen. Wien hat etwa 1.900.000 Einwohner. Mit der geringen Ausnahme von etwa 20.000 Tschechen bekennen sich alle Wiener zur deutschen Muttersprache. Der jüdische Anteil an der Wiener Gesamtbevölkerung ist schwer feststellbar, weil nur Religionszählungen vorhanden sind. Nach verlässlicher Schätzung dürften im Frühjahr 1938 etwa 250.000 bis 300.000 Juden in Wien gelebt haben.

Die jüdische Mischung war in den mittleren und oberen Gesellschaftsschichten sehr häufig. Es fehlen aber verlässliche Ziffern.

In der Zeit vor dem Krieg ergänzte und vergrößerte sich die Wiener Bevölkerung aus den Gebieten der heutigen Tschechoslovakei und Ungarns. Die Vorfahren eines Grossteils der Wiener Bevölkerung dürften aus dem Gebiet der heutigen Tschechoslovakei zugewandert sein. Es handelt sich um ein kleines Kontingent von Deutschböhmen, Mähren und Schlesiern (für die man nach dem Krieg den Namen »Sudetendeutsche« geprägt hat) und um ein größeres Kontingent von Tschechen und Slovaken, die sich sehr schnell germanisierten und zum nicht geringen Teil in der ersten und zweiten Generation Anhänger der alldeutschen und grossdeutschen Ideologie wurden. Der Strom der »böhmischen Auswanderung« ergoss sich auf dem Weg über Wien auch in die Alpenländer. Die Deutschen Böhmens schoben insbesondere ihren Ueberschuss an Intelligenz in das Alpenland, wo keine Ueberzahl von Intellektuellen vorhanden war, ab. Diese deutschböhmischen Beamten, Lehrer und Akademiker sind die Agenten und Stützpunkte des Liberalismus und des alldeutschen Gedankens in den Alpen geworden.

Neben dem starken, der Herkunft nach deutschböhmischen und tschechischen Anteil der Wiener Bevölkerung spielten die Ungarn, Kroaten, die Italiener, Ruthenen und Polen eine verhältnismässig geringe Rolle. Freilich ist das Vorhandensein all dieser Völkerschaften in der deutschen Einwohnerschaft Wiens vorhanden und feststellbar.

Aus dieser Mischung entstand auf dem ungeheuer stabilen und aufnahmefähigen deutschen Stammesboden der Typ des Wiener, der kein schlechterer, sondern ein universellerer Deutscher ist als der Binnendeutsche.

Nach dem Weltkrieg hörte der trennenden Staats- und Wirtschaftsgrenzen wegen der Zustrom aus dem Nordosten, Osten und Südosten mehr oder weniger auf. Dafür strömten viele Alpenländer in die Hauptstadt ihres kleingewordenen Vaterlandes. Das, was sich in den letzten Jahren in dieser Hinsicht vollzog, war eine beginnende geistige Neubesiedlung der alten Metropole an der Donau. Diese alpenländischen Kräfte weckten in der Grosstadt neues Verständnis für ihre engere Heimat und ihr Volkstum. »Alpenländisch« wurde modern. Der neue alpenländisch gefärbte österreichische Patriotismus gab dem Charakter der Stadt Wien auch eine neue Nuance. Man trug alpenländische Trachten, entdeckte die Schönheit der Volkslieder und Volkstänze wieder. Zu Beginn des Jahres 1938 standen wir erst am Anfang dieser Bewegung. Unter den neuen Verhältnissen dürften die Voraussetzungen für ihre Weiterentwicklung nicht mehr gegeben sein. Der Nationalsozialismus hat kein Ohr für die geheimen Kräfte des Volkstums. Er ist nicht »volkstümlich«, sondern »heldisch, militärisch«, er will nicht die Reife der Einzelkräfte, die sich in bunter Fülle ergänzend, das Bild der grossartigen deutschen Kultur darstellen, er will die Durchsetzung eines Zentralprogramms, er sieht nicht die Vielfalt der Blumen auf seiner grossen Flur, sondern nur das gleiche Gras.

## Der österreichische Mensch

Der Kampf um Oesterreich ist national gesehen der Kampf gegen die These Adolf Hitlers, dass jeder Deutsche ein Nationalsozialist und wer nicht Nationalsozialist, kein Deutscher sei.

Der Oesterreicher steht auf dem Standpunkt, dass die Zugehörigkeit zu einem Volk, zu einer Nation, nicht von der Sonderzugehörigkeit zu einer Partei abhängig gemacht werden kann. Wer sich zum Nationalsozialismus bekennt, muss noch lange nicht Deutscher sein, auch wenn er Arier und Parteigenosse ist. In meiner Heimat, in Kärnten, gibt es Nationalsozialisten, deren Muttersprache Slovenisch ist und die das Deutsche nur mühsam und fehlerhaft beherrschen. Ich kenne einen Nationalsozialisten in Wien, der jetzt Professor für die deutsche Sprache ist, sogar deutsche Bücher schreibt, der in seiner Jugend mit seinem Vater nur tschechisch sprechen konnte, weil sein Vater, ebenso wie die Mutter, Tschechen waren. Ich kenne eine Unzahl von gewaltig »böhmakelnden« Nationalsozialisten, die sich im Bereich des Deutschen benehmen wie Neureiche in guter Gesellschaft.

Das Ideal des grossdeutschen, nationalsozialistischen Reiches ist die mechanische Einheit. Die Parole sagt »Ein Volk, ein Reich, ein Führer«.

Das Ideal des Oesterreichers ist ein organisches Zusammenwirken von historisch gewachsenen Teilen, zu einem sinnvollen und mächtigen Ganzen.

Das nationalsozialistische, grossdeutsche Reich sieht das Volk als einheitliches und einförmiges Kollektiv, als Summe der gleichen Einzelindividuen, aus denen es sich nach seiner Auffassung zusammensetzt.

Der Oesterreicher sieht die Gemeinschaft aus Gruppen zusammengesetzt, die aus der Nachbarschaft des Geistes, der Siedlung und des Berufes zusammengewachsen sind.

Das grossdeutsche nationalsozialistische Reich teilt sich in Gaue, die lediglich die Aufgabe haben, einheitliche Verwaltungs- und Regierungsgrundsätze in ihrem Bereiche durchzusetzen.

Der Oesterreicher sieht in der Zentralgewalt die Stelle, an der die Bedürfnisse und Fähigkeiten der natürlichen Teile erkannt und zum Wohl des Ganzen geführt werden.

Der Nationalsozialist ist Zentralist, der Oesterreicher Föderalist.

Der Nationalsozialist sieht das Volk als Armee. Jemand hat einmal gesagt, Preussen sei eine Armee, die ein Land habe.

Der Oesterreicher hat vor allen Dingen das Land und um des Landes willen erst eine Armee.

Der Nationalsozialist braucht einen Führer, der seinen Willen durch eine Hierarchie von Unterführern durchsetzt. Ein Kommando.

Der Oesterreicher braucht die Hilfe des Ganzen zur Leistungssteigerung des Einzelnen und zur Vergrößerung des Wohlseins des Einzelnen.

Das nationalsozialistische grossdeutsche Einheitsreich hat den französischen Zentralstaat zum Vorbild.

Der Oesterreicher sieht als Vorbild die deutsche Tradition.

Der Nationalsozialist hat einen Führer und ein Programm.

Der Oesterreicher hat ein Vaterland und ein Gefühl.

Dieses Vaterland und dieses Gefühl müssen näher beschrieben werden. Das Vaterland ist vor allen Dingen kein nationaler Einheitsstaat, sondern ein Reich. In der Zeit seiner letzten Grösse lebten in Oesterreich mehr als zehn Völkerschaften nebeneinander. Was sie beieinanderhielt, war das Symbol der Krone. Dieses Symbol verhies ihnen Schutz, Gerechtigkeit, Kultur und Wohlfahrt. Das Beieinanderleben vermittelte ihnen gegenseitige Kenntnis und gegenseitiges Verstehenlernen. Diese gegenseitige Kenntnis erweiterte nicht nur den Gesichtskreis der Völkerschaften, bei denen die Bildungsinstitutionen des grossen Reiches erst die Grundlagen für eigenständige Kulturen schufen. Sie bildete auch aus dem deutschen Oesterreicher einen Menschentyp, der sich ob seines Gesichtskreises und der Kenntnis und Achtung, die er von Charakter, Lebensweise und Kultur der andersnationalen Mitbürger seines grossen Staates empfangen hatte, nicht zuletzt auch wegen der Rassenmischung, die das Nebeneinanderleben schuf, vom Deutschen im Reich um Einiges unterschied.

Das alte Oesterreich war ein übernationaler Staat. Er hat vielen kleinen Völkern des südosteuropäischen Raumes ein gemeinsames Symbol gegeben und das zustande gebracht, was man heute die Ordnung in Zentraleuropa nennt. Hat diese österreichische Ordnung in Zentraleuropa dem deutschen Volk, insbesondere in der grossen Schicksalsprobe des Weltkrieges genützt oder

geschadet? Hat man in Westeuropa seit dem Verschwinden Oesterreichs das Gefühl bekommen, dass die Friedensverträge nun endgültige Formen geschaffen haben, Kräfteverhältnisse, die eine neue Entzündung des ganzen Erdteiles an dem glimmenden Funken der mitteleuropäischen Nationalitätenfragen für alle Zukunft ausschliessen? Auch nur für zwanzig Jahre ausschliessen?

Ist es ein natürlicher Zustand, dass man in den Grosstädten der Welt darum bangt, ob in Beneschau oder Galantha ein Besoffener mit Pistolen schießt, weil deshalb ein Weltkrieg ausbrechen kann?

Der deutsche Philosoph und Politiker A. Möller van den Bruck hat einmal ein Buch mit dem Titel »Preussen muss sein« geschrieben. Er erweist die Notwendigkeit dessen, was man unter dem Begriff Preussentum versteht, für die deutsche Nation. Hitler hat eine andere Parole geprägt und verwirklicht: »Oesterreich darf nicht sein«, und hat damit die deutsche Aufgabe im Südosten und die Möglichkeit einer friedlichen Ordnung in Europa zum Mindesten schwer gefährdet. Die Geschichte wird die Richtigkeit dieser Behauptung erweisen.

Oesterreich darf nicht sein! Das ist die Parole, nach der seit dem 13. März in dem Lande, das man sich erobert, annektiert hat, von den Nationalsozialisten gearbeitet wird. Der Name Oesterreich ist verpönt. Die Länder müssen dieser Aversion zuliebe ihre Namen wechseln. Aus Oberösterreich und Niederösterreich machte man Oberdonau und Niederdonau, wiewohl beide Länder, was einwandfrei aus der Geographie zu erweisen ist, weder an der oberen Donau noch an der unteren liegen. Man tilgt den Namen Oesterreich aus, wiewohl er in der deutschen Geschichte um etliche Jahrhunderte älter ist als etwa der Name Preussen. Man bemüht sich zu erklären, dass die österreichische Geschichte die Geschichte einer sündhaften und verbrecherischen Verirrung ist, an der vor allen Dingen das Haus Habsburg Schuld trägt. Kann man einem ganzen Volk erklären, dass alles das, was bisher in seinem Bereich geschehen ist, schlecht und dumm war?

Und es gibt doch einen österreichischen Menschen. Mit Spott, Hohn, Hass sind die Nationalsozialisten gegen diesen Begriff zu Felde gezogen. Er hätte sich ins Nichts aufgelöst, hat Dr. Göbbels in einer Rede triumphierend erklärt – es gibt keine Oesterreicher mehr – es gibt nur noch Deutsche.

Der Hass der Nationalsozialisten richtet sich nicht gegen ihn, weil er etwa fürchtet, der Oesterreicher möchte kein Deutscher sein und wollte das Reich der deutschen Kultur, der Sprache, der gemeinsamen Tradition verlassen. Der Hass der Nationalsozialisten richtet sich gegen ihn, weil man die Existenz der ausgeprägten österreichischen Eigenschaften innerhalb der deutschen Nation nicht wahr haben möchte, weil diese Eigenschaften nicht mit den deutschen Eigenschaften, die der Nationalsozialismus proklamiert hat, übereinstimmen, weil sie sich nicht gleichschalten lassen und weil sie konsequent auf die Gemeinschafts- und Staatsform, die diesen Menschen entspricht, angewendet, nicht zur Weltanschauung des Nationalsozialismus und des nationalen Einheitsstaates führen.

Es ist schwer, den Oesterreicher, wie er lebt, lebte und leben wird, zu zeichnen. Vielleicht ergibt sich sein Charakter klar aus dem, was ihn von dem durch das Preussentum geprägten Reichsdeutschen unterscheidet.

Heinrich von Kleist hat in seinem »Prinz von Homburg« einen jungen Menschen auf die Bühne gestellt, der zum Tod verurteilt wird, weil er in der Schlacht gegen ausdrücklichen Befehl gehandelt hat, obwohl sein Eingreifen den Sieg gebracht hat.



Die grosse Kaiserin Maria Theresia hat einen Orden für militärische Verdienste gestiftet, der denjenigen verliehen wurde, die ohne Befehl, auch gegen einen solchen, durch ihr initiatives Eingreifen einen militärischen Erfolg erringen.

Der Prinz von Homburg hätte für seine Tat, für die er in Preussen zum Tod verurteilt worden ist, in Oesterreich den Maria Theresienorden erhalten. Hier liegt ein Unterschied, der ein wenig Licht auf die österreichische Auffassung von der Welt wirft.

Der Oesterreicher schätzt die Initiative des Einzelnen, wenn sie zum Erfolg führt, höher als die sture Befolgung eines Befehls. Der Oesterreicher ist mehr Individualist als etwa der Preusse, dessen Ideal die bedenkenlose Durchführung des obrigkeitlichen Befehls ist. Daraus ergibt sich eine andere Auffassung vom Begriff der Pflicht.

Für den Oesterreicher bedeutet Pflicht der Dienst an einer Sache – für den Preussen die Befolgung eines Befehls. In Oesterreich war Raum für den Einzelnen, sein Werk für die Gemeinschaft wurde anerkannt. Im Nationalsozialismus hat der Einzelne Befehle zu befolgen, sich ein- und unterzuordnen.

Ich möchte nicht in den Verdacht kommen, durch diese Gegenüberstellung etwa ein Werturteil fällen zu wollen. Ich möchte nur feststellen, dass es im Bereich der deutschen Nation – jenseits des Staatsbegriffs – verschiedene Auffassungen und Menschentypen gibt. Ich behaupte, dass durch die Unterdrückung des Einen, der Gesamtnation Schaden geschieht, dass ein grossdeutsches Reich nicht dadurch entsteht, dass man möglichst vielen Deutschen das gleiche Kleid anzieht, ihnen die gleichen Befehle erteilt, sie in Gauen und Standarten einteilt, sie nach der Nummer ihrer Mitgliedskarte, nach der protestlosen Befolgung jedes Befehls beurteilt. Das Reich, von dem die Deutschen träumen, ist von anderer Art.

Der Preusse will eine Gebrauchsanweisung für das Leben. Er ist ununterbrochen auf der Suche nach solchen Gebrauchsanweisungen. Der Oesterreicher aber will das Leben selbst. Wie es zu gebrauchen ist, das braucht ihn Niemand zu lehren.

Das alte Oesterreich-Ungarn war ein Staat, in dem 53 Millionen Menschen wohnten, etwa 29 Millionen davon waren Deutsche. Die übrigen 24 Millionen verteilten sich auf mehr als zehn verschiedene Nationen, Ungarn, Tschechen, Kroaten, Slovenen, Slovaken, Ruthenen, Polen, Italiener, Serben, Juden, Bosniaken.

Wer die Gebiete der alten Monarchie bereist hat, versteht die gewaltige Kulturleistung, die dieser alte Staat in Südosteuropa vollbracht hat. Wer das Minoritätenrecht, die Schul- und Verwaltungsgesetzgebung dieses Landes studiert hat, weiss, dass Oesterreich-Ungarn die Idee eines Paneuropa für eine grosse Zahl europäischer Völkerschaften vorweggenommen hat, dass dieses Oesterreich dazu geschaffen gewesen wäre, auch in der modernen Zeit eine ungeheuer wichtige Rolle zu spielen, eine Art von Völkerbund für die kleinen Nationen Zentraleuropas zu werden.

Der Friedensvertrag von St. Germain hat dieses Reich zerstört und eine Reihe von neuen Staaten geschaffen, freilich ohne die neuen Grenzen so ziehen zu können, dass eine Ausschaltung

derjenigen Fragen erreicht worden wäre, die unter dem Namen »Minderheitenfragen« in der Politik der Nachkriegszeit eine wesentliche Rolle spielten.

Die Siedlungsgebiete der kleinen Nationen in Südwesteuropa, vor allem aber die Siedlungsgebiete der Deutschen in diesem Raum, greifen ineinander und überschneiden sich. Die Tschechoslowakei gibt noch heute ein Bild von den Siedlungsverschiedenheiten in diesem Raum. Innerhalb ihrer Grenzen, die nur einen geringen Teil des alten Staates umfassen, leben heute noch fünf verschiedene Völkerschaften.

Deutsche, die der alten Monarchie angehörten, siedeln nun in der Tschechoslowakei, in Polen, Rumänien, in Ungarn, Jugoslawien und Italien.

Die Volksgrenzen können in Zentraleuropa niemals zu Staatsgrenzen werden, weil die Siedlungsgebiete der einzelnen Völkerschaften ineinander verfließen, weil sich vom geschlossenen Sprachgebiet weit entfernt, grössere und kleinere Sprachinseln gebildet haben.

Es zeigt sich, dass die alte österreichisch-ungarische Monarchie das Vorbild für ein gesundes Ordnungsprinzip in diesem Raum gewesen ist, für das man bisher keinen Ersatz gefunden hat.

Die Verwaltungsarbeit und die Kulturarbeit in diesem riesigen Raum wurde von einer ausgezeichneten Beamenschaft und nicht zuletzt von der k.u.k. Armee geleistet. Die führende Sprache war die deutsche. Es wäre aber falsch, zu glauben, dass die Beamenschaft und das Offizierskorps ausschliesslich von deutscher Stammesart gewesen wäre. Die k. k. Verwaltung und die k.u.k. Armee nahmen Intelligenz aus allen Völkerschaften des Reiches auf, bildete sie aus und austrifizierte sie. Ich sage absichtlich nicht, dass diese Intelligenz etwa germanisiert worden wäre, wiewohl das geistige Rüstzeug, das ihr für ihre Aufgaben mitgegeben wurde, deutsche Sprache, deutsche Kultur, deutsche Kunst gewesen sind. Die österreichisch-ungarische Monarchie erweiterte den Wirkungsbereich der deutschen Kultur nach Südosten, zog aber Menschen verschiedener Nationalität zu dieser Kulturarbeit heran und schuf so den – man mag es gerne hören oder nicht – den »österreichischen Menschen«.

Das Wort hat nicht ein Oesterreicher erfunden. Es stammt meines Wissens von einem Reichsdeutschen, der nachdem er dies Land und seine Wesensart erkannt hatte, Oesterreicher geworden ist, von Oskar A. H. Schmitz.

Vielleicht ist der Name nicht gut gewählt. Vielleicht verleitet er zu Missdeutungen. Wir wollen es daher noch einmal sagen, was neben dem uralten deutschen Wurzelstamm unter dem »Oesterreicher« zu verstehen ist. Ein Mensch, der aus anderem Volkstum stammend, in den deutschen Kulturbereich eingetreten ist, deutsche Kulturarbeit geleistet hat, seinem Wesen und seiner Herkunft nach aber dieses deutsche Kulturgut, so wie er es als ursprünglich Andersnationaler verstand, seinen ursprünglichen Volksgenossen weitergab. Er verlor nicht die Verbindung zu seiner nationalen Herkunft. Er brachte Vieles aus seiner Ursprungsnation in den deutschen Bereich, in den er eintrat, mit, er übersetzte, transponierte. Es entstand eine Wechselwirkung sonderbarer Art. Der Oesterreicher übernahm, was ihm gefiel. In Wien entstand nicht nur eine Völker- und Rassenmischung seltsamer Art, in Wien entstand zugleich eine Kulturmischung eigener Art, ein Weltbild eigener Art, ein Lebensgefühl eigener Art.

Man mag im österreichischen Wesen getrost den magyarischen, den tschechischen, den kroatischen,

italienischen Zügen nachspüren. Man wird sie alle finden. Oesterreich ist eine Brücke, wurde oft gesagt, die vom Westen nach dem Osten führt. Eine vielbegangene, belebte Brücke. Dass sie aus deutschem Holz war, bleibt für immer auf der Aktivseite der deutschen Leistung für die Welt eingetragen.

## **Dies Oesterreich ist eine kleine Welt, in der die grosse ihre Probe hält**

### **Das Missverständnis von St. Germain**

Hoch über den Ufern der Seine hat Lenôtre eine Terrasse gebaut, die, fast zwei Kilometer lang, einen wunderbaren Ausblick über Paris und das Tal der Seine gewährt. An hellen Tagen steigt aus den Nebeln der Grosstadt die Basilika von Sacré-Cœur, die den Montmartre krönt wie eine Gralsburg. Am Ende der Terrasse steht der letzte Rest des »neuen Schlosses« von Saint Germain, der Pavillon Heinrich IV., in dem Ludwig XIV. geboren wurde. Heute ein Hotel für Engländer und Pariser, die ein schönes und verschwiegenes Wochenende in der Nähe der Stadt verbringen wollen.

Im Jahre 1919 glich diese Erinnerungsstätte einem Gefangenenlager. Und das Hotel war es auch. Stacheldrahtverhaue und strenge Absperrungen verwehrten es einer grossen Gesellschaft deutsch sprechender Herren, einmal nach Paris hineinzufahren oder einen Erholungsgang durch den weitläufigen Forst zu unternehmen, der an Park und Terrasse anschliesst.

Diese Gesellschaft, von der hier die Rede ist, hatte unzählige Koffer und Kisten, angefüllt mit Akten und Schriften mitgebracht, diktierte und schrieb, diskutierte und beriet. In den abendlichen Stunden aber setzten sich einige von ihnen zusammen, stimmten ihre Instrumente und spielten ein wenig Haydn, Mozart, Schubert. Und träumten und warteten.

Man wartete auf die Einleitung der Friedensverhandlungen. Die Gesellschaft, von der ich hier erzähle, war die österreichische Delegation, die nach Paris gekommen war, um für den österreichischen Staat nach dem verlorenen Weltkrieg Frieden zu schliessen. Sie alle, die da beieinandersassen, hatten sich Friedensverhandlungen anders vorgestellt. Sie alle hatten, wenn sie das Wort aussprachen, die Betonung auf Verhandlungen gelegt. Sie hatten geglaubt, dass man jetzt reden, Argumente vorbringen, Sachverhalte klarstellen würde, deshalb die Kisten und Koffer, die Schriften, Akten, Dokumente. Aber das war jetzt alles unnötig. Der Friedensvertrag wurde den Herren fertig auf den Tisch gelegt. Es galt ihn lediglich zu studieren, das Buch zu studieren, denn es war ein Buch – und zu akzeptieren.

Von Verhandlungen war keine Rede. Man erinnert sich der Wortfügungen der damaligen Zeit. »Die Tore des Völkergefängnisses der österreichisch-ungarischen Monarchie« wurden geöffnet, »Nationen wurden befreit«, »das Mittelalter im Donaauraum« ausgerottet. Das alles.

Und die Herren aus Wien waren auf einmal nicht das, was sie waren. Nicht Bibliothekare, Agrarier, Bankdirektoren, Geographen, Historiker, Politiker, die das Schicksal in einer bedeutsamen Stunde an die Spitze eines kleinen Staates gestellt hatte, sondern Erben. Verantwortliche, Schuldige, Angeklagte, Verurteilte. Keiner von ihnen, die Kleinbürger und Harmlose waren, hatte jemals davon geträumt, dass er einmal dazu verurteilt werden könnte, Rechenschaft über Jahrhunderte europäischer Geschichte abzulegen. Es war wie ein böser Traum.

Der Urteilsspruch von St. Germain lautete: Ihr seid die Schuldigen! Für den Krieg, für die Knechtschaft von zehn oder mehr Völkern. Diese Friedensverhandlungen von St. Germain waren ein tragikomatisches Missverständnis, das von Shakespeare ersonnen worden sein könnte.

Die Oesterreicher, die im Geist der Wilson'schen Punkte eine neue Zeit anbrechen sahen, verklagten ihre Väter und Grossväter, um in den Augen ihrer hohen Richter schuldlos zu erscheinen. Sie hätten sich, die Kleinen, gerne die Füsse abgeschnitten, um noch kleiner, unscheinbarer, unschuldiger zu erscheinen. Aber vor den Augen des hohen Rates, da erschienen sie als gefesselte Riesen, die die Welt in Unordnung gebracht hatten, die man nun aber niedergerungen hatte und denen man jetzt Fesseln anlegen musste, damit sie die Welt nicht neuerlich in Unordnung brachten.

Die Mitglieder des hohen Rates hatten keine Ahnung von der grotesken Vermummung, in die sie ihre Angeklagten hineindachten. Sie hatten keine Ahnung, über was sie zu Gericht sassen. Sie waren keine Propheten und sie waren keine Weltweisen. Sie brauchten, um rechte Sieger zu sein, besiegte Giganten, sie zerstörten Oesterreich, so gut sie das vermochten, anstatt dass sie es gehegt, gepflegt, erhalten hätten.

Wenn, – sie sind sinnlos diese Wenn-Sätze, aber man denkt sie so gerne –, wenn ein einziger Mensch in St. Germain die Macht, den Geist, die Grösse besessen hätte, zu verstehen, was das heisst: Oesterreich – einfach die Ordnung Europas, vielleicht überhaupt: Europa – dann wäre im Jahr 1919, im Pavillon, in dem Ludwig XIV. geboren worden ist, der Welt viel erspart worden. Den Oesterreichern, den Nationen im Südosten von Europa, dem deutschen Volk und den Nationen, die über die österreichische Delegation zu Gericht sassen.

## Die aussenpolitischen Konzepte

Aus einem Grossstaat mit 150 Millionen Einwohnern, die zehn verschiedenen Nationen angehörten, hatte man in St. Germain einen kleinen Staat gemacht, der etwa wieder dasjenige Gebiet umfasste, von dem aus das Haus Habsburg die grosszügige Ordnung des mitteleuropäischen Raumes begonnen hatte. Es kann im Jahre 1919 Niemanden gegeben haben, der daran gedacht hätte, dass dieses neue Oesterreich in seiner durch den Frieden von St. Germain entstandenen Gestalt etwas endgültiges sei.

Die österreichische Aussenpolitik musste demnach Verbindungen suchen, die aus den engen Grenzen des Nachkriegszustandes hinaus, in eine bessere und gesichertere Zukunft führten.

Es gab und gibt nur eine beschränkte Anzahl von Möglichkeiten, die für den österreichischen Staat erwogen werden konnten. Der Anschluss an das Reich, die Schaffung einer Donaukonföderation, die Restauration der alten Monarchie, wenn auch in geänderter Form und die »Verschweizerung«.

Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Donaukonföderation sind nie endgültig geschaffen worden. Die »Verschweizerung« wäre nur durch die kollektive Garantie der Unabhängigkeit des Landes möglich gewesen, eine Garantie die Deutschland vorbehaltlos hätte mitübernehmen müssen.

Das Ziel der österreichischen Aussenpolitik hat darin bestanden, die Selbständigkeit des Staates zu sichern, um die Kräfte, die es als Mittelpunkt der Ordnung im Donauraum besitzt, für konstruktive Lösungen freizumachen.

Kein Staat kann eine Aussenpolitik unter völligem Verzicht auf die innenpolitische Stimmung und auf seine Anrainer machen.

Damit erübrigt sich ein Vorwurf, der dem österreichischen Staat oft gemacht worden ist. Man hat darauf hingewiesen, dass es ein Fehler gewesen wäre, eine eindeutige Bindung mit Italien einzugehen. Oesterreich grenzt an die Schweiz, an Deutschland, an die Tschechoslovakei, an Ungarn, Jugoslavien und Italien. Die jugoslawische Haltung gegen Oesterreich war durch die Angst vor einer Restauration der Habsburger bestimmt. Die Tschechoslovakei erkannte erst im letzten Jahr die Gemeinsamkeit der Probleme, die sie mit Oesterreich verband. Mit Ungarn war das Verhältnis ein eng freundschaftliches. Die Beziehungen zu Deutschland und Italien sind bekannt. Die Politik, die Frankreich und England in Oesterreich machten, war eine mittelbare Politik.

Die beiden grossen Möglichkeiten, die immer wieder diskutiert wurden, waren der Anschluss und die Restauration.

Unter dem Sammelbegriff Anschluss an Deutschland verstand man in Oesterreich und Deutschland ganz verschiedenartiges.

Die Liberalen sagten Anschluss und meinten den Zusammenschluss der Liberalen gegen die Monarchie, auch gegen die konservativen Kräfte des Katholizismus. Die Sozialdemokraten sagten Anschluss und meinten den Anschluss an eine sozialistisch geführte parlamentarisch-demokratische Republik. Die Katholiken sagten Anschluss und dachten an ein katholisches Gegengewicht gegen den protestantischen Norden. Die Alldeutschen sagten Anschluss und meinten den Anschluss an ein nationales Grosspreussen. Die Nationalsozialisten sagten Anschluss und meinten die Gleichschaltung Oesterreichs und seine kompromisslose Unterordnung unter das nationalsozialistische Führerprinzip.

Der Katholik war gegen den Anschluss an ein liberal-nationales Grosspreussen, gegen den Anschluss an eine sozialistische Republik und gegen die Gleichschaltung.

Der Sozialdemokrat war gegen den Anschluss an ein konservativ und monarchistisch regiertes, gegen das Aufgehen in ein konfessionell betontes, gegen ein fascistisch orientiertes Deutschland.

Der Nationalliberale gegen einen Anschluss an eine sozialistische Republik, gegen ein katholisches Deutschland.

Der Nationalsozialist gegen jede Form von Anschluss, die nicht dem Nationalsozialismus zum Sieg verholfen hätte.

Nicht genug damit: Es gab Leute, die sich das grossdeutsche Reich nach dem Anschluss nur als Monarchie, andere die es sich nur als Republik vorstellen konnten. Es gab Leute, die nur einen nationalen Einheitsstaat, andere, die nur einen Bundesstaat gelten lassen wollten.

Es gab Oesterreicher und Reichsdeutsche in grosser Zahl, die dem Anschluss in jeder Form feindlich gegenüberstanden.

Man geht aus vielen Gründen fehl, wenn man das, was Hitler am 11. März 1938 getan hat, als Anschluss bezeichnet. Das, was Hitler durchführte, war die Eroberung Oesterreichs für den Nationalsozialismus mit Hilfe der deutschen Heeresmacht.

Fast alle Anhänger des Anschlussgedankens sahen das künftige grossdeutsche Reich als einen Bundesstaat, in dem die Kräfte der einzelnen Stämme und Landschaften sich miteinander messen könnten, einen Staat, der ein getreues Abbild der bunten Vielfalt des deutschen Lebens sein sollte.

In vielen Gesprächen mit führenden österreichischen Nationalsozialisten habe ich die Erfahrung gemacht, dass auch die Anhänger Hitlers in Oesterreich überzeugte Gegner eines formlosen Aufgehens Oesterreichs in den deutschen Staat waren. Ihr Traum war ein nationalsozialistisches, aber selbständiges Oesterreich.

Der Oesterreicher kennt und schätzt die Einrichtung der territorialen Selbstverwaltung, er weiss, dass das deutsche Denken, die deutsche Tradition zum föderalistischen Staat hinführen. Deshalb war – so verschiedenartig sich auch die einzelnen Gruppen den Anschluss vorstellten – allen der Wunsch gemeinsam, der Anschluss möge so durchgeführt werden, dass der Oesterreicher im neuen Reich Platz habe.

Im nationalsozialistischen Deutschland hat der Oesterreicher nicht Platz. Oesterreich wurde nicht angeschlossen, sondern einverleibt.

Zwei österreichische Politiker der Nachkriegszeit haben sich mit der Anschlussfrage tätig befasst: Dr. Seipel und Dr. Schober. Seipel, dessen unvergessliche Persönlichkeit noch nachwirken wird, wenn die grosse Frage der Gestaltung Mitteleuropas einmal zur Lösung kommt, hat das Verdienst, die Problematik des Anschlusses aus der deutschen und der europäischen Wirklichkeit heraus zum ersten Mal formuliert zu haben. Schober hat den mit unzureichenden Mitteln unternommenen Versuch gemacht, eine Zollunion zwischen dem deutschen Reich und Oesterreich zustande zu bringen.

Der legitimistische Gedanke fand in Oesterreich in den letzten Jahren immer mehr Freunde. Weite Kreise kamen zur Erkenntnis, dass der Staat einen obersten Richter, eine unveränderbare Spitze, eine objektive oberste Instanz, der sich alle zu beugen haben, braucht, ein lebendiges Symbol, das die grosse Tradition des Landes repräsentiert und dem Tagesstreit enthoben bleibt. Das Volk sah die Notwendigkeit einer völlig unabhängigen und stabilen Führung ein. Man wusste, dass die Republik den Anforderungen, die die Zeit stellte, nicht entsprach und sah andererseits in der reinen Diktatur nichts anderes als eine verpatzte Monarchie. Von dieser Erkenntnis schloss sich weder die Arbeiterschaft, noch die obere Schicht aus. Der monarchistische oder legitimistische Gedanke – beide Begriffe fallen in Oesterreich zusammen, – ist besonders in den sogenannten unteren Schichten, in der Arbeiterschaft, im kleinsten Kleinbürgertum verankert. Dazu kam, dass die Persönlichkeit des Chefs des Hauses Oesterreich allgemein Sympathie erweckte. Seine zahlreichen Besucher, die er in Stenockerzeel empfing, berichteten immer wieder von dem besonderen Ernst, mit dem er das Schicksal seines Vaterlandes verfolgte, von der ausserordentlichen Bildung, die er besitzt und der Lebendigkeit seines Urteils, seiner modernen und zugleich im besten Sinn konservativen Weltanschauung.

Die Politik der Legitimisten in Oesterreich stiess indes auf vielerlei Hindernisse aussenpolitischer und innenpolitischer Art. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, die Frage der

Regierungsform in Oesterreich sei eine rein innenpolitische Angelegenheit. Gleichwohl erklärten Deutschland und Jugoslawien, dass für sie die Rückkehr der Habsburger nach Oesterreich ein casus belli sei. Göring hat diese Feststellung mehrmals und in drastischer Form gemacht. Die gleiche Erklärung gab die jugoslawische Regierung ab. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Habsburg wurde ja auch in den letzten Jahren der Ausgangspunkt für die Anbahnung einer deutsch-jugoslawischen Freundschaft, um deren Vertiefung das Reich heute noch wirbt.

Die Tschechoslowakei sah in der Heimkehr des Chefs des Hauses Habsburg nach Oesterreich eine Gefahr. Von Prag aus optierte man, vor die Entscheidung Anschluss oder Restauration gestellt, für den Anschluss. Dieser Standpunkt hat sich erst in den letzten Jahren geändert.

In Paris sah man bis zum Jahre 1937 die Restauration als eine Gefahr für das französische Bündnissystem in Südosteuropa an. In Rom nahm man eine abwartende Haltung ein.

Schuschnigg, der selbst Legitimist ist, wollte die Restauration zu einem Zeitpunkt durchführen, in dem sie nicht mehr eine aussenpolitische Gefährdung des österreichischen Staates gewesen wäre.

Seine Politik lief darauf hinaus, vor der Rückkehr des legitimen Herrschers die Selbständigkeit des Staates zu sichern. Er war der Meinung, dass die Restauration in den Jahren 1934-1938 eine eminente Gefährdung des Staates und damit ein Abenteuer gewesen wäre.

Heute kann man annehmen, dass seine Rechnung nicht richtig war. Eine Heimkehr des Kaisers hätte zu nicht mehr als demselben Ultimatum geführt, das Schuschnigg in Berchtesgaden und am 11. März entgegenzunehmen gezwungen war. Nach seiner Rückkehr aus Berchtesgaden empfing Dr. Schuschnigg einen Brief aus Stenockerzeel, in dem der Kaiser die Gefahr, in der das Land war, klar zeichnete. Er forderte den Bundeskanzler auf, ihm die Kanzlerschaft zu übertragen. Dieses Schreiben des exilierten Monarchen, der sich erbötig macht, in einer ausserordentlich gefährdeten Situation in sein Land zu gehen, um dieses Land zu verteidigen und ihm zu dienen, hat Grösse und gibt einen Einblick in die Persönlichkeit des Chefs des Hauses Oesterreich, in seinen Opferwillen, in seine Tatkraft.

## Die Parteien

Im November 1918 gab es in Oesterreich folgende politische Gruppen: Die Christlichsoziale Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Grossdeutsche Volkspartei und den Landbund. Die ausserparlamentarischen Kräfte des Heimatschutzes und der N.S.D.A.P. sind erst später entstanden.

Die Christlichsoziale Partei war eine Gründung Dr. Karl Luegers, des grossen Bürgermeisters von Wien, der in seiner Amtszeit von fünfzehn Jahren das Bild der Stadt grundlegend veränderte. Diese Partei füllte eine Lücke in der politischen Welt der letzten Jahrzehnte des XIX Jahrhunderts in Oesterreich aus. Lueger sah den Liberalismus in den Händen des grossbürgerlichen Kapitalismus, der aufsteigende Sozialismus aber war mit seinen Begriffen von dem in der religiösen Erlebniswelt verankerten kleinen Mann, dem Klein- und Kleinstbürger, nicht vereinbar. Lueger liess dem kleinen Mann seinen Glauben und machte ihn zum Bürger. Er war der Mann aus dem Volke, der Mann für das Volk. Er war genial, witzig, schön und geliebt. Er machte Wien zur modernen Grosstadt. Er war antisemitisch nach der von ihm geprägten Formel: »Wer a Jud is, bestimm i«. Hitler sagt von ihm in »Mein Kampf«, er sei der »gewaltigste deutsche Bürgermeister gewesen«. Lueger hätte sich über dieses Wort sicher gefreut. Weniger über den sonstigen Inhalt des Buches.



Die Christlichsoziale Partei nahm in sich die »Klerikalen«, die konservative Adelpartei auf, sie war die Partei der Gewerbetreibenden, der kleinen Beamten, der Bauern, der christlichen Arbeiter.

Für den Kenner der politischen Verhältnisse des Nachkriegsösterreich ist der Name dieser Partei, die durch mehr als zehn Jahre als die stärkste des Landes die Regierungschefs stellte, mit einigen Namen verbunden. Dem des Prälaten Dr. Ignaz Seipel, der das Land aus der Not der Inflation herausriss und wirtschaftlich sanierte, dem Namen des späteren Bürgermeisters von Wien Richard Schmitz, der in fast allen Kabinetten Seipels einen Ministerposten bekleidete und eine scharf profilierte politische Persönlichkeit ist, dem Namen Dollfuss' und schliesslich dem des letzten Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg. Aus dieser Partei, die eine echte Volkspartei gewesen ist, sind aber neben diesen Persönlichkeiten auch andere Politiker hervorgegangen, wie etwa der berühmte Landeshauptmann von Salzburg Dr. Franz Rehr, der geniale Erbauer der Grossglocknerstrasse, der Begründer und initiative Kopf der Salzburger Festspiele, ein ebenso aussergewöhnliches Verwaltungsgenie, wie ohne Zweifel der beste Fachmann für Fremdenverkehrswerbung, den wir gehabt haben. Aus der Christlichsozialen Partei kam Dr. Otto Ender, der Autor der Maiverfassung, eine ganze Reihe berühmter und angesehener Bauernführer, aber auch Dr. Anton Rintelen, der als Landeshauptmann von Steiermark in seinem Lande unter dem Namen »König Anton« bekannt war.

Die Grossdeutsche Volkspartei brachte es nie zu grösseren Wahlerfolgen. Sie war die Partei des liberalen Bürgertums, die jedoch in den Kreisen der Arbeiterschaft, der Bauernschaft niemals Wurzel schlagen konnte. Aus ihren Reihen ging auch im Nachkriegsösterreich keine einzige hervorragende Führungsgestalt hervor.

Die evangelischen und liberalen Bauern, im Verhältnis zu den katholisch orientierten Bauern eine kleine Minderheit, besaßen im Landbund eine eigene Partei, die einige Jahre hindurch eine Rolle spielen konnte, weil die Christlichsoziale Partei zur Sicherung ihrer Mehrheitsposition die kleinen Parteigruppen zur Regierung mit heranzog.

Aus diesen beiden kleinen Parteien, Grossdeutsche Volkspartei und Landbund, machte der ehemalige Bundeskanzler Schober vor den Nationalratswahlen 1930 eine Wahlgemeinschaft, die unter dem Namen »Schoberblock« bekannt geworden ist. Dieser Schoberblock besaß an die zwanzig Abgeordnete im Nationalrat und war der letzte Versuch, die liberalen Kräfte in Oesterreich zu einer starken Gruppe zu formieren. In dem Augenblick aber, in dem Schober die Regierung aus der Hand geben musste, zerfiel auch seine Kampfpartei. Nach ihm hat der seinerzeitige Vizekanzler Franz Winkler noch einmal den Versuch gemacht, alle liberalnationalen Kräfte, selbstverständlich mit Ausschluss der Nationalsozialisten, in der »Nationalständischen Front«, die als eine Konkurrenz der »Vaterländischen Front« (V.F.) gedacht war, zu formieren. Der Nationalständischen Front fehlte Idee und innerer Zusammenhalt. Sie ist in die Geschichte eingegangen, ohne selbst Geschichte gemacht zu haben.

## Der Nationalsozialismus

Seit dem Weltkrieg war in Oesterreich der Besitz einer Trafik, so heissen die Verkaufsstellen des Tabakmonopols, ein Zeichen dafür, dass der Inhaber dem Staat einmal Dienste geleistet hatte, ohne eine ausreichende Pension zu bekommen. Tabaktrafikanten waren Invalide, Witwen nach Offizieren und Soldaten, Kriegswaisen, aber auch Offiziere und Beamte, die durch irgend ein Missgeschick ihre Pension verloren hatten.

Wer in eine Wiener Stadtrafik eintrat, der konnte damit rechnen, dass ihm eine Dame das Zigarettenpaket reichte, die vor zwei Jahrzehnten eine führende Rolle im gesellschaftlichen Leben einer Garnisonstadt der alten Monarchie gespielt hatte. Ein Herr konnte die Zigarrenkisten auf den Tisch räumen, der Ritter oder Komtur eines hohen Ordens war, ein junges Mädchen, das von einer Sternkreuzordensdame aus der Taufe gehoben worden war, wovon noch ein brillantbesetztes Goldkreuz, das sie am Hals trug, Zeugnis gab.

Als unter Dollfuss die alten Uniformen und Orden wieder erlaubt wurden, gab es Tabaktrafikanten, die sich am Sonntag vormittag zu einem Spaziergang über den Ring den grünbefederten Generalshut auf den grauen Kopf stülpten.

Auf dem Wiener Franz Josefs-Bahnhof gab es einen Tabaktrafikanten, der wohl nicht hoher Offizier und nicht Kriegsinvalid, aber einer der berühmtesten Männer der alten Monarchie gewesen war. Dieser Tabaktrafikant, der kärglich von den Prozenten lebte, die ihm sein Laden abwarf, hatte einmal einen k.u.k. Ministerpräsidenten, den Grafen Badeni, zum Duell gefordert, hatte die deutsche Jugend Oesterreichs zur Begeisterung hingerissen. Ihn feierten die Kleinbürger Böhmens, zu denen er sprach, als »Jungsiegfried«, er war eines der leuchtendsten Vorbilder für einen obdachlosen Maler, der hoffnungslos durch die Strassen Wiens ging, für Adolf Hitler.

Dieser Tabaktrafikant lebt noch. Er heisst Karl Hermann Wolf und war in seiner grossen Zeit der erste Mitarbeiter des Führers der alldeutschen Bewegung, Georg Karl Ritter von Schönerer.

Diese alldeutsche Bewegung Schönerers ist der politische Ausgangspunkt des Nationalsozialismus und das Vorbild Adolf Hitlers gewesen. Die Partei Schönerers predigte den Antisemitismus, den Kampf gegen die katholische Kirche unter der Parole »Los von Rom«; stiess die christliche Zeitrechnung um und erhob das Jahr der Schlacht im Teutoburger Wald zum Jahre 1 einer neuen germanischen Weltzeit. Sie setzte den lichten Baldur an die Stelle Christi und erfand aus wahren und erdichteten Büchern ein theatralisches Germanentum, das sich im eigenen Urväterkostüm verwickelte und verhedderte.

Die grössten Erfolge erzielten Schönerer und Wolf in den kleinen Provinzstädten Oesterreichs, insbesondere aber Böhmens. Hier lebte eine neue Menschenklasse ohne besondere Aufgaben. Eine Menschenklasse ohne eigenes Kulturmilieu, nicht mehr proletarisch und nicht bourgeois, nicht mehr bäuerlich und schon garnicht weltbürgerlich. Ein Bürgertum, das sich von den armen Leuten, den Arbeitern, Kleinhäuslern, Bauern, die fromm oder marxistisch waren, durch Bildung, Aufgeklärtheit abheben wollte, aber doch nur bis an die Tore des ersten Vorhofs der Bildung gelangt war. Das Jagdrevier der Dietwarte, deutschen Turnvereine, der Leser der Gartenlaube, Karl May's und der Adlersfeld-Ballerstrem. Dieses Kleinbürgertum, eine bürgerliche Pseudomorphose, suchte nach einer Aufgabe, einer Bestimmung. Diese Aufgabe, diese Bestimmung gab all diesen Leuten, die mehr sein wollten als sie waren, Georg Schönerer, sie hiess:

Kampf um eine germanische Welt, in den Negativformeln: Antisemitismus, »Los von Rom«, Verteidigung des Deutschtums in den Grenzgebieten.

In den Reihen dieser nationalen Bewegung war jetzt jeder wieder irgend etwas. Mehr als früher. Angehöriger einer Edlrasse, auch wenn die Herkunft und das Aussehen dagegensprach. Prophet einer neuen Zeit, Gegner der »finsternen Bildungsfeinde, die von den Kanzeln das Volk verdummten«, Gegner der »jüdischen Agenten des internationalen Proletariats«, Entschleierer der

»düsteren Geheimnisse der Weisen von Zion«, der »Ligourimoral«. Schönerer und Wolf gaben dem kleinen Mann, der nicht Proletarier sein wollte und nichts besseres sein konnte, den Schlüssel zu den Geheimnissen der Welt in die Hand. Da konnte nun endlich der Kaufmann, der Tierarzt, der Apotheker, der Handelsangestellte am Wirtshaustisch, so zwischen zwei Gläsern »Pilsener Bier«, die Welträtsel entschleiern. Er war ein »Wissender«, der eine »Mission« hatte, ein Edler, ein Besonderer.

Einer dieser Leute, die das mit Begeisterung aufnahmen, was man in der »Ostdeutschen Rundschau« niederschrieb, war Adolf Hitler. Von der Welt Schönerers aus hat er die Welt des Nationalsozialismus gestaltet.

Die alldeutsche Bewegung war ein Strohfeuer. Ihre Führer überlebten die Bewegung und sich selbst um viele Jahre.

Welches Gefühl aber muss den Tabaktrafikanten Karl Hermann Wolf beseelt haben, als er den neuen Siegfried – Adolf Hitler – die Ideale seiner Jugend zur Herrschaft über das ganze deutsche Volk erheben sah!

Aus den Resten der Schönerer-Bewegung entstand im Jahr 1903 in Böhmen eine »Deutsche Arbeiterpartei für Oesterreich«, die neben den bürgerlich nationalen Gruppen arbeitete und den Versuch unternahm, das Programm des Sozialismus mit der nationalen Welt Schönerers zu koppeln.

Diese erste »nationale Arbeiterpartei« predigte den Klassenkampf, trat für die Verstaatlichung der kapitalistischen Grossbetriebe, für die Brechung der Zinsknechtschaft ein.

In Wien wurde im Jahr 1913 ein »Reichsverein der deutschen Arbeiter Oesterreichs« begründet, der im Jahr 1918 seinen Namen in »Deutscher nationalsozialistischer Verein für Oesterreich« abänderte.

Diese Partei, die in enger Zusammenarbeit mit der böhmischen Gruppe, allerdings ohne viel Erfolg und nicht sehr beachtet, wirkte, prägte zum ersten Mal den Namen: Nationalsozialismus, lange bevor Hitler in die Münchener Partei, in der er die Mitgliedsnummer 7 erhielt, eintrat, ja lange bevor diese Münchener Gruppe entstand.

Die böhmische nationalsozialistische Partei stellte denn auch noch jahrelang einen Führungsanspruch über die reichsdeutsche und österreichische Gruppe – in ihrem Rahmen entstanden vor Gottfried Feder die nationalsozialistischen Programme – sie formulierte das Bekenntnis der Bewegung zum Klassenkampf, sie führte, ihre Chefs hiessen Jung und Krebs, den Vorsitz in den Tagungen, an denen die Deutschböhmen, die Oesterreicher, die Münchener zusammenkamen; 1920 in Salzburg, 1921 in Linz. An diesen Konferenzen nahm auch schon, als Delegierter der Münchener Partei, Adolf Hitler teil. Vorerst stand er im Hintergrund, später ging die Führung immer mehr auf ihn über.

In Wien leitete der Rechtsanwalt Dr. Walter Riehl die Partei. Das war ein selbständiger, eigenwilliger Kopf. Er wurde 1924 aus der Partei ausgeschlossen.

Am 29. August 1926 wurde die österreichische N.S.D.A.P. als Bestandteil der deutschen Partei (Gau 8) konstituiert. In der österreichischen Politik hatten die Nationalsozialisten indes nur geringe Erfolge. Im Jahr 1927 zählten sie in ganz Oesterreich in 130 Ortsgruppen etwa 7000 Mitglieder. Im

Jahr 1930 nahmen die Parteistellen an, dass sie über 110.000 Mitglieder besäßen. Bei den letzten Nationalratswahlen im November 1930 blieben sie ohne Mandat. So war der Stand, als Hitler mit dem Erfolge unzufrieden, einen Landesinspekteur ernannte. Er hiess Habicht und kam aus Wiesbaden.

In einzelne Bundesländer wurden weitere »Inspekteure« aus Deutschland entsendet, ein Herr von Kothen nach Kärnten, ein Graf Du Moulin-Eckart zur Wiener S.A., die er jedoch bald wegen homosexueller Affairen verlassen musste.

Das weitaus beste Propagandamittel, über das der Nationalsozialismus in Oesterreich verfügte, war und blieb der Antisemitismus.

Die Nationalsozialisten haben dieser Bewegung eine wissenschaftliche oder besser pseudowissenschaftliche Basis zu schaffen gesucht. Der Antisemitismus des Nationalsozialismus ist indes nichts anderes als ein vom Materiellen ins Biologische transponierter Klassenkampf. In der Praxis fehlte in Oesterreich freilich selbst die biologische Basis. Der Antisemitismus richtete sich fast ausschliesslich gegen vermögende Schichten und Träger grosser Einkommen, war also in seiner ersten Stufe partieller Kommunismus.

Die bedenkenlose Propaganda und der Rassismus bedienten sich folgender Ausgangspunkte:

1. Die jüdische Ost-Westwanderung;
2. Die Kultivierung geistiger Berufe durch die Juden;
3. Die Politisierung des Judentums.

Seit mehr als hundert Jahren begannen die Juden Russlands und Galiziens nach dem Westen zu wandern. Diese Wanderungsbewegung hatte zwei Ursachen: Erschwerung der Lebenshaltung in ihrem bisherigen Siedlungsgebiet durch wirtschaftliche Depression und politischen Druck. Zweitens die Nachricht, dass der technische Fortschritt in den westlichen Ländern phantastische Erwerbsmöglichkeiten biete. Die Juden Galiziens und der Bukowina zogen nach Wien, dem alten Umschlagplatz für die Wanderung nach dem Westen. Schon im vergangenen Jahrhundert war die Zahl der Wiener Juden stark angestiegen, ohne in der neuen Umgebung auf wesentliche Widerstände zu stossen. Nach Wien strömten damals in der Zeit der ungeheuren Stadtvergrösserung Menschen aus allen Teilen der Monarchie. Im Laufe zweier Jahrzehnte entstand eine starke Gegenbewegung.

Der Hauptstoss der jüdischen Einwanderung traf, sehr zum Schaden der eingewesenen jüdischen Bevölkerung, während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit ein. Die galizianischen Juden zog es, da sie das Kriegsgebiet verlassen mussten, in die Hauptstadt des Reiches, nach Wien, wo hilfsbereite Glaubensgenossen über die ersten Schwierigkeiten hinweghalfen und wo, was noch wichtiger war, auch Verdienst- und Erwerbsmöglichkeiten vorhanden waren. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung der Nachkriegszeit verlieh diesen Neuankömmlingen bereitwillig die Wiener Heimatberechtigung. Sie tat dies umso lieber als es wahrscheinlich war, dass diese Menschen eine verlässliche Wählerschaft für die sozialdemokratische Partei abgeben würden.

Die Juden Wiens suchten, in verstärktem Mass den Handel verlassend, in dem sie bei ihrer Kundschaft beliebt, bei ihrer Konkurrenz gefürchtet waren, die geistigen Berufe auf. Der jüdische Anteil an allen akademischen Berufen, insbesondere in der Aerzteschaft, der Advokatur, der

Journalistik u.v.a. war ein überaus grosser. Der Ehrgeiz vieler jüdischer Eltern ging dahin, den Sohn und sogar die Tochter auf die Universität zu schicken. Der fehlende Nachwuchs im väterlichen Geschäft aber wurde durch Neuankömmlinge ergänzt.

Die jungen Akademiker fanden die Posten, die sie anstrebten, besetzt, was auf die Wirtschaftskrise und die katastrophale Einengung des österreichischen Wirtschaftsraums zurückzuführen war. Die österreichischen Universitäten aber produzierten eine ungeheure Zahl von Akademikern. Die Universität Wien allein hatte durchschnittlich 10.000 Hörer. Dazu kamen die Universitäten von Graz und Innsbruck, die technischen Hochschulen in Wien und Graz, die Hochschule für Welthandel und die Hochschulen für Bodenkultur, Montanistik, Tierarzneikunde u. s. w. Die jungen Akademiker blieben in grosser Zahl arbeitslos, sie sahen die weit über den bevölkerungsmässigen Anteil hinausgehende jüdische Stellung in ihren Berufen, fühlten sich dadurch herausgefordert, wurden in dieser Haltung durch die nationalsozialistische Propaganda bestärkt und strömten zur S.A. und S.S.

Es ist im Verhandlungswege nie gelungen, dieses schwierige Problem zu lösen. Auf jüdischer Seite stiess man, sooft man auf die Gefahr, die sich hier deutlich zeigte, hinwies, auf geringes Verständnis und auf eine erstaunliche Empfindlichkeit, die in jedem, der wohlmeinend und besorgt auf die Situation aufmerksam machte, einen Antisemiten witterte.

Dieser akademische Sektor des Problems allein war aber nicht das Entscheidende, ebensowenig wie etwa die jüdische Stellung in Handel und Industrie.

Die wichtigste Grundlage des modernen österreichischen Antisemitismus war der Anteil jüdischer Intellektueller an der Führung der sozialdemokratischen Partei. Dadurch wurde der Auffassung Vorschub geleistet als sei der Sozialismus, der Kommunismus eine Angelegenheit des Judentums. Weite Kreise der Juden hatten mit dieser Entwicklung geringe Freude. Sie wussten, dass eine relativ kleine Gruppe die Gesamtheit in Gefahr brachte, Angriffen aussetzte.

Die breite Front des Bürgertums und der antisozialistischen Bewegung geriet denn auch in eine antisemitische Haltung, aus der der Nationalsozialismus leicht Kapital schlagen konnte.

Diese Erscheinungen führten zu einer ungerechtfertigten Beurteilung des österreichischen Judentums. Vergessen war nun die Tatsache, dass es in Wien ein bodenständiges Judentum gab, das seit vielen Generationen hier sass, vielfach länger als die kurz vorher erst eingewanderten Ultradeutschen, vergessen die Tatsache, dass der bodenständige Wiener Jude sich in einer ganz ausserordentlichen Art assimiliert hatte.

Ich bin davon überzeugt, dass die besten und beliebtesten der Wiener Lieder, die auch die neuen Herren aus dem Reich beim Wiener Wein mit falscher Betonung singen, von jüdischen Textautoren und jüdischen Komponisten stammen.

Der Wiener Jude hatte eine sehr grosse Liebe zur Stadt, in der er lebte und er entwickelte darüber hinaus einen echten Patriotismus, der sich besonders im Weltkrieg bewährte.

Vergessen war die Tatsache, dass die Juden in den Berufen, die sie ausübten, Spitzenleistungen vollbrachten, dass sie an die Aufgaben, die sie sich stellten, mit Begabung und Fleiss herantraten,

dass der Neid der nichtjüdischen Konkurrenz sehr oft seine Wurzel in der Unfähigkeit und Bequemlichkeit derer hatte, die sich als antisemitische Apostel betätigten.

Habicht, der neue Landesinspekteur, hatte Hitler das Versprechen gegeben, er werde Oesterreich nationalsozialistisch machen.

Die Entwicklung, auch nach der Machtübernahme in Deutschland, zeigte, dass dieses Ziel mit normalen politischen Mitteln nicht zu erreichen war. Trotz aller Propagandakunststücke gelang es der Partei nicht, wesentliche Erfolge zu erzielen. Die Arbeiterschaft, die Bauern, die Angehörigen der katholischen Verbände waren nicht zu erobern. Habicht griff also zu anderen Mitteln. Er verliess das Gebiet der Politik und leitete Bandenkämpfe gegen die Regierung und die vaterländische Bevölkerung ein. Ein kleiner Auszug aus den amtlichen Verzeichnissen der nationalsozialistischen Gewalttaten gibt ein gutes Bild davon, wie sich der Nationalsozialismus in den Besitz der Macht in Oesterreich bringen wollte: durch Sprengstoffanschläge, Mord, Terror.

Am 30. Juni 1932 verübten Angehörige der S.A. einen Ueberfall auf das Klubhaus des Countryklubs in Lainz und verletzten mehrere Gäste, darunter einen Diplomaten, schwer. Im Dezember 1932 verübten mehrere Mitglieder der S.S. einen Anschlag mit Tränengas in einem grossen Wiener Kaufhaus, der zu einer Panik unter dem Weihnachtseinkäufe besorgenden Publikum führte. Im Jänner 1933 wurde in den Geschäftsräumen einer Wiener Firma, deren Prokurist ein führender Nationalsozialist war, ein Sprengstofflager entdeckt, in dem sich u. a. nicht weniger als 44 Kilogramm Ammonit befanden.

Am 12. Juni 1933 setzten Sprengstoffanschläge im ganzen Bundesgebiet ein. In Wien wurde ein harmloser Juwelier durch die Explosion einer Höllenmaschine in seinem Geschäft getötet. Ein Warenhaus wurde durch einen Sprengstoffanschlag zerstört.

Am 19. Juni 1933 schleuderten zwei Nationalsozialisten gegen eine Abteilung christlicher Turner mehrere Handgranaten aus dem Hinterhalt. Ein Turner wurde getötet, mehrere schwer verletzt. Dieser besonders heimtückische Ueberfall veranlasste die Regierung, die Nationalsozialistische Partei und ihre Gliederungen in Oesterreich zu verbieten.

Anfang Oktober 1933 begann die nunmehr illegale Partei mit Tränengasanschlägen gegen Kauf- und Kaffeehäuser, sowie gegen Kinos. Es verging nun kein Tag, an dem durch solche Sprengstoffverbrechen nicht Hunderttausende von Schillingen an Sachschaden angerichtet wurden, an dem nicht Menschen verletzt und getötet wurden.

Gegen Ende Jänner 1934 nahm die Anzahl der Böller und Sprengstoffanschläge tagtäglich zu, um in den ersten Februartagen einen Höhepunkt zu erreichen. In diesen Tagen erlebte man bis zu vierzig Explosionen täglich.

Um den österreichischen Fremdenverkehr, der eine günstige Entwicklung zeigte, zu vernichten, sollten die Fremden durch Terrorakte ferngehalten werden. In den ersten Tagen des Monats Mai 1934 explodierten in verschiedenen Bahnhöfen Höllenmaschinen, die dort hinterlegt worden waren. In der Nacht zum 19. Mai wurden in ganz Oesterreich zahlreiche Bahnanlagen gesprengt, wodurch der Verkehr behindert und ungeheurer Sachschaden angerichtet wurde. In der Folgezeit verging kein

Tag, an dem nicht Sprengstoffanschläge gegen Bahnanlagen, Elektrizitäts- und Wasserkraftwerke, Telephonkabel, öffentliche Gebäude und Wohnungen vaterländisch gesinnter Personen erfolgt sind.

Ende des Monats Mai wurde zum Beispiel die Stadt Salzburg von einer Terrorwelle heimgesucht. Bomben explodierten vor dem fürsterzbischöflichen Palais, dem Festspielhaus, dem Schloss Leopoldskron, der Steueradministration und vielen anderen Gebäuden. Täglich wurden Leitungsmaste zersprengt, Schienen aufgerissen, Telegraphen- und Telephonleitungen zerstört. Gegen Ende Juni wurden die Druckrohrleitungen des berühmten Spullersee-Kraftwerkes in Tirol gesprengt. Die Elektrizitätswerke in Ruetz, Mühlau, Hall, Achenkirch, Leutschach und vielen anderen Orten waren das Ziel von Bombenanschlägen.

In Kufstein, wo ein Anschlag gegen die Wasserleitung erfolgte, fand man beim Obmann des »Bundes der Reichsdeutschen« 63 Kilogramm Ekrasit. Fast täglich wurden Organe der Executive, Mitglieder der Wehrverbände verletzt und getötet, Sprengstoffanschläge gegen die Gendarmerieposten, Pfarrhöfe und Heimatschutzlokale verübt.

Die Herkunft der Sprengmittel wurde in fast allen Fällen festgestellt. Es handelte sich um Material, das aus Deutschland nach Oesterreich eingeschmuggelt worden war. Der deutsche Rundfunk, die deutsche Presse standen im Dienst dieser Aktionen. Die österreichischen Flüchtlinge, die in Deutschland eine gastliche Aufnahme fanden, wurden in einer österreichischen Legion zusammengefasst, bewaffnet und militärisch ausgebildet. Jeder Attentäter konnte damit rechnen, dass er nach Deutschland geflüchtet, dort einen gesicherten Posten finden werde.

Wir hören seit der Eroberung Oesterreichs soviel von der Bedrückung der Nationalsozialisten durch die Regierungen Dollfuss und Schuschnigg. Es ist deshalb notwendig, zu zeigen, welche Taten die »Helden der Bewegung«, die »Märtyrer des Nationalsozialismus« vollbracht haben. Hitler verlangte in Berchtesgaden die Amnestierung der gleichen Leute, die Mord und Sprengstoffverbrechen begangen haben. Damit sind der Geist und die Methode des Nationalsozialismus deutlich genug beschrieben.

## Die Freischärler

Von den Schlachtfeldern des Weltkrieges kehrt der junge Oesterreicher heim. Etwa zwanzig Geburtsjahrgänge haben das gleiche erschütternde Erlebnis des Krieges gehabt, das unbürgerlichste und ungerichtetste Erlebnis, das sich bis dahin denken liess, ein Erlebnis jedenfalls, das weder die Väter noch Grossväter dieser Menschen in annähernd ähnlicher Form erfahren hatten. Die Begriffe, die bisher einem jungen Menschen als Gebrauchsanweisung für das Leben mitgegeben worden waren, stimmten nicht mehr. Die Frontsoldaten hatten jedenfalls die furchtbare Erfahrung gemacht, dass das, was ihnen ihre Eltern als Bild des Lebens und Bild der Welt geschildert hatten, nicht richtig war. Daraus liess sich der Schluss ziehen, dass diese Eltern sie entweder belogen oder dass sie in dieser Welt nicht recht Bescheid gewusst hatten. Beides ist gleich schlimm. Die erschütternde Feststellung, von seinen Eltern oder Erziehern belogen worden zu sein oder die Feststellung, dass sie aus eigener Unwissenheit Falsches gelehrt haben, zerstört die Autorität, zerstört auch die gesunde Tradition, erzeugt den Drang zu Neugestaltungen jeder Art.

Von den Schlachtfeldern des Weltkrieges, aus der Ukraine, aus Wolhynien, aus Serbien und Albanien, aus Italien kehrt der Oesterreicher heim und findet ein anderes Land, ein kleines verunstaltetes, dem Hunger preisgegebenes.

Aus diesen Menschen, die der Krieg hoffnungslos und innerlich verändert ausspeit, in ein Land ohne Hoffnung, das seine eigene Geschichte verdammt, entsteht der Typ des Freischärlers, des Menschen, dem der Krieg Beruf und Bedürfnis geworden ist, der Landsknecht, der das Kriegshandwerk, in dem er es zu etwas gebracht hat, für einen normalen Beruf hält, schon deshalb weil er einen anderen Beruf nicht erlernt hat oder nur sehr schwer erlernen kann, weil man ihm nie die Möglichkeit geboten hat, einer friedlichen Beschäftigung nachzugehen. Der Freischärler, der es nicht verstehen und nicht verwinden kann, dass er diesen seinen Beruf, in dem er sich Chargen und Auszeichnungen erworben hat, nicht mehr ausüben darf, weil es seinem missgestalteten Vaterland verboten worden ist, ein Volksheer zu halten, weil das Berufsheer, das man neu aufbaut, jede Tradition, für die er sich doch eingesetzt hatte, ablehnt, weil man das Heer für sinnlos hält in einer Zeit, in der die Parole »Nie wieder Krieg« Trumpf ist.

Dieser Heimkehrer, der so jung in den Krieg gegangen ist, dass es ihm vorher nicht möglich war, einen richtigen Beruf zu erlernen, er hält den Krieg für nicht beendet, er ist der Ueberzeugung, dass es nichts anderes gibt als die alte Frontkameradschaft, den alten Frontgeist, den Kampfgeist, der neue Erscheinungen herbeizuführen vermag. Mit diesem Typ des Freischärlers ziehen die vielen anderen, die der Krieg unbefriedigt gelassen hat. Die Reserveoffiziere, die aus einer ganz anderen Gesellschaftsschicht stammen und die es nun auch nicht verwinden können, dass sie nicht mehr Herren, sondern Volksschullehrer, kleine Angestellte, Arbeitslose sein sollen. Die Berufsoffiziere, die mit Undank belohnt sind, berufslos, mit Hungerpensionen, der allgemeinen Verachtung preisgegeben.

Zu unseren Freischärlern stossen die Adeligen, die ihre Beamtenlaufbahn aufgegeben haben, weil sie einer Republik nicht dienen wollen. Die alten Herren, die in diplomatischen Diensten die weite Welt gesehen haben, die Herrenhausmitglieder und Exminister, die jungen Herren, für die es nun keinen rechten Beruf gibt, seit der öffentliche Dienst den Adeligen fast völlig versperrt ist, sie sitzen auf ihren Schlössern und sind verdrossen. Jede Bewegung, die eine Aenderung bringen könnte, ist ihnen sympathisch.

Eine soziologische Schicht, die das Regieren nicht versteht, kommt ans Ruder und rudert schlecht. Die Sozialdemokratie will die ganze Macht erobern und überlegt das oben in den Führerschichten theoretisch, – unten ist man immer primitiver. Was oben als Druck formuliert wird, ist unten ein Fusstritt, was oben als Werbung bezeichnet wird, ist unten das schöne primitive »und willst du nicht mein Bruder sein, so hau ich dir den Schädel ein«. – Was man oben als Sozialismus versteht, ist unten die Sehnsucht nach Aufhebung fremden Privateigentums zu jeweils eigenen Gunsten des kleinen Gefolgsmannes, dem man seine diesbezüglichen Hoffnungen aus Gründen der Propaganda belässt. Hoffnungen sind immer noch der billigste Kaufpreis für Wählerstimmen gewesen.

So marschiert der, der durch den Krieg verloren hat, mit unserem Freischärler oder unterstützt ihn wenigstens. Der Freischärler ist ein Held. Ein missachteter Held. Einer, der das, was da ist, für schlecht hält; weil es ihm keinen Lebensraum bietet. In seinem Feldlager sind die Reaktion und die Revolution friedlich nebeneinander. Aber was ist das für ein Feldlager? Das sind verrauchte ärmliche Studentenbuden, in denen in langen Nächten über Büchern und Gesprächen die Petroleumlampe brennt, das sind möblierte Zimmer bei Beamtenwitwen, die einst bessere Tage gesehen haben, mit Familienbildern und Wandschonern, das sind Kleinwohnungen, in die sich Offiziere, die ihre Lebenshaltung an die neue Pension anpassen müssen, verkrochen haben, mit den alten Möbeln, die zu gross sind und an denen irgendwo noch die alten Zettel kleben, die anzeigen,



durch wieviel Garnisonen dieser Hausrat in der alten Monarchie gewandert ist, um in jeder Garnison heimatlich zu stehen. Die Heimat unserer Offiziere war die k.u.k. Armee. Mit dieser grossartigen, einzigartigen Armee ist auch die Heimat dieser Offiziere verschwunden, verschollen, untergegangen.

Dieses Feldlager ist in den Landschlössern, in denen die Adeligen sitzen, Grossbauern nun mit einer grossen Vergangenheit und mit einer Lebensart, die nur generationenlanges Herrenleben verleiht. Es ist in den Büros der Industriellen, die gegen die Macht der Arbeiterschaft eine Gegenmacht in den Freischärlern entstehen sehen möchten.

Mit den Freischärlern ist die Jugend. Die Jugend, die die entscheidenden Jahre der Reife ohne Väter verbracht hat, die ihre Lehrer innerhalb eines Jahres dreimal anderes lehren gehört hat, in der die Ideale des neuen Staates, wenn sie nicht von einer Partei erfasst sind, nie lebendig geworden sind. Die Jugend, die im Lager des Freischärlers die Romantik des Verbotenen wittert und findet, die Jugend, der immer noch das Heroische und das Radikale näher war als das Vernünftige und Gemässigte.

Der Krieg endet. Ich erinnere mich eines grossen Exerzierfeldes in der Nähe meiner Heimat, auf dem tausende von herrenlosen Pferden standen. Da kam, wer kam und da bekam, wer nahm. Ich erinnere mich einer Feldhaubitze, die als Feldscheuche aufgestellt war, der hungernden Heimkehrer aller Sprachen des alten Reichs, die stahlen, ihr Rüstungszeug verkauften und verhandelten, um zu leben, um weiter zu kommen. Ich erinnere mich der Aufrufe, die die Bildung einer freien Republik »Kärnten« proklamierten und der serbischen Kriegsgefangenen, die sich als Bestandteile der Heeresmacht des Königreichs SHS erklärten und für eigene Rechnung Teile des Landes besetzten. Niemand wusste, wer der Herr war und wo die Grenzen lagen. Und jeder versuchte der neuen Zeit etwas abzugewinnen. Jeder versuchte es mit dem Handel. Der Handel blühte. Mindestens zehn von hundert Leuten fühlten die Berufung in sich, Kaufleute zu werden. Import und Export stand auf den verschiedenen Visitenkarten, die an allen Türen hingen und es wurde kaum importiert und exportiert. Es wurden Waren gekauft, die nie existiert hatten und man verdiente an solchem Geschäft, weil sich immer noch jemand fand, der das, was da lediglich auf einem Geschäftspapier stand, zu viel höherem Preis wieder kaufte. Geld bedeutete nichts, Ware alles. Die Bauern liefen und zahlten ihre Hypothekarschulden. Sie gaben für das, was sie einst schwer belastet hatte, den Gegenwert einer Streichholzschachtel und waren schuldenfrei.

Die Wirtshäuser und die Kaffeehäuser waren Tag und Nacht überfüllt. Es wurde gefeiert. Man feierte das neue Leben, in dem man mühelos Geld verdiente, man feierte die neue Zeit, in der man nicht jeden Tag dem Tod ins Aug zu sehen brauchte. Nie wieder Krieg!

Und in den gleichen Strassen, in denen diese neue Zeit ihren Gespenstertanz aufführt, geht ein anderes Gespenst um, der Hunger. Der Staat ist zusammengebrochen, mit ihm seine Wirtschaft, seine Erwerbsmöglichkeiten. Aus dem ausgeglichenen Wirtschaftskörper eines 50 Millionenreiches ist ein Rumpf geworden, dessen Herz einen ganz anderen Blutkreislauf zu lenken gewohnt war und das nun nur noch leise schlägt. Der Arbeiter liegt auf der Strasse. Die Löhne passen sich nur mühsam den Lebenshaltungskosten an, und die Lebensmittelanlieferung ist unregelmässig. Die Geldscheine, die man hat, sind wertlos, und man bekommt nicht das dafür, was man braucht. Viele haben weder Geld noch Quartier. Auch aus dem Lager dieser Verzweifelten schreit man nach Umkehr.

Noch ist für Helden Verwendung. In Oberschlesien und im Baltikum, im Rheinland und in Kärnten. Jugend aus Oesterreich zieht unter den Fahnen der Freicorps gegen Polen, um gegen Korfanty zu kämpfen, gegen die Franzosen im Rheinland und gegen die Spartakisten, gegen die Jugoslawen in Kärnten und die Ungarn im Burgenland, gegen Spartakisten, Kommune und Arbeiterbattaillone. Hinter diesen Freicorpsfahnen marschiert der spätere Bundesführer der Heimwehr Fürst Starhemberg, der spätere Minister Dr. Ludwig Draxler und mit ihnen viele, die bis zur letzten Stunde auf der Seite Oesterreichs gestanden sind.

In Kärnten bilden sich in den Dörfern Heimwehren, die die eindringenden Jugoslawen abwehren, ohne Unterstützung der Wiener Regierung, ja gegen sie, im Kampf um die engste Heimat stehen. In Tirol, in Steiermark sammeln sich die Männer, die die Ordnung und ihr Eigentum bedroht sehen, zu Einwohnerwehren. An der Grenze von Bayern, wo eine abenteuerliche Räterepublik gebildet worden ist, schafft man Verbindungen zu den Organisationen, die den Kampf gegen diese staatliche Missbildung führen, zur »Orgesch«, wie sich die antimarxistische Organisation des Forstrates Escherich nennt. An der Spitze dieser Organisationen stehen Männer, die bereits irgendwo in der Politik eine Rolle gespielt haben. In Tirol, der Innsbrucker Rechtsanwalt Dr. Steidle, ein ausgezeichneter Volksredner, in Kärnten der Oberst Kliman, der später als Abgeordneter der Grossdeutschen Volkspartei Mitglied des Nationalrates wurde, in Steiermark Dr. Rintelen und Dr. Pfriemer. Hinter diesen Führern aber stehen die Freischärler als Stabschefs, Stabsleiter, Adjutanten und Unterführer. In Tirol der reichsdeutsche Major Waldemar Pabst, in Kärnten der Führer der Abwehrkämpfer Leutnant Fritz, Oberleutnant Schuster und wie sie alle hiessen, in Steiermark der Student der Technik Hans Rauter, in Oberösterreich Major Mayer.

Der Freischärler, der politische Soldat, bildet zunächst eine reine Defensivfront gegen die Terrorwelle, die von der Seite der Linksradiكالen ausgeht. Er fasst seine Mitkämpfer durch ein reines Negativprogramm zusammen: »Kampf gegen den Bolschewismus«. Dieser Kampf gegen den Bolschewismus aber beschäftigt die Freischärler zu wenig. Nun gibt es bereits Grenzen und die innerpolitischen Verhältnisse im Land haben eine gewisse Gestalt angenommen. Nun sitzt man in der Studentenbude, in den Sekretariaten, in den Wirtsstuben und in den Kaffeehäusern, in den Büros der Wirtschaftsführer und in den Schlössern der Adeligen, in den Wohnungen der Universitätsprofessoren und berät und bedenkt.

Es ist eine Kraft im Land vorhanden, die nach einer geregelten Bahn sucht, ein Strom, der Bett und Richtung braucht.

Ich erinnere mich der Zeit, in der wir alle irgendwo beisammensassen und Programme und Verfassungen niederschrieben. Die Idee, die schliesslich von allen, wenn auch nicht bis ins Detail, angenommen wurde, stammte von einem Professor der Wiener Universität, Dr. Othmar Spann. Spann schrieb ein Buch mit dem Titel »Der wahre Staat«. Diesen wahren Staat, den neuen Staat, wollten wir erobern, bauen, gestalten. Ich erinnere mich der unbändigen und rührenden Sehnsucht, die wir alle nach diesem neuen Staat in uns trugen. Ich träumte ihn mit meinen Kameraden schon in den Tagen, in denen der Kampf gegen die Jugoslawen für die Kärntner eine heilige Aufgabe war. In den Tagen, in denen der tolle Trubel der Inflation und des Schiebertums die Lokale unserer kleinen Städte erfüllte, und Nacht für Nacht die kleine Schar Getreuer unter Lebensgefahr die Linien hinein ins besetzte Land schlich, um unseren Freunden Hilfsmittel für den Kampf zu bringen, in den Tagen, in denen wir im Heimatschutzverband, der inzwischen eine machtvolle Organisation geworden war, arbeiteten. Ich träumte diesen neuen Staat mit meinen Kameraden in den Tagen, in denen die Heimwehren mächtig geworden waren und an die Tore der staatlichen Macht klopfen,

ich sah den neuen Staat vor mir, als Dollfuss in seiner Bauernart den neuen Plan umriss, nach dem er bauen wollte, – den neuen Staat, an dessen Aufbau ich später in wechselnden Positionen mitarbeiten sollte.

Wir träumten uns diesen Staat als einen Staat der Gerechtigkeit, einen Staat der Menschlichkeit, einen Staat der Ordnung, der Arbeit, der Freiheit, als einen Staat, in dem die soziale Frage in Gerechtigkeit gelöst wird.

Wir haben ihn geträumt und wir haben ihn geliebt.

Wir wussten es 1936, 1937, dass das, was in Oesterreich vorhanden war, ein Anfang, keineswegs eine Vollendung, sei. Nun haben wir ihn verloren, aber wir werden ihn suchen, bis wir ihn wieder finden werden.

## Die Vaterländische Front

Die Vaterländische Front war ursprünglich von Dollfuss als eine Dachorganisation für die Verbände gedacht, die sich auf seine Seite stellten. Erst später erhielt sie die Gestalt einer Einheitsorganisation, die als einziger politischer Verband dazu berufen sein sollte, die politische Willensbildung im Staate zu gestalten. Es liegt im Wesen des Oesterreichers, dass auch seine politische Einheitsorganisation, die von Gesetzeswegen Totalitätsansprüche stellen konnte, nicht ein starres Programm verkündete. Die V.F. vertrat kein Programm, denn sie war keine Partei.

Sie vertrat ein Prinzip. Dieses Prinzip umschrieb die Grundlinien, auf denen der neue Staat aufgebaut werden sollte.

Das Prinzip hiess: Wir wollen das freie, unabhängige, christliche, deutsche, ständisch gegliederte und autoritär geführte Oesterreich. Dieses Frontprinzip unterscheidet sich auf den ersten Blick dadurch von den Programmen anderer Art, dass es sich darauf konzentriert, ein ausschliesslich positives Bild vom neuen Staat zu zeichnen. Das Kämpferische steht bei diesem Grundsatz erst in der zweiten Linie. Die Ablehnung verschiedener Zustände und verschiedener Bestrebungen anderer Art lässt sich aus diesen positiven Grundsätzen wohl folgern – aber wie gesagt, erst in zweiter Linie.

Der Begriff der Freiheit wollte sagen, dass das neue Oesterreich trotz der autoritären Führung und trotz der Konzentration aller Staatsbürger auf das Gemeinwohl, auf die Freiheit des Einzelnen, nicht vergisst. Dieser Begriff der Freiheit bedeutete, dass es im neuen Staate dem Einzelmenschen erlaubt und möglich sein sollte, sein persönliches Ideal zu haben, sein Leben nach seinem eigenen Geschmack einzurichten, wenn er das, was des Staates ist, diesem Staat gegeben hatte.

Die Unabhängigkeit des Staates als zweiter Grundsatz wollte ausdrücken, dass dieses neue Oesterreich ein selbständiger Staat sein wollte, der nicht die Absicht hatte, in einem anderen Staat aufzugehen oder zu einem anderen Staat im Verhältnis eines Vasallen zu stehen.

Der dritte Punkt hiess: wir wollen ein christliches Oesterreich. Wohl kein Punkt der Grundsätze Dollfuss' ist mehr interpretiert worden als dieser. Aus einem sehr einfachen Grunde. Ein Teil der führenden Männer des dritten Oesterreich kam aus den Reihen der ehemaligen christlichsozialen Partei. Man sagte also »christlich«, das sei nichts anderes als »christlichsozial«, das sei einfach

»klerikal«, das sei die Herrschaft der Kirche und die Herrschaft eines Parteiklüngels. Dollfuss hatte aber unter »christlich« ganz etwas anderes verstanden. Er meinte, dass die Grundsätze, nach denen in diesem Staat regiert und verwaltet werden muss, christlich sein sollten. Er dachte dabei durchaus nicht etwa an einen Einfluss der Kirche, an eine Ausnahmestellung für die christlichsozialen Parteipolitiker, – im Gegenteil, er suchte nach Mitarbeitern aus allen Lagern, die mit ihm wirken wollten –; unter seiner Regierung sprach die Bischofskonferenz ein Verbot aus, das den katholischen Geistlichen untersagte, aktiv an der politischen Führung mitzuwirken. Tatsächlich hatten die neuen Vertretungskörper – Staatsrat und Bundeswirtschaftsrat – kein geistliches Mitglied. Im Bundeskulturrat war die Katholische Kirche als Religionsgemeinschaft ebenso wie die Protestanten und die Juden entsprechend vertreten.

In Oesterreich liegt hinter dem Wort christlich im täglichen Gebrauch eine ganz bestimmte Sprachbedeutung. Christlich heisst im Volksmund soviel wie anständig, gerecht, man versteht ebenso, um es noch klarer auszudrücken, unter »unchristlich«, unanständig, aber auch gottlos. Der Begriff »christlich« sollte sagen, dass im neuen Staat, bei klarer Scheidung der Grenzen zwischen Kirche und Staat, das staatliche Leben im Geiste christlicher Traditionen und christlicher Grundsätze geführt werden sollte. Freilich lag in diesem »christlich« auch noch eine andere Bedeutung. Christlich, das bedeutete eine Ablehnung der Propaganda für das Freidenkertum, die in den vergangenen Jahren betrieben worden war.

Die Betonung des deutschen Charakters des Staates war vorweg eine Absage an die wurzellosen Internationalismen und an das Weltbürgertum, die von verschiedenen Parteien propagiert worden waren, ein Bekenntnis zum deutschen Kulturkreis, dem das Land angehörte und die Bereitschaftserklärung, auch weiterhin so, wie in der Geschichte, mitzuwirken am Weiterbau der deutschen Kultur, an der Bewahrung des Volkstums und an der Festigung des Bekenntnisses zu Grund und Boden. Es mag sein, dass diejenige laute Propaganda, die das alleinige Rechte für sich in Anspruch nahm, zu entscheiden was deutsch ist und was nicht, und die den Oesterreichern das Deutschtum absprach, auch dazu beitrug, dass von Oesterreichischer Seite der deutsche Charakter des Staates immer wieder betont wurde. Notwendig wäre das nicht gewesen, denn in Oesterreich leben Deutsche und es wäre keinem Oesterreicher jemals eingefallen, zu erklären, dass er einer anderen als der deutschen Nation angehöre – freilich als Oesterreicher. Die Oesterreicher sind eben Deutsche von einer besonderen Art, die das jahrhundertlange Nebeneinander und Ineinander, auch Zueinanderleben mit anderen Völkerschaften geschaffen hat.

Das wesentlich neue an dem Grundprinzip, das Dollfuss für seinen Staat verkündete, war die ständische Gliederung, die er in der Verfassung vom 1. Mai 1934 verankerte.

Die ständische Verfassung Oesterreichs war ein Mittelding zwischen parlamentarischer Demokratie und Fascismus. Sie gab dem werktätigen Volk die Möglichkeit der Mitbestimmung und sicherte doch der autoritären Regierung, die im letzten Punkt des Dollfussprinzipes verlangt wird, die Möglichkeit rascher und klarer Entscheidungen.

Die Vaterländische Front sollte, wie gesagt, ursprünglich alle Gruppen und Verbände umfassen, die sich auf den Boden des Staatsprinzips stellten. Die politischen Parteien wurden aufgelöst. Die V.F. sollte der grosse Verband sein, dem jeder Oesterreicher, der sich nicht gegen den Staat stellte, angehören konnte. In den Berufsverbänden der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten die Mitglieder der V.F. die führende Rolle spielen, so dass der Geist dieser Berufsverbände im gleichen Staatsprinzip wurzelte. Es bildete sich neben der Territorialorganisation eine Anzahl von Hilfs- und

Nebenorganisationen, die den Mitgliedern die Möglichkeit gaben, ihre Sonderwünsche und Sonderinteressen im Rahmen der Gesamtorganisation zu vertreten.

Die Organisation der V.F. baute sich territorial auf. In jeder Ortsgemeinde bestand wenigstens eine Ortsgruppe. Die Ortsgruppen eines Gerichtsbezirks waren zu einem Bezirk der V.F. zusammengefasst, an dessen Spitze, so wie an der Spitze der Ortsgruppe ein Ortsgruppenführer, ein Bezirksführer stand. Die Bezirke eines Bundeslandes unterstanden einem Landesführer, deren es in Oesterreich neun gab. Der Chef der gesamten V.F. war der Bundeskanzler, der zugleich den Titel Frontführer führte. Die Zentrale war das »Generalsekretariat«, das später den Namen »Amt des Frontführers« erhielt und das der Leitung eines Generalsekretärs unterstand.

Dem Frontführer stand ein Stellvertreter zur Seite, dessen Wirkungskreis jedoch seit der Uebernahme der Frontführerschaft durch Dr. Schuschnigg nie genau umschrieben worden ist. Seit dem August 1934 war der spätere Chef des Bundespressedienstes und Bundeskommissär für Heimatdienst Oberst Walter Adam, Generalsekretär der V.F. Im Mai 1936 übertrug mir der Bundeskanzler nach meinem Eintritt in die Regierung diese Stelle, die ich bis zum 11. März 1938 innehatte. Seit der letzten Kabinettsumbildung war ich ausserdem zum Stellvertreter des Frontführers ernannt worden.

Neben der Territorialorganisation, die das Rückgrat der V.F. war und blieb, bestanden Nebenorganisationen für die Beamtenschaft des öffentlichen Dienstes (D.O. Dienststellenorganisationen), für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer privater Betriebe (B.O. Betriebsstellenorganisationen), für die Angehörigen des Berufsstandes Land- und Forstwirtschaft (Bauernbund) und für die Angehörigen des Berufsstandes Gewerbe (Gewerbebund). Der Ausbau dieser Hilfsorganisationen war im März 1938 bei weitem noch nicht vollendet. Erst nach Fertigstellung des berufsständischen Aufbaues sollten noch weitere Gliederungen, insbesondere für die Arbeiterschaft, ins Leben gerufen werden.

Vorerst bestand seit dem Jahr 1934 in der V.F. eine »Soziale Arbeitsgemeinschaft« (S.A.G.), die die Aufgabe hatte, die Arbeiterschaft an die V.F. heranzuführen und die Interessen der Arbeiterschaft im Rahmen der V.F. zu vertreten. Diese S.A.G. entwickelte sich langsam, aber solid. In tausenden von Sprechabenden wurde der Arbeiterschaft Gelegenheit geboten, ihre Gedanken und ihre Wünsche im politischen Leben zum Ausdruck zu bringen und zugleich den Geist des neuen Staates kennen zu lernen. Es war uns bewusst, dass von Seite der Revolutionär-Sozialisten und der Kommunistischen Partei immer wieder Versuche unternommen wurden, die S.A.G. zu einem Instrument für ihre illegale Arbeit zu machen. Es ist auch festzustellen, dass dies dort und da gelungen ist. In Summa muss jedoch gesagt werden, dass der Erfolg, den wir anstrebten – die Arbeitermassen an die politischen Organisationen heranzuführen – auch gelungen ist. Die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft wurde vom »Gewerkschaftsbund der Arbeiter und Angestellten« wahrgenommen, der eine freie Organisation war, nicht wie man im Auslande oft glaubte, eine Zwangsorganisation. Diesem Gewerkschaftsbund war es gelungen, die erdrückende Mehrheit der Arbeiterschaft in seinen Reihen zu sammeln. Seine Mitgliederstände waren weitaus höher als die der früheren »freien Gewerkschaften«. Auf politischem Gebiet versuchten wir durch die S.A.G. die Arbeiter und Angestelltenschaft immer mehr zur tätigen Mitarbeit in der V.F. zu bringen und sie davon zu überzeugen, dass der Geist des neuen Staates ein durchaus sozialer Geist war und die politische Einheitsorganisation des Landes den Arbeitern Raum und Möglichkeit zur Mitarbeit und Mitführung bot. Seit dem Herbst des Jahres 1937 war es denn auch gelungen, eine grosse Anzahl von Arbeitern in Führerstellen der V.F. einzubauen. Diese Methode des allmählichen Einbaus der Arbeiterschaft in die politische Einheitsorganisation begegnete mannigfacher Kritik. Die Verehrer

des alten parlamentarischdemokratischen Ideals hielten die Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung, die die Arbeiterschaft im neuen System erhalten sollte, für zu gering, die Verfechter der extrem fascistischen Ordnung witterten überall einen Rückfall in das frühere System und eine Hintertür, durch die die Demokraten und Bolschewiken in das neue System einbrechen könnten.

Beide Meinungen sind falsch. Die Instanzen der politischen Willensbildung in der Zeit der demokratischen Republik waren Partei, Parteivorstand und Nationalrat. Dem einzelnen Wähler wurde die Kandidatenliste für die »freie Wahl« durch den Parteivorstand vorgelegt. Er hatte nicht die Möglichkeit den Mann oder die Männer seines Vertrauens auszuwählen, er hatte nur die Möglichkeit, zu akzeptieren oder abzulehnen. Die Ausübung des passiven und aktiven Wahlrechts wäre nach der Vollendung der berufsständischen Verfassung weder erschwert, noch eingengt worden. Auch für die Durchführung von besonderen Wünschen blieben in den Kammern genugsam Instanzen übrig. Die Wahl der Vertrauensmänner in den Betrieben und in den Gewerkschaften, schliesslich in den Bundeswirtschaftsrat, in die Gemeindetage und Landtage, die Möglichkeit der Äusserung und Durchsetzung rein politischer Wünsche durch die »Wunschappelle« der V.F. und im Wege der Amtswalterschaft, schliesslich die Vertretung in kulturellen Angelegenheiten, für die die Wahlordnung in dem Bundeskulturrat geschaffen werden sollte, boten Möglichkeiten der Willensäusserung und der Wahl auf allen Gebieten. Es hat der Verfassung von 1934 an Möglichkeiten der Mitbestimmung des Einzelnen, an demokratischen Einrichtungen, nicht gefehlt. Gefehlt haben lediglich die Ruhe und die Zeit.

Die autoritäre Führung war durch die Verfassungsbestimmungen gewährleistet. Die Stellung und der Machtbereich des Bundeskanzlers boten alle Möglichkeiten, die Gefahr eines Rückfalles in die Parteienzeit auszuschliessen und der Staatsführung, die in diesen Zeiten notwendige Stabilität und die Möglichkeit zur Fassung rascher Entschlüsse zu geben.

Die Vertrauensleute der S.A.G. entstammten zum kleineren Teil den ehemals christlichen Gewerkschaften und um die Jahreswende 1937/38 bereits zum grösseren Teil der ehemals sozialdemokratisch organisierten Arbeiter- und Angestelltenschaft. Das Jahr 1938 hätte – eine ruhige Entwicklung vorausgesetzt – sicherlich eine Konsolidierung der Regierungspolitik auf der Seite der Arbeiterschaft gebracht. In vielen Gemeindetagen war die Arbeiterschaft noch zu gering vertreten, in den kulturellen Organisationen wäre der Arbeiterschaft noch Vieles zur Selbstverwaltung übergeben worden. Die Pläne hiezu waren fertig. Es fehlte nur an Ruhe und Zeit.

Im Jahr 1937 entstand die Idee, innerhalb der V.F. eine Hilfsorganisation zu schaffen, deren Aufgabe es gewesen wäre, die abseits stehenden nationalen Gruppen, die zur Mitarbeit bereit waren, zu erfassen.

Der Bundeskanzler wollte im Rahmen der Territorialorganisationen Referate einrichten, deren Aufgabe es sein sollte, diese nationalen Kreise an die V.F. heranzuführen. Für die Referate wurde der nicht ganz zutreffende Name »Volkspolitische Referate« erfunden. Diese Referate nahmen ihre Tätigkeit erst gegen Ende des Jahres 1937 richtig auf, sie waren nicht mehr im Stande ihre Aufgabe zu erfüllen.

Die Hilfsorganisationen, (Dienststellenorganisationen, Betriebsstellenorganisationen, S.A.G. und Volkspolitische Referate) waren den Territorialorganisationen eingeordnet und unterstanden den entsprechenden Gebietsführern (Ortsgruppenleiter, Bezirksführer, Landesführer). Im Amt des Frontführers nahmen jedoch eigene Bundesleiter die Interessen der Hilfsorganisationen für das

ganze Bundesgebiet wahr. Für die S.A.G. fungierte bis in die letzte Zeit der ehemalige Staatssekretär für Arbeiterschutz Hans Grossauer als Bundesleiter. Er wurde im Feber 1938 durch den Bundesminister Hans Rott abgelöst. Beide Funktionäre waren aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen und genossen das Vertrauen der Arbeiterschaft. Das Volkspolitische Referat wurde zuerst von Dr. Walter Pembaur aus Innsbruck geleitet, in den letzten Wochen stand ihm Dr. Seyss-Inquart vor, dem als Stellvertreter Dr. Jury beigegeben war.

Es ist selbstverständlich, dass die politische Aufgabe der V.F. als einer Monopolorganisation anders geartet sein musste als etwa der politische Aufgabenbereich einer politischen Partei in einem parlamentarisch-demokratischen System. Die politische Partei ist darauf angewiesen, ihren Wählern Versprechungen zu machen und diese zu erfüllen. Eine Monopolorganisation sieht nicht die Notwendigkeit vor, sich durch Demagogie Wähler zu gewinnen und zu erhalten.

Die Partei hat die Aufgabe, ihren besonderen Wählerkreis nach einem bestimmten Geschmack zu vertreten. Die politische Monopolorganisation hat die Gesamtheit der Staatsbürger zu vertreten und kann die Vertretung der wirtschaftlichen Einzelinteressen den mit grossen Machtvollkommenheiten ausgestatteten berufsständischen Organisationen überlassen.

Die politische Partei lebt zum grossen Teil von Polemik und Propaganda. Die politische Aufgabe der Monopolorganisation kann zum grössten Teil Dienst am Volk, Dienst an der Gemeinschaft sein. Dieser Gedankengang hat zur Gründung einer Reihe von Werken der V.F. geführt, die unter dem Sammelnamen »V.F. Werke« bekanntgeworden sind.

Noch Dollfuss selbst hat zwei dieser Werke gegründet, das »Mutterschutzwerk« und das »Kinderferienwerk«.

Das Mutterschutzwerk hatte die Aufgabe übernommen, den Gedanken der Familie zu pflegen, der Mutterschaft wieder die geachtete und bevorzugte Stellung in der Volksgemeinschaft zu vermitteln, die in den Jahren nach dem Umsturz verloren gegangen war. Die Geburtenziffern in Oesterreich, wobei die Stadt Wien einen entscheidenden Ausschlag gab, war erschreckend klein geworden. Die »Angst vor dem Kind« war in der wirtschaftlich schweren Zeit eine begreifliche Erscheinung. Allerdings entstammte diese Angst vor dem Kind auch noch anderen als wirtschaftlichen Bedenken. Die Geburtenziffer war in bäuerlichen und in Arbeiterkreisen, in der minderbemittelten Bevölkerung also, nicht in dem Mass gesunken wie gerade in den Reihen des begüterten Mittelstandes, der bürgerlichen und grossbürgerlichen Schichten. Hier war der Grund für die Kinderlosigkeit und das Ein- und Zweikindersystem einfach die Bequemlichkeit der Eltern. Das Mutterschutzwerk stand vor grossen Aufgaben. Es hatte die Mütter aus den armen Bevölkerungsschichten zu unterstützen und zu pflegen, ihnen die Sorge, die die Schwangerschaft und die Entbindung mit sich bringen, zu erleichtern und ausserdem durch Aufklärung und Propaganda die Stellung der Mutter in den Augen der Bevölkerung wieder zu hohem Rang zu erheben. Dieser Aufgabe kam unser Werk in vorbildlicher Weise nach. In tausenden von Kursen über Säuglingspflege wurden jungen werdenden Müttern die notwendigen praktischen Aufklärungen für die Pflege ihres Kindes gegeben, hunderttausende von Paketen, in denen Wäsche und Pflegegerät, aber auch Lebensmittel enthalten waren, kamen zur Verteilung. In den Sommerwochen wurden kinderreiche Mütter auf Erholung geschickt, während freiwillige Helferinnen in dieser Zeit ihren Haushalt führten. In schöner Umgebung, liebevoll gehegt, fanden diese Mütter wieder neue Kraft und neuen Mut für ihre grosse aber schwere Aufgabe.

Besondere Pflege fanden aber auch arme, unverheiratete Mütter in den grossen und modern eingerichteten Entbindungsheimen des Mutterschutzwerkes. Hier wurden die Mädchen zwei Monate vor der Geburt aufgenommen und blieben über die Entbindung hinaus zwei Monate mit ihrem Kind im Heim. Sie wurden in dieser Zeit mit neuzeitlicher Kinderpflege vertraut gemacht und zugleich in allen Zweigen des Haushaltes und im Kochen unterwiesen. Bevor die Mutter mit ihrem Kind das Heim verliess, wurde Vorsorge getroffen, dass beide ordentlich untergebracht wurden. Wieviele verzweifelte, trostlose Mütter haben diese Häuser betreten und mit viel Kraft und Zuversicht haben sie sie verlassen.

Der arbeitenden Mutter die Sorge für ihr Kind während des Tages abzunehmen, war eine weitere Aufgabe. In allen grösseren Orten, besonders in den Industriegebieten, unterhielt unser Werk Anstalten, die die Kinder aus solchen Familien morgens aufnahmen, verpflegten, beschäftigten und an die Mutter am Abend wieder abgaben.

Der Muttertag wurde im ganzen Land als Festtag gefeiert. Die Mütter wurden zu Feiern eingeladen, bei denen sie geehrt und beschenkt wurden.

An der Spitze des Mutterschutzwerkes stand Frau Minna Wolfring, eine ausserordentliche Frau, eine von ihrer Aufgabe besessene Arbeiterin, der die Frauen, Mütter und Kinder Oesterreichs unendlich viel zu verdanken haben.

Das zweite Werk, das noch Dollfuss selbst gegründet hatte, war das Kinderferienwerk der V.F. Dieser Institution standen alljährlich drei Millionen Schilling zur Verfügung, die dazu verwendet wurden, Kindern aus armen, kinderreichen Familien gesunde Ferien zu vermitteln. Alljährlich brachte dieses Werk an die 50.000 armer Kinder auf sechs bis acht Wochen in die Alpenländer, wo sie unter guter Aufsicht glückliche und gesunde Ferien verlebten. Auch Kinder von Oesterreichern, die im Ausland leben, luden wir durch das Ferienwerk für den Sommer ein. Es mag unter den mehr als zweihundertfünfzigtausend Kindern, die Gäste unseres Ferienwerkes gewesen sind, wohl keines geben, das sich nicht mit Freude an die Zeit erinnert, die es in unseren Heimen und Lagern verbracht hat – auch keines, das dem Leiter des Werkes, Dr. Auer, nicht eine freundliche Erinnerung bewahrt hat.

Die Aufnahme in diese beiden Werke, Mutterschutzwerk und Kinderferienwerk, war nicht etwa von der Mitgliedschaft der Eltern bei der vaterländischen Front abhängig. Allein massgebend war vom Anfang bis zum Ende die Bedürftigkeit.

Das dritte und vierte Werk der V.F. wurden unter meiner Amtszeit ins Leben gerufen: Das V.F. Werk »Oesterreichisches Jungvolk« und das V.F. Werk »Neues Leben«.

Das erste war die Jugendorganisation der vaterländischen Front, das zweite ein Verband zur Pflege des kulturellen Lebens und der Freizeitgestaltung.

Das »Oesterreichische Jungvolk« ging aus den beiden Jugendverbänden des Heimatschutzes und der Sturmcharen hervor. Die Mitgliedschaft beruhte auf Freiwilligkeit. Mit den Verbänden der katholischen Aktion bestand nach langen und mühsamen Verhandlungen eine enge und freundliche Aktionsgemeinschaft. Die Führung war eine gemeinsame.



Das »Oesterreichische Jungvolk« hatte im März 1938 einen Mitgliederstand von etwa 130.000 Buben und Mädchen. Die Verbände der katholischen Aktion dürften in Summa etwa über 300.000 Mitglieder verfügt haben.

Auch die Organisation »Oesterreichisches Jungvolk« befand sich erst im Aufbau. Vorerst wurden alle Kräfte auf die Führerausbildung verwendet, für die in Wien zwei eigene Schulen eingerichtet waren. Bei der Jugend selbst fand der frische Geist, der in seiner kritischen Haltung auch vor den Einrichtungen des Staates und insbesondere der V.F. nicht halt machte und von mir immer nachdrücklichst darin unterstützt wurde, viel Anklang. Wir vermieden es, der Jugend allzuvielen Anweisungen oder Richtlinien zu geben. Sie sollte sich ihr Weltbild und ihr Welterlebnis aus dem Boden des Dollfussprinzips selbst entwickeln und selbst aufbauen. Es zeigte sich auch bald, dass ganz frische und im gesunden Sinn revolutionäre Züge in der Jugend auftauchten, deren Weiterbildung durchaus in unserem Sinn lag, weil wir von dieser Jugend nicht die Uebernahme sondern die Neuerobung der Ideen des Staates erwarteten. Die Stunden, die ich mit den Führern und Mitgliedern unseres Jugendverbandes verbracht habe, waren immer Stunden innerer Erhebung und in der schweren Zeit Stunden des Trostes und der Zuversicht.

Hier wuchs eine neue Generation heran, der das Bekenntnis zu Oesterreich in Fleisch und Blut überging und die mit Idealismus und Begeisterung der österreichischen Idee einen weiteren Raum und ein neues nationales Gesicht zu geben versprach.

An der Spitze des Jungvolks stand der Bundesjugendführer Georg Graf Thurn-Valsassina, der in seiner Amtsführung von seinem Generalsekretär Heinrich Reimitz unterstützt wurde.

Das letzte V.F. Werk war die Freizeitorganisation »Neues Leben«. In diesem Werk, das im Februar 1938 an die 500.000 Mitglieder besass, unternahmen wir es, dem Volk für seine freie Zeit verbesserte und verbilligte Möglichkeiten zur Erholung, Unterhaltung und Bildung zu geben. Auf allen möglichen Gebieten setzten wir mit unserer Arbeit ein. Für das Theater bestand die »Oesterreichische Kunststelle« des »Neuen Lebens«, die die Aufgabe hatte, den verbilligten Theaterbesuch zu organisieren. Im Theaterwinter 1937/38 kaufte die Kunststelle von den Wiener Theatern allein für mehr als eine Million Schilling Eintrittskarten, die sie verbilligt an ihre Mitglieder weitergab. Das Budget der meisten Wiener Theater war auf die Verträge mit unserer Kunststelle aufgebaut. Diese Verträge garantierten den Direktoren die tägliche Abnahme einer bestimmten Kartenanzahl. Ausserdem wurden die meisten Theater dazu verpflichtet, für Arbeitslose Freivorstellungen zu veranstalten.

Wir wollten aber nicht nur unseren Mitgliedern in Wien und in den grossen Städten gutes Theater bieten. Deshalb begründeten wir eine Wanderbühne, die in etwa 120 kleineren Ortschaften des ganzen Bundesgebietes ihre Vorstellungen veranstaltete. Wir engagierten junge begabte Schauspieler, die sich der neuen Aufgabe, an der die ganze Romantik der alten Wanderbühnenzeit haftete, mit Begeisterung unterzogen. Und es war mühsame Arbeit, die hier geleistet werden musste. Täglich fanden drei Vorstellungen statt: ein Märchenstück für die Kinder am Nachmittag, eine Klassikeraufführung am frühen Abend und ein Gesellschaftsstück am späten Abend. Dreimal täglich mussten die Schauspieler vor ein jeweils verschieden geartetes Publikum und nach Schluss der letzten Vorstellung gewöhnlich noch die Reise in den nächsten Spielort antreten.

Die Länderbühne hat in den zwei Jahren ihres Bestandes vor mehreren hunderttausend Zuschauern in Oesterreich gespielt: Goethe, Shakespeare, Calderon, Schiller, Grillparzer, Nestroy, Goldoni und

viele moderne Autoren. Die grösste Leistung der Länderbühne aber bestand wohl darin, dass sie die Konkurrenz mit dem Kino siegreich bestand. Wo unsere Länderbühne spielte, waren die Kinos leer. Die kleinen unbekannteren Wunderschauspieler siegten über Greta Garbo und Clark Gable.

Eine grosse Reiseorganisation besorgte billige Gesellschaftsreisen und billigen Erholungsurlaub. Grosse Konzerte boten gute Musik.

Dichter hielten Vorlesungen, zur Weihnachtszeit fanden Bücherausstellungen statt, Bilderausstellungen wurden auf die Reise geschickt, um das Verständnis für die bildende Kunst zu stärken. Das Handwerk wurde angeregt, gute und schöne Möbel und Gebrauchsgegenstände anzufertigen, die alte, bodenständige Traditionen wiederaufnahmen und billig waren. Sie wurden in Ausstellungen gezeigt und mit Preisen ausgezeichnet.

Alter Volksbrauch, Volksmusik, Volkstanz und Laienspiel wurden der Vergessenheit entrissen und von Neuem lebendig gemacht. Kurse, Vorträge jeder Art wurden veranstaltet und boten Anregung und Bildung.

Das Werk »Neues Leben« wurde von keiner Stelle finanziell unterstützt. Was es leistete, leistete es aus eigener Kraft. Das verdient besonders erwähnt zu werden, weil ähnliche Organisationen in anderen Ländern ihre Leistungen wesentlich auf ungeheure Subventionen stützen.

Es ist oft gesagt worden, das »Neue Leben« sei nichts anderes als eine Kopie des deutschen »Kraft durch Freude« oder des italienischen »Dopolavoro« gewesen. Das war durchaus nicht so. Beide Organisationen, in Deutschland wie in Italien, sind Bestandteile der offiziellen Arbeitnehmerorganisationen und lediglich für Arbeitnehmer bestimmt. Das »Neue Leben« war eine freie Organisation, in die jeder eintreten konnte. Bildungsniveau und Einkommen etwa der Kleinbauern, Gewerbetreibenden und Arbeiter sind nicht wesentlich voneinander verschieden. Wir wollten in unserer Organisation Angehörige aller Berufsschichten vereinigen und den Dienst des »Neuen Lebens« als Dienst für das ganze Volk leisten.

Dem V.F. Werk »Neues Leben« stand in der ersten Zeit Dr. Rudolf Henz erfolgreich vor. Bis zum Ende leitete ich dann selbst dieses Werk, das meine Lieblingsschöpfung war.

Man fragte mich oft, was diese V.F. Werke, die seitab der Politik ihre Aufgaben zu erfüllen hatten, mit der V.F. zu tun hätten, deren Aufgabe es doch war, eine politische Organisation zu sein. Man verwechselte die V.F. immer wieder mit einer politischen Partei. Eine politische Partei muss werben und um die Erhaltung und Vergrösserung ihrer Macht bemüht sein. Politik ist für sie Kampf um die Macht.

In Oesterreich gab es keine politischen Parteien. So hatte denn unsere Politik Dienst am Volk zu sein. Diesen Dienst am Volk erfüllten auf verschiedenen Gebieten die Werke der V.F.

Wer sich auf den Boden des Staates stellte und mitarbeiten wollte, war uns willkommen, wer gegen die Front und gegen den Staat war, hatte die Möglichkeit, neutral zu bleiben oder gegen den Staat illegal zu kämpfen. Wer neutral blieb, konnte es sein, ohne von irgend einer Seite belästigt zu werden. Wer sich aber illegal betätigte, mit dem hatte sich nicht die V.F., sondern die Polizei zu befassen.

Die Werbung für das neue System und für den neuen Staat unterstand einer eigenen Institution, die den Namen »Bundeskommisariat für Heimatdienst« führte. In der ersten Zeit nach der Gründung, die noch von Dollfuss selbst vollzogen wurde, leitete Dr. Richard Steidle, der Tiroler Heimwehrführer, dieses Amt; später und bis zum Ende, Oberst Walter Adam.

Die V.F. erhielt von der Regierung für ihre Organisation keinerlei Unterstützung. Sie erhielt sich und ihre Werke mit Ausnahme des Kinderferienwerks aus den eigenen Einnahmen.

Die V.F. hatte etwa drei Millionen Mitglieder. Vor dem Herbst 1937 waren es etwa 2,500.000 gewesen. Die für den ersten November 1937 angeordnete Mitgliedersperre brachte es mit sich, dass sich die Bestände um eine halbe Million erhöhten. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag betrug pro Monat 20 Groschen. Die Mitgliedsgebühr war nach den Einkommensverhältnissen gestaffelt. Mit zwei Hilfsorganisationen, dem Bauernbund und dem Gewerbebund hatten wir Pauschalverträge, was eine weitere Ermässigung mit sich brachte. Für Arbeitslose und Familienangehörige von Mitgliedern, die Familienerhalter waren, kamen ganz geringe Beiträge zur Einhebung. Das Inkasso blieb, trotz recht guter Organisation, bei etwa 15 % der Mitglieder aus verschiedenen Gründen undurchführbar und kostete annähernd 10 % an Spesen.

Die V.F. war weder von der Entrichtung der Postgebühr noch von sonstigen öffentlichen Abgaben befreit. Sie hatte für alle Lokale, die sie benutzte, auch in öffentlichen Gebäuden, ebenso wie für das Haus der Zentrale in Wien, beträchtliche Mieten zu entrichten. Grosse Veranstaltungen, die regelmässig stattfanden, brachten grosse Ausgaben mit sich. Die einzelnen V.F. Werke wurden von der Zentrale allmonatlich unterstützt. Wir beschäftigten etwa dreihundert Angestellte.

Daraus ergibt sich, dass die V.F. nicht in der Lage war, grosse Reserven anzusammeln. Im März 1938 besass die Zentrale in Wien einschliesslich der Sonderkonti, ein Vermögen von etwa zwei Millionen Schilling, das in österreichischen Banken lag. Dazu kam das Ergebnis des Frontarbeitsopfers, das dazu bestimmt war, den Neubau des Fronthauses am Ballhausplatz in Wien zu finanzieren, der Dollfuss-Denkmal Fond, aus dem das Dollfussdenkmal auf dem Ballhausplatz und die Dollfuss-Führerschule im Schönbrunner Schlosspark erbaut werden sollten. Schliesslich waren noch bedeutende Summen als Sammelergebnis für die Volksbefragung in den letzten Tagen eingegangen.

Nach meiner Abreise aus Oesterreich haben nationalsozialistische Stellen das Gerücht verbreitet, von diesen Geldern der vaterländischen Front seien beträchtliche Beträge ins Ausland gebracht worden. Die massgebenden Stellen der nationalsozialistischen Führung wissen so gut wie ich, dass diese Nachrichten nur den Zweck hatten, mich vor der Welt zu verleumden. Ein nationalsozialistischer Minister hat die verfügbaren Mittel der V.F. in barem Geld übernommen und quittiert.

Abschliessend sei gesagt, dass die Geldgebarung der V.F. stets eine geordnete und sparsame gewesen ist. Wir hatten eine Organisation ohne Schulden und verzichteten darauf, uns auf Kosten der Presse und der Wirtschaft weitere Einnahmequellen zu sichern.

Wer damals in Oesterreich die Beiträge und Spenden kritisiert hat, zu denen die V.F. aufrief, der ist indessen wohl zur Erkenntnis gekommen, wie bescheiden unsere Organisation im Vergleich zu anderen gewesen ist.

Rückblickend muss ich heute sagen, dass selbst die Ansammlung der relativ geringen Reserven, die wir betrieben haben und die uns besondere Sparsamkeit in der täglichen Arbeit auferlegte, falsch war. Mich schmerzt heute jeder Groschen, den wir nicht zum Ausbau und Aufbau der Kernorganisation ausgegeben haben.

Bis zum Jahre 1937 gehörte die freiwillige Miliz unter dem Namen »Frontmiliz« der V.F. an. Durch Gesetz wurde sie später zu einem Bestandteil der bewaffneten Macht gemacht und in die Kompetenz des Landesverteidigungsministeriums übergeleitet.

Aus dieser Ueberleitung ergab sich für uns die Notwendigkeit, an den Aufbau einer neuen Organisation zu schreiten, deren Mitglieder bereit sein sollten, auch in militanter Form für die V.F. zu wirken. Wir brauchten eine Organisation, in der die aktivsten Mitglieder der Front jüngeren Alters nach ihrer Art wirken konnten. Die junge Generation braucht den soldatischen Geist, das Rückgrat der Disziplin, die Stärke der Kameradschaft.

Wir schufen das »Sturmcorps der V.F.«, das im März 1938 erst im Aufbau begriffen war. Schon die ersten Hundertschaften, die wir aufstellten, zeigten, wie leicht es uns gefallen wäre, im Laufe eines Jahres eine Eliteorganisation von 30 bis 50.000 Leuten im Alter von 19 bis 30 Jahren aufzustellen, die einen festen Rückhalt für die zivile Organisation und das Regime geboten hätten. Die Schaffung des Sturmcorps entsprach dem lebhaften Wunsch unserer jungen Mitglieder. Leider haben Schwierigkeiten in der Führung der V.F. den Aufbau wesentlich erschwert und verzögert.

In den ersten Monaten des Jahres 1938 sollte überdies aus den Mitgliedern eine Sondergruppe der Verlässlichsten geschaffen und im »Frontring« zusammengefasst werden.

Es lag bei einer Massenorganisation wie es die V.F. war auf der Hand, dass nicht alle Mitglieder sich durch besondere Einsatzbereitschaft und Ueberzeugungstreue auszeichneten. In unserem Lager standen Opportunisten und Gleichgültige wie in jeder grossen Organisation. Vielfach hatten sich auch politische Gegner eine Mitgliedskarte gesichert, um die Vorteile, die mit der Mitgliedschaft verbunden waren, zu erlangen.

Unsere Amtswalter leisteten ihre Arbeit ehrenamtlich. Ohne dieses grosse Heer freiwilliger Helfer, die nur aus Ueberzeugung sich zur Verfügung stellten, wäre es nie möglich gewesen, die grosse Organisation der Front im ganzen Bundesgebiet aufrecht zu erhalten. Das, was die Nationalsozialisten ein »Häuflein bezahlter Subjekte« nannten, war in Wahrheit eine grosse Armee von österreichischen Idealisten.

Zum Teil stammten unsere Funktionäre aus einer Zeit, in der die politischen Parteien und die Wehrverbände noch bestanden. Wir hatten einen grossen Block von Menschen in Führerstellen, die vorher noch in keiner politischen Bewegung gearbeitet hatten. Selbstverständlich gab es unter diesen Umständen auch Fehlbesetzungen. Dass es aber trotz dieser Schwierigkeiten möglich war, die gestellten Anforderungen zu erfüllen, spricht für die Amtswalterschaft.

Die V.F. hatte sicherlich viele Fehler. Die Nationalsozialisten haben ihr vorgeworfen, dass die Qualität ihrer Amtswalter oder ihrer Mitglieder schlecht gewesen sei. An anderer Stelle spreche ich von der qualitätsmässigen Zusammensetzung der illegalen österreichischen Nationalsozialistischen Partei. Ich wünsche, dass meine Darstellung den Charakter vollkommener Gerechtigkeit trägt. Deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang betonen, dass in jeder menschlichen Gemeinschaft

eine gewisse Anzahl von Schweinehunden ihr Wesen treibt. Die Aufgabe der Führung einer Gemeinschaft besteht darin, diese Schweinehunde zurückzudrängen und nicht zur Geltung kommen zu lassen. Die Geschichte wird darüber entscheiden, in welchem Masse das der V.F. und in welchem Masse das den Nationalsozialisten in Oesterreich gelungen ist.

So lange die berufsständische Verfassung noch nicht vollendet war, befand sich die V.F. ihrerseits in einem Uebergangsstadium. Die Vorbereitungen für die Schaffung eines endgültigen Zustandes waren getroffen. Es mag mit ein Grund für die Eile, die der deutsche Nationalsozialismus an den Tag legte, in Oesterreich einzumarschieren, darin gelegen gewesen sein, dass man zur Erkenntnis kam, dass die V.F. nach der Fertigstellung der Verfassung in neuer Gestalt mit dem Volke unlösbar verbunden gewesen wäre.

## Dreimal Revolution

Februar 1934

Es gilt eine Geschichtslüge auszurotten. Die Geschichte des Februar 1934 ist nicht die Geschichte eines Existenzkampfes der Arbeiterschaft um ihre primitivsten Rechte, sondern die tragische Geschichte der fundamentalen Verständnislosigkeit der Führung der österreichischen Sozialdemokratie für die historische Entwicklung in ihrem eigenen Lande und in Europa.

Die Geschichte des Februar 1934 ist das Endkapitel einer tragischen Entwicklung, an der durchaus nicht etwa Dollfuss und seine Mitarbeiter die Schuld allein trugen, sondern im grössten Masse die Führung der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich.

Für diese Behauptung ist der historische Beweis zu erbringen. Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs, die seit ihrem Hainburger Parteitag im Jahre 1889 von Erfolg zu Erfolg geschritten war, stand im Jahre 1918 vor zwei Ereignissen, auf die sie nicht vorbereitet war. Vor der Begründung einer katastrophal kleinen selbständigen demokratisch-parlamentarischen Republik Oesterreich und vor der Bahre ihres eigentlichen Führers und Kopfes Viktor Adler, einer der charaktervollsten und bedeutendsten Erscheinungen in der Politik der letzten Jahrzehnte.

In der konstituierenden Nationalversammlung war die Sozialdemokratie die einzige revolutionäre und republikanische Partei. So konnte sie den Sturz des alten Systems als ihren Erfolg, die junge Republik als ihren Staat ansehen. Die bürgerlichen Parteien waren in den Hintergrund gedrängt, es fehlte ihnen an Ideen, an Mut, an Persönlichkeiten. Der österreichische Patriotismus wurde ausgerottet. Wer sich zu Oesterreich und seiner Tradition bekannte, wurde als Reaktionär beargwöhnt, als Staatsfeind verdächtigt.

Die Sozialdemokratie war aber trotzdem in einer sehr schwierigen Lage. Sie sah ihre Machtstellung von zwei Seiten bedroht: Von den kommunistischen Staatsgründungen in Ungarn und Bayern und von einer bürgerlichen Mehrheit im Innern, die, allerdings noch nicht geformt, in der kleinen, neuen Republik herumtastete und -tappte, wie ein Blinder in einem fremden Haus.

Der Gefahr einer Ueberflutung durch linksradikale Elemente setzte die Partei ein eigenes radikales Programm entgegen. Gegen die bürgerlichen Parteien führte sie einen energischen, von revolutionärem Schwung getragenen Kampf. Diese Radikalisierung der eigenen Reihen und die Scharfkantigkeit, mit der man gegen das bürgerliche Lager vorging, waren die Ursachen der Widerstandsbewegung, die sich einige Jahre später mit steigendem Erfolg in den bürgerlichen Kreisen bemerkbar machte.

Der neue Staat, die herbeigesehnte Republik, war da. Nun galt es, diesen neuen Staat auch mit neuem Geist zu erfüllen. Auch ein Gegner der Sozialdemokratie muss zugestehen, dass die Grundlinien der haltbaren Sozialgesetzgebung so viel ausmachten, dass der österreichische Sozialminister Professor Dr. Resch, der in den meisten Kabinetten der Nachkriegszeit das Sozialministerium geleitet hat, im Herbst des Jahres 1937 feststellen konnte, dass die österreichische Sozialgesetzgebung eine der besten und modernsten der Welt war. Die Reformen des ersten französischen Volksfrontkabinetts etwa waren für Oesterreich längst eingelebte und

bewährte Einrichtungen. Die Forderungen der französischen Arbeiterschaft von heute, waren im Oesterreich von gestern zum Grossteil erfüllt.

Freilich brachte die Partei neben Modernem und Richtigem viel Undurchführbares, Demagogisches aus den Schreibtischladen ihrer Theoretiker in das Gesetzblatt der Republik. Dass sie nicht Mass halten konnte und den Staat von 1918 als ein Uebergangsgebilde zur Diktatur des Proletariats ansah, war einer ihrer Fehler. Der zweite bestand in der für uns heute völlig unverständlichen Verdammung der Geschichte des eigenen Vaterlandes.

Dem verstorbenen Parteiführer Dr. Viktor Adler folgte ein Theoretiker der Politik, der jüngst verstorbene Dr. Otto Bauer. Otto Bauer gab der österreichischen Sozialdemokratie ihre Ideologie, die die Demokratie als ein Uebergangsstadium für die Erreichung des letzten Zieles, die Errichtung der Diktatur des Proletariats ansah. Es besteht eine gewisse Aehnlichkeit zwischen dem legalen Weg zur Macht, wie ihn Hitler gegangen ist und den Vorstellungen, die Otto Bauer hatte. Beide wollten die volle Macht im Staate, um mit Hilfe dieser Macht die Grundlagen der Legalität, durch die sie an die Macht gekommen waren – oder wären – zu beseitigen oder wenigstens abzuändern.

Eine gewisse Sympathie hatte ja auch Otto Bauer für Hitler und seinen Staat. Er optierte, vor die Wahl Dollfuss oder Hitler gestellt, für Hitler. Das kam, noch im Juli 1934, in Artikeln der »Arbeiterzeitung« zum Ausdruck.

Den bürgerlichen Parteien war diese Zielsetzung überaus unbehaglich. Sie sahen, dass dieser neue parlamentarisch-demokratische Staat, den sie nie gewollt hatten, von denjenigen, die seine stärksten ideologischen Machttträger sein sollten, als ein Uebergangsstadium angesehen wurde.

So entstand dem von Otto Bauer konstruierten Austromarxismus im Laufe der Jahre ein Gegner, dem Bauer, der in allem, was nicht hinter seinen Fahnen marschierte, einfach die Reaktion sah, den Namen »Austrofascismus« gab.

Das politische Soldatentum in Oesterreich geht seltsamerweise auf die Sozialdemokratie zurück. Sie bildete, schulte, bewaffnete die Arbeiterbataillone, die später in eine militante Organisation, den Republikanischen Schutzbund, zusammengefasst wurden. Auch das ist ein wichtiges Symptom. Es hat nicht an ausländischen Mahnern gefehlt. Belgische, französische, englische, schwedische Sozialisten, die Oesterreich Besuche abstatteten, warnten die Partei vor dem Ausbau dieser militanten Organisation. Ein führender nordischer Sozialist sagte: solche Organisationen richten sich letzten Endes gegen die Arbeiterschaft selbst.

Aber die Führung blieb doktrinär und radikal. Sie hielt nichts von der Demokratie.

»Republik, das ist nicht viel,  
Sozialismus ist das Ziel.«

So hiess der Vers, den man überall hörte. Otto Bauer wollte für seinen Teil die Demokratie nur gelten lassen, so lange sie ihm nützte. Aber er donnerte gegen jede Kritik, die von anderer Seite gegen die Demokratie vorgebracht wurde.

Es gab in der österreichischen Sozialdemokratie einen vernünftigen Flügel, der die Fehler und Schwächen der Führung Bauers einsah, der sich aber nie gegen ihn durchzusetzen vermochte. Die österreichische Arbeiterschaft, deren Mut, Aufbauwille und politisches Verständnis über jeden Verdacht erhaben sind, marschierte so in eine Richtung, die ihr früher oder später gefährlich werden musste.

Im Jahre 1933 stand sie vor Entscheidungen, die richtig getroffen, noch alles Unheil abwenden konnten. Aber ihre Führer begriffen noch immer nicht, um was es ging. Auch nach der Machtergreifung in Deutschland begriffen sie es nicht.

Dr. Dollfuss hat es nicht an Versuchen, die Sozialdemokratie für die Mitarbeit in seinem Kampf zu gewinnen, fehlen lassen. Schon vor ihm hatte Dr. Seipel im Jahre 1931 den Versuch unternommen, eine Konzentrationsregierung mit den Sozialdemokraten zu bilden. Er wendete sich an Otto Bauer mit den Worten: »Wer soll denn dieses Oesterreich regieren, wenn nicht zwei kluge Leute, wie Sie und ich?«

Otto Bauer lehnte ab. Er wollte keinen Anteil an der Macht, er wollte die ganze Macht.

Dollfuss wollte einen modus vivendi für die Regierung und die Sozialdemokratie finden, aber Bauer war nicht bereit, einen solchen modus zu konstruieren.

Indes wuchs die Wucht des nationalsozialistischen Angriffs auf den Staat von Tag zu Tag.

Am 7. März 1933 traten wegen einer Lappalie die drei Präsidenten des österreichischen Nationalrats von ihren Posten zurück. Dadurch hatte sich das Parlament selbst ausgeschaltet. Dollfuss übernahm die Macht. Es ist heute müßig, zu untersuchen, ob der Rechtsstandpunkt dieser Machtübernahme durch Dollfuss nach der Selbstausschaltung des Parlaments haltbar ist oder nicht. Der Kanzler handelte in einem Augenblick höchster Gefahr für den Staat. Die sozialdemokratische Vorstellung, man könnte sich der nationalsozialistischen Angriffsmethoden, die nicht innerpolitischer und nicht demokratischer Art waren, mit sanftem Zureden und friedlicher Amtspraxis erwehren, sprach von einer geradezu ungeheuerlichen Weltfremdheit. Im Juli 1933 schrieb Bauer:

»Hüten wir uns davor, aus Feindschaft gegen die Nazi als Bundesgenossen oder Stützen des Regierungssystems einer bürgerlichen Diktatur zu erscheinen.«

Im Juni 1933 stand im »Kampf«, dem Organ Otto Bauers, zu lesen: »Darum muss die Partei Schluss machen mit der Vorstellung, dass man sich eines Tages mit den gegenwärtigen Machthabern wieder zu einer schiedlich-friedlichen Verhandlung über eine neue Verfassung zusammensetzen werde.«

Nach der Auflösung des Parlaments wurden vom Regierungslager immer wieder Versuche unternommen, mit den vernünftigen Führern der Sozialdemokraten in Kontakt zu kommen. Vergeblich. Man bot den freien Gewerkschaften eine bedeutende Beteiligung bei der Bestellung der Verwaltungskommission der Arbeiterkammer an. Die Gewerkschaften wollten das Angebot akzeptieren, – die Partei verbot es. Sie wollte nicht mittun.

Am 18. Jänner 1934 hielt Dr. Dollfuss eine Rede, die an die Adresse der »ehrlichen Arbeiterführer« gerichtet war. Er sagte: »Die Arbeiterschaft muss ernstlich erwägen, ob nicht auch für sie die Pflicht



besteht, mit voller innerer Bereitschaft für diese Zusammenarbeit und ihre neue Form einzustehen. Wenn die Erkenntnis dieser Notwendigkeit in die breitesten Kreise hinausdringt, dann hoffe ich, dass schon die allernächste Zeit ganz neue Möglichkeiten der Einbeziehung auch der bisher abseitsstehenden Kreise in die grosse Front der Verteidiger der österreichischen Unabhängigkeit und des Aufbaus eines neuen Oesterreich bringen wird«.

Die Partei lehnte ab. Das Verbot der »Arbeiterzeitung«, das wegen wüster Angriffe auf die Regierung ergangen war, wurde als Vorwand für die Ablehnung benützt.

Indessen suchte die Regierung nach Waffen und hob Lager des aufgelösten »Republikanischen Schutzbundes« aus. Die Arbeiterschaft war wegen dieser Aktion erregt, weil sie auf dem Standpunkt verharrte, dass alle bewaffneten Verbände, also auch die Heimwehr u. s. w. zu entwaffnen seien. Sie vergass dabei, dass sich diese Verbände in den Dienst der Regierung gestellt hatten, während die Führung der Sozialdemokraten allen Versöhnungs- und Ausgleichsversuchen ablehnend gegenüberstand und den unversöhnlichen Kampf predigte.

Am Morgen des 12. Februar hob die Polizei in Linz ein Waffenlager aus. Der Kommandant des Republikanischen Schutzbunds befahl den bewaffneten Widerstand. Die Revolte war ausgebrochen.

Vielleicht hat es Mittel gegeben, durch die man das furchtbare Ereignis hätte verhindern können. Vielleicht. Aber ihre Anwendung hätte eine ruhigere Situation erfordert. Es ist tragisch, dass man erst nach dem 11. März 1938 auch im Westen, auch in sozialistischen Kreisen, zu verstehen beginnt, dass die Schuld an den Februarunruhen nicht etwa ungeteilt auf den Schultern Dollfuss' und seiner Regierung lag.

Unvergessen bleibe der Idealismus und der Heldenmut, mit dem die Arbeiter auf die Barrikaden stiegen. Die Differenzen, die zwischen den beiden Kampfparteien des Februar lagen, waren aber kleiner als die Gegensätze, die sie beide von jenen trennten, die unter dem Zeichen des Hakenkreuzes mit Befriedigung zusahen, wie sich ihre Gegner zerfleischten.

## 1. Mai 1934

Das XIX. Jahrhundert wird künftigen Geschichtsschreibern als eine der gewaltigsten Epochen der Menschheitsgeschichte erscheinen. Im Lauf der Zeiten sind wohl kaum jemals Jahrzehnte aufeinandergefolgt, in denen es den Menschen gelungen wäre, eine solche Unzahl neuer Einrichtungen zu schaffen, die das ganze Leben von Grund aus verändern sollten, wie im XIX. und im beginnenden XX. Jahrhundert.

Mit der Erfindung der Dampfmaschine entsteht eine neue Kulturwelt, um die sich in rasender Eile weitere Entwicklungskreise ziehen. Die Epoche des Benzinmotors, der Dynamomaschine und des Rundfunks ist angebrochen. Die Zahl der Erfindungen, die in diesen Jahren gemacht werden, ist Legion, die Veränderung, die sie im Leben jedes einzelnen Menschen hervorrufen, ist umstürzend.

Man wird mit Recht einmal die Frage stellen, was es denn eigentlich war, welcher Antrieb, welche Kraft, welcher Dämon, der die Menschen in diesen hundert Jahren zu so grossartigen Erfindungen, zu so gigantischen Leistungen aufriss. Eine Antwort lautet: Es war das Bedürfnis der Menschheit, besser und sicherer zu leben. Eine andere: Die Jahre des Friedens, die den Kriegen und Revolutionen am Anfang des vorigen Jahrhunderts folgten, gaben den Menschen die Möglichkeit,

ihre Kräfte Werken des Friedens und des Fortschritts zu weihen; die Entwicklung des XIX. Jahrhunderts sei nichts anderes als die natürliche Folge friedlicher Jahrzehnte. Eine dritte Antwort mag sein, die Staats- und Wirtschaftssysteme dieser Epoche, die alle in grösserem oder geringerem Mass aus dem Welt- und Wirtschaftsbild des Liberalismus stammten, hätten zum ersten Mal in der Geschichte grossen und reifen Völkern dauernd die Tore zu einer Welt des Fortschritts und des Wohlstandes eröffnet.

In allen diesen Antworten liegt sicherlich ein wahrer Kern, aber keine von ihnen, auch nicht alle zusammengenommen, geben eine erschöpfende Auskunft. Ist es wirklich nur das Bedürfnis nach besserem Leben, wirklich nur die Konzentration aller Kräfte auf Werke des Friedens, wirklich bloss das System des Liberalismus, die die Welt im Zeitraum zweier Menschenleben so verändert haben, dass ein neuer Mönch von Heisterbach schon nach fünfzig Jahren das Gefühl haben müsste, auf einem anderen Stern erwacht zu sein?

Wir haben eine andere Antwort, die uns befriedigendere Auskunft gibt. Am Ausgang des sogenannten Mittelalters lebt der Mensch noch in geordneten Gemeinschaften. Nun aber zerbröckelt die alte Welt, sie ist überreif und sterbensmüde, – eine neue Zeit kündigt sich in mächtigen Bewegungen an: Renaissance, Reformation, Revolution. Das Programm dieser neuen Zeit wird um 1789 formuliert, die Proklamation der Rechte des Einzelmenschen der Gemeinschaft gegenüber. Um die Wende des XVIII. Jahrhunderts wird, mit anderen Worten gesagt, der Mensch neu entdeckt. Er ist nicht mehr Glied einer gottgewollten Gemeinschaft, in der sich sein Schicksal von der Geburt bis zum Tod tragisch oder untragisch, auf jeden Fall aber unproblematisch abspielt, sondern Einzelexistenz, allein, aber mit Rechten begabt. Die Aufklärung hebt den Schleier des Geheimnisses von den Altären der alten Zeit und zeigt der Menge den Staub und die Spinnweben, die sich um die Throne des Ewigen gelegt haben. Gott ist ausgewandert. Ihn findet keiner mit den Rechnungen der Vernunft, keiner mit den Spielregeln der neuen Zeit. Das Reich Gottes, das nicht von dieser Welt ist, verschwindet aus dem Bewusstsein des abendländischen Menschen, der nun sein Leben selbst verwalten will und weiss, dass es mit dem Tod zu Ende ist – unweigerlich, unwiderbringlich zu Ende ist.

Aus dieser Situation entsteht das neue Lebensgefühl, hebt der Dämon des XIX. Jahrhunderts sein Haupt. Der Mensch ist neu entdeckt und er will nun seinerseits die Welt neu entdecken. Die Rückkehr zur Natur des Jean Jaques Rousseau ist keine Marotte der Zeit, sie ist ein Zeugnis für diese Sehnsucht des neuen Menschen, die Welt, die neue Welt, die ihm gehört, zu finden, zu sehen, zu erobern. Um diese Zeit beginnt man zum ersten Mal die Berge der Alpen zu ersteigen. Man sucht oben auf den menschenfernen Höhen Schönheit und Geheimnis der Natur zu erleben, zu enträtseln. Die Welträtsel werden erfunden. In der heiligen Schrift und den heiligen Büchern der Religion sind sie gelöst, dort stand für die Menschen der vergangenen Jahrhunderte die Antwort auf alle bängigen Fragen, die sich nun dem übervollen Herzen des neuen Menschen aufdrängen. Aber die heilige Schrift, diese heiligen Bücher, diese Religionen, sie halten dem forschenden Geist der Vernunft nicht stand, sie fordern Glauben und geben keine Erklärung durch die blosser Vernunft. Deshalb stürzt sich die Wissenschaft auf die Welträtsel, um sie zu lösen, um die Urkräfte und Geheimnisse der Natur dem neuen Menschen, dem befreiten, zu seinen Rechten gekommenen Menschen dienstbar zu machen. Ein revolutionäres Geschehen, wie es in dieser Dimension bisher kaum bekannt war, macht die Welt erzittern, bringt die Menschen in Bewegung, reisst sie zur Tat auf. Aber da liegt noch ein letzter Antrieb dahinter, ein letzter Grund, der diesen gigantischen Leistungswillen des liberalen Menschen erklärt: Die Angst vor dem Tode.

Der Tod war früher ein guter Bekannter. Auf den Totentanzbildern des späten Mittelalters sieht man ihn tagtäglich, auf den Kirchenwänden und in den Büchern. Er ist der Veränderer, der Hinüberführer in eine bestimmte andere Welt, von der man ein gewisses Bild hat. Man kennt auch die Gesetze, die hier im irdischen Leben treulich einzuhalten sind, damit man dieses zweiten, des wesentlichen, ewigen Lebens teilhaftig werde.

Der Tod des neuen, des liberalen Menschen aber ist ein anderer, kein Veränderer, sondern ein Vollender, ein grausamer Beschliesser. Sein Erscheinen bedeutet das endgültige Ende. Der Totenkopf in den Studierstuben der neuen Gelehrten ist von ganz anderer Bedeutung als der Totentanz-Tod der früheren Zeit. Er ist ein memento für das Irdische. Er mahnt nicht: Bereite dich aufs Künftige vor – er erinnert an das Gegenwärtige. Er ist die stete Erinnerung: Du bist nur etwas, solange du lebst. Du wirst einmal sterben. Nütze deine Zeit. Und die Zeit ist ungewiss.

Der neue Mensch empfängt ein neues Zeitbewusstsein. Er weiss, dass er nur ein bestimmtes Mass von Zeit zu durchleben hat, ohne dieses Mass zu kennen. Er weiss, dass es nicht grösser ist als acht Jahrzehnte, – aber er weiss nicht, wie klein es ist. Es kann in jeder Stunde enden. Der neue Mensch hat nichts als diese Zeit, kein Darüberhinaus. Deshalb möchte er in diese seine Zeit möglichst viel hineintun. Er möchte in dieser kurzen Zeit, ausser der es nichts gibt, möglichst gut leben und möglichst viel erleben.

Die Erkenntnis des Todes als eines Schlusspunktes, hinter dem nichts mehr steht, schafft zwei Phänomene: Noch nie dagewesenen Lebenshunger, noch nie dagewesene Todesangst. Aus diesen beiden Zügen ist das XIX. Jahrhundert, sein Fortschritt, seine Erfindungen, seine Technik, seine Wissenschaft, seine Wirtschaft – sein brutaler Egoismus, der zur Klassenbildung führt, zu verstehen. Die Technik bietet die Möglichkeit, besser zu leben, Bedürfnisse zu befriedigen, von denen die breiten Massen vorher keine Ahnung hatten, (und die ihnen daher zum vollkommenen Glück auch garnicht abgegangen sein können), die Technik schafft den »modernen Verkehr«, der dem Menschen, der sich seiner Mittel bedienen kann, die Möglichkeit gibt, in viel kürzerer Zeit viel mehr zu erleben, als es bisher jemals geträumt worden war. Die Wissenschaft schafft die Voraussetzungen für den Fortschritt der materiellen Erlebniswelt, ein Heer von Medizinern macht sich auf, um die Lebenszeit zu verlängern, die Wirtschaft bietet die Möglichkeit der Ansammlung von Mitteln für den Lebensgenuss, die Möglichkeit der brutalen Durchsetzung des Einzelegoismus, indem sie das Gesetz vom »freien Spiel der Kräfte« proklamiert.

Nach einem grossartigen Jahrhundert ist es aber dann mit einem Mal zu Ende. Die Welt des Liberalismus, die Welt des Fortschritts, der Humanität, die Welt, in der Lebenshunger und Todesangst die grössten Leistungen der Menschheitsgeschichte hervorgebracht haben, ist zu Ende. Ihre Kraft ist erschöpft, ihr Ordnungsprinzip machtlos, ihre Ideale entgöttert. Wie ist das gekommen?

In vier Jahren blutigen Krieges hatten zwei Generationen von Menschen die Angst vor dem Tod verloren. Sie gewöhnten sich an seine unheimliche Nähe, sie verlernten es, ihn zu fürchten. Sie sahen sich in ein Geschehen gestellt, in dem der Tod, der gewollte Tod, gegen den man jahrzehntelang die hervorragendsten Armeen der Heilkunde ins Feld geschickt hatte, die Hauptrolle spielte. Und der Tod rächte sich. Er, der dadurch, dass ihn die Menschen ein Jahrhundert lang gefürchtet hatten, wie nie zuvor, die Grösse des XIX. Jahrhunderts begründet hatte, kam nun von ebendiesen Menschen gerufen aus den Maschinen, die die Epoche des Lebenshungers gezeugt und wurde der sichere Kamerad der Soldaten. Er kam, der Gefürchtete, als Tröster, als Erlöser, als

Beender des Schmerzes und der Not, trat auf die Bühne des XX. Jahrhunderts und verwandelte die Welt.

Die Welt ist nach dem Krieg 1914/18 in Unordnung geraten. Der Mensch, gelöst aus allen Gemeinschaftsformen, fühlt sich, nachdem ihm die Kameradschaft des Soldatentums, in der er den Krieg erlebt hat, zerschlagen worden ist, doppelt einsam, doppelt verlassen. Die Technik hat die Territorialgemeinschaft der Nachbarschaft zerschlagen, indem sie nach zufälligem Arbeitsbedarf, nach der zufälligen Lage einer Fabrik, Menschenmassen anhäuft, um sie in einer ungünstigen Konjunkturlage immer wieder erwerbs- und heimatlos zu machen, die Wirtschaft wird atomisiert, indem an die Stelle der verantwortlich Schaffenden die anonyme Aktie tritt, die Wissenschaft wird sektioniert und spezialisiert, die alte »Universitas Litterarum« weicht einer Ansammlung von höheren Fachschulen, die Fächer werden ineinander aufgespalten, der *medicinae universalis doctor* weicht dem Internisten, Haut-, Nasen-, Fussespezialisten. Der Mensch ist spezialisiert und als Spezialist einsam. Der Proletarisierung der Massen vermag man lediglich mit dem Rezept einer Proletarisierung der Gesamtheit zu begegnen. In all dem Zauber der modernen Welt überwuchern die zwei Nöte des XX. Jahrhunderts die Todesangst und den Lebenshunger des XIX. Jahrhunderts: Die Armut und die Einsamkeit.

Das Programm, das auf den Ruinen des XIX. Jahrhunderts erfunden wird, ist ein Programm zur Bekämpfung der Einsamkeit und der Armut. Man untersuche die revolutionären Bewegungen der neuen Zeit auf ihren Sinn und ihre Wurzel. Man wird finden, dass der Kommunismus, der Fascismus, der Nationalsozialismus, um nur die zu politischem Erfolg gekommenen Richtungen zu nennen, nichts anderes versuchen, als die Bekämpfung der Nöte unseres Jahrhunderts.

Der Kommunismus ist einer der Versuche zur Bekämpfung der Armut und Einsamkeit, ebenso wie der Nationalsozialismus und der Fascismus, freilich jeder auf einer anderen Ebene.

Der Nationalsozialismus schafft eine grosse Anzahl neuer Gemeinschaften, in die sich der Mensch aus seiner Einsamkeit flüchten kann: die militärischen Verbände, die die Tradition der Kriegskameradschaft fortsetzen, die Partei, die Rassengenossenschaft und als höchstes das Volk, freilich in einem ganz anderen Sinn als dieses Wort bisher verstanden worden war. Selbst im Antisemitismus sind die Tendenzen der Programmatik der Revolution des XX. Jahrhunderts enthalten. Er ist zugleich der Versuch, im Kampf gegen eine sichtbare und unzerstörbare Rassengemeinschaft, eine eigene Rassengemeinschaft zu begründen und trägt zugleich der Auffassung Rechnung, dass die Armut der Massen durch die Beseitigung oder Aneignung der jüdischen Vermögen gemildert oder beseitigt werden kann.

Wir haben früher gesagt, die Menschen seien durch die Technik heimatlos geworden und haben das moderne Nomadentum innerhalb des deutschen Volkskörpers das »dritte Volk« genannt. Dieses dritte Volk trägt eine tiefe Sehnsucht nach neuerlicher Verankerung in Grund und Boden in sich. Die Entfernung von der Erde hat noch nicht zwei Generationen gedauert, und schon fühlt der Mensch des XX. Jahrhunderts, dass er den Boden, seinen Boden braucht, dass dieses Losgelöstsein von der Erde einen Grossteil seiner Armut ausmacht. Man sehe einmal an einem Sonntag in einer Schrebergartensiedlung nach, um zu begreifen, wieviel kindliche Liebe, wieviel Begeisterung und Leidenschaft ein kleiner trockener Grundfleck an der Peripherie in einem »entwurzeltten Grosstadtproletarier« zu wecken vermag.

Ein Arbeiter, Kommunistenführer in einer steirischen Fabrik, sollte, weil die Betriebsführung mit ihm nicht auskam, entlassen werden. Als der Betriebsleiter die Entlassung aussprach, sprang ihn der Arbeiter an wie ein Wilder, beschimpfte ihn, spuckte ihm ins Gesicht und ging. Aber da war noch ein kleines Gartenbeet am Arbeiterwohnhaus, das ihm gehörte und in dem er Salat und Kohl, aber auch Wicken und Zinnien gezogen hatte. Als er das verlassen sollte, war er wie gewandelt. Er weinte wie ein Kind.

Fassen wir das Gesagte ein wenig zusammen. Die Sehnsucht der Zeit geht nach Begründung einer neuen Gemeinschaft, in der der Mensch seiner Einsamkeit enthoben, der brüderlichen Hilfe der Kameraden sicher ist, sie geht nach Beseitigung der Armut, die zu einem Teil in der Sehnsucht nach neuerlicher Verbindung mit Grund und Boden besteht.

Als man in Oesterreich daranging, eine neue Verfassung zu schaffen, wollte man diesen Bedürfnissen der neuen Zeit Rechnung tragen, die Not der Zeit beheben, die Fragen der Revolution beantworten. Freilich, das alles auf einem winzigen Territorium, mit unzureichenden Mitteln und in räumlicher Nähe einer siegreichen revolutionären Bewegung, die einen Totalitätsanspruch für ihr Rezept im Bereich des ganzen Volkes stellte, des Nationalsozialismus.

Die Ständeverfassung des österreichischen Staates, die Dollfuss am 1. Mai 1934 verkündet hat, ist einer der interessantesten Versuche zur Neuordnung der Gesellschaft in unserem Jahrhundert. Die Schwächen und Krankheitssymptome der früheren Systeme waren von Politikern und Gelehrten schon vor Jahren erkannt worden. Im Jahre 1891 erklärte Papst Leo XIII. mit seiner Enzyklika »Rerum novarum« die Entstehung und die Folgen der sozialen Frage. Er polemisiert gegen den Marxismus und stellt den »falschen Mitteln zur Lösung der Arbeiterfrage« die »rechten Mittel« gegenüber und rief die Kirche, den Staat, die Arbeitgeber, wie auch die Arbeitnehmer zur Mitwirkung an dieser grössten Aufgabe der Zeit auf.

Vierzig Jahre nach dem Erscheinen dieser Enzyklika über die Arbeiterfrage wendet sich Papst Pius XI. am 15. Mai 1931 an die »ehrwürdigen Brüder, Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe, Bischöfe und die anderen Oberhirten, die in Frieden und Gemeinschaft mit dem apostolischen Stuhle leben und an alle christgläubigen Katholiken des Erdkreises« mit seiner Enzyklika »Quadragesimo anno« über die gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und Vollendung. Das Rundschreiben des Papstes beschreibt zuerst die segensreiche Wirkung von »Rerum novarum« und beruft sich dann auf das höchste Richteramt des heiligen Stuhles in den Fragen des Sittengesetzes. Das Rundschreiben behandelt die wesentlichsten Punkte der gesellschaftlichen Problematik, Eigentum, Kapital und Arbeit, Entproletarisierung des Proletariats, Lohngerechtigkeit und zeichnet die Grundlinien einer neuen Gesellschaftsordnung.

Die Enzyklika quadragesimo anno wurde zu einer der geistigen Hauptgrundlagen der neuen österreichischen Verfassung, die Dollfuss am 1. Mai 1934 verkündet hat.

Schon vor dem Erscheinen des päpstlichen Rundschreibens hatten verschiedene Kreise in Oesterreich, mit dem Gedanken einer Gesellschaftsreform beschäftigt, den berufsständischen Aufbau als ein Heilmittel erkannt, das den Forderungen der Zeit Rechnung tragen und zugleich die Güter der Tradition bewahren konnte. Seit den letzten Jahrzehnten des XIX. Jahrhunderts war die Diskussion des Ständesystems in den Zirkeln der Politiker und Gelehrten in Oesterreich nicht verstummt. Nach dem Weltkrieg gab der Professor der Wiener Universität Othmar Spann den Anhängern des ständischen Gedankens einen mächtigen Auftrieb, indem er der

Heimwehrbewegung seine Ideologie als Programm anvertraute. Nach dem Erscheinen der »Quadragesimo anno« propagierte auch Dr. Ignaz Seipel die berufsständische Neuordnung, für die schon vor Jahrzehnten katholische Gelehrte in Oesterreich geworben hatten. In Dollfuss treffen sich beide Linien, durch ihn springt der schöpferische Funke – er verwirklicht, was bisher Theorie und Idee gewesen war.

Was war die Maiverfassung, was ist berufsständische Ordnung?

Am 4. März 1933 legten die drei Präsidenten des alten Nationalrats einer völlig nebensächlichen Frage wegen ihre Aemter zurück. Damit war das Repräsentantenhaus zwecklos geworden. Dr. Dollfuss benützte die unklare Lage, löste das Haus auf und kündigte eine neue Verfassung an. Am 1. Mai 1934 waren die Vorbereitungsarbeiten vollendet, die unter Leitung des früheren Bundeskanzlers Dr. Otto Ender durchgeführt wurden.

Der Bundesstaat Oesterreich besteht territorial gesehen aus der Stadt Wien und den acht Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.

Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts galten auf Grund einer Verfassungsbestimmung als immanente Bestandteile des Bundesrechtes. Die gesamtstaatliche Verwaltung durfte nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden.

Die obersten Organe der Verwaltung waren: 1.) der Bundespräsident, der nach einem Dreivorschlag der Bundesversammlung von allen Bürgermeistern des Bundesgebietes für die Dauer von sieben Jahren gewählt werden sollte. 2.) Die Bundesregierung, die der Bundespräsident zu ernennen hatte und die aus dem Bundeskanzler, dem Vicekanzler und den Bundesministern bestand. 3.) Dem Präsidenten des Rechnungshofes. 4.) den Landesregierungen mit je einem Landeshauptmann, einem Landesstatthalter und den Landesräten. (Der Landeshauptmann wurde auf Grund eines Dreivorschlags, den der Landtag zu erstatten hatte, vom Bundespräsidenten, der Landesstatthalter und die fünf Landesräte vom Landeshauptmann ernannt). 5.) der Bürgermeister von Wien, der auf Grund eines Dreivorschlags der »Wiener Bürgerschaft« vom Bundespräsidenten ernannt wurde.

Die Organe des Bundes, der Länder, der Ortsgemeinden und der sonstigen Selbstverwaltungskörperschaften hafteten für den Schaden, den sie jemand vorsätzlich oder grobfahrlässig durch rechtswidriges Verhalten zufügten. (Syndikatshaftung).

Im zweiten Hauptstück der Verfassung fand sich eine Reihe von Bestimmungen, die sich auf Gesetze der liberalen Epoche der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stützten. In den betreffenden Artikeln werden die allgemeinen Rechte der Staatsbürger gesichert. Alle Bundesbürger waren vor dem Gesetz gleich. Es gab keine Vorrechte der Geburt, des Standes oder der Klasse. Den Frauen waren die gleichen Rechte zugesprochen, wie den Männern. Die öffentlichen Aemter waren allen Bundesbürgern, sofern sie den Staat nicht verneinten und den vorgeschriebenen Erfordernissen entsprachen, gleich zugänglich. Den öffentlichen Angestellten war die ungeschmälerte Ausübung ihrer politischen Rechte gewährleistet. Beschränkungen waren lediglich für die Angehörigen der bewaffneten Macht und des Sicherheitsdienstes vorgesehen. Die Freizügigkeit der Person und des Vermögens war allen Bundesbürgern im ganzen Bundesgebiet gewährleistet. Die Auswanderung von Bundesbürgern konnte nur durch ein Bundesgesetz

beschränkt werden. Die Freiheit der Person war gewährleistet. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit war nur auf Grund von Gesetzen zulässig; Verhaftungen durften nur auf Grund eines richterlichen Befehles ausgesprochen werden. Kein Bundesbürger durfte einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung überliefert werden. Niemand durfte wegen eines Verhaltens bestraft werden, das gegen keine rechtsgültige Strafandrohung verstieß.

Die Wohnung des Bundesbürgers war seine Freistatt. Das Brief-, Post-, Telegraphengeheimnis waren unverletzlich. Jeder Bundesbürger hatte das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an die Behörden zu wenden. Das Recht der Meinungsäußerung war innerhalb der Gesetze frei. Beschränkungen wurden im Interesse der Ruhe, Ordnung und Sicherheit, der Sittlichkeit, des Schutzes der Jugend gemacht.

Alle Bundesbürger genossen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, sowie die Freiheit der häuslichen und öffentlichen Religionsübung. Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte, sowie die Zulassung zu öffentlichen Stellungen, Aemtern, Würden, war vom Religionsbekenntnis unabhängig.

Die katholische Kirche und die anderen gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften hatten eine öffentlich-rechtliche Stellung, verwalteten ihre inneren Angelegenheiten selbständig und waren berechtigt, Abgaben einzuheben.

Die Wissenschaft und ihre Lehre waren frei. Jeder Bundesbürger konnte seinen Beruf frei wählen, das Eigentum war unverletzlich, jeder Bundesbürger konnte Liegenschaften jeder Art erwerben und darüber frei verfügen.

Von mancher Seite wurde früher der Verdacht ausgesprochen, die österreichische Verfassung trage einen antiliberalen Charakter in dem Sinne, dass sie die Freiheit des Einzelnen auch dort, wo es das notwendige Interesse der Gemeinschaft nicht erfordert, eingeschränkt hätte. Die angeführten Bestimmungen zeigen, dass dieser Vorwurf falsch war. Auch in rein demokratisch verwalteten Ländern gibt es keine Freiheit des Einzelnen, die etwa weit über das hinausgeht, was in Oesterreich erlaubt war. Selbstverständlich wurde darauf gesehen, dass sich die Freiheit des Einzelnen nicht gegen den Staat richtete. Aber wo in der Welt ist eine Verfassung ein Freibrief für staatsfeindliche Betätigung seiner Bürger?

Einer alten Tradition folgend, trug auch die Maiverfassung 1934 ausgeprägt föderalistischen Charakter. Die Heimatliebe und der Lokalpatriotismus waren und sind eine der stärksten Stützen des Staatsbewusstseins auf dem Boden Oesterreichs. Die Landesgemeinschaft, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bewohner der einzelnen Bundesländer war und ist meistens stärker als die Gegensätze, die sich innerhalb der Länder geltend machen. Darüber hinaus handelt es sich, mit Ausnahme des Burgenlandes, das erst durch den Frieden von St. Germain zu Oesterreich kam, um uralte Zusammenhänge, um historische, stammesmäßige, kulturelle und schicksalsmäßige Gemeinschaften, die sich im Verlaufe vielhundertjähriger Geschichte bewährt hatten. Einzelne österreichische Länder, wie etwa Kärnten, Tirol und vor allem Niederösterreich und Salzburg, sind als Verwaltungseinheiten um viele hundert Jahre älter als etwa das spätere Preussen.

So gab denn auch die neue österreichische Verfassung den Ländern einen wichtigen Teil der Aufgaben in eigene Verwaltung.

Der Bund behielt sich vor: Die Verfassungsrechte, die auswärtigen Angelegenheiten, das Ein- und Auswanderungswesen, die Bundesfinanzen, das Monopolwesen, die Angelegenheiten Geld, Kredit, Börse, Bank und Sparkasse, das Mass-, Gewichts- und Punzierungswesen, das Justizwesen, die Polizei und Gendarmerie, die Gewerbe- und Industrieangelegenheiten, das Verkehrswesen, Bergwesen, Arbeitsrecht, Gesundheitswesen, die allgemeinen Angelegenheiten der Wissenschaft, Kunst und Kultus, einen Teil des Schul- und Volksbildungswesens und die Landesverteidigung.

Alle anderen Angelegenheiten waren der Gesetzgebung und Vollziehung der Länder überlassen.

Jedes Bundesland war in Verwaltungsbezirke eingeteilt, die wieder setzten sich aus den Gebieten der Ortsgemeinden zusammen. An der Spitze der Ortsgemeinde stand ein Bürgermeister, der vom Gemeindetag gewählt und vom Bezirkshauptmann bestätigt wurde. Der Gemeindetag bestand aus Vertretern der Stände, die nach einer besonderen Wahlordnung gewählt wurden.

Dem Verwaltungsbezirk stand ein Bezirkshauptmann vor, der vom Landeshauptmann bestellt wurde.

Die Landtage setzten sich analog wie die Gemeindetage aus den Vertretern der Stände, die nach besonderer Wahlordnung gewählt werden sollten, zusammen. Sie hatten das Recht, im Gebiet der selbständigen Landesverwaltung Landesgesetze zu beschliessen.

Die Bundesgesetzgebung ging in der Weise vor sich, dass die Bundesregierung ihre Gesetzesentwürfe den vorberatenden Organen der Bundesgesetzgebung zur Beratung überliess und nach Bearbeitung der Abänderungsvorschläge dieser Körperschaften dem Bundestag zur Beschlussfassung vorlegte.

Die vorberatenden Körperschaften bestanden aus vier Kammern: dem Staatsrat, dessen Mitglieder vom Bundespräsidenten für die Dauer von zehn Jahren ernannt wurden und der so eine Art Oberhaus darstellte; dem Bundeswirtschaftsrat, in den die Berufsstände ihre Vertreter wählten, dem Bundeskulturrat, der von den kulturellen Gemeinschaften (Kirche, Kunst, Wissenschaft, Schulwesen, Volksbildung) gestellt wurde und dem Länderrat, dem alle Landeshauptleute, der Bürgermeister von Wien und je ein Mitglied der Landesregierungen angehörten.

Der Bundestag bestand aus zwanzig Abgeordneten des Staatsrates, zehn Abgeordneten des Bundeskulturrates, zwanzig Mitgliedern des Bundeswirtschaftsrates und neun Vertretern des Länderrates, die von ihren Körperschaften für den Bundestag frei gewählt wurden.

Eine letzte Körperschaft führte den Namen Bundesversammlung. Sie entstand durch die Vereinigung aller Mitglieder des Staats-, Kultur-, Wirtschafts- und Länderrates und hatte den Dreivorschlag für die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bürgermeister zu erstatten, den Eid des gewählten Bundespräsidenten entgegenzunehmen und über eine Kriegserklärung zu entscheiden.

Die Finanzgebarung des Bundes, der Länder, der Ortsgemeinden wurde vom Rechnungshof überprüft. Dieser Rechnungshof, dessen Arbeitsweise durch völlige Objektivität und Strenge bekannt war, war völlig unabhängig.



Zur Sicherung der Verfassungsmässigkeit der Gesetzgebung und Gesetzmässigkeit der Verwaltung bestand ein Bundesgerichtshof.

Dieser Ueberblick zeigt, dass die österreichische Maiverfassung einen klugen Mittelweg zwischen den Erfordernissen eines modernen, nach den Notwendigkeiten der Zeit autoritär geführten Staates und den gesunden demokratischen Ueberlieferungen gewählt hat. Die Rechte des Einzelnen bleiben soweit gewahrt, als sie den Interessen der Gemeinschaft nicht hemmend oder schädigend gegenüberstehen konnten. Die alte Territorialgemeinschaft der Landsmannschaft blieb gewahrt und wurde neu verankert. Der Gedanke der Gemeinde als der echten Keimzelle des Staates, durch gemeinsame Abstammung und gemeinsame Heimatliebe gefestigt, wird neu gestärkt. Ueber diesen kleinen, mit eigenen Wirkungskreisen ausgestatteten Körpern steht autoritär geführt, aber durch gewählte Gesetzgebungs- und Beratungskörper kontrolliert und beraten der Staat, mit dem sich der Einzelne organisch durch die kleineren Gemeinschaften und direkt durch die Schicksalsgemeinschaft, die Geschichte, die wirtschaftlichen Interessen, endlich durch die kulturelle Sendung, verbunden fühlt.

Die Art der Wahl, wie sie im neuen österreichischen Staat durchgeführt werden sollte, unterscheidet sich freilich von den Wahlsystemen der parlamentarisch-demokratischen Verfassung von 1919 wesentlich.

Die politischen Parteien der früheren Zeit stellten dem Wähler eine fertige Liste von Kandidaten vor, die er zu wählen hatte. Der Wähler hatte nicht die Möglichkeit, den einen oder anderen Kandidaten auszuschalten oder einen ihm besonders genehmen Mann etwa an die erste Stelle zu rücken. Er kannte die Kandidaten, die er als seine Vertreter in den Nationalrat entsandte, in 95 von hundert Fällen überhaupt nicht oder bloss von einer Versammlungsrede, einem Zeitungsartikel her. Das ständische System kehrt zum gesunden Prinzip der Urwahl zurück, in dem der Einzelne in seinem kleinen Kreis den Mann seines Vertrauens auszuwählen vermag, den Mann der ihm persönlich bekannt ist, von dem er glaubt, dass er auf Grund seiner Fähigkeiten, seiner Charaktereigenschaften im Stande ist, seine Interessen zu vertreten.

Die Wahl erfolgt so, dass über jedes Fachgebiet berufene Fachleute mitzuraten haben. Nicht mehr ein Gewerbetreibender über Hochschulfragen und ein Beamter über Agrarprobleme, sondern der Bauer über Landwirtschaftsfragen, der Gewerbetreibende über Gewerbefragen u. s. w.

Im kleinen Kreis des Betriebes und der Gemeinde erfolgt die erste Auslese und setzt sich nach dem gleichen Grundsatz der Auswahl des Befähigsten bis zur Spitze fort. In den Berufsständen waren Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt vertreten. Die gemeinsamen Interessen sollten in den Vordergrund gerückt, Gegensätze, die naturgemäss immer vorhanden sind, friedlich ausgetragen werden. War eine solche friedliche Austragung innerhalb der Stände nicht möglich, so trat eine paritätische Arbeitsgerichtsbarkeit in Funktion, die einen inappellablen Schiedsspruch zu fällen hatte.

Die Verfassung 1934 nannte folgende Berufsstände:

1. Land- und Forstwirtschaft
2. Oeffentlicher Dienst
3. Industrie und Bergbau
4. Gewerbe

5. Handel und Verkehr
6. Geld-, Kredit- und Versicherungswesen
7. Freie Berufe

Die Unternehmer sowohl wie die Arbeiter erhielten innerhalb dieser Berufsstände (Bünde) eine eigene, nach dem gleichen System aufgebaute Interessenvertretung, die eine Zusammenarbeit der Arbeitnehmer, wie der Arbeitgebergruppen, möglich machte.

Die Arbeiterschaft besass im »Gewerkschaftsbund der österreichischen Arbeiter und Angestellten« eine besondere Organisation, die auf freiwillige Mitgliedschaft aufgebaut war. Der Gewerkschaftsbund setzte sich aus Berufsverbänden zusammen, die ihrerseits in Gewerkschaften (Fachverbände) untergeteilt waren. Die einheitliche Vertretung der gemeinsamen Angelegenheiten aller Arbeiter und Angestellten blieb dabei bestehen. Es handelte sich also durchaus nicht um eine Zerreissung der Klassenfront der Arbeiterschaft in einzelne Ständegruppen zwecks leichter Beherrschung der Arbeiterschaft durch die Unternehmer, sondern um ein organisches Aneinanderfügen aller Menschen, die eine gleiche Beschäftigung haben, um dadurch die Möglichkeit zu schaffen, dass sich diese Menschen über das, was sie gemeinsam interessiert, direkt aussprechen. Die gemeinsame Organisation der Arbeiter aller Bünde sollte natürlich bestehen bleiben und die Möglichkeit bieten, alle gemeinsamen Fragen gemeinsam zu vertreten.

Der berufsständische Aufbau war im März 1938 bei weitem noch nicht vollendet.

Mit den organisatorischen und gesetzgeberischen Massnahmen allein war es nicht getan. Es handelte sich ja um eine völlige Neugestaltung, in die alle Beteiligten erst hineinwachsen mussten. Die Arbeiterschaft erkannte die Vorteile der ständischen Ordnung bald. Die Schwierigkeiten, die sich im Zuge der Entwicklung zeigten, waren Kinderkrankheiten, vielfach das Bestreben einzelner Gruppen – gerade auf der Unternehmerseite – alte Organisationsformen, die mit dem Geist der neuen Zeit nichts zu tun hatten, zu erhalten. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der berufsständische Aufbau in Oesterreich, wenn sich die Verhältnisse günstiger gestaltet hätten, gelungen wäre, dass mit seiner Durchführung das Rezept gefunden war, nach dem die Wunden der Zeit und die Wunden der Gesellschaft zu heilen waren.

Die Verfassung des Kanzlers Dollfuss war eine echte revolutionäre Verfassung, die ein völlig neues System mit den Traditionen des Landes vereinigte, – sie war der Versuch, in einer Zeit der Extreme den Weg der Mitte zu gehen. Sie versuchte es für den Raum des kleinen Staates, die Nöte der Zeit zu bannen, indem sie den Menschen wieder einordnete in die natürliche Gemeinschaft des Berufes, der nachbarschaftlichen Gemeinde, der Heimat, des Staates als Vaterland und indem sie zugleich dem vollberechtigten Arbeiter in seinem schweren Existenzkampf Hilfe bot.

Das ständische Prinzip ist ein richtiges Ordnungsprinzip. Dort, wo die alte Ordnung des parlamentarisch-demokratischen Systems brüchig wird, gibt es auch heute keine andere Frage als diejenige, vor die sich Dollfuss gestellt sah: Entweder Proletarisierung der Gesamtheit durch den Kommunismus oder Ordnung des Volkes in einer Form, die die soziale Frage organisch zu lösen im Stande ist.

Freilich gibt es noch eine dritte Möglichkeit: Einteilung des Volkes in Regimenter, in »Gefolgschaften«, denen je ein Führer vorgesetzt ist. Dieses System ist für den Kriegsfall ohne Zweifel

richtig. Es ist durchaus nicht notwendig, dass es als System selbst zum Krieg führt. Ob es sich aber in Zeiten des Friedens bewähren wird, das ist eine Frage, über die ich nicht entscheiden möchte.

## Der Mord an Dollfuss

Indem ich mich der Ereignisse des Sommers 1934 erinnere, fasst mich von Neuem tiefes Entsetzen über die Grausamkeit, nicht minder aber über die Verspieltheit und den hoffnungslosen Dilletantismus, mit denen die beteiligten Nationalsozialisten damals zu Werke gegangen sind.

Um diesen Juliputsch der S.S. Standarte 89 hat sich ein Legendenkranz gebildet. Indes ist zu den amtlichen Verlautbarungen, die den Hergang dargestellt haben, nicht viel hinzuzufügen. Es mag sein, dass die eine oder andere Verbindung zwischen dem Regierungslager von damals und den Nationalsozialisten enger war als man später annahm, es mag durchaus sein, dass dieser Putsch ein Extempore von Einzelnen gewesen ist, mag sein, dass die Ereignisse vom 30. Juni in Deutschland die radikalsten Gruppen ermutigt haben, auch dass die Führung der österreichischen Nationalsozialisten, die sich im Reich befand, einen schweren Rückschlag befürchtete und mit einer eigenen Aktion die Scharte auswetzen wollte. Das ändert freilich nichts an den tatsächlichen Begebenheiten, die wir noch einmal kurz darstellen wollen.

Habicht hatte die Parole ausgegeben: »Oesterreich darf nicht zur Ruhe kommen!« Um diesen Zweck zu erreichen, war jedes Mittel gut genug. In Oesterreich wurde eine Unzahl von Bombenanschlägen verübt, zahlreiche Personen vaterländischer Gesinnung wurden ermordet. Das Reich unterstützte die österreichischen Nationalsozialisten durch eine hemmungslose Rundfunkpropaganda, die Ausreisesperre nach Oesterreich und die Lieferung von Geld, Waffen und Sprengmaterial.

Wer den Plan zum Putsch vom 25. Juli ausgeheckt hat, ist mir nicht bekannt. Es hat Zeiten gegeben, in denen alle führenden Nationalsozialisten jede Verantwortung für diese Aktion abgelehnt haben; heute scheint die Zeit gekommen zu sein, in der sich wiederum Viele damit brüsten, an der Aktion beteiligt gewesen zu sein. Die Zeiten ändern sich eben.

Vor den Sommerferien wollte Dollfuss noch einen Ministerrat abhalten. In den folgenden Tagen sollte er eine Zusammenkunft mit Mussolini haben. Seine Frau und seine beiden Kinder waren bereits nach Riccione vorausgereist, wo sie Gäste des Duce waren.

Ursprünglich war dieser Ministerrat für den 24. Juli angesetzt. Der Plan der Nationalsozialisten ging dahin, die gesamte Regierung gefangen zu setzen und zum Rücktritt zu zwingen. Für den Fall der Betrauung Dr. Rintelens, die man in diesem Fall vom Bundespräsidenten leicht zu erreichen hoffte, war ihnen eine entsprechende Regierungsbeteiligung zugesichert.

Aus irgend einem Grunde wurde der Ministerrat vom 24. auf den 25. verschoben. Diese Verschiebung wurde von einer hochgestellten Persönlichkeit den Führern des Putsches gemeldet. Die Dispositionen wurden abgeändert, der Anschlag auf den 25. verschoben.

Der Plan zur Wiener Aktion war ein Plan von Vielen. Im Lager der Nazis haben Dutzende von Putschplänen existiert. Jeder bessere Unterführer suchte seine Fähigkeit dadurch zu erweisen, dass er einen »Aktionsplan« ausarbeitete. Es gab S.A. Pläne und S.S. Pläne, es gab Wiener, Steirische, Kärntner und Oberösterreichische Pläne, es gab Münchener und Berliner Pläne.

Das, was sich am 25. Juli in Wien und in den folgenden Tagen in einzelnen Bundesländern begeben hat, war das Ergebnis verschiedener Pläne, die durchaus nicht auf einander abgestellt waren.

Die S.S. Militärstandarte 89 hatte den Befehl erhalten, durch einen Handstreich den Ministerrat anlässlich einer Sitzung festzunehmen und Dollfuss zum Rücktritt zu zwingen. Führer dieser Aktion war ein Rechtsanwalt Dr. Wächter, der heute in Wien in hoher Stellung ist. Der Plan hatte die Genehmigung hoher Parteistellen im Reiche.

Man hatte sich durch Mittelsmänner die Gewissheit verschafft, dass der österreichische Gesandte in Rom und frühere Landeshauptmann von Steiermark, Dr. Anton Rintelen, für den Fall, dass er auf den Posten eines Bundeskanzlers berufen werden sollte, die Nationalsozialisten in sein Kabinett aufnehmen und auch der Ausschreibung einer Wahl keine Hindernisse in den Weg stellen würde. Weiter nahm man an, dass sich einige einflussreiche Mitglieder der Regierung Dollfuss in einem solchen Fall auf die Seite des neuen Kabinetts schlagen würden.

In der Wiener Polizei besaßen die Nationalsozialisten eine Zelle, der einflussreiche Polizeioffiziere, wie Steinhäusl, Gotzmann, Höniogl und eine Anzahl von Wache- und Kriminalbeamten angehörten. In der Gendarmerie und im Bundesheer gab es ausserdem Nationalsozialisten, von denen man annahm, dass sie der Regierung im gegebenen Augenblick den Gehorsam versagen würden.

Man glaubte, dass entweder Wahlen oder ein chaotischer Zustand den Nationalsozialisten in ganz kurzer Zeit zur totalen Macht im Lande verhelfen würden.

Rintelen rechnete seinerseits damit, dass er sich gegen die Nationalsozialisten behaupten könnte. Er war sicherlich nicht dazu bereit, die Macht, wenn er sie einmal in Händen hatte, abzutreten.

Aber verfolgen wir die Ereignisse: Ein gewisser Paul Hudl, der der S.S. Standarte 89 angehörte und der im Weltkrieg Oberleutnant der Reserve war, sollte nach dem Plan bei der bevorstehenden Aktion eine führende Rolle spielen. Er hatte aber kein gutes Gefühl dabei. Zuerst vom Plan begeistert, dachte er, als die Zeit näherkam, daran, durch eine indirekte Anzeige die Ausführung unmöglich zu machen. Er eröffnete sich einem Mann, von dem er annahm, dass er Beziehungen zu den führenden Kreisen besitze. Dieser Mann verständigte von den Nachrichten, die er erhalten hatte, die Polizei.

Der Beamte, dem die Mitteilung gemacht worden war, ging in die Polizeidirektion und machte hier – ein Satyrspiel als Intermezzo – einen Aktenvermerk. Man muss sich das richtig vergegenwärtigen: der Polizei wird ein Plan bekannt, nach dem die Regierung des Staates gefangen gesetzt, ein Putsch ein Umsturzversuch unternommen werden soll. Und der Beamte, in heiliger Ueberzeugung, dass seine Pflicht erfüllt sei, wenn erst der »Akt« da ist – macht einen Aktenvermerk und geht, froh über die erfüllte Pflicht, ins Kaffeehaus, um die tägliche Schachpartie zu spielen. Quod non est in actis, non est in mundo. Dieser Spruch war das Evangelium des österreichischen Beamten. Leider war es oft und diesmal anders: Quod est in actis – non est in mundo.

Das Verhängnis nahm seinen Lauf. Aber es kam noch eine Anzeige.

Am 23. Juli erschien ein Kriminalbeamter namens Josef Steiner bei einem Polizeibeamten Johann Dobler, in dem er einen verlässlichen Parteigenossen sah und eröffnete ihm den Plan. Steiner gab

an, dass das Bundesheer, grosse Teile der Sicherheitswache, hohe Offiziere, hohe Polizeibeamte, auch Beamte der Staats- und der Kriminalpolizei auf Seite der Aufständischen stehen. Er teilte auch mit, dass Rintelen zum Bundeskanzler ausersehen sei und Hofrat Steinhäusl Polizeipräsident von Wien werden sollte. (Er wurde es im März 1938.) Weiters warnte er ihn vor Verrat und erinnerte ihn an den Tod eines gewissen Kornelius Zimmer, der am 14. Juli einem nationalsozialistischen Fememord zum Opfer gefallen war. Dobler erklärte sich bereit, mitzutun. Am 25. Juli morgens wurde ihm die Mitteilung gemacht, dass er eine genaue Disposition noch im Verlauf des Vormittags erhalten werde. Dobler begab sich nun in ein Kaffeehaus und rief die V.F. an. Er sagte am Telephon, er habe dem Bundesleiter Stepan eine wichtige Mitteilung zu machen, könnte aber seinen Namen nicht nennen. Er erwarte ihn im Café. Dort hatte sich inzwischen zufällig ein Heimwehrführer eingefunden, dem Dobler sein Geheimnis lüftete. Dieser rief den Minister Fey an. Der Adjutant des Ministers, Major Wrabel, nahm nun direkt mit Dobler Fühlung und sah, es war etwa 11.45 Uhr, den Befehl, den der Kriminalbeamte Steiner an Dobler gesendet hatte. Er hatte folgenden Wortlaut:

»89 – ¼1 Uhr, Siebensternstrasse No 11 Bundesturnhalle – nicht über die Breitegasse in die Siebensterngasse gehen. Steiner.«

Die Meldung über diese Vorfälle erreichte den Bundeskanzler knapp vor 12 Uhr. Er unterbrach den Ministerrat, der eben tagte und gab den Ministern und Staatssekretären den Auftrag, sich in ihre Amtsgebäude zu begeben. Staatssekretär General Zehner erhielt den Auftrag, das Bundesheer bereitzustellen. Minister Fey und Staatssekretär Karwinsky blieben im Amtszimmer des Bundeskanzlers zurück. Natürlich war inzwischen auch die Polizei verständigt worden, die jedoch mit den Sicherheitsvorkehrungen viel zu spät einsetzte.

Inzwischen erschienen in der Turnhalle der Siebensterngasse zahlreiche uniformierte Soldaten und Wachebeamte. Lastautos fuhren vor. Die Polizei hatte die Meldung erhalten, dass auf dem Michaelerplatz ein Anschlag auf Dr. Dollfuss geplant werde. Man stellte den Sicherheitsapparat auf den Michaelerplatz ein.

Ein weiterer Zug der Sicherheitswache fuhr immerhin zur Siebensterngasse, um die dort Versammelten festzunehmen. Als er sich der Halle näherte, fuhren von dort acht Lastautos gegen die Stadt ab. Der Kommandant der Polizei hatte den Eindruck, dass es sich um Kräfte der Exekutive handle, weil die Insassen der Wagen Soldaten und Offiziere waren. Auf den ersten Wagen befanden sich auch Beamte der Sicherheitspolizei in Uniform.

Um 12.53 Uhr fuhren diese acht Lastautos mit insgesamt 144 Nationalsozialisten in Uniformen des Bundesheeres und der Sicherheitswache unbehindert durch das Tor des Bundeskanzleramtes.

Der Ueberfall gelang durch die Maskierung. Die Torposten mussten der Ueberzeugung sein, dass es sich um reguläres Militär handle, das zu irgend einem Zweck in das Gebäude beordert worden sei. Die militärische Wache, die sich im Hause befand, war eine Ehrenwache und hatte ungeladene Gewehre. Die Sicherheitswache war auf einzelne Posten in den verschiedenen Stockwerken des weitläufigen Gebäudes verteilt. Den Nationalsozialisten gelang es so sehr rasch, diese Kräfte zu überwältigen. Die Aufständischen handelten nach genauen Plänen. Sie teilten sich in verschiedene Gruppen, die nun in die Büros eindrangen und die Beamten in den Hof trieben. Die weiblichen Angestellten des Hauses wurden in ein Kellerlokal eingeschlossen. Die Aufständischen gaben vor, im Auftrag des Bundespräsidenten Miklas zu handeln. Ein Trupp begab sich in das Arbeitszimmer des Bundeskanzlers.

Im Säulensaal, der an den Arbeitsraum Dr. Dollfuss' angrenzt, befanden sich ausser dem Bundeskanzler und mehreren höheren Beamten noch Minister Fey und Staatssekretär Karwinsky. Als der Lärm der Herausstürmenden zu vernehmen war, wollte Karwinsky den Kanzler in Sicherheit bringen. Dr. Dollfuss ging aber nach der anderen Richtung durch sein Arbeitszimmer gegen den Kongresssaal zu. Hier trafen die Eindringenden auf ihn.

Der treue Türhüter Hedvicek wollte Dollfuss durch den Kongresssaal in Sicherheit bringen. Die Tür war verschlossen. Dr. Dollfuss wendete sich den Rebellen zu. In diesem Augenblick schoss einer von ihnen zweimal auf den Kanzler. Dr. Dollfuss stürzte zu Boden und rief mit leiser Stimme

»Hilfe, Hilfe!«

Einer der Mörder schrie:

»Steh auf!«

Aber Dollfuss vermochte sich nicht zu bewegen.

Die Schüsse wurden nach dem Urteil der Aerzte, die den Leichnam später untersuchten, aus einer Entfernung von etwa 10 bis 15 Zentimeter abgegeben. Beide Schüsse trafen den Kanzler am Hals links rückwärts. Einer davon hatte das Halsrückenmark durchbohrt und war in der Gegend der rechten Achselhöhle wieder ausgetreten.

Der Kanzler lag auf dem Rücken, die Arme ausgestreckt, ohnmächtig.

Es muss ausdrücklich gesagt werden, dass Dollfuss, ebenso wie Fey, Karwinsky und die anderen Funktionäre, hätten gefangen genommen werden können.

Der Mord an Dr. Dollfuss wurde wenige Minuten nach 13 Uhr verübt. Um etwa 13.30 wurde der Polizeioberwachmann Greifeneder und der Rayonsinspektor Jellinek in das Eckzimmer geführt, wo sie Dollfuss neben dem ersten Fenster, das an den Kongresssaal stösst, ohnmächtig auf dem Boden liegend fanden. Im Raum waren zehn bis fünfzehn Putschisten. Einer davon sass am Schreibtisch und rauchte eine Zigarette.

Die beiden Wachleute verlangten, dass man einen Arzt rufe. Man wies sie an Hudl, der als Major verkleidet war. Die Polizisten gingen zu ihm und baten ihn, einen Arzt rufen zu lassen. Hudl lehnte das ab. Oberwachmann Greifeneder ging nun in Begleitung des Oberwachmanns Messinger, eskortiert von Putschisten, in das Zimmer des Sterbenden zurück. Sie fanden ihn in derselben Lage. Einer der Nationalsozialisten hatte Verbandzeug gebracht und stellte es den beiden Polizisten hin. Sie versuchten nun, dem Kanzler einen Notverband anzulegen. Dann schoben sie ein Sofa herbei, betteten den Verwundeten darauf und versuchten ihm zu helfen. Sie wuschen ihm das Blut aus dem Gesicht. Nun kam Dollfuss wieder zu Bewusstsein. Er fragte:

»Wie geht es meinen Ministern?«

Man beruhigte ihn. Der Kanzler sprach mühsam und mit verlöschender Stimme:

»Es kamen ein Major, ein Hauptmann und mehrere Soldaten zu mir herein und schossen auf mich.«

Dann verlangte er einen seiner Minister zu sprechen. Er wollte Dr. Schuschnigg sehen. Die Wachleute gaben den Wunsch an die Putschisten weiter.

Nach kurzer Zeit erschien Hudl:

»Was wünschen Sie?«

Dollfuss wiederholte seinen Wunsch, Dr. Schuschnigg zu sehen.

Hudl antwortete: »Schuschnigg ist nicht hier«, und verlangte: »Geben Sie den Auftrag, dass mit der Regierungsumbildung Dr. Rintelen zu beauftragen ist und die Executive alle Feindseligkeiten gegen das Bundeskanzleramt einstellt.«

Dollfuss antwortete nicht.

Später bat der Sterbende um einen Arzt und um einen Priester. Die Polizisten gaben diese Bitte an die Putschisten weiter. Sie wurde abgelehnt.

Dollfuss erkannte, dass er zu Tode getroffen sei. Er bat die Wachleute, seine Arme und Beine zu bewegen, er sagte:

»Ich spüre nichts, ich bin also gelähmt!«

Indes brachten mehrere Putschisten mit vorgehaltenem Revolver den Minister Fey ins Zimmer. Dollfuss begrüßte ihn und fragte nach dem Befinden der anderen Regierungsmitglieder. Dann bat er ihn: »Schuschnigg soll die Regierungsbildung übernehmen. Sollte er nicht mehr da sein, dann Skubl.«

Zwei Rebellen, einer mit einer Pistole, einer mit einer Uhr in der Hand, drängten sich nun heran. »Herr Kanzler, kommen Sie zur Sache. Das interessiert uns nicht. Geben Sie Fey den Auftrag, dass die Executive jede Aktion unterlässt und Rintelen mit der Regierungsbildung betraut wird.«

Dollfuss antwortete: »Man soll Blutvergiessen vermeiden«, und zu Fey gewendet: »Sorgt für meine Frau und meine Kinder!«

Fey tröstete den Verwundeten und versprach ihm alle Wünsche zu erfüllen.

Einer der Putschisten neigte sich über den Kanzler und rief: »Sagen Sie, was Sie noch zu sagen haben.«

Nun wurde Fey weggedrängt und auf den Balkon geführt.

Dollfuss klagte über ein Erstickungsgefühl. Aus seinem Mund rann ein dünner Blutfaden. Noch einmal sprach er: »Kinder, ihr seid so lieb zu mir, warum sind es die andern nicht? Ich habe ja nur den Frieden gewollt. Wir haben nie angegriffen, wir mussten uns immer wehren. Der Herrgott soll ihnen vergeben.«

Dann noch: »Ich lasse meine Frau und die Kinder schön grüssen.«

Er röchelte stärker, das Auge wurde starr – es war zu Ende.

Dr. Dollfuss starb um etwa 15 Uhr 45. Er hat zwei und dreiviertel Stunden gelitten. In dieser Zeit wurden an ihm politische Erpressungsversuche verübt.

Arzt und Priester wurden ihm verweigert. Er starb einsam, verzweifelt und mag in seinen letzten Minuten das Gefühl gehabt haben, dass er vergeblich gekämpft habe – umsonst gefallen sei.

Inzwischen sind vor dem Bundeskanzleramt Abteilungen der Polizei, des Bundesheeres und des Heimatschutzes eingetroffen.

Um etwa halb vier Uhr erscheint Minister Fey von den Anführern eskortiert auf dem Balkon. Er ruft nach dem Befehlshaber. Ein Polizeioffizier meldet sich. Fey fordert ihn auf, zum rückwärtigen Tor in der Metastasiogasse zu kommen. Dort wird der Polizist von dem als Hauptmann verkleideten Holzweber empfangen und zu Fey geführt.

Der Minister berichtet, dass Dollfuss verwundet sei. Rintelen werde die Regierung übernehmen. Bis zu dessen Eintreffen, mit dem bald zu rechnen sei, möge nichts unternommen werden. Er selbst, Fey, sei Vicekanzler der neuen Regierung.

Um 16 Uhr erscheint Hudl im Hof vor den dort gefangen gehaltenen Beamten des Hauses und gibt bekannt, dass Dollfuss zurückgetreten sei. Der neue Bundeskanzler Dr. Rintelen werde in einer halben Stunde im Haus eintreffen. Fey sei Mitglied der Regierung.

Einige Beamte heben den Arm und rufen »Heil Hitler!« Die Antwort der anderen ist Schweigen.

Dr. Rintelen, auf den die Putschisten warten, kommt nicht. Auch Dr. Wächter ist nicht erschienen, der die eigentliche Führung der Aktion hätte haben sollen. Er war zu spät gekommen und fand das Tor des Bundeskanzleramtes bereits verschlossen. Das gleiche Missgeschick hatte ein gewisser Fridolin Glass, der die militärische Oberleitung zu führen gehabt hätte.

Fey gibt nun, über die tatsächliche Lage im Unklaren, telephonische Weisungen an die Polizeidirektion und die Rundfunkgesellschaft. Der Sinn aller Weisungen ist: Rintelen ist Bundeskanzler, die Executive hat jeden Angriff auf das Bundeskanzleramt zu unterlassen.

Inzwischen hatten sich ausserhalb des Gebäudes Ereignisse abgespielt, die das Abenteuer am Ballhausplatz zum Scheitern verurteilten.

Um 13 Uhr drang ein Trupp von fünfzehn Angehörigen der S.S. Standarte 89 in das Sendegebäude der »Ravag« in der Johannesgasse ein. Der Polizeiinspektor Flick, der sich ihnen entgegenstellte, wurde niedergeschossen. Im Vorraum knallten sie den Heimwehrmann Kauf und den Chauffeur Czermak nieder. Sie trieben die Angestellten in einem Raum zusammen und zwangen den



diensthabenden Ansager folgende Nachricht durchzusagen: »Die Regierung Dollfuss ist zurückgetreten. Dr. Rintelen hat die Regierungsgeschäfte übernommen.«

Die Polizei eroberte das Gebäude in einem anderthalbstündigen Kampf. Die Nationalsozialisten feuerten wie die Besessenen. Um 14 Uhr war das blutige Abenteuer im Rundfunk liquidiert.

Die Minister und Staatssekretäre waren inzwischen zu einem Rumpfministerrat im Landesverteidigungsministerium zusammengetreten. Minister Dr. Schuschnigg rief den in Velden auf Urlaub weilenden Bundespräsidenten telephonisch an und erhielt von ihm den Auftrag, die Regierung vorläufig zu führen. Bedingungen, die von eingeschlossenen Regierungsmitgliedern oder gar von Aufständischen gestellt würden, wolle er unter keinen Umständen anerkennen.

Dr. Rintelen, der bereits einige Tage in Wien weilte, hielt sich im Hotel »Imperial« auf. Der Chefredakteur der »Reichspost«, Dr. Funder, veranlasste ihn, mit ihm ins Landesverteidigungsministerium zu gehen. Dort wurde er in Haft gesetzt.

Um diese Zeit, nach vier Uhr nachmittag, erkennen die Aufrührer, dass ihr Spiel verloren ist. Ihr Putsch ist isoliert geblieben, ihr Beispiel hat nicht das Land entzündet wie eine Brandfackel einen Heuschöber.

Was jetzt?

Holzweber geht zu Fey und sagt ihm: »Es stimmt etwas nicht. Was soll ich anfangen?«

Man rennt hin und her. Man ruft in einem Kaffeehaus an, weil man annimmt, dass dort ein höherer Führer, nämlich Glass, sitzt, der Bescheid geben kann. Man drängt Fey, er möge etwas unternehmen. Er sei doch Mitglied der neuen Regierung. Fey hat inzwischen von der Rumpfregierung im Landesverteidigungsministerium, der er die Wünsche der Aufrührer telephonisch bekanntgibt, erfahren, dass der Bundespräsident Schuschnigg mit der vorläufigen Führung der Regierungsgeschäfte betraut hat, und dass Rintelen in Haft ist.

Er zuckt mit den Achseln. Was soll er tun? Die Regierung hat inzwischen ein Ultimatum ausgearbeitet, das folgenden Wortlaut hat: Ueber Befehl des Herrn Bundespräsidenten werden die Aufrührer aufgefordert, innerhalb einer Viertelstunde das Ballhausgebäude zu räumen. Wenn kein Menschenleben auf Seite der widerrechtlich ihrer Freiheit beraubten Mitglieder der Regierung zu beklagen ist, erklärt die Regierung, den Aufrührern freien Abzug und Ueberstellung über die Grenze zuzusichern. Wenn die gestellte Frist fruchtlos verläuft, werden die Machtmittel des Staates eingesetzt werden.«

Mit diesem Ultimatum erscheint Bundesminister Neustädter-Stürmer um 17 Uhr 30 beim Bundeskanzleramt.

Fey wird auf den Balkon geführt und verhandelt mit ihm. Er fragt nach Rintelen und Neustädter antwortet: »Rintelen kommt nicht.«

»Die neue Regierung hat beschlossen den Rebellen freies Geleit zu geben. Erfolgt die Uebergabe nicht in 20 Minuten, so lasse ich stürmen.«

Fey ruft erregt zurück, dass er den Sturm verbiete.

Neustädter antwortet: »Du hast nichts zu verbieten, du bist ein Gefangener.«

Er zieht die Uhr und sagt: »Es ist jetzt 5 Uhr 35. Um 5 Uhr 55 wird gestürmt.«

Nun wird Fey wieder abgeführt. Nach den Anweisungen des Staatssekretärs Zehner werden alle Vorbereitungen für den Sturm getroffen.

Kurz darauf bittet Fey um eine Aussprache mit Staatssekretär Zehner. Man verhandelt über die Details des Abtransportes der Aufrührer. Noch wissen die führenden Persönlichkeiten nichts vom Tod des Kanzlers.

Holzweber hat mit der deutschen Gesandtschaft Fühlung genommen. Die Art, wie er telephonierte, lässt den sicheren Schluss zu, dass man dort über alles informiert ist. Er stellt sich am Telephon als »Oberrebellenfürher Hauptmann Friedrich« vor und sagt: »Der Putsch ist misslungen. Der Herr Gesandte wird gebeten, im Bundeskanzleramt zu erscheinen, um Zeuge der Abmachungen über den Abtransport zu sein.«

Tatsächlich erscheint bald darauf der Gesandte Rieth auf dem Ballhausplatz und wendet sich an Minister Neustädter-Stürmer. Er sei durch einen Hauptmann Friedrich, den er nicht kenne, angerufen und um Intervention gebeten worden.

Neustädter sagt ihm: »Was hier zu geschehen hat, ist unsere Sache, Ihre Intervention ist nicht notwendig. Im übrigen halte ich es nicht für empfehlenswert, dass Sie sich durch Verhandlungen mit Rebellen anpatzen.«

»Unter diesen Umständen,« sagt Rieth, »habe ich hier nichts mehr zu suchen.« Er geht nun in die Metastasiogasse und führt ein Gespräch mit Holzweber, der, wie schon vorher am Telephon, die Bereitstellung von Autos und Begleitpersonen vom deutschen Gesandten verlangt.

Auf der Strasse trifft er Staatssekretär Karwinsky, dem es gelungen ist, aus dem Gebäude zu entkommen. »Tolle Sache, das«, meint Rieth.

Karwinsky antwortete: »Excellenz, ich finde es äusserst merkwürdig, dass Sie für dieses furchtbare Ereignis keine anderen Worte finden. Die Blutschuld für das, was geschehen ist, lastet jenseits unserer Grenzen.«

Um 19 Uhr 30 wurde das vordere Tor geöffnet. Polizei dringt ein und nimmt die Aufrührer fest. Der Vorhang fällt vor der blutigen Szene.

Im Bundeskanzleramt wurden 154 S.S. Leute verhaftet. Unter den aktiv beteiligten waren neun Wachleute und sechs Kriminalbeamte der Wiener Polizei. Unter den Aufrührern befanden sich Leute, die wegen versuchten Mordes, wegen Einbruchdiebstahls – nach der Invasion fehlten mehrere goldene Uhren und Geldbeträge – schwerer Körperverletzung, vorbestraft waren. Dem toten Bundeskanzler wurde seine Brieftasche mit 500 Schilling Inhalt aus dem Rock gestohlen.

Die Rebellen wurden zuerst in die Polizeikaserne in der Marokkanergasse gebracht und dann dem Militärgericht übergeben.

Ueber die Frage des freien Geleites ist viel gestritten worden. Ich glaube, dass das ein müssiger Streit ist. Als Minister Neustädter seine Zusage abgab, wusste er noch nicht, dass Dollfuss tot sei. Auch wenn er es gewusst hätte, hätte die Situation, in der verhandelt wurde, Erklärung für alles geboten.

Dreizehn der Putschisten wurden zum Tod verurteilt und hingerichtet. Holzweber äusserte in der Verhandlung: »Man hat mir gesagt, dass es kein Blutvergiessen geben kann. Die Regierung sei bereits gebildet und Rintelen halte sich auf dem Ballhausplatz auf. Wir vermissten die Führer des Aufstandes im Bundeskanzleramt. Ich habe dem Major Fey gesagt: »Ich weiss nicht, was ich tun soll«.

Die Hingerichteten werden nun für einige Zeit als Märtyrer glorifiziert werden. Schon gibt es in Oesterreich »Holzweber-« und »Planettastrassen«. Wenn etwas für sie spricht, so ist es die Tatsache, dass sie von dilettantischen und verantwortungslosen Führern in ein Abenteuer geschickt worden sind, dass sie preisgegeben und verraten wurden. Durch ihre direkten Führer, durch die illegale Landesleitung der Nationalsozialisten und durch den obersten Führer ihrer Partei, mit dessen Namen auf den Lippen sie gestorben sind – verraten von Adolf Hitler, der damals öffentlich erklärte, dass er den Anschlag schärfstens verurteile.

Vier Jahre später, März 1938. Major Fey wurde in seiner Wohnung in Wien mit seiner Frau und seinem Sohn erschossen aufgefunden.

Minister Neustädter-Stürmer wird auf der Strasse in Wien von Nationalsozialisten ermordet.

General der Infanterie Zehner wurde in seiner Wohnung in Wien von Nationalsozialisten erschossen.

Staatssekretär Karwinsky ist in einem Konzentrationslager. Dr. Schuschnigg ist gefangen. Die Dollfussdenkmäler werden gestürzt und die Führer des deutschen Volkes und Reiches legen Kränze an den Gräbern von Holzweber und Planetta nieder.

Das ist die Geschichte des 25. Juli.

Der Wiener Aufruhr löste in einzelnen Bundesländern Umsturzversuche aus. Es dauerte vier Tage bis die Ruhe wieder hergestellt war.

Ich habe den Umsturz in Kärnten erlebt. Ich sah einen Soldaten des Bundesheeres, der seinem Hauptmann meldete, dass er auf einer Patrouille seinen Bruder unter den Aufrührern erkannt habe. Ich sah eine Frau, deren Bruder mit den Nationalsozialisten kämpfte und deren Mann in den Reihen des Heimatschutzes stand. Ich kannte einen nationalsozialistisch orientierten Offizier des Bundesheeres, der in Erfüllung seiner Pflicht gegen die Aufrührer vorrückte und fiel. Ich habe Nationalsozialisten gesehen, die ihre neuen deutschen Maschinenpistolen wegwarfen, als sie

ausgeschossen waren, weil sie solche Waffen vorher noch nie in der Hand gehabt hatten und sie nicht laden konnten. Ich sah Angehörige des Heimatschutzes und der Sturmcharen, denen ihr Offizier in der Feuerlinie die Magazine in die Gewehre schieben musste, weil sie die Waffe nicht bedienen konnten. Ich sah Idealisten und ehrlich Ueberzeugte. Ich sah aber auch die Intellektuellen, die Aerzte, Advokaten, Apotheker und Kaufleute in den Kaffeehäusern sitzen und hörte sie, die grössten Lobredner des Nationalsozialismus, sagen, dass sie schon immer dieses böse Ende vorausgesehen hätten. Ich kenne viele, viele von ihnen, die plötzlich das dringende Bedürfnis hatten, einen Badeaufenthalt in Jugoslavien zu nehmen, während ihre arme uninformierte Gefolgschaft, junge Burschen, Handwerksgesellen, Jäger, Bauernknechte hoffnungslos in den Wäldern umherirrte.

Der Juliputsch hat in Oesterreich etwa 500 Todesopfer gekostet.

Die Nachricht vom Tode des Kanzlers wurde seiner Witwe von Mussolini persönlich überbracht. Der Duce war tief erschüttert. Er mobilisierte mehrere Divisionen und schickte sie an die Grenze. An die gleiche Grenze, an der sich deutsche und italienische Truppen im März 1938 freundschaftlich begrüßten.

Die Verantwortung für den 25. Juli trifft in erster Linie Adolf Hitler, der den Landesinspekteur Habicht eingesetzt hatte und an ihm und seiner Politik festhielt.

Sie trifft in zweiter Linie diesen Theo Habicht, der derzeit Abgeordneter des deutschen Reichstags ist und den General Göring, als er nach dem missglückten Putsch bei ihm erschien, einen Saukerl nannte und ihm den Rat gab, sich eine Kugel in den Hintern zu schiessen.

Das erzählte Göring selbst. Sie trifft die Führer der SS., die ihre Formationen zum Putsch kommandierten. Es ist wahrscheinlich, dass die Führer des Nationalsozialismus über diesen 25. Juli anders urteilen als wir, die wir unsere deutsche Welt und Lebensanschauung im Nationalsozialismus nicht vertreten finden. Es gibt verschiedene Massstäbe zur Beurteilung der Geschichte.

Die Nationalsozialisten haben die ihren. Wir behalten – die unseren.

## Der totale Kampf und die totale Niederlage

### Die Entwicklung bis Berchtesgaden

Der plötzliche Tod des Kanzlers Engelbert Dollfuss traf das Lager der Oesterreicher furchtbar. Noch war alles im Werden, die neue Verfassung kaum drei Monate alt, die Konsolidierung des inneren Aufbaus und der Abwehrkräfte keineswegs vollzogen, das Land im Nachbeben des Bürgerkriegs. Die Vaterländische Front hatte ihre endgültige Gestalt noch nicht erhalten; noch gab es zwei Auffassungen über ihre Funktion, die einander ausschlossen. Der eine Teil wollte, dass diese politische Monopolorganisation lediglich ein Dach sei, unter dem sich wie in früherer Zeit die Parteien, die einzelnen Verbände und Organisationen des Regierungslagers versammeln konnten. Dieser Ausdruck »Dach« gibt ein gutes Bild davon, was sich die Anhänger dieser Richtung vorstellten und versprachen. Sie wollten diesen Schirm gerne benutzen, solange der nationalsozialistische Wolkenbruch über das Land niederging, sie wollten lediglich unterstehen. Die andere Meinung sah in der V.F. eine selbständige Organisation mit einer eigenen bis zum Einzelnen hinreichenden Unterorganisation. Einen Verband der Oesterreicher, die sich auf das Dollfussprinzip geeinigt hatten, der nicht durch andere politische Organisationen gestört werden sollte.

Als Nachfolger Dollfuss' hatte der Vizekanzler Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg die Führung der V.F. übernommen. Der neue Bundeskanzler Dr. Kurt v. Schuschnigg fungierte als sein Stellvertreter.

Starhemberg war zugleich Führer des Heimatschutzverbandes, der stärksten militanten Organisation des Landes, die in den Kämpfen des Februar und Juli die grössten Opfer gebracht hatte. In dieser Organisation des Heimatschutzes, die vom politischen Geist der Kriegs- und Nachkriegsgeneration getragen wurde, herrschte naturgemäss eine Abneigung gegen das demokratisch-parlamentarische System der österreichischen Spielart, das trotz der genialen Führerpersönlichkeit eines Dr. Ignaz Seipel in immer grössere Schwierigkeiten geraten war und das in seiner besonders gefährdeten Situation nicht fähig zu sein schien, dem Staate, wie er nun einmal bestand, eine Form zu geben, die ihn in den Stand versetzt hätte, die Nöte der Zeit zu meistern und den Gedanken der neuen Zeit Rechnung zu tragen.

Der Heimatschutz, aus der von den hohen Idealen der Heimatliebe getragenen Verteidigung des engeren Vaterlandes entstanden, später Schutz- und Abwehrbewegung gegen die vom Führer der österreichischen Sozialdemokratie Dr. Otto Bauer in Wort und Schrift gepredigte und verlangte Diktatur des Proletariats, erlangte nach der unregelmässigen Explosion des 15. VII. 1927, die in allen nichtmarxistischen Kreisen als ein Warnungssignal aufgefasst wurde, unerwartete Stärke. In den Reihen dieser zwar exklusiv politischen, aber doch ausserparlamentarischen Organisation, stand nun die junge Generation der bürgerlichen und Oberschicht, gewisse Teile der alpenländischen Arbeiterschaft, die noch halb im Bäuerlichen verankert, sich in das marxistische Denken nicht hineinfinden wollte und die Bauernschaft.

Der vorherrschenden Anschauung nach, war dieser Heimatschutzverband aus Monarchisten, Nationalen, Christlichsozialen zusammengesetzt, gebunden durch die gemeinsame Ablehnung des Marxismus und des demokratisch-parlamentarischen Systems.

Seit dem Juli 1927 machte sich die starke Tendenz nach der Begründung eines eigenen politischen Programms geltend. Insbesondere nach der Uebernahme der Bundesführung durch den Fürsten Starhemberg, der seiner Persönlichkeit, seiner ganzen Wesensart nach geeignet war, ein neues Staatsprogramm zu vertreten und zu propagieren. Am 18. Mai 1930 war in Korneuburg ein Heimwehrprogramm verkündet worden, das die ständische Neugestaltung im Rahmen eines autoritär geführten Staates verlangte.

Freilich stellte sich die Heimwehr diesen neuen Staat als einen »Heimwehrstaat« vor, das heisst, sie strebte nicht nur die restlose Durchsetzung ihres Gedankengutes, sondern auch die, wenn auch nicht exclusive, so doch massgebende Beherrschung des neuen Staatsgefüges durch ihre Anhänger an.

Dollfuss hat später mit seinem neuen Staatsprinzip die Wünsche der Heimwehren auch zu seinen eigenen gemacht. Mit der Gründung der vaterländischen Front, waren wesentliche Teile des Programms der Heimwehren zum Staatsprogramm erhoben worden.

Die Anhänger des Heimatschutzes blieben gleichwohl in einer abwartenden Stellung innerhalb ihres Verbandes. Die Beteiligung, die sie an der Macht erhalten hatten, schien ihnen ungenügend. Aber nicht nur dieses Ungenügen war es, das die Heimwehrleute dazu brachte, auch jetzt noch abwartend und kritisch neben der V.F. stehen zu bleiben, es war auch die Erkenntnis, dass viele Anhänger des Kanzlers Dollfuss in seinem Prinzip und in seiner Organisation nur einen Notbehelf sahen, ein kleineres Uebel, das man in Kauf nehmen muss, um ein grösseres zu verhüten. Die Ueberzeugung in den Kreisen des Heimatschutzes ging dahin, dass gerade solche Kräfte, wie ich sie eben beschrieben habe, einen unverhältnismässig grossen Anteil an der Macht des neuen Staates besaßen.

Diese Meinung der Anhänger des Heimatschutzes war zum Teil richtig. Zum anderen Teil fehlte es aber diesem Verband, der ungeheuer viel Schwung, Zähigkeit und Opfermut bewiesen hatte, an genügend Kräften, die gewillt und befähigt gewesen wären, die politische Kleinarbeit, die nun nach der Kampfzeit für die Aufbauarbeit notwendig gewesen wäre, zu leisten.

Sowohl im Februar als auch im Juli 1934 hatte der Heimatschutz den Hauptteil der Last des Kampfes und auch die Mehrheit der Opfer zu tragen gehabt. Dadurch wuchs sein Anspruch auf führende Beteiligung an der Macht. Die Angehörigen des Heimatschutzes fühlten sich als Angehörige einer Eliteorganisation innerhalb der V.F. Dem Heimatschutz gegenüber standen die ehemaligen Anhänger der Christlichsozialen Partei und die verschiedenen Gruppen, die sich schon früher innerhalb dieser Partei gebildet hatten: Eine Richtung, die das Sozialprogramm in den Vordergrund stellte, unter der Führung des früheren Nationalrates Kunschak, die im Gewerkschaftsbund grossen Einfluss besass, ein Wehrverband der Arbeiter, der sich Freiheitsbund nannte, der die demokratische Seite des Dollfussprinzipes besonders pflegte, eine rechtsgerichtete

Gruppe, die unter der Führung des Wiener Bürgermeisters Richard Schmitz stand und die ständischen Gruppen, die sich seit Jahrzehnten in Gewerbe- und Bauernbünden formiert hatten.

Schliesslich die junge katholische Front, die sich in den »Ostmärkischen Sturmcharen«, deren Gründer und Führer Dr. Schuschnigg war, gesammelt hatte.

Neben diesen Gruppierungen, die ja auch ihren organisatorischen Ausdruck in Bünden, Verbänden und Vereinen fanden, waren einflussreiche Persönlichkeiten vorhanden, in deren Gefolgschaft mächtige Institutionen wirtschaftlicher Art standen, wie etwa der Präsident der Nationalbank, Dr. Viktor Kienböck.

Hätte Dollfuss länger gelebt, so wäre es ihm ohne Zweifel gelungen, diese Vielfalt stark aneinanderzuketten und ihr einen gemeinsamen Weg vorzuschreiben. So aber kam sein Tod viel zu früh. Schuschnigg sah, als er die Kanzlerschaft antrat, lediglich den Grundriss des neuen Gebäudes vor sich, die Mannschaft aber, die es bauen sollte, stand in verschiedenen Lagern, die den grossen Plan nicht ob seines Gesamtbildes, sondern verschiedener Einzelheiten wegen, die ihnen besonders zusagten, zu bauen unternahmen.

Schuschnigg wurde Bundeskanzler, Fürst Starhemberg Bundesführer der V.F. Damit war eine Doppelregierung begründet, die nicht auf die Dauer bestehen konnte. Es zeigte sich denn auch sehr bald, dass sich die verschiedenen Gruppen ausserhalb des Heimatschutzverbandes um die Person des Kanzlers gruppieren, um gegen den Elan, mit dem die Anhängerschaft des Fürsten Starhemberg ans Werk ging, Widerstand zu leisten.

Es steht eindwandfrei fest, dass beide Persönlichkeiten, der Kanzler und der Bundesführer, alles daransetzten, um die Schwierigkeiten, die sich aus dieser Konstruktion ergaben, aus dem Weg zu räumen. Den letzten Anlass zur Trennung der beiden Politiker und zur Auflösung des Dualismus gaben innen- und aussenpolitische Vorfälle.

Schon im Jahre 1934 wurde der erste Versuch einer »inneren Befriedung« in dem Sinne eines Versuchs zur Heranziehung der vernünftigen nationalen Elemente zur Mitarbeit und Mitverantwortung gemacht. Ein oberösterreichischer Agrarier, Ing. Reinthaler, der seit März 1938 österreichischer Ackerbauminister ist, unternahm mit Billigung des Bundeskanzlers einen Versuch, die vernünftigen und loyalen Nationalen Oesterreichs zu sammeln. Diese »Aktion Reinthaler« ging in der allgemeinen Bürgerkriegsstimmung des Jahres unter.

Bis zum Jahr 1934 gehörten auch, nach Absplitterung der steirischen Gruppe, dem Heimatschutz eine grosse Zahl nationaler Persönlichkeiten an. An dem grossen Heimwehraufmarsch in Schönbrunn vom Mai 1933, bei dem Starhemberg und Dollfuss das österreichische Programm verkündeten, zu einer Zeit, in der sich die Fronten in grossen Linien bereits geschieden hatten, marschierte der Schwager des deutschen Reichstagspräsidenten Göring, als Führer des Salzburger Heimatschutzes, für die Idee Dollfuss. Von allem Anfang an waren die vaterländischen Kreise, insbesondere auch einzelne Führer des Heimatschutzes, bestrebt, Persönlichkeiten zur Mitarbeit zu

werben, die Verbindung mit Nationalen hatten, aber die die Methoden des Nationalsozialismus ablehnten.

Die Nationalen Oesterreichs besaßen vor und nach dem Juli des Jahres 1934 bis zum März 1938 eine grosse Zahl von Vereinen und Verbänden, in denen es ihnen möglich war, sich nach ihrer Art zu betätigen. Freilich unter Ausschluss jeder staatsfeindlichen oder illegalen Aktion. Der »*deutsche Turnerbund 1919*«, dessen Zweigvereine sich über das ganze Bundesgebiet erstreckten, war in grossen Zügen bestehen geblieben. Neben diesem Turnerbund aber war eine grosse Zahl von sportlichen Vereinigungen vorhanden denen sich ausschliesslich nationale Mitglieder sammelten. Es bestand und blieb bestehen der »*deutsche Schulverein Südmark*«, ein Unterverband des Berliner »Verbandes für das Deutschtum im Ausland«, es bestand der »*Oesterreichisch deutsche Volksbund*«, eine Organisation, die früher Anschlusspropaganda betrieben hatte und nun der Pflege der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Oesterreich und dem deutschen Reich diente. Daneben gab es nationale Gesangs- und Musikvereine, Leihbibliotheken und kulturelle Organisationen aller Art, in denen der vorzüglich nationale Teil der Bevölkerung sich betätigen konnte. Auch auf dem Gebiet der Presse hatte man das nationale Element durchaus nicht etwa ausgerottet. In Wien und in den Bundesländern erschien eine grosse Zahl national redigierter Tages- und Wochenblätter. In den wirtschaftlichen und ständischen Organisationen befand sich eine grosse Zahl von national eingestellten Persönlichkeiten an führenden Posten.

Das alles muss deshalb in Erinnerung gebracht werden, weil von den Nationalsozialisten die Behauptung aufgestellt wurde und noch immer aufgestellt wird, dass die nationalen Teile der österreichischen Bevölkerung nicht nur grausam unterdrückt, sondern auch jedes kulturellen und wirtschaftlichen Lebensraums beraubt gewesen seien, dass sich die Regierung beharrlich geweigert habe, die primitivsten Wünsche der Nationalen zu erfüllen. Das muss auch zur Klarstellung der Methoden gesagt sein, die auf dem Umweg über die Eroberung von Rechten für die sogenannte »nationale Bevölkerung« nichts anderes als die Herrschaft des Nationalsozialismus anstrebten.

Im Frühjahr 1936 war die Spannung zwischen dem Bundeskanzler und dem Fürsten Starhemberg so gewachsen, dass mit einer Lösung des Konfliktes für die nächste Zeit gerechnet werden musste.

Der italienische Regierungschef hatte Dr. Schuschnigg wissen lassen, dass er es für notwendig und richtig halte, einen weiteren Schritt zur inneren Befriedung in Oesterreich zu tun. Dieser Rat Mussolinis war vor allem aus seinem Wunsch heraus zu verstehen, die österreichische Frage, die einem engen Bündnis zwischen Deutschland und Italien im Wege stand, zu bereinigen. Eine solche Bereinigung sollte dem österreichischen Standpunkt weitgehend Rechnung tragen und die Unabhängigkeit des Landes »als Dogma der europäischen Politik« auch vom deutschen Reich endgültig garantieren lassen. Dr. Schuschnigg hatte Grund zur Annahme, dass die nationalsozialistische Regierung des Reiches einen solchen Vertrag erst dann zu unterfertigen bereit sein werde, wenn »diejenigen Gruppen und Persönlichkeiten der österreichischen Innenpolitik, die mit den Nationalsozialisten in unversöhnlicher Feindschaft lebten«, ausgeschaltet oder doch wenigstens in ihrem Einfluss wesentlich beschränkt würden. Die Notwendigkeit einen Vertrag mit dem deutschen Reich zu schliessen und zu einem Friedensschluss zu kommen, galt ihm als die



Möglichkeit, den Einfluss des Heimatschutzes, der als die offensivste und unbedingtste antinationalsozialistische Gruppe galt, in eine geringere Position zu drängen. Hierbei hielt sich Dr. Schuschnigg an folgenden Gedankengang: Der Friedensschluss mit Deutschland und die Vollendung des von Dr. Dollfuss begonnenen Aufbauwerkes erfordern eine Vereinheitlichung und Konzentration aller Kräfte, die der Regierung zur Verfügung stehen. Dieser Friedensschluss erfordert die Verminderung des Einflusses der allzu aggressiven Kräfte des Regimes. Demnach war der richtige Weg der einer Uebernahme der Frontführung durch den Bundeskanzler, und die Zusammenfassung der militanten Kräfte des Landes in Miliz und Bundesheer.

Die Miliz war schon unter der Führerschaft des Fürsten Starhemberg begründet worden und sollte eine Zusammenfassung der freiwilligen Wehrverbände, also des Heimatschutzes, der Sturmsharen, des Freiheitsbundes und der anderen kleineren Verbände sein.

Vorläufig war allerdings diese Zusammenfassung noch nicht weit gediehen.

Am 1. April 1936 legte die Regierung dem Bundestag ein Gesetz vor, das die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zur Tatsache machte. Dieses Gesetz hatte, obwohl es im Widerspruch zum Friedensvertrag von St. Germain stand, der Regierung keinerlei aussenpolitische Schwierigkeiten bereitet, war doch Deutschland mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorangegangen.

Dr. Schuschnigg war der Meinung, dass das neue Volksheer und die im Rahmen der V.F. stehende freiwillige Miliz die Kräfte, die sich bisher in den Wehrverbänden gesammelt hatten, aufnehmen würden. Dieser Gedanke, in dem der Kanzler übrigens auch durch Personen unterstützt wurde, die ihre Positionen durch den Heimatschutz bedroht sahen, war falsch. Dr. Schuschnigg übersah dabei den modernen politischen Menschentyp, der sich eine politische Betätigung nicht anders als in Reih und Glied vorstellen kann, der die Ungewissheit des Einzelschicksals im Kollektiv der Doppelreihe, in der disziplinierten Kameradschaft der Gleichgesinnten aufwiegen zu können glaubt, übersah die Propagandakraft und den Elan, der in einer militärisch gegliederten politischen Organisation liegt und übersah endlich, dass es durchaus nicht das Militärische allein war, das die Menschen zueinanderbrachte und beieinanderhielt, sondern der heisse Wunsch, durch diese militärische Betätigungsform einem politischen Ideal zu dienen, das noch nicht vollendet, erst der ganzen Verwirklichung harret.

Miliz und Bundesheer boten Platz für den Soldaten, der dem *Vaterland* dient. Die Wehrverbände waren noch etwas anderes: Sie waren Verbände von *politischen Soldaten*, die zugleich mit dem Dienst für das Vaterland auch noch ein persönliches, politisches Ideal verwirklichen wollten.

Der italienische Gesandte in Wien, *Preziosi*, stand den Heimwehrkreisen nahe. In dem Augenblick, in dem es feststand, dass der Dualismus in Oesterreich beseitigt werden sollte, schaltete Mussolini für den Verkehr mit dem österreichischen Bundeskanzler die Person des Präsidenten des italienischen Kulturinstitutes in Wien, Senator Francesco Salata ein, der bis zum Juli 1936 den direkten Verkehr zwischen Schuschnigg und dem italienischen Regierungschef vermittelte, bis er selbst zum Gesandten ernannt wurde. Francesco Salata, in Istrien, das zum alten Oesterreich gehörte, beheimatet, hatte in Wien studiert und sich später führend an der italienischen Irredenta in

Triest beteiligt, wie sein Landsmann, der spätere Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Fulvio Suvich. Salata verfügte – Historiker von Beruf – über eine ausserordentlich gute Kenntnis der österreichischen Geschichte und der Kräfte, die an der Politik des neuen Oesterreich beteiligt waren. Salata war ein unbedingter Anhänger des Gedankens der Beseitigung des Dualismus in Oesterreich und der Uebernahme der alleinigen Führung durch Schuschnigg. Auf seinen Einfluss ist es zurückzuführen, dass Mussolini sich mit einer österreichischen Lösung befreundete, bei der Fürst Starhemberg, mit dem er in engem Kontakt gestanden hatte, ausgeschaltet wurde.

Das könnte nun vielleicht so klingen, als hätte Mussolini einen direkten Einfluss auf die innerösterreichische Gestaltung genommen. Eine solche Annahme wäre unrichtig. Ich verweise darauf, was Bundeskanzler Dr. Schuschnigg über dieses Thema in seinem Buch »Dreimal Oesterreich« gesagt hat, indem er feststellte, dass sich die italienische Regierung immer eines Einflusses auf innerösterreichische Dinge enthalten hat. Die Bereitstellung italienischer Heereskräfte an der österreichischen Grenze in den Julitagen des Jahres 1934 galt der Erhaltung der Unabhängigkeit des Staates, zu der sich Mussolini bis zum März 1938 immer wieder bekannte.

Schon im Winter 1935/36 hatte der deutsche Gesandte in Wien, Franz v. Papen, in Privatgesprächen auf die Möglichkeit hingewiesen, den österreichisch-deutschen Konflikt durch einen Vertrag zu schlichten. Der italienische, wie der deutsche Wunsch bewegten sich also in der gleichen Richtung. In die gleiche Richtung gingen schliesslich auch die Wünsche der ungarischen Regierung, die im Konflikt zwischen Oesterreich und Deutschland eine Hemmung ihrer Politik sah.

Diese aussenpolitische Konstellation stand in keinem Widerspruch zu den Auffassungen des Bundeskanzlers Schuschnigg, der sich von einer Zurückdrängung des Einflusses der Heimwehren auch noch ein schnelleres Fortschreiten der Versöhnung mit der sozialistischen Arbeiterschaft versprach.

Wir müssen uns diese Gedanken und Situationen klarmachen, um die Vorgeschichte des Vertrags vom 11. Juli 1936 richtig zu verstehen.

Am Anfang steht die italienische Patronanz der Unabhängigkeit Oesterreichs, die in einer Zeit, in der die Weststaaten kein Verständnis für die Politik Oesterreichs zeigten, die alleinige Hilfe für den schwer gefährdeten Staat darstellte.

Der zweite Markstein: Die aussenpolitische Isolierung Deutschlands, die zur Bereitschaft führt, mit Italien ein Bündnis zu schliessen. Drittens: Die Völkerbundsanktionen gegen Italien bringen Mussolini zu einem engen Kontakt mit dem deutschen Reich und bestärken den Wunsch, das Hemmnis des österreichischen Konflikts zu beseitigen.

Viertens: Die innenpolitische Konstellation, die nach einer Vereinheitlichung des Kurses drängt.

Am 13. Mai 1936 bat der Bundeskanzler den Fürsten Starhemberg zu sich, um mit ihm die Frage zu bereinigen. Er schlug ihm Lösungen vor, die Starhemberg von seinem Standpunkt aus für untragbar hielt. In den Abendstunden des 13. versuchte der Bundeskanzler eine Regierung unter Ausschluss

des Heimatschutzes zu bilden. Er besprach sich mit dem früheren Unterrichtsminister, dem bekannten Historiker Dr. Heinrich Srbik und bot ihm, der als Nationaler konservativer Richtung bekannt war, das Amt eines Vicekanzlers an. Der Kanzler konnte sich mit ihm jedoch nicht einigen. Starhemberg schied mit dem Aussenminister Berger-Waldenegg, der dem Heimatschutz angehört hatte, aus dem Kabinett. Ausserdem trennte sich Schuschnigg von dem Sozialminister Dr. Dobretsberger, den er durch den bekannten Sozialrechtler Dr. Resch ersetzte. Weiters verliessen der Ackerbauminister Dr. Strobl und der Justizminister Winterstein, die nicht dem Heimatschutz angehört hatten, das Kabinett. Auf den Posten eines Vicekanzlers wurde der Führer der niederösterreichischen Heimwehr, Major Baar-Baarenfels, berufen, das Finanzministerium verblieb in den Händen Dr. Ludwig Draxlers, der ebenfalls der Heimwehr angehörte, ins Justizministerium zog, über Wunsch der Fürsten Starhemberg, Baron Hans Hammerstein-Equord, der schon einmal Staatssekretär für Sicherheitswesen gewesen war, ein; das Ackerbauministerium erhielt ein Bauer, Peter Mandorfer aus Oberösterreich. Ich wurde als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt berufen und einige Tage später zum Generalsekretär der V.F. ernannt.

So war denn diese Kabinettsumbildung ein Kompromiss. Der Heimatschutz blieb weiterhin mit mehreren Vertretern im Kabinett, eine nationale Vertretung war vorerst vermieden worden, die Führung der V.F. ging auf den Bundeskanzler über. In Wahrheit war natürlich das Ausscheiden des Fürsten Starhemberg das wichtigste und bedeutungsvollste Ereignis.

Es hatte zwei Folgen: Die demokratisch orientierten Gruppen der V.F. begrüsst die Uebernahme der Frontführung durch den Bundeskanzler, der durch die Veränderung in der Staatsführung zum alleinigen Herrn geworden war und versprachen sich schnell fortschreitende Erfolge bei der weiteren Heranführung der Arbeiterschaft. Das Vertrauen der katholischen Kreise zu Schuschnigg, dem man in den letzten Monaten immer häufiger allzu grosse Nachgiebigkeit gegenüber den Wünschen des Heimatschutzes, in dem man sonderbarerweise eine allzu liberale Haltung vertreten sah, beschuldigt hatte, wurde neu gestärkt.

Andererseits entstand in der Anhängerschaft des Heimatschutzes eine grosse Unzufriedenheit. Die Heimatschützer verziehen es dem Kanzler Schuschnigg nie, dass er sich von Starhemberg getrennt hatte. Damit traten aktive österreichische Kräfte trotz aller Bemühungen und trotz der vornehmen und loyalen Haltung des Fürsten Starhemberg in eine passive Resistenz und nahmen der vaterländischen Bewegung viel von ihrer Schwungkraft und ihrem Kampfgeist.

In der Zeit zwischen der Regierungsumbildung und dem Juli 1936 fanden in Wien zahlreiche Verhandlungen zwischen dem Bundeskanzler und Persönlichkeiten nationaler Einstellung statt. Am ausführlichsten gestalteten sich die Besprechungen mit dem damaligen Staatsrat und Generalarchivar Dr. Edmund Glaise-Horstenau, den der Bundeskanzler dazu ausersehen hatte, in eine massgebliche Position einzurücken. Glaise formulierte in einer Schlusssprache, die in der Wohnung des Bundeskanzlers stattfand, die Wünsche der nationalen Kreise, die auf Amnestierungen und Erleichterungen im Vereinsleben hinaus liefen. Es kam zu einer vollen

Einigung. Dr. Schuschnigg stellte nun Glaise vor die Wahl, entweder den Posten eines österreichischen Gesandten in Berlin zu übernehmen oder als Minister ohne Portefeuille in die Regierung einzutreten. Glaise entschloss sich dafür, Minister zu werden. Herr v. Papen reiste mit Glaise am 10. Juli nach Berchtesgaden, wo beide Herren eine Aussprache mit Hitler hatten.

Es war vereinbart worden, dass zur gleichen Stunde in Deutschland und Oesterreich ein gemeinsames Communiqué, das die wesentlichen Teile des Abkommens beinhaltete, verkündet werden sollte. An die Verlautbarung sollte sich ein freundschaftlicher Kommentar schliessen.

Am Abend des 11. Juli verlas ich vom Schreibtisch des Bundeskanzlers aus den Wortlaut der Uebereinkunft im Rundfunk. Dr. Schuschnigg schloss an die offiziellen Texte eine überaus freundlich und positiv gehaltene Rede. Auf deutscher Seite erfolgte die Verlesung durch den Propagandaminister Göbbels – kommentarlos. Diese Inkorrektheit in der Verlautbarung war kein gutes Vorzeichen für den Vertrag.

Das Abkommen lautete:

In der Ueberzeugung, der europäischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den vielgestaltigen wechselseitigen Interessen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die Regierungen des deutschen Reiches und des Bundesstaates Oesterreich beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten.

1.) Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Regierung die volle Souveränität des Bundesstaates Oesterreich.

2.) Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem anderen Land bestehende innerpolitische Gestaltung, einschliesslich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.

3.) Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, dass Oesterreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht. Hierdurch werden die römischen Protokolle ex 1934, sowie die Stellung Oesterreichs zu Italien und Ungarn, als den Partnern dieser Protokolle, nicht berührt.

In Erwägung, dass die von beiden Seiten gewünschte Entspannung sich nun verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider Länder erstellt werden, wird die Reichsregierung sowohl wie die österreichische Bundesregierung in einer Reihe von Einzelmassnahmen die hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen.

Der offizielle Kommentar, der im Anschluss an dieses Communiqué verlautbart wurde, hatte folgenden Wortlaut:

Das Uebereinkommen, das zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reich geschlossen und heute veröffentlicht worden ist, beantwortet eindeutig eine Reihe von Fragen, über die bisher nicht allseits völlige Klarheit geherrscht hat. Die Feststellungen des deutschen Reichskanzlers im offiziellen Communiqué stellen einen Tatbestand, den gewisse Kreise manchmal anzweifeln zu müssen geglaubt haben, von massgebendster reichsdeutscher Stelle her nochmals eindeutig fest. Gleichzeitig ist durch das Uebereinkommen, das zwischen den beiden Regierungen geschlossen worden ist, endgültig klargestellt, dass sowohl Oesterreich als auch das Deutsche Reich ihre beiderseitige innenpolitische Gestaltung anerkennen und respektieren, dass insbesondere auch im Hinblick auf den Nationalsozialismus in Oesterreich Einmischungen oder Einwirkungen in mittelbarer oder unmittelbarer Form unterbleiben. Durch diese Feststellung ist ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit Oesterreichs und ein wertvoller Beitrag zur Erhaltung des europäischen Friedens geleistet worden. Die Aussenpolitik Oesterreichs wird in Hinkunft so wie in grosser Linie bereits bisher unter Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen der Aussenpolitik des Deutschen Reichs geführt werden. Damit ist jedoch keine Veränderung in der Einstellung Oesterreichs zu den Römischen Protokollen und ihren Partnern gegeben. Die Verlautbarung über das Uebereinkommen stellt so mit seltener Klarheit fest, dass der Friede zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Basis voller Gleichberechtigung und vollkommener Respektierung der gegenseitigen Einrichtungen zustande gekommen ist. Damit ist ein schon von Kanzler Dr. Dollfuss und auch seither immer wieder angestrebter Zustand erreicht worden. Es ist selbstverständlich, dass die Stellung der Vaterländischen Front als einziges Organ politischer Willensbildung in Oesterreich durch das Uebereinkommen nicht berührt ist.

In einem Zusatzprotokoll, das nicht veröffentlicht wurde, erklärte sich die Oesterreichische Regierung bereit, eine Amnestie zu erlassen und Vorsorgen für den Einbau der abseitsstehenden Nationalen in die V.F. zu treffen.

Ausser dem Staatsrat Glaise-Horstenau wurde am 11. Juli 1936 auch noch der Vicedirektor der Kabinettskanzlei Dr. Guido Schmidt als Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten in die Regierung berufen.

Dr. Schmidt, der, wie Dr. Schuschnigg, seine Gymnasialstudien im Kollegium »Stella matutina« der Jesuiten in Feldkirch in Vorarlberg absolviert hat, entstammt einer Kaufmannsfamilie in Bludenz in Vorarlberg, studierte in Wien und Berlin die Rechtswissenschaften und trat dann als Sekretär der österreichischen Gesandtschaft in Paris in den Staatsdienst. Durch die Vermittlung Dr. Seipels wurde er später in die Kabinettskanzlei nach Wien berufen. Mit Dr. Schuschnigg verband ihn eine intime Freundschaft, die bis zum März 1938 bestanden hat. Dr. Schmidt gehörte wie Dr. Schuschnigg dem katholischen Studentenkartell C.V. an. Parteimässig hatte er sich vor seinem Eintritt in die Regierung nicht betätigt. Seiner Herkunft nach galt er allerdings als Christlichsozialer. Dr. Schmidt, der einen aussergewöhnlich grossen Einfluss auf den Kanzler besass, war ein geschickter Debatter, ein ehrgeiziger Arbeiter, mehr ein politischer Jongleur als ein Mann, der eine

gerade Linie zielgerecht geht. Dr. Schmidt hatte, wie es bei seiner einflussreichen Stellung nicht anders möglich war, eine grosse Zahl von Feinden und Neidern. Sein Charakterbild ist nach dem Umbruch in Oesterreich noch schwerer zu zeichnen als vorher. Er arbeitete nicht nach einem eigenen grossen Konzept, sondern überliess die Verantwortung für die Hauptlinien seinem Chef. Aber er beeinflusste Dr. Schuschnigg in der Verfassung seiner Konzepte. Er war durchaus kein Nationalsozialist, aber er liess es gerne zu, dass die Nationalsozialisten in ihm einen der Ihrigen sahen. Er fällt über Menschen und Situationen ungemein schnell ein Urteil. Und zog aus diesem Urteil alle Konsequenzen. Dadurch kam es immer häufiger vor, dass er Menschen in Positionen brachte, denen sie nicht gewachsen waren – dass er gegen verschiedene Personen grundlos zum Angriff überging. Er war eitel. Schmeichlern glaubte er gerne. Aber er war das nicht, was man von ihm ausserhalb Oesterreichs vielfach glaubte. Er hatte nicht die Absicht, ein falsches Spiel zu treiben, etwa Schuschnigg zu verraten oder mit den Gegnern des Landes zu paktieren. Aber er konnte oder wollte auch keine Handlung setzen, die seinen Ruf verändert hätte.

Der Führer der illegalen nationalsozialistischen Partei in Oesterreich war zu dieser Zeit ein gewisser Hauptmann Leopold, eine vielumstrittene Figur, über die kein Mensch gestritten hätte, wenn sie nicht der Zufall und Adolf Hitler auf einen politisch interessanten Posten gestellt hätte: halbgebildet, primitiv im Denken und Handeln. Er schätzte den sturen Parteigenossen und hatte eine geradezu physische Abneigung gegen die Intellektuellen der Partei. Das trug ihm die Feindschaft der Akademiker ein. Leopold war S.A. Führer, demnach hatte die S.A. ein Uebergewicht in der Führung der Partei. Das trug ihm die Feindschaft der S.S. ein.

Leopold schätzte den illegalen Kämpfer, der es wagte, für seine Ueberzeugung einzutreten. Das trug ihm die Feindschaft der Opportunisten und Schleicher ein, die ihren politischen Einfluss gerne aus dem sicheren Hinterhalt verzapften, ohne sich persönlich zu gefährden.

Leopold hatte die Allüren eines Paschas. Er fuhr in einem Auto, das viel luxuriöser war als die Autos der Regierung. Das trug ihm die Feindschaft der kleinen Leute ein, die es nicht gerne sehen, dass in den Zeiten, in denen es ihnen schlecht geht, ihre Führer besonders luxuriös durchs Land reisen.

Wenn in der Zeit vom Juli 1936 an keine Anschläge der Nationalsozialisten gegen das Regime erfolgten, so war das zum nicht geringen Teil die Folge eines erbitterten Kampfes, der zwischen den einzelnen Gruppen und Richtungen innerhalb der illegalen Partei ausgetragen wurde und die Kräfte der Partei fast völlig absorbierte. Jede der sich bekämpfenden Gruppen hatte einen Schirmherrn in Deutschland. Wenn sich Leopold auf Göbbels berief, antwortete der Gegner mit einer Berufung auf Göring. Wenn die einen Himmler hinter sich hatten, dann konnten die anderen eine Empfehlung des Ministers Hess vorweisen. In diesem Kampf, den wir mit Aufmerksamkeit verfolgt haben, behielt Hauptmann Leopold bis um die Jahreswende 1937/38 die Oberhand.

In einem Gedächtnisprotokoll zum Abkommen vom 11. Juli hatte der Bundeskanzler die Erklärung abgegeben: er sei bereit »mit dem Zweck, eine wirkliche Befriedung zu fördern, in dem geeigneten

Zeitpunkt, der für nahe Zeit in Aussicht genommen ist, Vertreter der sogenannten nationalen Opposition zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen, wobei es sich um Persönlichkeiten handeln wird, die das persönliche Vertrauen des Bundeskanzlers geniessen und deren Auswahl er sich vorbehält. Hierbei besteht Einverständnis darüber, dass die Vertrauenspersonen des Bundeskanzlers mit der Aufgabe betraut sein werden, nach einem mit dem Bundeskanzler zuvor festgelegten Plan für die innere Befriedung der nationalen Opposition und ihre Beteiligung an der politischen Willensbildung in Oesterreich zu sorgen.«

Hauptmann Leopold stellte sich in der folgenden Zeit auf den Standpunkt, er sei der berufene Führer dieser »nationalen Opposition«, von der in diesem Gedächtnisprotokoll die Rede ist, der Bundeskanzler hätte also mit ihm in Verhandlungen über eine Regierungsumbildung einzutreten, denn die »Mitwirkung an der Verantwortung« könne wohl nur von der Regierung aus erfolgen.

Davon konnte natürlich keine Rede sein. Der Bundeskanzler hatte es immer abgelehnt, mit den Vertretern der illegalen Partei zu verhandeln. Die Verhandlungen mit Leopold hätten nichts anderes als die Anerkennung der Illegale und die Rückkehr zum Parteiensystem bedeutet. In diesem Fall wäre naturgemäss auch eine Verhandlung mit den Sozialdemokraten berechtigt und notwendig geworden. Sinn und Wortlaut der Verfassung sprachen ebenso wie Sinn und Wortlaut des Abkommens vom 11. Juli gegen eine solche Methode.

Die Ueberführung der Wehrverbände in die Miliz ging nicht in der gewünschten Weise vonstatten. Die einzelnen Organisationen bildeten Widerstandskörper gegen den einheitlichen Führungswillen des Bundeskanzlers. Die Miliz übte unter der Führung des Vicekanzlers Baar-Baarenfels, der sich mit Starhemberg überworfen hatte, wenig Zugkraft aus. Dr. Schuschnigg überlegte nun, von Freunden dazu bestimmt, eine Rückberufung des Fürsten Starhemberg an die Spitze der Miliz.

In den ersten Oktobertagen des Jahres 1936 reiste ich über Auftrag Schuschniggs nach Totis in Ungarn, wo sich Starhemberg aufhielt, um ihm das Anbot des Kanzlers zu übermitteln. In einer langen Aussprache wurden die Bedingungen der Rückkehr des Fürsten besprochen. Sie stimmten mit den Vorstellungen, die sich der Bundeskanzler gemacht hatte, völlig überein. Einige Tage später kam es denn auch zu einer Begegnung der beiden Staatsmänner, in der die Grundlagen einer neuerlichen Zusammenarbeit festgelegt wurden.

Um das Verständnis für die italienische Freundschaft der Regierung zu stärken, folgte ich am 6. Oktober mit etwa 300 Führern der V.F. einer Einladung der fascistischen Partei zu einem Besuch in Italien. Bei der Verabschiedung erschien der Bundeskanzler am Bahnhof und erzählte mir vom positiven Ausgang seiner Besprechungen mit Starhemberg.

In Italien wurden die Oesterreicher mit ausgesuchter Höflichkeit empfangen. Wir erlebten wunderbare Tage in Florenz und Rom, die leider für mich jäh endeten.

Ich hatte Gelegenheit, in Rom mit Mussolini, Ciano, Alfieri, Starace und anderen Führern Italiens zu sprechen. Der Eindruck, den die Persönlichkeit des Duce hinterliess, war ein grosser. Er betonte

mehrmals die herzliche Freundschaft, die er Oesterreich entgegenbringe. Graf Ciano entwickelte mir in einer langen Aussprache die Ziele der italienischen Politik und die Notwendigkeit, jede Reibungsfläche zwischen Oesterreich und Deutschland zu vermeiden. Hierbei stellte er die Unabhängigkeit des österreichischen Staates selbstverständlich, wie Mussolini, ausser jede Diskussion. In noch dringenderer Form wiederholte mir Minister Alfieri, der eben aus Berlin angekommen war, diese Gedankengänge.

Ein Höhepunkt der römischen Tage war die Audienz, die mir der Papst gewährte. Das Zeremoniell einer offiziellen Audienz beim heiligen Vater, die Persönlichkeit des Stellvertreters Christi, sind für jeden Besucher ein unvergessliches Erlebnis. Auch Pius XI. sprach deutsch. Seine Worte über Oesterreich, über die vaterländische Front und die Aufgaben, die sie zu erfüllen hatte, zeugten von grosser Fürsorge und väterlicher Liebe.

Noch bevor das offizielle Programm beendet war, rief mich Dr. Schuschnigg nach Wien zurück. Seit meiner Abreise waren in den weiteren Verhandlungen zwischen ihm und dem Fürsten Starhemberg Schwierigkeiten aufgetaucht. Durch Zwischenträgereien war es zu einem neuerlichen Bruch gekommen. Ich traf am Morgen des 9. Oktober in Wien ein und erfuhr, dass der Beschluss, die Wehrverbände aufzulösen, gefasst sei. Fürst Starhemberg verlangte nun, dass Vizekanzler Baar-Baarenfels seine Demission gebe. Baar weigerte sich, diesem Auftrag nachzukommen. Der Bundeskanzler hatte den Ministerrat für den frühen Nachmittag einberufen und hoffte, die Krise bis zum Abend gelöst zu haben. Einige Tage vorher war der ungarische Ministerpräsident Julius v. Gömbös gestorben. Der Bundeskanzler sollte an den Trauerfeierlichkeiten in Budapest teilnehmen und mit dem Abendzug nach Budapest reisen. Die Krise verschärfte sich. Um Mitternacht dauerte der Ministerrat immer noch an. Es war keine Entscheidung gefallen. Die Verhandlungen endeten mit dem Beschluss der Bundesregierung, alle Wehrverbände aufzulösen. In den Morgenstunden reiste Dr. Schuschnigg, nachdem wir die ganze Nacht verhandelt hatten, mit dem Flugzeug nach Budapest, wo er anlässlich der Trauerfeierlichkeiten auch mit Göring, der die deutsche Regierung vertrat und mit dem Grafen Ciano zusammentraf.

Diese erste und meines Wissens einzige Begegnung zwischen Schuschnigg und Göring erweckte bei beiden Partnern keine besondere Sympathie für einander.

Rückschauend muss man feststellen, dass die Auflösung der Wehrverbände, wenn sie auch wahrscheinlich für den damaligen Augenblick taktisch richtig war, der schwerste Fehler gewesen ist, den die Regierung Schuschnigg gemacht hat. Diese Auflösung der Wehrverbände beraubte das Regime endgültig der Mitarbeit seiner aktivsten und begeistertsten Anhänger. Sie bedeutete eine weitere Verschmälerung der Regierungsbasis. Dr. Schuschnigg hatte damit gerechnet, dass der energische Schritt, den er da tat, die Mitarbeit der nationalen Kräfte ermöglichen und das Vertrauen der Arbeiterschaft in das Regime verstärken würde. Beide Gruppen galten als eingeschworene Gegner der Wehrverbände. Die Nationalen, weil sie im Heimatschutz das Lager des integralen und



kampfbereiten Oesterreichertums sahen, das durch seine politischen Methoden und Anschauungen der nationalsozialistischen Partei viel Wind aus den Segeln nahm, die Arbeiterschaft deshalb, weil die Propaganda der sozialdemokratischen Partei noch nachwirkte, die den Heimatschutzverband als radikalen Gegner der Arbeiterschaft – übrigens zu Unrecht – ausgeschrien hatte.

Diese Erwartungen trafen indes nicht ein. Die Nationalen betrieben, von reichsdeutschen Stellen in dieser Haltung bestärkt, weiterhin ihre Obstruktionspolitik – die Arbeiterschaft verlor bei der Auflösung der Wehrverbände auch die Organisation des »Freiheitsbundes«, der fast ausschliesslich aus Arbeitern bestanden hatte.

Die Anhänger der aufgelösten Verbände, die schon durch die Regierungsumbildung vom Mai verschreckt waren, nahmen nun vollends, wenn auch nicht eine oppositionelle, so doch eine verstärkt passive, misstrauische Haltung ein.

Ueber dem Geschick des Heimatschutzes lag eine gewisse Tragik. Der Verband, der es durch seine aktive und einsatzbereite Haltung dem Kanzler Dollfuss möglich gemacht hatte, seine Politik der Erneuerung zu verfolgen, der ungezählte Opfer für die Verwirklichung der Ziele, die er mit Dollfuss gemeinsam verfolgt hatte, auf sich genommen hatte, wurde nun, da der neue Staat gesichert schien, aufgelöst, – ruhmlos entlassen.

Schuschnigg bemühte sich sehr darum, den Anschein des Undanks, den der Beschluss der Regierung hervorrief, zu verringern und gutzumachen. Allerdings ist ihm das nicht vollends gelungen.

Der Kanzler ging von der Ueberzeugung aus, dass der Vertrag, den er seit dem 11. Juli in Händen hatte, ein ehrlicher Vertrag sei. Nur aus seinem unbedingten Glauben an die Vertragstreue des Partners und aus seinem Willen, diesen Vertrag getreulich zu erfüllen, ist seine Politik bis zum März 1938 zu verstehen. Die deutsche Regierung hat, wenn man den Aeusserungen nationalsozialistischer Führer nach dem März Glauben schenkt, nie den Willen gehabt, im Abkommen vom 11. Juli mehr zu sehen als einen Methodenwechsel im Kampf um die Eroberung Oesterreichs. Die Einmischung deutscher Parteistellen und deutscher Persönlichkeiten in die innerösterreichischen Verhältnisse hat nie aufgehört.

Das war Schuschniggs Fehler: Er glaubte in Hitler einen Vertragspartner zu haben, der die Welt und die Methoden der Politik von denselben Grundsätzen aus betrachtet wie er selber. Man könnte sagen, dass die Geschichte des Abkommens vom 11. Juli ein Schulbeispiel für die Vertragsmoral der Nationalsozialisten ist und könnte verleitet sein zu glauben, dass diese Geschichte den Beweis für die völlige Unmoral des deutschen Vertragspartners erbringe. In Wahrheit handelt es sich darum, dass der Nationalsozialismus einer anderen moralischen Welt angehörend, die Einhaltung von Treu und Glauben nur denjenigen zugesteht, die er sich im Geheimen dazu auswählt. Auch hier wieder: Es waren zwei Welten, für die es keine Gleichung gab, gibt, geben wird.

Die illegale nationalsozialistische Partei in Oesterreich setzte nach dem 11. Juli ihre Tätigkeit gegen die österreichische Regierung in der alten Weise fort. Die Amnestie, in die alle politischen Vergehen, mit Ausnahme der gemeinen Verbrechen, eingeschlossen waren, wurde als ein Geschenk Hitlers an die österreichische Partei, als ein Schwächezeichen der Regierung angesehen. Jede Massnahme der Regierung, die den Nationalen entgegenkam, erweckte das Misstrauen der Arbeiterschaft, das Misstrauen der integralen Oesterreicher, insbesondere der Legitimisten, deren Anhängerschaft in allen Schichten, besonders auch in der Arbeiterschaft, ständig anwuchs. Das erschwerte die Politik der Regierung und verzögerte die Fertigstellung des berufsständischen Aufbaus.

Anlässlich eines Besuches in Budapest hatte Dr. Schmidt eine längere Aussprache mit dem ehemaligen Minister Neustädter-Stürmer, der als Gesandter bei der ungarischen Regierung wirkte. In diesem Gespräch erläuterte Neustädter ein Projekt zur inneren Befriedung in Oesterreich. Dr. Schmidt war von den Plänen Neustädters begeistert und bestimmte den Bundeskanzler, den früheren Minister nach Wien zurückzurufen und ihn neuerlich in der Regierung zu verankern.

Nach der Auflösung der Wehrverbände vom 10. Oktober 1936 war eine abermalige Regierungsumbildung notwendig geworden. Vicekanzler Baar genoss nicht mehr das Vertrauen der ehemaligen Anhänger des Heimatschutzverbandes, zwischen den beiden Wirtschaftsministern Dr. Draxler und Fritz Stockinger waren schwere Differenzen ausgebrochen, die Arbeiterschaft wollte einen der ihren als speziellen Vertreter der Interessen der Arbeiter- und Angestelltenschaft in der Regierung sehen, die nationalen Kreise drängten nach einer stärkeren Vertretung. Wenigstens Glaise-Horstenau, der bisher Minister ohne Portefeuille gewesen war, sollte ein Ressort erhalten.

In den ersten Novembertagen, weniger als vier Wochen nach Auflösung der Wehrverbände, gaben nun Vicekanzler Baar, die Minister Draxler und Stockinger und Hammerstein-Equord über Wunsch des Kanzlers ihre Demission. An ihre Stelle rückten als Vicekanzler der bisherige Landeshauptmann von Kärnten, Feldmarschalleutnant Ludwig Hülgerth, der der Heimwehr nahestand, und als Finanzminister Dr. Rudolf Neumayer, der bisher Finanzreferent der Gemeinde Wien gewesen war, was eine Verstärkung des Einflusses des Bürgermeisters von Wien, Richard Schmitz, bedeutete. Allerdings hatte Neumayer in seiner Vergangenheit schon verschiedenen Herren gedient. Er war aus einer nationalen Burschenschaft gekommen und wurde in der Zeit der sozialdemokratischen Herrschaft über Wien die rechte Hand des Stadtrates Breitner, der ohne Zweifel, obwohl er eine Politik vom rein sozialistischen Standpunkt trieb, einer der fähigsten Finanzleute war, die nach dem Krieg in Oesterreich in einer öffentlichen Position standen. Später, nach der Uebernahme der Verwaltung der Gemeinde Wien durch Bürgermeister Schmitz, war Neumayer bemüht, seinem neuen Herrn mit besonderem Eifer zu dienen. Im März 1938 erinnerte er sich dann wieder der Ideale seiner Jugend und wurde Finanzminister der nationalsozialistischen Regierung. In das Handelsministerium zog der Direktor der Grazer Handelskammer Dr. Taucher ein. In das Justizministerium Dr. Pilz. Neustädter-Stürmer wurde Sicherheitsminister, Glaise-Horstenau erhielt einige Sektionen des Innenministeriums zur Verwaltung.

In den ersten Wochen der Wiener Tätigkeit Neustädter-Stürmers hatte ich mit ihm, der sich für alle Fragen der inneren Politik ausserordentlich interessierte und verschiedene Pläne hatte, die das Ziel verfolgten, zu einem dauernden Frieden mit den Nationalsozialisten zu kommen, mehrere Aussprachen. Ich konnte mich nicht mit ihm einigen. Neustädter wollte die nationalen Kräfte in einem Verband vereinigen, der dann die Repräsentanten für die Mitarbeit in der V.F. und an den verschiedenen Stellen des Regimes hätte stellen sollen. Ich war der Ansicht, dass jede Formierung der Opposition gefährlich sei und hielt seinem Plan mein Projekt einer direkten Personalauswahl entgegen. Ich glaubte, dass es leicht sei, eine gewisse Anzahl von Menschen, die Ansehen und Anhang besaßen, in verschiedene Positionen zu rufen. Dieser Vorgang hätte zu einer Auffrischung in der V.F. geführt und den gegenseitigen Eifer der Anhänger der verschiedenen Nuancen innerhalb der Frontorganisationen gesteigert.

Wir konnten uns nicht verständigen. Neustädter ging seinem Plan nach und tat sich mit Minister Glaise zusammen, der indess als die weniger energische und bedeutende Figur bald im Schatten Neustädters stand. Neustädter veranstaltete eine Unterschriftssammlung. Er wollte alle bürgerlichen Kräfte, die nicht aus dem Lager des Marxismus und nicht aus dem Lager der katholischen Gruppen kamen und die eine Befriedung der Nationalen anstrebten, in einem Verein sammeln, für den man sich den Namen »Deutschsozialer Volksbund« ausgedacht hatte. Die Namensgebung zeigte die Tendenz, den Nationalsozialisten eine Freude zu machen. Deutsch konnte ruhig als national, sozial als sozialistisch verstanden werden. Die Unterschriftensammlung wurde eifrig betrieben. Man beschränkte sich darauf, Namen anzuführen, die bekannt waren und deren Besitzer irgend eine öffentliche Funktion ausübten. Mehrere hundert Persönlichkeiten unterschrieben sich denn auch und übergaben dem Bundeskanzler durch die Minister Neustädter und Glaise das Statut des neuen Vereins mit dem Ersuchen um Genehmigung.

Der Plan war sehr gut durchdacht. Die Regierung konnte, wenn der Verein angemeldet wurde, auf Grund der Vereinsgesetzgebung kaum etwas gegen die neue Organisation unternehmen. Sprach sie ein Verbot aus, so blieb den Proponenten der Ausweg eines Rekurses an den Bundesgerichtshof, der auf Grund der Gesetzeslage das Verbot wahrscheinlich aufgehoben hätte. Das Verbot andererseits war kaum denkbar ohne eine Demission der beiden Minister, die den Vorschlag gemacht hatten. Eine solche Demission hätte ohne Zweifel Unruhe gestiftet und die Bemühungen um eine Befriedung weit zurückgeworfen. Es war wahrscheinlich, dass man aus der Ablehnung der Vereinsgründung auch einen Bruch des Abkommens vom 11. Juli hätte konstruieren wollen.

Aber es geschahen zwei Fehler. Den ersten beging der Führer der Nationalsozialisten, Hauptmann Leopold, indem er allen, die die Proponentenliste, die im Volk »Präpotentenliste« genannt wurde, unterschrieben hatten, einen Brief schickte, in dem er als »Führer der nationalen Opposition für das Bekenntnis zur nationalen Sache, die durch die Unterschrift zum Ausdruck gebracht worden sei, dankte.

Damit lieferte Leopold den Beweis dafür, dass die ganze Aktion unter Führung der illegalen Partei stand.

Der zweite Fehler bestand darin, dass man sich bei der Unterschriftensammlung bemüht hatte, gerade Persönlichkeiten zu wählen, die ein öffentliches Amt oder Mandat besaßen. Die Liste, in der neben dem Namen auch alle Titel und Funktionen aufgezählt waren, war so ein sprechender Beweis für die These der Regierung, dass die nationale Bevölkerung im Rahmen des Regimes eine entsprechende Vertretung *bereits besitze*.

Diese beiden Fehler brachten die Aktion Neustädter zum Scheitern. Dr. Schuschnigg machte aber die Zusage, für das Bundesgebiet die Bildung eines Komités aus sieben Mitgliedern zu billigen, dessen Aufgabe es sein sollte, für die Befriedung und die Heranziehung nationaler Kräfte zur Mitarbeit an der V.F. zu wirken. Für jedes Bundesland wurde ein weiteres Subkomité gebildet.

In das Wiener »Siebener Komité« wurden folgende Persönlichkeiten berufen:

1. Universitätsprofessor Dr. Oswald Menghin, der Fühlung mit katholischen Kreisen hatte,
2. Dr. Hugo Jury, der in den Kreisen der Nationalsozialisten eine Rolle spielte,
3. Heinrich Berghammer, der als Vertrauensmann des Ministers Neustädter galt,
4. Rittmeister Gilbert in der Maur, der ebenfalls der N.S.D.A.P. angehörte,
5. der ehemalige Klagenfurter Regierungsdirektor Wolsegger, der aus der grossdeutschen Partei kam, aber bereits den Nationalsozialisten nahestand,
6. der Vicepräsident der Arbeiterkammer Josef Lengauer, der aus der Heimatschutzgewerkschaft kam und
7. Ing. Tavs, die rechte Hand des Hauptmanns Leopold.

In diesem Komité hatten, wie man sieht, die Nationalsozialisten die Mehrheit. Wenn man Menghin als Vertreter der katholischen Nationalen gelten liess und Lengauer und Berghammer zu den Anhängern des früheren Heimatschutzes nationaler Observanz zählte, so blieben vier ausgesprochene Nationalsozialisten, die naturgemäss die Oberhand behielten. Das »Siebener Komité« richtete sich in der Teinfaltstrasse in Wien ein weitläufiges Büro ein, das in der Folge zur Zentrale der illegalen Partei wurde. Die Geschäftsführung übernahm Ing. Tavs, Hauptmann Leopold amtierte hier. Die Herren hatten das Gefühl, dass sie nun in der Gestalt des Komités die ideale Tarnungsform für ihre illegale Arbeit gefunden hätten.

Im Februar 1937 schied Minister Neustädter aus der Regierung. Ich bin davon überzeugt, dass er den ehrlichen Glauben hatte, eine Lösung der inneren Krise gefunden zu haben. Die Nationalsozialisten haben sich ihm gegenüber ebensowenig an das gehalten, was sie versprochen hatten, wie irgendjemand anderem gegenüber. Er war allerdings kein Nationalsozialist. Er war ein Fanatiker der ständischen Idee. Die meisten Gesetze über die ständische Organisation gingen auf ihn zurück. In der Politik war er allzuleicht geneigt, theoretischen Erwägungen nachzugehen, ohne sich der praktischen Hemmungen und Schwierigkeiten sachlicher und personeller Art bewusst zu werden, die seinen Hypothesen entgegenstanden. Die Nationalsozialisten haben ihm die Bemühungen, die er für die innere Befriedung aufwendete, nicht gedankt. Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung war kein Wort des Bedauerns oder Protestes in der deutschen Presse zu lesen. Seither lebte er zurückgezogen in der Nähe von Wien. In den letzten Tagen des Februar

1938 schrieb er mir einen Brief, in dem er zum Ausdruck brachte, dass ihm die Entwicklung nun doch Recht gebe. Er täuschte sich. Die Nationalsozialisten machten ihn dafür verantwortlich, dass die Putschisten vom 25. Juli kein freies Geleit erhalten hatten. Im März 1938 starb er eines gewaltsamen Todes.

Das Büro in der Teinfaltstrasse wurde indessen zu einem richtigen illegalen Parteibüro ausgestaltet. Hier amtierte Leopold, die Büroleitung lag in den Händen des Ing. Tavs. Die Tätigkeit des »Siebener Komités« als Befriedungsinstanz war zu einer Farce geworden.

Wir drängten den Bundeskanzler nach dem Rücktritt des Ministers Neustädter, das Komitee auszuheben. Die Amtswalterschaft der V.F. konnte die zuwartende Haltung der Regierung nicht verstehen. Allein der Bundeskanzler wollte noch zuwarten.

Ich hatte vom Standpunkt der V.F. das »Siebener Komité« nie anerkannt und hatte mich auch immer beharrlich geweigert, die Mitglieder des Ausschusses in dieser Funktion zu empfangen. Anlass zu dieser Haltung bot die offenbare illegale Tätigkeit des Büros.

Im Frühjahr 1937 war der deutsche Reichsaussenminister zu einem offiziellen Besuch nach Wien gekommen. Aus diesem Anlass mobilisierte die Illegale eine grosse Demonstration, an der sich, da sie in Wien allein zu wenig Anhänger besass, in grosser Zahl auch Nationalsozialisten aus den Bundesländern beteiligten. Diese Demonstrationen wurden als Begrüssung des deutschen Gastes ausgegeben, hatten aber keinen anderen Sinn, als Tumult zu erzeugen und die Regierung dem deutschen Gast gegenüber in eine unangenehme Lage zu bringen. Die Begrüssung Neurath's gestaltete sich denn auch entsprechend turbulent. Als Antwort auf diese Störung mobilisierten wir die Anhänger der V.F. anlässlich der Abreise Neurath's und füllten die Strassen der Stadt mit unseren Frontanhängern. So hatte Neurath bei seiner Abreise Gelegenheit, eine gewaltige vaterländische Demonstration zu sehen, nachdem er bei seiner Ankunft von jugendlichen Nationalsozialisten begrüsst worden war.

Ausser einer Delegation, die unter der Führung des Staatssekretärs Weizäcker in Wien weilte, um wirtschaftliche und kulturelle Verhandlungen zu führen, machte in diesem Jahr auch der damalige Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht einen Besuch in Wien. Ich hatte Gelegenheit, ihm meine Gedanken über die innere Befriedung mitzuteilen, die seine volle Zustimmung fanden. Schacht sagte mir, er habe nie der Partei angehört und mische sich nicht in die Parteipolitik ein. Er habe die Aufgabe, alles das zu tun, was vernünftig sei und das deutsche Staatsschiff sichere. Die Parteipolitik sei eine Angelegenheit für unvernünftige Leute. Er riet mir, mich einmal direkt mit den deutschen Parteigrössen zu besprechen. Die Zwischenträgerei, die sich breit gemacht habe, führe zu nichts.

Anlässlich einer gesellschaftlichen Gelegenheit kam er dann wieder auf diesen Gedanken zurück und sagte: »Wissen Sie, in Deutschland gibt es vier vernünftige Leute. Das bin ich, das ist Graf Schwerin, Marschall Blomberg und Herr von Papen!«

Der Gesandte eines benachbarten Staates, der diese Aeusserung, die tags darauf die Runde durch Wien machte, hörte, verabschiedete sich eiligst, um seiner Regierung diese sensationelle Inventur der deutschen Vernunft zu depeeschieren.

Der Bundeskanzler war sich darüber im Klaren, dass er in kurzer Zeit gezwungen sein werde, die Institution des »Siebener Komités« aufzulösen und suchte nach einer geeigneten Persönlichkeit, die er mit der Führung der Befriedungsreferate in der V.F. betrauen konnte. Immer häufiger war der Name Dr. Seyss-Inquart aufgetaucht, von dem man auf Grund seines Rufes annehmen konnte, dass er die Aufgabe, die hier gestellt war, in befriedigender Form lösen würde. Die erste Aussprache zwischen Dr. v. Schuschnigg und Seyss fand in meiner Gegenwart in der Wohnung des Bundeskanzlers statt. Nach einem ausführlichen und angeregten Gespräch über Musik, die Symphonien Anton Bruckners, kam man auf die Fragen der Weltanschauung, der Politik. Seyss entwickelte seine Auffassungen über den modernen Staat, über die künftige Gestaltung der deutschen Politik und über Oesterreich. Er hatte sich offenbar auf dieses Gespräch vorbereitet, denn seine Formulierungen machten den Eindruck eines nicht im Augenblick geborenen, sondern gegliederten und durchdachten Plans.

Am Anfang und am Ende seines politischen Weltbilds, führte Seyss aus, stehe der Reichsgedanke. Die Idee, alle Deutschen in einem Volksreich zu vereinigen, über dessen Form es verfrüht sei, zu diskutieren. Es stehe aber für ihn fest, dass Oesterreich in diesem Reich eine ausserordentlich wichtige Rolle zu spielen berufen sei. Aus seinen Reden war zu entnehmen, dass er an eine föderative Gestaltung des Reiches dachte, für das er die Schaffung einer monarchischen Spitze für wünschenswert hielt. Für Oesterreich lehnte er jede Gleichschaltungspolitik ab. Der Gedanke eines selbständigen Oesterreich gehörte für ihn nach seinen Ausführungen zu den selbstverständlichen Dingen.

Er sei, wenn er mit der Aufgabe der Heranführung nationaler Kreise an die V.F. betraut werde, gegen jede Tarnung illegaler Arbeit, sondern für ehrliche Mitarbeit, Mitgestaltung, Mitverantwortung.

Dieses Gespräch hinterliess bei Dr. von Schuschnigg einen sehr günstigen Eindruck. Der Kanzler berief Dr. Seyss in den Staatsrat und bezeichnete ihn im Sinne des Punktes 96 des Gedächtnisprotokolls vom 11. Juli als seinen Vertrauensmann für die Angelegenheiten der Befriedung der nationalen Kreise. Die Führung der Referate wollte Seyss erst einige Monate später übernehmen. Vorerst wurde deshalb der Innsbrucker Schriftsteller Dr. Walter Pembaur mit der Leitung betraut.

Die Herren aus der Teinfaltstrasse sahen in Dr. Seyss naturgemäss eine unerwünschte Konkurrenz. Es gab immer wieder Spannungen zwischen beiden Gruppen – gegenseitige Anzeigen an die Sicherheitsbehörden. Seyss wünschte, dass dem Hauptmann Leopold jede Ausreiseerlaubnis entzogen werde, Leopold Hess der Behörde auf Umwegen Anzeigen gegen Anhänger des Dr. Seyss zukommen.

Eine ernste Krise trat nach der Zusammenkunft des Bundeskanzlers mit Mussolini in Venedig ein. Nach längeren Vorbereitungen war diese Entrevue endlich zustande gekommen. Der Kanzler wurde von Mussolini herzlich empfangen. Die Besprechungen bewegten sich in den Linien der römischen Protokolle. Dr. Schuschnigg entwickelte Mussolini seine Gedanken über die innere Befriedung, die den italienischen Regierungschef beruhigten. Das Comunique brachte die Uebereinstimmung der beiderseitigen Standpunkte zum Ausdruck. Es war kein Anlass zu irgendwelchen Sensationen gegeben. Der Bundeskanzler reiste zufrieden von Venedig ab.

Aber diese letzte Zusammenkunft zwischen dem österreichischen Bundeskanzler und Mussolini brachte doch zwei Zwischenfälle, die viel beachtet wurden und jedenfalls wichtiger waren, als die Aussprache der beiden Staatsmänner.

In Venedig war etliche Tage vor der Ankunft Dr. v. Schuschnigg's ein deutscher Dampfer der Organisation »Kraft durch Freude« eingelaufen und lag vor der Riva degli Schiavoni vor Anker. Während der Anwesenheit Schuschniggs machte Mussolini diesem Dampfer einen Besuch. In einer Ansprache, die bei dieser Gelegenheit gehalten wurde, wies der Kapitän des Schiffes darauf hin, dass Mussolini in diesem Augenblick zum ersten Mal symbolisch deutschen Boden betreten habe.

Dieser Besuch zwischen den Aussprachen mit dem österreichischen Bundeskanzler war sicherlich von langer Hand vorbereitet und hatte seinen besonderen Sinn. Er sollte die doppelte Verbundenheit Mussolinis mit Deutschland und Oesterreich zeigen.

Einige Tage vor der Abreise des Bundeskanzler waren wir auf vertraulichem Wege davon in Kenntnis gesetzt worden, dass die Führung der österreichischen Illegale an den Grafen Ciano ein Memorandum geschickt hatte, in dem die italienische Regierung darum ersucht wurde, Schuschnigg nahezu legen, er möge mehrere Nationalsozialisten in die Regierung aufnehmen. Graf Ciano übergab dieses Memorandum dem Staatssekretär Dr. Schmidt.

Diese Aktion warf auf die Leopold-Gruppe der österreichischen Nationalsozialisten ein sonderbares Licht. Man wandte sich, um innerpolitische Ziele zu erreichen, an eine ausländische Regierung.

Der Fall wäre mit der Uebergabe des Memorandums an die österreichische Delegation zu erledigen gewesen, wenn nicht ...

Dr. Schuschnigg reiste am späten Nachmittag von Venedig ab. Während er sich noch auf italienischem Boden befand, erschien im »Giornale d'Italia« ein Artikel des italienischen Journalisten Virginio Gayda, dem zu entnehmen war, dass die Aufnahme mehrerer Nationalsozialisten in die österreichische Regierung Inhalt der Gespräche in Venedig gewesen sei. Der Artikel wurde von der offiziellen Nachrichtenagentur Stefani verbreitet. Virginio Gayda gilt als ein Journalist, dessen sich das italienische Aussenamt zur Publikation offiziöser Artikel bedient. Gayda hatte seinerzeit nach dem Juliputsch in seinem Blatt besonders aggressive Artikel gegen den Nationalsozialismus und für die österreichische Unabhängigkeit geschrieben.

So erhielt denn die Veröffentlichung im »Giornale d'Italia«, die im Widerspruch zum offiziellen Comunique stand, einen sensationellen Charakter.

Ich reiste dem Bundeskanzler in der Nacht entgegen, um ihn zu informieren. Weder er, noch Schmidt, noch auch der italienische Gesandte Salata hatten ein Ahnung von der Publikation, die die europäische Meinung über die venezianischen Gespräche völlig veränderte und den Bundeskanzler in eine überaus unangenehme Lage brachte.

Die italienische Regierung antwortete auf unsere Anfrage mit der Versicherung, dass die Veröffentlichung Gayda's eine unverantwortliche Privatmeinung darstelle, und dass sie von dieser Publikation nichts gewusst habe. Sie erklärte sich bereit, Gayda zu desavouieren. Das Dementi erschien, aber die politische Wirkung dieser journalistischen Extratour blieb eine ausserordentlich schlechte.

Man ist leicht verleitet zu glauben, dass der Besuch Mussolinis auf dem deutschen Schiff und die Aktion Gaydas auf der gleichen Linie lagen und von der gleichen Absicht geleitet waren. Diese Absicht konnte dahingehen, mit den Oesterreichern ein höfliches Gespräch zu führen und den offiziellen Standpunkt der römischen Protokolle zu betonen – nach aussen hin aber den Anschein zu erwecken als nehme die italienische Regierung in der österreichisch-deutschen Auseinandersetzung eine völlig neutrale Haltung ein. Ob es der blosser Zufall fügte, ob der Zufall begünstigt wurde oder ob die Italiener hier eine Absicht leitete, kann ich nicht entscheiden. Ich glaube indes, dass die Wahrheit in der Mitte liegt.

Eine Gesellschaft österreichischer Industrieller folgte in den letzten Monaten des Jahres 1937 einer Einladung ihrer deutschen Kollegen. In Berlin wurde die Gesellschaft von Göring empfangen und mit einer Ansprache begrüsst.

Der damalige Generaloberst erschien in einem phantastischen Kostüm, ledernen Hosen und einem Wolljumper, der ihm bis ans Knie reichte. Er sagte den Oesterreichern seine Meinung. Dieser Staat, aus dem sie kämen, habe keine echte Selbständigkeit, er stütze sich auf fremde Bajonette, die in dem Augenblick, in dem man sie brauche, nicht da sein würden.

Diese Rede löste naturgemäss grosse Aufregungen aus. Es kam zu einer diplomatischen Anfrage und einer Entschuldigung Görings. Aber das Gesagte war nun einmal gesagt.

Ende November 1937 rief mich der Bundeskanzler in sein Büro im Parlament. Ich traf dort Staatssekretär Dr. Schmidt und den Staatssekretär für das Sicherheitswesen, Dr. Skubl. Dr. v. Schuschnigg erklärte uns, er habe sichere Beweise dafür in Händen, dass die Nationalsozialisten für die nächste Zeit einen Anschlag planten. Er beauftragte Dr. Skubl, alle Vorsorge für die Sicherung der öffentlichen Gebäude zu treffen und legte mir nahe, einen Alarmplan für die Anhänger der V.F. bereitzuhalten. Weiter teilte er uns mit, dass es nicht ausgeschlossen sei, dass ein Attentat gegen seine Person, den Bürgermeister von Wien oder gegen mich versucht werde.

Das Material, das dem Bundeskanzler in die Hand gespielt wurde, enthielt noch andere Pläne, von denen noch zu reden sein wird.



Der Bundeskanzler entschloss sich nun, zu handeln und gab den Auftrag, die Teinfaltstrasse auszuheben und zu sperren.

Anlässlich der Hausdurchsuchung in den Räumen des »Siebener Komités« wurde neben sehr umfangreichem belastendem Material der sogenannte »Tavsplan« gefunden, von dem später viel die Rede gewesen ist.

In der Schreibtischlade des Ing. Tavs, der Mitglied und Geschäftsführer des Komités gewesen war, fand man ein Schriftstück, dessen Inhalt dem Sinn nach folgendes besagte:

1.) Die europäische Gesamtlage zeigt, dass die Zeit für eine Aktion in Oesterreich gekommen ist. Der Konflikt im fernen Osten beschäftigt England, das die Abessinienkrise noch nicht überwunden hat, ebenso wie der spanische Konflikt, der eine Bedrohung Gibraltars darstellt. Frankreich ist durch die sozialen Konflikte innerhalb des Landes, die missliche Wirtschaftslage und die ungewisse Situation in Spanien handlungsunfähig. Die Tschechoslovakei ist durch das ungeheure Anwachsen der Henleinpartei, die dadurch hervorgerufene Aufmunterung der slovakischen und ungarischen Bevölkerung und die geschwächte Lage Frankreichs in einer überaus schwierigen Situation. Jugoslawien fürchtet die Restauration der Habsburger in Oesterreich, die den alten Konflikt zwischen Kroaten, Slovenen und Serben wieder zum Aufleben brächte und ist bereit, jede Lösung zu begrüßen, die die Habsburgerfrage endgültig liquidiert. Italien endlich ist durch Abessinien und den Spanienkonflikt derart geschwächt und auf die Bündnisfreundschaft Deutschlands angewiesen, dass es keiner Aktion ernstlichen Widerstand entgegensetzen wird, die nicht seine direkten Lebensinteressen berührt. Man nimmt an, dass eine verstärkte Garantie der Brennergrenze genügen werde, um die Neutralität Mussolinis zu garantieren.

2.) In diesem Augenblick muss eine Aktion in Oesterreich unternommen werden.

Verlauf:

a. Im Lande entstehen aus irgendeinem Anlass, über den noch berichtet wird, Unruhen nationalsozialistischer Parteigänger. Diese Unruhen sollen die Regierung zwingen, die Executive im ganzen Lande scharf einzusetzen.

b. Die deutsche Regierung richtet an die österreichische Regierung nach vorheriger Information des Achsenpartners, ein Ultimatum, in dem die Aufnahme der Nationalsozialisten in die Regierung und die Zurückziehung der Executive bei sonstigem Einmarsch der deutschen Armee verlangt wird.

c. Kommt die österreichische Regierung diesem Ultimatum nach, so ist der volle gleichberechtigte Einbau der illegalen Partei in alle Stellen des Staates, der V.F. und der berufsständischen Organisationen durchzusetzen.

d. Es ist anzunehmen, dass die Regierung nicht mehr in der Lage ist, die Unruhen im Lande niederzuschlagen.

e. in diesem Falle zieht die deutsche Armee in Oesterreich ein, um die Ruhe wieder herzustellen.

Nach einem der Detailpläne, die uns bekannt geworden waren, bestand die Absicht, als Anlass für den Fall 2a durch Nationalsozialisten, die als Anhänger der V.F. verkleidet gewesen wären, einen Ueberfall auf die deutsche Gesandtschaft in Wien zu verüben.

Nach dem umfangreichen Schriftenmaterial, das der Polizei in die Hände fiel, war der Beweis für die ständige und direkte Verbindung zwischen Ing. Tavs und hohen Partei- und Staatsstellen im Reich erbracht. Unter anderem konnte die Verbindung des Ing. Tavs mit dem Stellvertreter Hitlers, Rudolf Hess, nachgewiesen werden.

Trotz dieser Vorfälle, die eine ständige Verletzung des Vertrages vom 11. Juli darstellten, nahm Dr. Schuschnigg seine Zusage, den Nationalen für die Mitarbeit und Mitverantwortung Raum zu schaffen, nicht zurück. Die Besprechungen mit Dr. Seyss, der sich von allen Bestrebungen Leopolds distanzierte, wurden fortgesetzt. Bevor diese aber zu einem Ergebnis führten, kam die Einladung nach Berchtesgaden.

### Berchtesgaden

Man glaubt vielfach, der Besuch des Bundeskanzlers Dr. Kurt von Schuschnigg in Berchtesgaden sei der Anfang vom Ende des dritten Oesterreich gewesen. Mit dem gleichen Recht könnte man die Unterzeichnung des Abkommens vom 11. Juli 1936 als den Anfang der Agonie bezeichnen oder aber, wenn man lediglich die aussenpolitischen Voraussetzungen in Betracht zieht, den Eintritt Italiens in den abessinischen Krieg.

In Stresa hatte Mussolini den englischen Vertretern, Premierminister Macdonald und Aussenminister John Simon, gegenüber von seinen afrikanischen Plänen gesprochen und die Meinung erhalten, die Westmächte würden einer italienischen Expansion in Afrika keine ernsten Schwierigkeiten entgegensetzen.

Die weitere Entwicklung zeigte nun, dass er sich getäuscht hatte und zwang ihn, neue Konzepte für seine Aussenpolitik zu suchen. Auf der Suche nach einer starken Freundschaft fand er nur Deutschland, für dessen innerpolitisches Regime in den Kreisen der jungen Fascisten Sympathie bestand, Deutschland, das vielleicht einmal wieder eine starke kontinentale Potenz wurde und mit dem ihn ausserdem die Politik des Revisionismus verband.

Die ideologische Front der Achse Rom – Berlin war nicht naturnotwendig vorhanden. Sie entstand erst durch die Isolierung Italiens im Gefolge des abessinischen Krieges. Eine andere Haltung der Westmächte hätte Italien von einem so engen Bündnis mit Deutschland abgehalten und die aussenpolitische Isolierung Deutschlands verlängert. Es wäre zu anderen Konstellationen auf dem Kontinent gekommen, wahrscheinlich wäre der Weiterbestand Europas gesichert gewesen und eine einvernehmliche Korrektur der Friedensverträge durch die vier Grossmächte möglich geworden.

Auch die Haltung der Mächte Spanien gegenüber wäre in der späteren Folge eine wesentlich andere geworden.

Einer deutsch-italienischen Freundschaft stand Oesterreich im Wege. In dem Augenblick, in dem sich Mussolini für die deutsche Freundschaft entschied, musste so oder so das Hindernis aus dem Wege geräumt werden. Auf beiden Seiten hielt man ein Kompromiss für möglich. Deutschland zeigte sich bereit, die Unabhängigkeit Oesterreichs zu garantieren, Italien wollte sich bei der österreichischen Regierung dafür einsetzen, dass den nationalen Kreisen die Möglichkeit zu gleichberechtigter Mitarbeit geboten werde.

Aus dieser Situation heraus entstand der Plan zur »Normalisierung der österreichisch-deutschen Beziehungen«, der am 11. Juli 1936 abgeschlossen wurde. Die Schwächung der kontinentalen Position Italiens liess das deutsche Gewicht immer mehr anwachsen. Aus Erwägungen wurden Wünsche, aus Wünschen Forderungen, aus Forderungen Drohungen und aus Drohungen endlich Taten, gegen die sich niemand zur Wehr setzen konnte.

Im Herbst des Jahres 1937 fand eine Zusammenkunft zwischen dem österreichischen Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Guido Schmidt, und dem damaligen Reichsaussenminister Baron Neurath statt. War Neurath anlässlich seines Wiener Besuches noch optimistisch gewesen, so hatte sich bis zu diesem Zusammentreffen seine Haltung radikal geändert. Er zeigte sich Dr. Schmidt gegenüber sehr verdrossen und pessimistisch.

Im Herbst des Jahres 1937 folgte Dr. Schmidt einer Einladung des preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring. Zwischen den beiden Politikern hatte sich im Laufe mehrfacher Begegnungen ein gutes persönliches Verhältnis herausgebildet. So brachte Schmidt denn eines Tages auf die Schorfheide eine Einladung der österreichischen Regierung auf eine Gemsjagd mit. Göring, leidenschaftlicher Weidmann, sagte zu. Das war im Oktober 1937. Die Nachricht von dem bevorstehenden Jagdbesuch, der freilich auch Gelegenheit zu ausführlichen politischen Aussprachen gegeben hätte, wurde in den österreichischen Zeitungen veröffentlicht. Diese Ankündigung reizte die Führung der illegalen Partei und nicht minder Herrn von Papen. Die Parteileute hielten diesen Besuch Görings bei der Regierung, die sie mit allen Mitteln bekämpften, für einen Verrat. Sie setzten alle Hebel in Bewegung, um den Ministerpräsidenten von seinem Vorhaben abzubringen. Hitler selbst wurde durch Briefe und Boten angegangen, er möge doch diesen Besuch untersagen. Herr von Papen nahm mit Recht an, dass Göring anlässlich seines Besuches Verbesserungen des zwischenstaatlichen Verhältnisses und einen Fortschritt der inneren Befriedung erreichen würde. Erfolge, die er durch seine Tätigkeit nicht zustande gebracht hatte. Er glaubte, dass dieser Besuch seiner Stellung und seinem Rufe als Vermittler schaden könnte. Deshalb bemühte er sich nun seinerseits auf dem Wege über das Aussenamt die angekündigte Reise Görings zu verhindern.

Während seines Besuches in der Schorfheide hatte Dr. Schmidt auch Gelegenheit, sich als Jäger zu betätigen. Die Reviere Görings gehören zu den besten und gepflegtesten in Europa. Das Wild wird in vorbildlicher Art gehegt. Jedes Stück hat seinen Namen. Man bestimmt vor dem Besuch eines Jagdfreundes nach dem Namen, welches Stück erlegt werden soll. Dr. Schmidt hatte

Weidmannsheil, er schoss keinen Bock, aber einen kapitalen Hirschen, der den Namen Hermann trug.

Die Bemühungen der Partei und der deutschen Gesandtschaft hatten Erfolg. Göring schrieb bald nach der Ankündigung seines Besuches eine Absage. Er tat das in der Form, dass er an den Besuch Bedingungen knüpfte, die ihrem Inhalt nach dem Ultimatum ähnelten, das Hitler in Berchtesgaden vorlegte. Diese Bedingungen wurden abgelehnt und damit fiel auch der Besuch aus.

Seit dem Herbst hörten wir von verlässlichen Persönlichkeiten anderer Staaten, die Gelegenheit gehabt hatten, mit führenden Männern des Reiches zu sprechen, immer wieder, dass in Berlin konkrete Pläne zur Eroberung Oesterreichs bestehen. Diese Aeusserungen gingen teils auf Hitler selbst, teils auf Göring, aber auch auf Neurath zurück. Im November 1937 schrieb einer der massgebendsten Männer Englands an Dr. Guido Schmidt einen Brief, in dem er vor den Berliner Plänen warnte. In dem gleichen Mass, in dem sich die Schwächung der italienischen Position zeigte, verstärkte sich der deutsche Druck auf Oesterreich. Die starke Inanspruchnahme des neuen italienischen Imperiums durch die Unterstützung Francos in Spanien hatte einen neuen Angriffswillen des Reiches in Oesterreich zur Folge.

Wenn auf die Schwächung Italiens durch den Abessinienkonflikt der 11. Juli 1936 notwendig folgen musste, so mit der gleichen Notwendigkeit das Ultimatum von Berchtesgaden auf das Engagement Italiens in Spanien.

Freilich drängte noch ein anderer Grund die massgebenden Persönlichkeiten Deutschlands, die österreichische Frage nunmehr zu bereinigen. Der Ausgleich zwischen Italien und England stand vor der Tür. Dieser Ausgleich mochte eine neuerliche Stärkung des südlichen Achsenpartners zur Folge haben. Nach einer Bereinigung der Beziehungen mit England wäre mit Mussolini über die österreichische Frage viel schwerer zu reden gewesen als vorher. Also entschloss sich Hitler, mit Gewalt einzugreifen und eine Situation auszunützen, die vielleicht nie mehr wiederkehrte.

Das Verhältnis zwischen der deutschen Wehrmacht und der nationalsozialistischen Partei hatte sich im Verlauf des Jahres 1937 verschlechtert. Schon vor dem Besuch Mussolinis in Deutschland und auch während desselben, hatten sich kleine Reibungen bemerkbar gemacht. Generaloberst Fritsch beharrte als Exponent der konservativen Offizierskreise und oberster Chef des Heeres absolut darauf, dass die Armee der Einflussosphäre der Partei entzogen bleibe. Der Führer einer ausländischen Militärmission bei den Manövern, die anlässlich des Mussolinibesuches veranstaltet wurden, erzählte, dass Fritsch Mussolini gegenüber in Anwesenheit Hitlers und Görings geäussert habe, er und niemand anderer sei der oberste Chef der Wehrmacht, und er mache um Missverständnisse auszuschliessen darauf aufmerksam, dass selbstverständlich auch die Luftwaffe im Ernstfall ihm unterstehe. Ich bin nicht in der Lage, alle Gründe für die Differenzen anzugeben, die zwischen der Partei und dem Offizierskorps der Wehrmacht bestanden und bestehen. Es war uns lediglich bekannt, dass die massgebenden Kreise der deutschen Wehrmacht eine bewaffnete Intervention in Oesterreich ablehnten. Die Auseinandersetzungen, die sich im Zusammenhang mit

der Heirat des Generalfeldmarschalls Blomberg ergaben, boten den äusseren Anlass zur Austragung tiefgehender Differenzen.

Marschall Blomberg war in weiten Kreisen des deutschen Offizierskorps nicht beliebt; man hatte für ihn zwei Scherznamen, durch die er sehr gut charakterisiert wird. Man nannte ihn den »Gummilöwen« und auch, nach einem rührenden Partiefilm, in dem ein Knabe die Hauptrolle spielt, »Hitlerjunge Quex«.

Das Offizierskorps, als dessen Sprecher Generaloberst Fritsch auftrat, verlangte die Beseitigung Blombergs und nahm seine Heirat mit einem Mädchen bescheidener Herkunft zum Anlass für diese Forderung. Man sagte, es gehe nicht an, dass der Marschall ein Mädchen heirate, das zu ehelichen einem Subalternoffizier wahrscheinlich untersagt worden wäre. Konservativer Geist stand hier sozialistischen Auffassungen gegenüber; das trat umsomehr in Erscheinung, als Hitler und Göring Blombergs Trauzeugen gewesen waren.

Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen tauchten auf beiden Seiten alte Wünsche, alte Gegensätze und alte Forderungen auf; Deutschland stand am Anfang einer ungeheuren inneren Krise, die sich in der Wirtschaft, in der Arbeiterschaft verbreiten konnte, wenn man nicht rasch zugriff. In diesen krisenhaften Tagen weilte auch der deutsche Gesandte in Wien, Franz von Papen, in Berlin und benützte die Gelegenheit, um auch seinerseits bei den allgemeinen Diskussionen und Intriguen mitzuwirken. Die Gestapo hielt in diesen Tagen alle Persönlichkeiten, die in die Auseinandersetzungen hineingezogen waren, unter genauer Kontrolle. Dem Umstand, dass er sich in den Tagen der Reichswehrkrise mit alten konservativen Freunden in Berlin besprach, hatte er es zu verdanken, dass er anlässlich der Regierungsumbildung in so brüsker Form von seinem Wiener Posten abberufen wurde.

Die Reichswehrkrise endete mit einem Kompromiss. Blomberg wurde fallen gelassen und Fritsch verschwand für den Augenblick in der Versenkung. Eine Anzahl von aktiven deutschen Generalen aber flüchtete ins Ausland. Der deutsche Kronprinz reiste in der Nacht ohne Pass und Reisegepäck nach Italien.

Diese beiden Tatsachen wurden von deutscher Seite dementiert. Meine Information stützt sich aber auf amtliche Quellen. Die Reise des deutschen Kronprinzen ohne Pass und Gepäck wurde durch die österreichische Grenzpolizei dem Sicherheitsdirektor in Innsbruck und von diesem dem Bundeskanzleramt in Wien gemeldet. Die Flucht der deutschen Generale wurde uns auf diplomatischem Wege mitgeteilt. Ausserdem machte sich der Regierungschef eines befreundeten Staates anfangs März 1938 einem Diplomaten gegenüber erbötig, die Namen dieser Generale zu nennen.

In der Nacht zum 5. Feber 1938 erhielt Herr von Papen in Wien einen telephonischen Anruf aus Berlin. Ein untergeordneter Beamter des Aussenamtes teilte ihm mit, dass er abberufen sei und seinen Wiener Posten innerhalb von 24 Stunden zu verlassen habe.

Das Leben des ehemaligen deutschen Reichskanzlers Franz von Papen ist reich an Abenteuern und Ueberraschungen. Er spielte bisher im Verlauf der deutschen Revolution die unklarste und undankbarste Rolle. Er, der in seinen früheren Jahren in Amerika und im nahen Osten für den deutschen Nachrichtendienst gearbeitet hatte und im Verlauf dieser Tätigkeit bemerkenswerte Abenteuer erlebte, trat nach dem Weltkrieg, an dem er auch als Offizier teilgenommen hatte, plötzlich als Abgeordneter der katholischen Partei Deutschlands, der Zentrumspartei, neuerlich auf die Bühne der Geschichte. Seine Beziehungen zu den preussisch-konservativen Kreisen auf der einen Seite und der Einfluss, den er auf der anderen Seite auf dem Wege über die katholischen Gewerkschaften nach links hinüber ausüben konnte, machten ihn zu einer interessanten Mittels- und Vermittlungsperson, die es auch verstand, die Macht, die sich aus diesen Eigenschaften ergab, entsprechend auszunützen. Dazu kam das grosse Vertrauen, das ihm der greise Reichspräsident, Feldmarschall Hindenburg, entgegenbrachte. So war es denn nicht verwunderlich, dass er nach Brüning auf den Posten eines deutschen Reichskanzlers berufen wurde. Er vermochte auf diesem Posten nicht, die innerdeutschen Probleme zu meistern, schloss während der Kanzlerschaft des Generals Schleicher Frieden mit den Nationalsozialisten und vermittelte die Berufung Hitlers auf den Reichskanzlerposten, zu der Hindenburg nur schwer zu bewegen war.

In die Regierung Hitler trat Franz von Papen als Vizekanzler ein und behielt diesen Posten bis zum 25. Juli 1934. Nach der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuss durch österreichische Nationalsozialisten entsandte ihn Hitler als »Botschafter in besonderer Mission« nach Wien.

Vorher hatte Herr von Papen allerdings noch aufregende Stunden in Berlin erlebt. Während der nationalsozialistischen Aktion gegen die Führung der S.A., der neben Hauptmann Röhm und anderen S.A.-Führern auch General Schleicher und viele Unbekannte zum Opfer fielen, deren Namen man nie gehört hat, wurde auch gegen den aktiven Vizekanzler des deutschen Reiches, Franz von Papen, eine Aktion durchgeführt. Sein Haus wurde von S.S.-Leuten und Gestapo besetzt gehalten, und zwei seiner persönlichen Sekretäre erschossen. Einer davon war der bekannte Schriftsteller Edgar Jung, dessen Hauptwerk »Die Herrschaft der Minderwertigen« seinerzeit grosses Aufsehen erregt hat.

Weniger als vier Wochen nach dieser für sein Leben ausserordentlich bedrohlichen »Aktion« reiste der bisherige Vizekanzler in einem ausserordentlich wichtigen Sonderauftrag Hitlers nach Wien.

Die ersten zwei Jahre der Wiener Tätigkeit Papens waren für ihn weder erfreulich noch erfolgreich. Die Wiener Gesellschaft sowohl, als auch das diplomatische Korps hielten sich von einem Verkehr mit dem deutschen Sonderbotschafter sehr zurück. Einer seiner Sekretäre, Herr von Tschirschky, der schon in Berlin bei der geheimen Staatspolizei nicht sehr beliebt gewesen war, flüchtete ins Ausland. Die nationalsozialistischen Parteikreise Oesterreichs verfolgten Papens Tätigkeit mit Misstrauen und machten in Berlin immer wieder Anzeigen gegen ihn. In der Gesandtschaft selbst sass ein Botschaftsrat von Stein, ein enrangierter Nationalsozialist, der es früher nicht immer gewesen war, der nun seinen Chef beobachtete und mit den Berliner Parteistellen in direktem Verkehr stand.

Erst seit dem 11. Juli 1936 eroberte sich Herr von Papen in Wien eine gewisse Position. Er bemühte sich, mit allen österreichischen Kreisen in Fühlung zu treten und machte erfolgreiche deutsche Propaganda. Sein Verhältnis zu den Nationalsozialisten hatte sich allerdings noch immer nicht gebessert. Der Führer der illegalen Nationalsozialisten Oesterreichs, der ehemalige Hauptmann Leopold, hegte gegen ihn das grösste Misstrauen.

Auf den, nach dem Ausscheiden des Fürsten Starhemberg aus der Regierung, als Gesandten nach Rom berufenen Aussenminister Egon Baron Berger-Waldenegg war am 11. Juli 1936 der bisherige Kabinettsvizedirektor Dr. Guido Schmidt ins Aussenamt gefolgt, der im Sinne der neuen österreichischen Aussenpolitik zu einer engen Zusammenarbeit mit Herrn von Papen gelangte.

Wenn die Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland auch ausserordentlich schwierig waren, so blieb doch auf österreichischer Seite der gute Wille vorhanden, schrittweise zu einem besseren Verhältnis zu gelangen. Gerade in den letzten Wochen hatte es den Anschein, als stehe man vor einer weiteren Befriedung im Innern und einer Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Umso überraschender kam für die österreichischen Regierungskreise und für Papen selbst die plötzliche Abberufung von seinem Wiener Posten.

Am Vormittag des 5. Feber erschien er im Aussenamt, um dem Staatssekretär Dr. Schmidt seine Abberufung mitzuteilen. Schmidt erzählte mir am selben Tag, dass Papen den Eindruck eines Greises gemacht habe. Er äusserte sich über seine Abberufung, was begreiflich ist, nicht sehr höflich. Die Form der Abberufung, der telephonische Anruf durch einen kleinen Beamten, kränkte ihn sehr. Ueber die Gründe äusserte er sich nur andeutungsweise.

Herr von Papen reiste pünktlich, wie es angeordnet worden war, ab und fuhr nach Berchtesgaden. Eingeweihte Kreise hatten vermutet, dass es ihm nicht gelingen werde, bei Hitler vorzukommen. Man täuschte sich, Hitler empfing ihn und bedachte ihn mit einem neuen, sensationellen Auftrag. Zwei Tage nach seiner Abreise erschien Papen, völlig gewandelt und wieder sehr heiter in Wien.

Schon im Dezember des Jahres 1937 hatte der deutsche Gesandte den Vorschlag zu einer persönlichen Aussprache zwischen Schuschnigg und Hitler gemacht. Der Bundeskanzler und der Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten erzählten mir damals davon. Dieser Besuch kam nicht zustande, weil die Vorbedingungen, die in Wien angedeutet worden waren, keine Aussicht auf Erfüllung in Berlin hatten.

Es scheint, dass Papen bei seiner Aussprache mit Hitler darauf hingewiesen hat, dass nun die Möglichkeit einer Unterredung mit dem österreichischen Bundeskanzler bestehe. Es ist kein Zweifel, dass er den Versuch machte, seine Abberufung von Wien knapp vor der Erreichung eines entscheidenden Zieles als eine Gefahr für das Reich hinzustellen. Hitler, der knapp nach der Reichswehrkrise einen aussenpolitischen Erfolg dringend brauchte, liess sich überzeugen und übertrug Papen das Mandat, die Aussprache mit Schuschnigg vorzubereiten. Der Plan für die gewaltsame Eroberung Oesterreichs hatte damals in Deutschland bereits bestanden. Hitler hatte sich auch bereits dafür entschieden »zu handeln«. Die Methode, die Papen nun in Berchtesgaden vorschlug, schien den Vorzug verminderter Gefahr für das Reich bei gleichen Erfolgchancen in

sich zu tragen. Papen war der Meinung, dass Schuschnigg sich bei einer persönlichen Aussprache dazu bereit finden würde, Bedingungen zu akzeptieren, die die Gewähr dafür boten, dass Oesterreich ganz automatisch ins Reich und in den Nationalsozialismus hineinwüchse.

Ich wage es nicht zu behaupten, dass eine massgebende Persönlichkeit Oesterreichs diese Auffassung des deutschen Gesandten erzeugt oder bestärkt hat. Herr von Papen wollte seine politische Karriere mit allen Mitteln verteidigen. Für ihn handelte es sich um den Versuch einer politischen Lebensrettung. Ob ihm in Oesterreich dabei jemand die Hand geboten hat, weiss ich nicht.

Papen hatte dem österreichischen Aussenminister und auch dem Bundeskanzler gegenüber immer wieder erklärt, die Idee des Besuches in Berchtesgaden stamme von ihm selbst. Es stellte sich aber im weiteren Verlauf der Ereignisse heraus, dass die Durchführung des Plans von Berchtesgaden zumindest eine Gemeinschaftsarbeit gewesen ist, an der die Gruppe österreichischer Nationalsozialisten um Dr. Seyss-Inquart ebenso beteiligt war, wie der deutsche Gesandte.

In Berlin gab es im Reichswirtschaftsministerium eine Abteilung (oder Gruppe) 5, deren Aufgabe es war, die Aktivierung der deutschen Bodenschätze im Rahmen des Vierjahrplanes zu unterstützen. Mit der Leitung dieser Abteilung war nach dem Ausscheiden des Ministers Schacht ein gewisser Herr Keppler, höherer S.S.-Führer mit dem Titel eines Staatssekretärs, betraut worden. Dieser Herr Keppler ist ein alter Kämpfer der Partei und Träger des goldenen Parteiabzeichens, der höchsten Auszeichnung, die in Deutschland verliehen wird. Er war in früheren Jahren selbständiger Industrieller, hatte eine kleine Fabrik irgendwo in Deutschland besessen und wurde vom Führer seinerzeit zu seinem »Wirtschaftsberater« ernannt. Im gleichen Masse, in dem die nationalsozialistische Partei und der Staat in Deutschland eins wurden, nahmen die Aufgaben des Wirtschaftsberaters ab. Seine Abteilung im Reichswirtschaftsministerium, die Abteilung 5, wurde das fünfte Rad am Wagen genannt. Und so ähnlich war es auch. Niemand aber hat es gern, wenn sein Einfluss abnimmt und seine Chancen, eine politische Rolle zu spielen, allmählich verschwinden. Deshalb begab sich Herr Keppler auf die Suche nach einer Beschäftigung, die ihm neue Möglichkeiten und neuen Einfluss bieten konnte. Es traf sich, dass Ministerpräsident Göring in innerparteilichen Auseinandersetzungen in Oesterreich gegen Hauptmann Leopold Stellung nahm. Keppler hatte Fühlung mit österreichischen Parteigenossen, die an der »Absägung« Leopolds interessiert waren. Nun versuchte er seine Fäden zu knüpfen. Die Auseinandersetzung Leopold kontra Keppler wurde zu einer Auseinandersetzung und Kraftprobe zwischen S.S., zu der Keppler bedeutende Beziehungen besass, und S.A., zu deren Führung Leopold in Beziehungen stand. Keppler war Mitglied der deutschen Delegation, die unter der Führung des Staatssekretärs Weizäcker im Herbst 1937 in Wien weilte. Er wurde und blieb der Führer und zugleich der Berliner »Gesandte« derjenigen Gruppe österreichischer Nationalsozialisten, die den Sturz Leopolds vorbereitete und als deren Haupt man Dr. Arthur Seyss-Inquart vermuten musste.

Dieser Staatssekretär Keppler arbeitete mit seinen Wiener Freunden einen Plan aus, der, im Gegensatz zum sogenannten »Tavs-Plan«, die »friedliche Durchdringung« Oesterreichs mit dem



Nationalsozialismus zum Ziel hatte. Der »Keppler-Plan« war die Grundlage der Besprechungen von Berchtesgaden, mehr noch, der »Kepplerplan« war nichts anderes als das erste Ultimatum.

Die Argumente, die Herr von Papen in Wien für die Annahme der Einladung Hitlers an Schuschnigg vorbrachte, wiesen darauf hin, dass die Situation für Oesterreich ausserordentlich günstig sei. Hitler befinde sich, so sagte Papen, nach der »Reichswehrkrise« in einer schwierigen innerpolitischen Lage. Er brauche einen aussenpolitischen Erfolg. Es könne dies ein Erfolg sein, der für Oesterreich ausserordentliche Vorteile biete. Hitler werde sich bereit finden, die illegale Partei in Oesterreich zu liquidieren, wenn ihm der österreichische Bundeskanzler einige Zugeständnisse mache, zu denen er ohnedies bereit sei und die andererseits Hitler als einen deutschen Erfolg in der Welt auswerten könne. Nach seiner, Papens, Meinung sei Hitler jetzt bereit, mit Oesterreich endgültig Frieden zu machen und das unter Bedingungen, wie sie vorher und nachher wahrscheinlich nicht von ihm zu erreichen sein würden.

Unmittelbar nach seiner Aussprache mit dem deutschen Gesandten rief mich der Bundeskanzler zu sich und erzählte mir kurz von dieser Unterredung. Er sei, so sagte er, noch nicht entschlossen, die Einladung anzunehmen. Wir verabredeten ein gemeinsames Abendessen, zu dem auch Dr. Guido Schmidt erscheinen sollte.

Ueber die Ereignisse war strengstes Stillschweigen vereinbart worden. Ausser dem Bundeskanzler und Dr. Schmidt war ich das einzige Kabinettsmitglied, das informiert war. Herr von Papen hatte versichert, dass auch von deutscher Seite strengstes Stillschweigen eingehalten werden sollte. Tatsächlich hörten wir in den kommenden Tagen bis zur Publikation nichts von einer Indiskretion von Mitgliedern der deutschen Gesandtschaft, mit der, wenn dort etwas bekannt war, sicher gerechnet werden konnte.

Der Bundeskanzler und ich – von Dr. Schmidt kann ich es nicht mit Bestimmtheit sagen –, waren der Meinung, dass in Oesterreich ausser den genannten Persönlichkeiten niemand etwas wusste. Wir täuschten uns, denn im Büro des damaligen Staatsrates Dr. Seyss-Inquart sassen die Mitautoren des Kepplerplanes, der dem Bundeskanzler in Berchtesgaden als Ultimatum präsentiert werden sollte. Dieser Kreis junger Nationalsozialisten war über die Einladung genau informiert und wusste mehr als wir alle zusammen. Bevor der Bundeskanzler abreiste, verliess ein Herr dieses Kreises, der spätere Staatssekretär Dr. Kajetan Mühlmann, Wien, um nach Berchtesgaden zu reisen und dort dem deutschen Reichskanzler für Auskünfte zur Verfügung zu stehen.

Ich holte den Bundeskanzler gegen 11 Uhr abends in seinem Büro am Ballhausplatz ab und fuhr mit ihm ins Grandhotel. Dr. Schmidt traf zugleich mit uns ein. Dr. Schuschnigg teilte nun nähere Einzelheiten mit. Es war vereinbart worden, dass die Beziehungen zwischen Oesterreich und Deutschland nach der Besprechung in Berchtesgaden keinesfalls schlechter sein sollten als vorher. Weiter war ein Minimalcommunique besprochen, das noch vor dem Besuch festgelegt wurde und in dem von Seiten des Bundeskanzlers drei Hauptpunkte besonders betont wurden: 1.) Die neuerliche ausdrückliche Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit durch den deutschen Reichskanzler, 2.) der Umstand, dass sich die Besprechungen im Rahmen des Abkommens vom 11.

Juli 1936 bewegen und 3.) der Wille der beiden Gesprächspartner, zu einem endgültigen, dauerhaften Frieden zwischen den beiden deutschen Staaten zu gelangen.

Von diesen wesentlichen Vorbedingungen, die Schuschnigg vor der Annahme der Einladung nach Berchtesgaden stellte, ist nachher nicht mehr die Rede gewesen.

Während des Abendessens übergab der Bundeskanzler, Dr. Schmidt den Entwurf für das erwähnte Communiqué. Er hatte es mit der Hand auf einen kleinen Zettel geschrieben. Dr. Schmidt erhielt den Auftrag, diesen Text am nächsten Morgen mit Herrn von Papen zu vereinbaren.

Dr. Schuschnigg hatte, wiewohl er seine prinzipielle Zustimmung bereits erklärt hatte, an der geplanten Aussprache keine Freude. Er entwickelte uns die Gedanken, die er dabei hatte und meinte, dass er es bei diesen Besprechungen wahrscheinlich niemandem recht tun werde.

Die absoluten Gegner jeder Vereinbarung mit Deutschland würden ihm den Vorwurf des Verrates des integralen österreichischen Programms machen, die nationalen Kreise würden mit allem, was immer er ihnen zugestehe, unzufrieden sein. Ich erinnere mich genau daran, dass der Kanzler insbesondere auch der Meinung Ausdruck gab, dass die kirchlichen Kreise gegen jede Vereinbarung Stellung nehmen würden.

Ich erhielt den Auftrag, am nächsten Morgen, ohne des bevorstehenden Besuchs Erwähnung zu tun, mit Staatsrat Dr. Seyss-Inquart die Grundlagen für eine Mitarbeit der nationalen Kreise in der vaterländischen Front zu vereinbaren. Wir waren der Meinung, dass es möglich sein würde, mit einer fertigen Vereinbarung nach Berchtesgaden zu reisen.

Am nächsten Tag fand der grosse Ball der vaterländischen Front statt. Wir hatten vielfältige Vorbereitungen getroffen, mussten aber auch damit rechnen, dass die Nationalsozialisten den Versuch machen würden, das Fest zu stören. Solche Störungen gingen gewöhnlich nicht von der obersten Leitung der Illegale aus. Es handelte sich um kleine Gruppen von Leuten, meistens Studenten, die ins Politische transponierte Bierulke für nationale Verdienste hielten. Wir glaubten nicht daran, dass ernsthafte Anschläge erfolgen könnten, hatten aber durch unsere Konfidenten die Nachricht erhalten, dass man den Versuch machen werde, Stinkbomben zu werfen oder einen Kurzschluss in der Lichtleitung zu erzeugen. Mit solchen an sich harmlosen Anschlägen war aber die Gefahr einer Panik verbunden; deshalb wendeten wir den Sicherheitsvorkehrungen besondere Aufmerksamkeit zu. Am Vormittag dieses Tages erhielt ich von einer Vertrauensperson, die der Illegale angehörte, die Nachricht, dass eine Gruppe von Wiener Nationalsozialisten die Absicht habe, gegen mich ein Attentat durchzuführen. Ich erhielt solche Nachrichten zu wiederholten Malen und wusste, dass man ab und zu Mitteilungen dieser Art lancierte, um den Betreffenden einzuschüchtern oder ihn von einer bestimmten Aktion, die er vorhatte, abzuhalten. Ich war deshalb nicht sehr besorgt, wiewohl diesmal die Nachricht von einer Stelle kam, von der ich annehmen konnte, dass sie mir nur absolut verbürgte Informationen zukommen liess.

Ich berichte diese Einzelheiten, um die Atmosphäre zu schildern, die damals über Wien lag. Man hatte es im Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus mit vielen Gruppen und Grüppchen zu

tun, die ohne einander und oft auch gegeneinander Krieg führten. Der Versicherung eines einzelnen Nationalsozialisten oder eines einzelnen Konfidenten konnte man nie Glauben schenken, weil diese Leute immer nur Nachrichten aus einem einzelnen Feldlager brachten. Zugleich mit dem Kampf gegen das österreichische Regime führten die Nationalsozialisten Intriguen gegen eigene Gruppen, Kämpfe untereinander, bei denen sie sich sehr oft der staatlichen Gewalt gegen ihre innerparteilichen Gegner bedienten. Es verging keine Woche, in der nicht bei irgend einer Stelle unseres Regimes eine Anzeige eines Nationalsozialisten gegen einen seiner Parteigenossen wegen illegaler Betätigung einlief.

Der Ball der vaterländischen Front wurde zu einem schönen Fest. Alles, was in Wien Rang und Namen hatte, war erschienen. Die Regierung, das diplomatische Korps, mit Ausnahme des deutschen und des russischen Gesandten, die Führer der Wirtschaft, die hohe Bürokratie, das Offizierskorps, aber auch tausende unserer kleinen treuen Anhänger aus allen Wiener Bezirken und aus den Bundesländern waren gekommen und füllten die Säle der Hofburg.

Der Bundeskanzler war an diesem Abend zum ersten Mal in der Uniform des Sturmkorps der vaterländischen Front erschienen. Wir sassen eine Weile in einer Ecke zusammen und sprachen von der Fahrt, die der Kanzler am Abend des nächsten Tages antreten sollte. Niemand aus der angeregten Menge, die da tanzte und sich unterhielt, ahnte etwas davon, dass der übernächste Tag die politische Stimmung radikal ändern, ja den Auftakt zur Vernichtung des Landes bringen würde.

Der grosse Ball der Front war so eine von keiner bitteren Vorahnung getrübe Abschiedsfeier. Vier Wochen später schlossen sich hinter den Männern, deren Weltanschauung in einer unbändigen Liebe zum Vaterland gipfelte, die Tore der Gefängnisse, der Konzentrationslager, der Landesgrenzen, der Friedhöfe.

Am Nachmittag des 11. Februar teilte der Bundeskanzler in meinem Büro Dr. Seyss-Inquart seine Absicht, zu Hitler zu reisen, mit. Seyss war bereits informiert. Das bestätigte meine Vermutung, dass die Vorbereitungen für die Zusammenkunft am Obersalzberg nicht von Herrn von Papen allein getroffen worden waren, sondern gemeinsam mit Herrn Keppler und dem Kreis junger Nationalsozialisten, der Dr. Seyss als »Führer« benützte.

Ich besprach nun, auf Grund eines Briefwechsels, der zwischen Dr. Seyss und mir stattgefunden hatte, die Grundlage der Mitarbeit der nationalen Kreise in der vaterländischen Front.

Vorbedingung für jede Mitarbeit sollte das loyale Bekenntnis zum Staat, seiner Verfassung und der V.F. als der alleinigen Organisation zur politischen Willensbildung sein. Das schloss selbstverständlich das Bekenntnis zur Unabhängigkeit des Staates ebenso in sich, wie die Absage an jede illegale Organisation.

Der Beitritt zur V.F. sollte einzeln erfolgen, nicht etwa in Gruppen, wie denn auch eine Sektionierung der Gesamtorganisation nach politischen oder weltanschaulichen Gesichtspunkten vermieden werden sollte. Die volkspolitischen Referate sollten deshalb auch nur bei den Landesführungen bestehen. Eine Untergliederung bis in die Bezirke oder Ortsgruppen wollten wir vermeiden.

Die Mitarbeit der Nationalen, die bisher abseits gestanden hatten, sollte in der Weise erfolgen, dass Mitglieder der V.F. nationaler Herkunft in den Gebietsorganisationen zu Amtswaltern bestellt worden wären. Die Aufgabe dieser Amtswalter hätte sich durch nichts von den Aufgabenbereichen der normalen alten Mitarbeiter unterschieden. Das heisst, ihre Aufgabe hätte nicht etwa bloss darin bestanden, nationale Frontmitglieder zu betreuen, sondern alle Mitglieder. Dr. Seyss sagte mir unzählige Male, dass er ein Feind der Habicht-Politik sei, die auf eine Gleichschaltung Oesterreichs hinauslief. Er betonte immer wieder, dass er es ehrlich meine, und dass er niemals ein Werkzeug der illegalen Bestrebungen sein würde. Er sagte: »Ich bin kein trojanischer Pferdeführer«; und meinte damit, dass er es ablehne, etwa Nationalsozialisten zu dem Zweck in die V.F. zu bringen, um dann einen Kampf innerhalb der Organisation führen zu können.

Für die nationalen Vereine sagten wir Erleichterungen zu, freilich unter der Bedingung, dass sich die Mitglieder dieser Vereine jeder politischen Tätigkeit enthielten; die Gewähr dafür wollte Dr. Seyss selbst übernehmen. Es handelte sich in der Hauptsache um den »Deutschen Schulverein Südmark« und den »Deutschen Turnerbund 1919«, von dem wir allerdings wussten, dass er bisher eine Sammelstätte illegaler Wehrformationen war. In die Turn- und Sportfront sollte als Stellvertreter des obersten Sportführers der Welser Notar Dr. Franz Hueber, der bereits einmal als Heimwehrmann Justizminister gewesen war, ein Schwager Görings, ernannt werden.

Hier sei eingefügt, dass Dr. Hueber in der Woche vor dem deutschen Einmarsch in Oesterreich, dem Führer der Turn- und Sportfront, Fürsten Starhemberg, in der Schweiz einen Besuch machte, um mit ihm die Details seiner Mitarbeit zu besprechen.

In den Werken der V.F. sollten geeignete Persönlichkeiten der nationalen Kreise zur Mitarbeit berufen werden. Eine Ausnahme wurde von mir lediglich für das österreichische Jungvolk gefordert. Dort hielt ich die Hinzunahme einer nationalen Führerschaft für ausserordentlich gefährlich.

Auf dem Gebiet der Presse wollte Dr. Seyss die Möglichkeit haben, die nationalen Blätter mit Artikeln und Nachrichten zu versorgen, in denen seine Politik der loyalen Mitarbeit betont werden sollte. Blätter, die nach seinen Intentionen schrieben, sollten einen besonderen Schutz geniessen.

Die Listen der Mandatare in den Gemeinde- und Landtagen, sowie in den Körperschaften des Hauses der Bundesgesetzgebung, sollten einer Durchsicht unterzogen werden, um festzustellen, ob die Möglichkeit des Austausches der einen oder anderen Persönlichkeit bestehe.

Für alle Mitarbeiter galt die strikte Bedingung, dass sie eine klare und loyale Gesinnung und die sachliche und moralische Eignung für ihr Amt besitzen müssten.

Im Verlaufe dieser Verhandlung zeigte sich Dr. Seyss ausserordentlich nachgiebig. Er sagte mir, sein Entwurf sei lediglich ein Rohmaterial, aus dem nun in der einvernehmlichen Aussprache das fertige Gebilde herausgearbeitet werden müsse. Wir fanden auch für alle in Frage stehenden Punkte eine Formulierung, mit Ausnahme des einen, in dem Dr. Seyss ausgesprochen haben wollte, dass das Bekenntnis zur nationalsozialistischen Weltanschauung mit dem Bekenntnis zu den Grundsätzen

der vaterländischen Front vereinbar sei. Diese Frage der Vereinbarkeit wollte Dr. Schuschnigg selbst lösen.

Ich ging mit Dr. Schmidt, auf Dr. Schuschnigg wartend, auf dem Bahnsteig auf und ab. Schmidt schien ausserordentlich unsicher zu sein. Er fragte mich: »Wie wird es gehen?« Ich sagte ihm, er habe die Aufgabe, einen klaren Erfolg mitzubringen. Er zuckte mit den Schultern: »Dafür kann ich mich nicht verbürgen!«

In einer Abendzeitung war die Nachricht lanciert worden, der Bundeskanzler begeben sich nach Tirol. Einige Tage vorher war die Meldung erschienen, der tschechoslowakische Ministerpräsident, Dr. Milan Hodza, halte sich in Kitzbühel auf. Wir wollten die Presse irreführen und in einigen Blättern die Vermutung provozieren, Dr. Schuschnigg sei zu einer Aussprache mit Dr. Hodza nach Kitzbühel gereist. Tatsächlich fielen einige Blätter dieser Finte zum Opfer.

Am Vormittag des nächsten Tages fand eine Sitzung der »volkspolitischen Referenten« der vaterländischen Front statt. Sie stellten ein Forderungsprogramm auf, das über die mit Dr. Seyss getroffenen Vereinbarungen weit hinausging. Ich kam gegen Mittag in die Versammlung, um mitzuteilen, dass sich der Bundeskanzler zur Stunde bei Hitler auf dem Obersalzberg befinde. Die Nachricht wurde mit grösstem Erstaunen aufgenommen, die Herren gingen erregt auseinander.

Der Kanzler hatte mir gesagt, er rechne damit, dass er um 18 Uhr nach Salzburg zurückkehren werde.

Von seiner Begleitung waren der Direktor der amtlichen Nachrichtenstelle, Hofrat Weber, und der persönliche Sekretär, Ministerialrat Baron Fröhlichsthal, in Salzburg geblieben. Hofrat Weber sollte nach der Rückkehr Schuschniggs die Pressekommentare ausarbeiten und nach Wien durchtelefonieren. Baron Fröhlichsthal sollte für den Fall einer persönlichen Behinderung, die der Kanzler nicht ausschloss, besondere Massnahmen veranlassen.

In Wien war die Nachricht vom Besuch Schuschniggs bei Hitler in den ersten Stunden nach Mittag durchgesickert. Ausländische Sender brachten die Meldung mit allen Anzeichen der grossen Sensation. Ein Wiener Abendblatt veröffentlichte gegen drei Uhr eine kurze Notiz. Am Nachmittag versammelte der Chef des Bundespressdienstes die führenden Journalisten Wiens, um ihnen Informationen zu erteilen. Er beschränkte sich darauf, die Tatsache des Besuches bekanntzugeben, der auf Einladung des deutschen Reichskanzlers erfolgt sei. Er erklärte, dass diese Zusammenkunft der Sehnsucht nach Herstellung eines dauernden Friedens zwischen den beiden deutschen Staaten entspringe und kündigte für den frühen Abend einen offiziellen Kommentar an.

Für den Fall, dass bis 18 Uhr keine Nachricht einlangen sollte, hatte Baron Fröhlichsthal den Auftrag, die Salzburger Garnison zu alarmieren.

Gegen zwölf Uhr war eine Meldung eingetroffen, die besagte, dass die Verhandlungen fortgesetzt werden. Von dieser Stunde an kam keine Nachricht mehr.

In Salzburg sass Baron Fröhlichsthal mit der Uhr in der Hand. Der Divisionsgeneral ging erregt in seinem Amtszimmer auf und ab. Es ging gegen 18 Uhr. Keine Nachricht. Das bedeutete, dass eine unvorhergesehene Entwicklung eingetreten sein musste. Schuschnigg wusste, dass in den nächsten Minuten sein Land und damit Europa, – die Welt, in Alarmzustand versetzt werde, wenn er keine Nachricht gäbe. Er gab keine Nachricht, also konnte er es nicht. Was war geschehen? Baron Fröhlichsthal erlebte die furchtbarsten Minuten seines Lebens. Die Militärs treffen die letzten Vorbereitungen. Was wird geschehen? Wir alle sind aufs äusserste gespannt. Nichts in der Welt ist von Wichtigkeit, – nur das Eine: Was ist in Berchtesgaden geschehen? Wird eine Nachricht kommen? Oder Krieg – Umsturz – Revolution?

Ich stehe am Fenster meines Büros, Am Hof, in Wien. Im Vorraum sitzen meine Mitarbeiter und Freunde. Wir wissen, worum es geht. Draussen rattern und klingeln die Telephone. Ein Sekretär gibt die stereotype Antwort auf alle gleichen Fragen: »Nein, noch nichts, – wir hoffen, ja – rufen Sie wieder an.«

Da endlich, 18 Uhr – die Entscheidung scheint gefallen zu sein, eine Meldung aus Salzburg. Der Kanzler hat anrufen lassen, – die Verhandlungen gehen weiter.

Aber dann wieder nichts.

Wieder vergehen Stunden. Niemand in Oesterreich weiss, was sich bisher ereignet hat.

Ich hatte die Polizeidirektion in Salzburg gebeten, mir sofort Nachricht zu geben, wenn der Wagen des Kanzlers die Grenze passierte. Unsere Telephonzentralen waren blockiert. In allen Teilen des Landes wollte man Nachrichten haben, Details wissen. An die Unterorganisationen der vaterländischen Front hatte ich bereits in den ersten Nachmittagsstunden eine Meldung durchgegeben, die aber lediglich die Tatsache des Besuches ohne weitere Angaben verzeichnete. Ich hatte für den frühen Abend weitere Mitteilungen angekündigt. Aber es wurde spät und später.

Im Dom zu St. Stephan war am Vormittag dieses Tages die Papstkrönungsfeier in traditioneller Weise abgehalten worden. Es war dies die letzte Feierlichkeit, der eine österreichische Regierung mit dem Bundespräsidenten und dem diplomatischen Korps beiwohnten. Kardinal Innitzer zog, gefolgt vom Domkapitel und zahlreichen Klerikern, feierlich ein und stimmte das »Te Deum« an. Bevor er hinausschritt, verneigte er sich vor den Anwesenden. Niemand ahnte, dass diese Verneigung ein Abschied war. Der Abschied des Kardinals von der österreichischen Regierung, sein Abschied von der österreichischen Idee. Von demselben Altar aus, den der Kardinal nun verliess, hatte er seinerzeit die Leiche des ermordeten Kanzlers Dollfuss eingesegnet und sich von ihm mit herzbewegenden Worten, die in ein Gelöbnis der Treue ausklangen, verabschiedet. Ein Geistlicher aus der Umgebung des Kardinals rief mich am späteren Abend an. Er war besorgt und wollte eine Nachricht. Ich liess mir von Viertelstunde zu Viertelstunde Verbindung mit Salzburg geben. Aber auch dort war kein Bescheid eingetroffen.

Endlich, um Mitternacht, kam die Meldung, der Kanzler habe die Grenze passiert. Er fuhr direkt zur salzburgischen Landesregierung im Chiemseehof. Von dort aus rief er mich kurze Zeit nachher an.

Ich trachtete, irgend eine Nachricht von ihm zu erhalten. Er beschränkte sich darauf zu sagen, dass er morgens in Wien ankommen und mir alles erzählen werde. Ich bat ihn, mir wenigstens zu sagen, ob es gut oder schlecht gegangen sei. Er antwortete, dass er am Telephon überhaupt nichts sagen könne. Ich sollte nur morgens auf dem Bahnhof sein.

Dieses Telephongespräch liess keinen Zweifel darüber, dass die Aussprache völlig anders verlaufen war, als wir es erwartet hatten. Ich äusserte diese Meinung auch im vertrauten Kreis meiner Mitarbeiter.

Für einen Pressekommentar war es nun zu spät. Die Zeitungen waren bereits in den Druckereien. So blieb es dabei, dass den österreichischen Zeitungslesern am Sonntagmorgen lediglich die Nachricht vom Besuch in Berchtesgaden ohne weitere Erklärungen mitgeteilt werden musste.

Wir besprachen uns noch in der Nacht mit dem Chef des Bundespressdienstes, Oberst Walter Adam. Ich hatte bei meiner Auffassung der Lage immer noch die Vorstellung, dass die ursprüngliche Vereinbarung zu Recht bestehe, nach der das Verhältnis zwischen den beiden Staaten nach der Aussprache keinesfalls schlechter sein sollte als vorher. Darin aber sollte ich mich, wie in so vielem anderen, gründlich getäuscht haben.

Der Sonderzug aus Salzburg traf gegen acht Uhr früh ein. Zum Empfang des Bundeskanzlers hatten sich nur zwei oder drei Persönlichkeiten eingefunden. Auf Herrn von Papen wartete sein Sekretär Baron Ketteler, der dann in den Tagen des Umsturzes auf rätselhafte Weise verschwand. Anfang Mai wurde seine Leiche bei Hainburg, nahe der tschechischen Grenze, aus der Donau gezogen.

Als der Zug stand, verliess niemand den Waggon. Ich stieg ein und traf im Korridor Baron Fröhlichsthal, der mir sagte, der Kanzler sei noch in seinem Abteil. Ich öffnete eine Tür, es war das Abteil des Herrn von Papen. Er begrüßte mich freundlich, schien aber doch nicht in besonders rosiger Stimmung zu sein. Aus ein paar Worten entnahm ich, dass ein Abkommen getroffen worden sei, von dem er hoffte, dass es die Lösung der ganzen Frage bringen werde. Nun kam Dr. Schmidt. Ich sah, dass die Stimmung unserer Herren selbst unter dem pessimistischen Mass lag, mit dem ich gerechnet hatte. Endlich erschien Dr. Schuschnigg. Man verabschiedete sich schnell von Papen und verliess den Zug. Der Kanzler lud Dr. Schmidt und mich ein, mit ihm zu frühstücken.

Im Speisezimmer war es kalt. Niemand hatte Hunger. Während wir in den Tassen herumrührten, erzählten die Herren, was sich in Berchtesgaden begeben hatte.

Minister Glaise-Horstenau hatte einmal zu Dr. Schuschnigg gesagt, Hitler sei kein Politiker, er sei ein Prophet. Er wollte damit sagen, dass sich Hitler viel mehr als Führer einer weltanschaulichen Bewegung, als Religionsgründer fühle, denn als Politiker in der gebräuchlichen Bedeutung des Wortes. Dr. Schuschnigg leitete seinen Bericht damit ein, dass er sagte: »Jetzt weiss ich endlich, was sich Glaise unter einem Propheten vorstellt!«

Hitler machte auf Schuschnigg den Eindruck eines Menschen aus einer anderen Welt. Er hätte mit einem Inder aus nicht grösserer geistiger Entfernung gesprochen, als mit dem »Führer des deutschen Volkes und Reiches«. Schuschnigg ist ein Mensch, der den Versuch unternimmt, aus

traditioneller Verpflichtung und gegenwärtiger Aufgabe die Mitte zu wählen; er ist ein Mensch, der seine Entschlüsse zögernd fasst und zum Handeln gedrängt, immer noch sein Gewissen befragt. Er versucht es unter allen Umständen, den jeweils mittleren Weg zu gehen – freilich ohne jemals auch nur einen Strich von seiner weltanschaulichen Linie abzugehen. Hitler ist ein Mensch, der auf dem Boden seines Programms stehend, intuitiv handelt. Er ist von seiner Sendung überzeugt. Er glaubt fest daran, dass ihn die Vorsehung dem deutschen Volk geschickt hat, um es zu befreien und um es zu Größe und Macht zu führen. Er glaubt an die Grundsätze seiner Partei wie an religiöse Dogmen. Er ist davon überzeugt, dass es keine Macht der Welt gibt, die ihn daran hindern könnte, das Werk, das er sich vorgenommen hat, zu vollenden. Er bekennt sich klar zum Grundsatz, dass die Mittel von sekundärer, der Zweck von primärer Bedeutung seien. Er ist von einem unbändigen Willen besessen, »Geschichte zu machen«.

Schuschnigg hat ein Weltbild, Hitler hat ein Bild nach dem er die Welt taxiert und zu gestalten versucht.

Auf dem Weg von Berchtesgaden auf den Obersalzberg machte Papen, der im Auto des Kanzlers fuhr, so nebenher die Mitteilung, dass noch anderer Besuch im Hause Hitlers anwesend sei.

»Sie werden ja nichts dagegen haben«, wendete er sich an Schuschnigg, »es sind da zufällig auch noch einige Herren von der Wehrmacht oben, der General Keitel, Reichenau und ein Fliegergeneral«.

Schuschnigg und Schmidt sahen sich an.

Zufällig?

Nach einer formal höflichen Begrüßung setzten die Besprechungen ein. Hitler überschüttete Schuschnigg mit Vorwürfen. Er sagte ihm, dass das österreichische Regime in seinen Augen ein Gewaltregime sei, das keine Legitimation besitze. Schuschnigg habe kein Recht mit einer Hand voll Leuten ein Volk zu vergewaltigen. Er bezeichnete die Mörder des Kanzlers Dollfuß, die nach dem 25. Juli 1934 hingerichtet worden waren, als Märtyrer. Die österreichische Politik stütze sich auf fremde Bajonette. Aber die Zeit sei nun vorüber, in der sich das deutsche Reich, das unter nationalsozialistischer Führung für das gesamte Volk verantwortlich sei, lebe es in welchem Staate immer, das bieten lassen wolle. Die Stunde der Befreiung für das österreichische Volk sei nun gekommen. Er habe sich entschlossen, die österreichische Frage so oder so zu lösen. Ursprünglich sei es seine Absicht gewesen, am 26. Feber in Oesterreich einzumarschieren. Man habe ihm nun aber einen Plan unterbreitet, mit dem er einverstanden sei. Entweder unterzeichne Schuschnigg den Vertrag, den er ihm vorlege oder er werde seine Konsequenzen ziehen.

In Berchtesgaden waren von deutscher Seite ausser Herrn von Papen und dem neuen Reichsaussenminister von Ribbentrop, die Generale Keitel und Reichenau, sowie ein General der Luftwaffe anwesend. Ausserdem war der österreichische Nationalsozialist, von dem ich erzählt habe, zugegen. Die österreichische Delegation bekam ihn nicht zu Gesicht, aber Hitler empfing ihn in einer Verhandlungspause, um seine Meinung zu hören.



Schuschnigg legte seinen Standpunkt klar und hart dar. Er verwahrte sich gegen die Angriffe, die Hitler gegen sein Regime machte. Gegen das Regime, mit dem derselbe Hitler schliesslich am 11. Juli 1936 einen Vertrag geschlossen hatte und dem gegenüber er sich verpflichtet hatte, jede Einmischung in die inneren Verhältnisse zu unterlassen. Die Ermordung Dr. Dollfuss' sei eindeutig ein Mord gewesen, die Beamten, die sich für die illegale Partei betätigten, hätten ihren Dienstid gebrochen. Er fragte Hitler, wie er mit solchen Beamten verfahren würde, wie er gegen Soldaten und Polizisten vorgehen würde, die sich der Geheimbündelei oder des Hochverrates schuldig machen würden. Er übergab Hitler eine Liste von Fällen, die eine unleugbare Einmischung deutscher Persönlichkeiten und Parteistellen in die inneren österreichischen Verhältnisse darstellten. An solchen »Fällen« fehlte es nicht. Aus den Hunderten von Beispielen, die sich anführen liessen, seien aus der letzten Zeit einige wenige erwähnt.

Der Oberbürgermeister von Passau wurde auf österreichischem Gebiet aufgehalten. In seinem Auto befanden sich tausende von illegalen Flugschriften. Im bayrischen Bahnhof von Salzburg befand sich in den Amtsräumen der deutschen Zollwache ein ungeheures Lager von Druckschriften aller Art, die zur nationalsozialistischen Propaganda in Oesterreich verwendet wurden. Die illegale Parteiführung, die sich in den Räumen des »Siebener Komites« in der Teinfaltstrasse etabliert hatte, war in ständiger Verbindung mit Partei und Amtsstellen des deutschen Reiches. Die Ueberweisung von Geldmitteln an die Illegale hatte nach dem 11. Juli 1936 keine Unterbrechung erfahren, sondern war bis in die letzte Zeit fortgesetzt worden.

Hitler, Hess, Göring, Göbbels und andere Persönlichkeiten des deutschen Regimes hatten ständig Verbindung mit Stellen der illegalen Partei in Oesterreich. In hunderten von Fällen konnte nachgewiesen werden, dass österreichische Nationalsozialisten von diesen Persönlichkeiten empfangen worden und in ihrem Kampf gegen die österreichische Regierung bestärkt worden waren.

Es lagen Dutzende von Zeugenaussagen vor, in denen bestätigt wurde, dass Hitler, Hess, Göring, Göbbels, Himmler und andere Funktionäre des III. Reichs österreichischen Illegalen gesagt hatten, es käme die Stunde, in denen das Reich ihnen zu Hilfe kommen werde. Die österreichische Legion war nie aufgelöst worden. Diese militärische Organisation österreichischer Emigranten wurde geschult und bewaffnet. Die Geschichte der österreichisch-deutschen Beziehungen seit dem 11. Juli ist eine Geschichte fortgesetzter deutscher Einmischungen in innerösterreichische Verhältnisse.

Schuschnigg bot Hitler Beweismaterial über all diese Fälle an und resümierte: »Unser Kampf ist von Anfang an nichts als eine Defensive gewesen. Die innere Befriedung in Oesterreich wäre längst erreicht, wenn dieses Werk des Friedens nicht ununterbrochen von aussen her gestört worden wäre.«

Hitler geriet in Zorn. Er sagte, die österreichische Politik richte sich ausschliesslich gegen das Reich, gegen ihn und seine Pläne. In Oesterreich sei sogar ein Attentatsplan gegen seine Person angezettelt worden, der von einer legitimistischen Gruppe ausgehe und an dem der Redakteur einer in Wien erscheinenden Zeitschrift führend beteiligt sei. Ein Attentatsplan gegen ihn, der sein ganzes

Leben und Trachten darauf eingestellt habe, das deutsche Volk, zu dem auch die Oesterreicher gehören, wieder zu Macht und Grösse zu führen! Er machte Schuschnigg den Vorwurf, dass er verschiedenen deutschen Emigranten aus Deutschland in Oesterreich die Möglichkeit gebe, gegen das Reich und den Nationalsozialismus zu arbeiten. Seine besondere Erregung richtete sich gegen den bekannten Jesuitenpater Friedrich Muckermann, der damals in Wien Vorträge hielt, die einen ungeheuren Zulauf hatten.

Schuschnigg wies darauf hin, dass er bereit sei, Frieden zu schliessen. Seine ganze Politik sei auf diesen Frieden abgestellt, aber es könne nur ein ehrenhafter Friede sein. Er für seinen Teil habe nicht den Ehrgeiz, der grösste Deutsche sein zu wollen, aber er möchte gern der beste Deutsche sein.

Die Abwehrpläne des österreichischen Generalstabs für den Fall eines deutschen Einmarsches, die durch Verrat in die Hände des deutschen Reichskanzlers gekommen waren, bildeten den Ausgangspunkt neuerlicher Angriffe Hitlers. Schuschnigg verwies darauf, dass diese Pläne, deren Richtigkeit garnicht bestritten werden solle, doch nur der Verteidigung des Landes dienen sollten, nicht einem Angriff gegen das deutsche Reich. Er verstehe also die Erregung Hitlers nicht. Die Strassensperren, die an der deutschen Grenze angelegt worden waren, um mehr handelte es sich nicht, wurden genau so wie an der deutschen auch an den anderen Grenzen des Landes angelegt.

Hitler meinte, diese Pläne bewiesen, von welchem Geist die österreichische Regierung getragen sei. Schuschnigg antwortete, der Geist der österreichischen Regierung äussere sich eben in der Verteidigung. Den Willen, zu einem Frieden mit dem deutschen Reich zu kommen, habe schon Dollfuss zu wiederholten Malen geäussert. Daran habe sich nichts geändert. Dieser Geist des Friedenswillens sei es ja, der ihn hierher nach Berchtesgaden gebracht habe.

In den ersten Stunden der Besprechungen blieb nichts ungesagt. Die Reden und Gegenreden aber waren nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Hitler besass ein Argument, gegen das Schuschnigg nicht aufkommen konnte. Dieses Argument war die Gewalt.

Der Aussprache lag der »Kepplerplan« zu Grunde. Die Forderungen, die Hitler auf Grund dieses Elaborats aufstellte, betrafen in der Hauptsache folgende Punkte:

1. Eine Generalamnestie für alle, die wegen nationalsozialistischer Betätigung bestraft worden sind, einschliesslich der Relegationen an den Schulen.
2. Die Wiedereinstellung derjenigen, die wegen nationalsozialistischer Betätigung aus irgend einem öffentlichen Dienst entfernt worden waren.
3. Die Möglichkeit politischer Betätigung für die Oesterreicher nationalsozialistischer Weltanschauung. Diese politische Betätigung sollte bei voller Gleichberechtigung mit allen anderen Gruppen in der vaterländischen Front möglich gemacht werden. Die bestehenden Gesetze sollten hierbei geachtet werden. Das Bekenntnis zum Nationalsozialismus sollte keine wie immer geartete Strafsanktion oder Diffamierung nach sich ziehen.
4. Nationalsozialistische Minister sollten in die Regierung aufgenommen werden.
5. Das österreichische Bundesheer sollte an die deutsche Wehrmacht angeglichen werden.

6. Der österreichische Bundespressdienst sollte einen Umbau in personeller und organisatorischer Linie erfahren.
7. Die Angleichung der beiden Wirtschaftssysteme und die Intensivierung des gegenseitigen Handelsverkehrs.

Das erste Forderungsprogramm wurde im Verlauf der Beratungen abgeändert und in einzelnen Teilen gemildert. Die Detailverhandlungen wurden sowohl von Hitler und Schuschnigg als auch zwischen Schmidt und Ribbentrop geführt. Als die Verhandlungen einmal stockten, bat Hitler den österreichischen Bundeskanzler, sein Zimmer zu verlassen und rief nach seinen Generalen.

Im Verlaufe der sehr mühsamen Besprechungen wurden auf deutscher Seite u. a. folgende Forderungen fallen gelassen:

1. Die Abberufung des österreichischen Staatssekretärs für die Landesverteidigung General d. I. Wilhelm Zehner.
2. Die Ernennung des bisherigen Innenministers Edmund Glaise-Horstenau zum Minister für Landesverteidigung.
3. Die Wiedereinstellung entlassener Staatsbeamter, insbesondere in der Exekutive.
4. Verschiedene Punkte des Wirtschaftsprogramms.

Ueber folgende Punkte wurden die Verhandlungen in positivem Sinne geführt:

1. Eine Generalamnestie für politische Vergehen, der alle strafrechtlich und verwaltungsrechtlich Verurteilten teilhaftig werden sollten. Relegationen sollten aufgehoben werden.
2. Die Möglichkeit politischer Betätigung sollte auch den Oesterreichern nationalsozialistischer Weltanschauung in der vaterländischen Front geboten werden.
3. Staatsrat Dr. Arthur Seyss-Inquart sollte in die Regierung berufen und mit dem Amt eines Sicherheitsministers betraut werden.
4. Der bisherige österreichische Generalstabschef Feldmarschalleutnant Jansa sollte seines Amtes enthoben und Generalmajor Böhm zum Generalstabschef ernannt werden.
5. Die beiden Armeen sollten einander technisch angeglichen werden. Ein Offiziersaustausch, der im ersten Jahr etwa 200 Offiziere umfassen sollte, wurde vereinbart.
6. Der Ministerialrat im Bundeskanzleramt, Dr. Wilhelm Wolf, sollte im Rahmen des Bundespressdienstes mit der Führung der Angelegenheiten der reichsdeutschen und der nationalen österreichischen Presse betraut werden. Ausserdem sollte Ministerialrat Wolf im Bundespressdienst eine führende Position erhalten.
7. Der Generaldirektor der »Oesterreichischen Versicherungs A.-G.«, Dr. Fischböck, sollte in eine massgebliche Stellung im österreichischen Handelsministerium berufen werden, von der aus er die Annäherung der beiden Wirtschaftssysteme fördern konnte.

Diese Bestimmungen wurden nun schriftlich niedergelegt. Für die österreichische Seite bestand das Positivum lediglich in der Feststellung:

- a) dass sich die Oesterreicher nationalsozialistischer Weltanschauung an die bestehenden Gesetze,

die das politische Leben regelten, zu halten hätten. Das konnte man bei gutem Willen als eine Absage an die Illegale deuten, wiewohl es schwer denkbar war, wie man den Anhängern der nationalsozialistischen Weltanschauung im Rahmen der vaterländischen Front freie Betätigung einräumen konnte. Eine solche gleichberechtigte Betätigung hätte die Vereinbarkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung mit den Grundsätzen der vaterländischen Front und der Verfassung von 1934 zur Voraussetzung gehabt. Ich selber habe nie begriffen, welcher Unterschied zwischen dem nationalsozialistischen Parteiprogramm und der nationalsozialistischen Weltanschauung besteht. Das Parteiprogramm konnte unter gar keinen Umständen mit den Grundsätzen der vaterländischen Front vereinbar sein. Die Weltanschauung war es, insbesondere nach dem Urteil führender katholischer Politiker, auch nicht. Für eine Zusammenarbeit in der vaterländischen Front wäre ein überaus grosses Verständnis und eine noch grössere und unbedingte Versöhnungsbereitschaft auf beiden Seiten notwendig gewesen. Von beidem war – wenn man von einzelnen führenden Persönlichkeiten absieht – wenig vorhanden. In einem Interview, das der Bundeskanzler einem englischen Journalisten gewährt hatte, erklärte er: »Vom Nationalsozialismus trennt uns ein Abgrund!« Das war auch die allgemeine Meinung der Anhänger der vaterländischen Front. Eine Politik der einverständlichen Zusammenarbeit zwischen Nationalsozialisten und Oesterreichern hätte ausser grossem Verständnis auch eine personelle Umgestaltung in den meisten Bereichen des öffentlichen Lebens zur Voraussetzung gehabt. Die »Mannschaften des Bürgerkriegs« hätten in die Reserve gelegt werden müssen, um einer neuen Belegschaft von nicht minderer Ueberzeugungstreue, aber klarem Versöhnungswillen Platz zu machen. Die Annahme dieses Punktes musste, so wie die Verhältnisse lagen, bestenfalls in der weiteren Entwicklung zum Dualismus, zum Zweiparteiensystem und zur völligen Preisgabe des Dollfussprinzips führen.

b) Als wirkliches Positivum konnte die Zusage gewertet werden, dass die illegale nationalsozialistische Partei in allen ihren Gliederungen aufgelöst werde. In dem Papier von Berchtesgaden war ausdrücklich festgelegt worden, dass in Hinkunft alle Verbindungen von staatlichen oder Parteistellen aus Deutschland nach Oesterreich ohne Ausnahme über die Person des neuen Ministers Dr. Seyss zu leiten seien. Andererseits sollte ausschliesslich Dr. Seyss befugt sein, in allen Angelegenheiten, die die Nationalsozialisten im Innern betrafen, mit dem Bundeskanzler zu verhandeln. (Punkt II, 3 des Uebereinkommens.) Diese Bestimmung sicherte die Eingleisigkeit für alle Fragen, die den nationalen Teil der Bevölkerung betrafen.

Dieses Uebereinkommen war nach der Schilderung Dr. Schuschniggs und Dr. Schmidts unter Zwang zustande gekommen. Nach den gegebenen Umständen bezeichneten die beiden Herren das Berchtesgadener Papier als eine glatte Erpressung, die angenommen worden war, um einen deutschen Einmarsch in Oesterreich zu verhindern.

Hitler hat in Berchtesgaden erklärt, er habe die Absicht gehabt, am 26. Feber in Oesterreich einzumarschieren. Er habe sich von diesem Gedanken abbringen lassen und wolle nun in der Form des Abkommens diesen letzten »gütlichen« Versuch unternehmen. Er betonte Schuschnigg gegenüber, dass es das erste Mal in seinem Leben sei, dass er einen fest gefassten Entschluss abändere.

Hitler wollte von Schuschnigg die sofortige bindende Zusage zur getroffenen Vereinbarung. Schuschnigg stellte sich auf den Standpunkt, dass er auf Grund der Verfassung die Zustimmung des Bundespräsidenten brauche, weil er wohl die Demission seines Kabinetts geben, nicht aber eine neue Regierung bestellen könne.

Erst nach langer Verhandlung zeigte sich Hitler bereit, zwei Tage zuzuwarten. Nach diesen zwei Tagen wollte er sich nicht mehr an das Abkommen gebunden erachten. Was das bedeutete, war leicht zu erraten. Es handelte sich offenbar um die Verwirklichung der Grundgedanken des sogenannten »Tavs-Plans«, der die Erzeugung innerer Unruhen als Voraussetzung für eine militärische Intervention zum Ziel hatte. Ueber den Ablauf solcher Ereignisse waren Dr. Schuschnigg und Dr. Schmidt nicht im Unklaren gelassen worden.

Das Abkommen von Berchtesgaden wurde so, das muss der historischen Wahrheit zuliebe festgestellt werden, unter Drohung mit Gewalt abgeschlossen.

Schuschnigg hat in seiner Rede vor dem österreichischen Bundestag den Tag von Berchtesgaden einen harten Tag genannt. Die Entscheidung, vor die der verantwortliche Leiter der österreichischen Politik gestellt war, betraf nicht nur die innerpolitische Gestaltung seines Vaterlandes, sie betraf die Existenz dieses Landes überhaupt, sie betraf darüber hinaus, wie die Geschichte lehrt und noch lehren wird, die künftige Gestaltung des mitteleuropäischen Raums, die Frage, ob der Kontinent in Hinkunft in ideologische Fronten geteilt werden würde, sie betraf die Frage, welches Volk, welches Prinzip und welcher Herr in den künftigen Monaten und Jahren den Anspruch auf den politischen Primat in Europa stellen sollte.

Schuschniggs politisches Hauptprinzip war die Erhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs. Er war geneigt, der Erkenntnis Rechnung zu tragen, dass Oesterreich ein deutscher Staat ist. Deshalb wollte er alle Bedingungen akzeptieren, die ihm tragbar schienen, um auch von der Seite Deutschlands die Anerkennung und die Garantie der österreichischen Unabhängigkeit zu erhalten. Die Situation in Europa war damals so, dass es über die nationale Raison hinaus auch gar keinen anderen Staat mehr gab, dessen Garantie die österreichische Unabhängigkeit hätte sichern können.

Die Garantie der österreichischen Unabhängigkeit durch das deutsche Reich, das wusste Dr. Schuschnigg, war nichts anderes als eine Selbstbeschränkung Hitlers, als ein Verzicht des Nationalsozialismus auf die sofortige Erreichung eines bestimmten Zieles.

Die Aufgabe Schuschniggs bestand deshalb darin, den Reichskanzler zur Erkenntnis zu bringen, dass ein solcher Verzicht letzten Endes dem Reich zum Vorteil gereichen könnte. Hitler hatte die Ziele seiner Politik offen dargelegt. Er wollte die Einverleibung der deutschen Minderheiten in das Reich. Er wollte die Zerschlagung und Aufteilung der Tschechoslowakei. Der Angriff auf die Tschechoslowakei war nur möglich, wenn in einem solchen Fall die Haltung Oesterreichs klar war, so klar, wie die Haltung Polens, Ungarns und Italiens. Die österreichische Unabhängigkeit war für Deutschland nur akzeptabel, wenn die Nationalsozialisten an der Herrschaft in diesem Lande genügend beteiligt waren. Geling das nicht, so war die Anektierung Oesterreichs notwendig.

Schuschnigg war sich über diese Ziele Hitlers im klaren. Er kannte auch die Einstellung der westlichen Staaten, – die zögernde und überaus vorsichtige Haltung Englands, die durch innere Zerwürfnisse geschwächte Position Frankreichs, den Willen Italiens, die deutschen Ambitionen gegen die Tschechoslowakei zu unterstützen. Schuschnigg wusste, dass er allein stand; denn Italien und Ungarn hatten sich mit den deutschen Plänen der C.S.R. gegenüber abgefunden – unterstützten sie. Er hatte so einen ausserordentlich schwierigen, wenn auch nicht hoffnungslosen Standpunkt.

Schuschnigg schätzte die Kräfte des österreichischen Widerstandes hoch ein. Er glaubte daran, dass es möglich sein werde, die unbedingten Oesterreicher in einer Organisation zu vereinigen und in ihrem Widerstandswillen zu bestärken, bis eine neue Weltlage die Möglichkeit bot, einen vernünftigen Weg der Mitte zu gehen. Er wollte eine neue europäische Situation abwarten, um der österreichischen Unabhängigkeit eine machtpolitisch-dogmatische Festigkeit zu geben. Eine noch weitere Annäherung an Deutschland schien ihm im Hinblick darauf kein Fehler zu sein. In dieser Politik wurde er von seinen aussenpolitischen Ratgebern bestärkt.

Schuschnigg sah im deutschen Zustand vom Feber 1938 durchaus keine Endsituation. Er war der Meinung, dass sich die inneren Verhältnisse des Reichs im Laufe der nächsten Jahre so ändern könnten, dass eine Annäherung der beiden Standpunkte, ohne Preisgabe der österreichischen Selbständigkeit, möglich würde. Diese Veränderungen im deutschen Reich brauchten durchaus nicht gegen den Nationalsozialismus gerichtet zu sein. Sie konnten eine Normalisierung des nationalsozialistischen Revolutionszustandes auf einer ruhigen Basis darstellen. Ein solcher Zustand, der auch von vielen konservativen Stellen des deutschen Reichs erwartet wurde, hätte die einverständliche Regelung nicht nur der innerösterreichischen, sondern auch der südost-europäischen Fragen in einem gesamtdeutschen Sinn möglich gemacht. Oesterreich hätte bei einer solchen Entwicklung eine auch für das deutsche Reich überaus nützliche Rolle spielen können.

Schuschnigg wollte über eine ausserordentlich schwierige Zeit hinweg. Er wusste, dass das unter den gegebenen Umständen Konzessionen kostete. Aber er wollte sich die Wege in die Zukunft in keiner Weise verbauen lassen.

An einer nicht zu fernen Entwicklungsstufe sah der österreichische Bundeskanzler die Möglichkeit zur Verwirklichung seiner Reichsgedanken, in denen auch der monarchistische Gedanke eine wesentliche Rolle spielte, ebenso wie die Ueberzeugung, dass er letzten Endes das Rezept finden würde, die Rechte der kleinen Nationen im mitteleuropäischen Raum zu sichern und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Er unterschätzte bei dieser Ueberlegung den deutschen Willen zum Machtstaat. Er verkannte den Begriff der Nation, wie er vom Nationalsozialismus geprägt wird. Es gibt nicht »Deutsche«, sondern nur das deutsche Volk, »die Volksgemeinschaft«. Es gibt keine Interessen, keine Bedürfnisse einzelner Deutscher, sondern nur ein Gesamtinteresse des deutschen Volkes. Das deutsche Volk aber wird repräsentiert durch die nationalsozialistische Partei. Das Interesse des deutschen Volkes ist das Interesse der nationalsozialistischen Partei. Was das Interesse der nationalsozialistischen Partei zu sein hat, bestimmt der Führer dieser Partei. (Hier drängt sich einem

die russische Parallele auf: Das russische Interesse ist das Interesse der russischen Arbeiter und Bauern. Die russischen Arbeiter und Bauern werden repräsentiert durch die kommunistische Partei. Das Interesse des Proletariats ist das Interesse der Partei. Was das Interesse der Partei ist, bestimmt Stalin.) Schuschnigg verstand unter Volkspolitik den Ausgleich zwischen den Interessen der einzelnen Gruppen, aus denen sich das Volk zusammensetzt. Das sind Parteien, das sind Stände, das sind Stämme, das sind Länder. Dieser Ausgleich der Interessen wäre so zu suchen, dass unter Berücksichtigung der äusseren Lage die Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung der Gesamtheit des Volkes oder besser der Gesamtheit der Staatsbürger gefördert würde.

Der Nationalsozialismus sieht das Volk, die Volksgemeinschaft aus einem ganz anderen Gesichtswinkel. Für ihn heisst Volkspolitik, das anordnen, was man als Führer für die Volksgemeinschaft für richtig und förderlich hält. Die Volksgemeinschaft ist in sich nicht differenziert. Es gibt keine Sonderaufgaben und keine Sonderbegabung, sondern nur gleiche Aufgaben. Das hat Hitler in einer Rede nach der Eroberung Oesterreichs klar ausgesprochen. In Berchtesgaden kam Hitler während der Mahlzeit auf dieses Thema zu sprechen. Er sagte, die Kraft des Gemeinsamen sei im deutschen Volk heute so stark, das sich jeder einzelne gerne für die Volksgemeinschaft opfere. Dieser Gemeinschaftsgeist und dieser Verzicht auf die Einzelexistenz sei so gross, dass er die alten Bindungen, wie sie etwa in der Familie vorhanden seien, leicht überwinde.

Er erzählte als Beispiel ein Erlebnis, das er gehabt habe, als er die Angehörigen der deutschen Matrosen sah, die einem Bombenanschlag in Spanien zum Opfer gefallen waren. Die Mütter hätten den Schmerz über den Verlust ihrer Söhne, im Bewusstsein, dass sie im Dienst der Volksgemeinschaft gefallen sind, leicht überwunden. Die Schwestern, die im »Bund deutscher Mädchen« stehen, hätten stärker als die Trauer, den Stolz empfunden, dass ihre Brüder ihr Leben als Opfer für die Volksgemeinschaft dargebracht haben. Nur die Bräute seien von wildem Schmerz geschüttelt worden. Hier sei eben der natürliche Trieb der Liebe im Augenblick stärker. Aber auch sie hätten sich in der Kraft des Gemeinsamen wiedergefunden.

Alles ist, nach der Auffassung des Nationalsozialismus, dem unterzuordnen, was die Gemeinschaft verlangt, was der Gemeinschaft dient. Der Führer aber hat vom Volk die Legitimation, Zielrichtung, Aufgabe und Weg anzuordnen. Seine Legitimation ist umfassend. Er kennt keine Verfassung. (Formaliter ist heute noch die Verfassung der vielgeschmähten Weimarer Republik in Kraft.) Er ist, wie er nach dem 30. Juni 1934 vor dem Reichstag selbst erklärte, in bedrohlichen Augenblicken auch oberster Richter und Herr über Leben und Tod. Er ist im Stande, illegal Geschehenes nach der Tat durch sein Wort zu legalisieren.

Diese völlige Umwandlung des Begriffes »Volk« hatte Dr. Schuschnigg nicht in seiner ganzen Bedeutsamkeit zur Kenntnis genommen. Er dachte sich das Volk so, wie man es sich im deutschen Raum seit eh und je vorgestellt hatte. Er hatte das geistige Reich der Deutschen vor Augen. Er sah nicht, dass die Identifizierung der beiden Begriffe Volk und Staat, von denen er wusste, dass sie nicht gleichzusetzen sind, dem Nationalsozialismus bereits gelungen war. Allerdings durch eine völlige Abwandlung des Inhalts der beiden Begriffe, – wenn man will, durch eine Vergewaltigung.

Das sogenannte Abkommen von Berchtesgaden erhielt erst zwei Tage später Rechtskraft. Der österreichische Bundeskanzler verpflichtete sich lediglich für seine Person. Er erklärte sich bereit, dem Bundespräsidenten so über die deutschen Vorschläge zu berichten, dass mit einer Zustimmung auch seinerseits gerechnet werden konnte.

Der Grund, der Dr. Schuschnigg dazu veranlasste, die Berchtesgadener Forderungen für seine Person zu akzeptieren, lag einerseits in der Ueberzeugung, dass die deutsche Garantie unter den gegebenen Verhältnissen eine unerlässliche Grundlage der Sicherung des österreichischen Staatswesens sei. Das umso mehr, als die innerpolitische Entwicklung und der italienische Ratschlag nach einem Ausgleich drängten. Andererseits war er sich darüber im Klaren, dass eine gewaltsame Auseinandersetzung im besten Fall zu einem grossen Krieg geführt hätte, in dem Oesterreich der Kriegsschauplatz gewesen wäre. Hitler selbst stellte an Schuschnigg die Frage: »Wollen Sie, dass aus Oesterreich ein zweites Spanien wird?«

Auch über die Gefahr und die Möglichkeit eines europäischen Krieges sprach Hitler in Berchtesgaden ausführlich zu Schuschnigg. Er umriss die aussenpolitische Lage des Reiches und charakterisierte die europäischen Staaten.

Das englische Imperium hält Hitler für einen tönernen Koloss. Die Dominions würden in einem Kriegsfall in Europa nicht auf Seiten des Imperiums stehen. In den einzelnen Teilen dieses Reiches habe sich ein nicht zu unterschätzender Wille zur Selbständigkeit entwickelt, der insbesondere in dem Augenblick in Erscheinung treten würde, in dem man an die Dominions die Forderung stellen würde, für eine Sache in einen Krieg einzutreten, die das englische Imperium nicht direkt und sie selbst überhaupt nicht berühre. Er hielt den Zerfall des englischen Weltreichs für möglich – im Falle schwerer kriegerischer Erschütterungen sogar für wahrscheinlich.

Frankreich sei, so meinte Hitler, infolge seiner inneren Verwirrung und Zerklüftung, ohnmächtig. Die Rolle Frankreichs in der europäischen Politik sei, wenn nicht ausgespielt, so doch wesentlich reduziert.

An der Freundschaft mit Italien wolle er unbedingt festhalten. Darüber hinaus sei Mussolini auf die Freundschaft mit Deutschland angewiesen.

Er könne in der geschwächten Lage, in der er sich nach dem abessinischen Krieg und der spanischen Auseinandersetzung befinde, auf die Freundschaft des starken deutschen Reiches auf keinen Fall verzichten. Den Kampfwert der italienischen Armee schätzte er ausserordentlich gering ein. In einem Konfliktsfall, so sagte er, würden 100.000 deutsche Soldaten genügen, um die italienische Armee über den Haufen zu werfen. Welchen Eindruck diese Aeusserung später auf den italienischen Regierungschef machte, werde ich noch erzählen.

Das Résumé dieser aussenpolitischen Rundschau gipfelte in der Feststellung, dass Deutschland stark und seine Position gesichert sei. Das Reich brauche nicht mehr untätig zuzusehen, wenn irgendwo in der Welt deutschen Volksangehörigen irgend ein Leid geschehe.



Das Mittagessen nahmen die Oesterreicher als Gäste Hitlers ein. Die Tischgespräche waren höflicher Art. Hitler erzählte, in Hamburg sollte ein Tunnel gebaut werden. Daneben bestehe auch die Möglichkeit eines Brückenbaues, der allerdings erheblich teurer sei. Er werde aber die Brücke bauen lassen, damit Deutschland eine längere Brücke habe als die Amerikaner, die derzeit die grösste Brücke der Welt besäßen. Ebenfalls in Hamburg werde er eine grössere Zahl von Wolkenkratzern bauen lassen, damit die Amerikaner, wenn sie nach Europa kommen, sehen, dass das deutsche Volk auch so viel könne, wie sie.

Hitler ist davon überzeugt, dass er dem deutschen Volk von der Vorsehung gesendet ist. Das ging aus seinen Reden klar hervor.

»Ich bin den steilsten Weg gegangen«, sagte er, »den je ein Deutscher zurückgelegt hat.«

Nach seiner Meinung ist das deutsche Volk das tüchtigste und stärkste der Welt.

Die Gespräche entbehrten, wie Dr. Schmidt erzählte, auch nicht persönlicher Höflichkeit. Hitler erzählte, dass demnächst ein neues Kriegsschiff vom Stapel gelassen werde, das den Namen des österreichischen Admirals Tegetthoff erhalten sollte. (Tegetthoff ist in die Ruhmesgeschichte der österreichischen Armee eingegangen, weil er 1866 die Italiener bei Lissa im adriatischen Meer vernichtend geschlagen hatte.) Zu diesem Stapellauf wollte Hitler neben Admiral Horthy auch Bundeskanzler Schuschnigg einladen. Er besprach das eine und andere Detail der Feierlichkeit.

Es ist richtig, dass Hitler im Verlauf des Berchtesgadener Gesprächs auch die Möglichkeit einer Volksabstimmung erwähnte. Er stellte sich ein solches Plebiszit aber so vor, dass die Wahl zwischen Schuschnigg oder Hitler zu treffen gewesen wäre. Hätte, so ist nachträglich zu fragen, das deutsche Reich eine Wahlniederlage seines Staatsoberhauptes, hätte der Nationalsozialismus eine Wahlniederlage seines Führers ertragen? Welche Mittel hätte das deutsche Reich, hätte der Nationalsozialismus anwenden müssen, um auch nur die entfernte Möglichkeit einer solchen Niederlage auszuschalten?

Das sind Details. Die Besprechungen in Berchtesgaden waren in ihrer Summe nichts anderes als die Bekanntgabe und Endformulierung der Bedingungen, unter denen Hitler bereit war, nicht in Oesterreich einzumarschieren. Die Entscheidung sollte am gleichen Tag fallen. Schuschniggs Erfolg bestand darin, dass er die Bedingungen erleichterte und den Termin um einige Tage hinausschob. Um dieses Ziel zu erreichen, verhandelte man stundenlang. Um dieses Ziel bemühte sich auch Staatssekretär Dr. Schmidt, der im neuen deutschen Reichsaussenminister einen durchaus verständigen und vernünftigen Verhandlungspartner gefunden hatte.

Ich war nach der Lektüre des Vertragspapiers naturgemäss sehr konsterniert. Die Vereinbarungen gingen weit über das hinaus, was ich mit Dr. Seyss vereinbart hatte. Die Ernennung des Dr. Seyss zum Sicherheitsminister musste eine schwere Erschütterung der Stimmung in den Kreisen der vaterländischen Front mit sich bringen.

Wer die österreichische Gendarmerie und Polizei kannte, musste wissen, dass die Bestellung des nationalsozialistischen Vertrauensmannes zum Sicherheitsminister die Gemüter auch der treuen

Beamenschaft ausserordentlich verwirren musste. Die Polizei und die Gendarmerie waren seit vier Jahren im schwersten innerpolitischen Kampf gestanden und hatten die Hauptlast der Auseinandersetzungen zu tragen gehabt. Wir wussten, dass in der Wiener Polizei und in der Gendarmerie nationalsozialistische Zellen bestanden. Trotzdem war der Gesamtapparat bei geradliniger Führung absolut verlässlich. Er war im Februar 1938 sicherlich verlässlicher als im Juli 1934. Die abgekämpfte Exekutive in diesem Augenblick, in dem es aller Welt klar war, dass der ganze Staat unter dem schwersten deutschen Druck stand, einem Nationalsozialisten als oberstem Chef zu unterstellen, bedeutete eine Katastrophe. Die vaterländische Bevölkerung musste, ob mit Recht oder mit Unrecht, das Gefühl haben, dass die Polizei nicht mehr auf ihrer Seite stehe.

Ich machte Dr. Schuschnigg auf diese Gefahr aufmerksam. Die übrigen Punkte des Uebereinkommens schienen mir im Vergleich zu diesem einen Punkt von geringerer Bedeutung zu sein. Ich hatte schon lange vorher gesagt, dass eine Berufung des Dr. Seyss in die Regierung richtig gewesen wäre. Statt Minister Glaise-Horstenau, der lediglich Interventionen verfasste und als Briefkasten fungierte, in den die Regierung die Briefe steckte, die sie an die Nationalen gelangen lassen wollte und umgekehrt, einen verantwortlichen Nationalen im Kabinett zu haben, dessen eigenes Wort band und der über eine eigene Gefolgschaft verfügte, die unter allen Umständen zu ihm hielt, auch wenn er den plausiblen nationalen Weg aus Staatsraison verlassen musste, (was unvermeidlich war), schien mir unter den gegebenen Verhältnissen immer noch richtig zu sein. Diesem Vertrauensmann der nationalen Kreise aber das Sicherheitsministerium anzuvertrauen, hielt ich für einen schweren Fehler, weil das unsere Gefolgschaft einschüchtern und die Nationalsozialisten zu Aktionen ermutigen musste, die die Gefahr des Bürgerkrieges zu einer permanenten machten.

Der Bundeskanzler antwortete mir, er wisse genau, um was es sich handle, aber hier gelte es nun lediglich, anzunehmen oder abzulehnen. Im Falle der Annahme müsse auch dieser Punkt akzeptiert werden. Im Falle der Ablehnung sei er genau so wie alle anderen Punkte illusorisch.

Es wurde besprochen, dass der Bundeskanzler am Nachmittag, gemeinsam mit Dr. Schmidt, den Bundespräsidenten besuchen sollte. Ich erhielt den Auftrag, Dr. Seyss zu mir zu bitten, um das Programm für die weitere Arbeit festzulegen. Der Bundeskanzler nahm an, dass Dr. Seyss vom Inhalt des Abkommens noch keine Kenntnis habe.

Ich ging mit Dr. Schmidt durch den regnerischen Sonntagmorgen zu seiner Wohnung in der Prinz-Eugen-Strasse. Die Passanten erkannten uns, grüssten, blieben stehen, sahen uns nach. Es mag keiner unter ihnen gewesen sein, der nicht bange oder gespannt gerne die Frage gestellt hätte: »Was ist in Berchtesgaden geschehen?«

Dr. Seyss war erst gegen Mittag zu erreichen. Ich lud ihn ein, mit mir zu essen. In kurzen Andeutungen erzählte ich ihm den Sinn des Berchtesgadener Gesprächs, ohne auf einzelne Abmachungen einzugehen, mehr stimmungsmässig als real. Ich hatte den sicheren Eindruck, dass er vom Ausgang der Aussprache und dem Inhalt des Abkommens noch keine Kenntnis hatte. Dr. Seyss versuchte nun, mir Hitlers Haltung psychologisch zu erklären. Er meinte, der Reichskanzler habe nun endlich einmal Gelegenheit gehabt, alles das, was sich in ihm seit Jahren aufgestaut hatte, von

der Seele zu reden. Jetzt, nach diesem Gewitter, sei die Atmosphäre gereinigt. Jetzt könne eine vernünftige Arbeit beginnen. Die Drohungen nahm er als Drohungen, die sicherlich nicht realisiert würden. Er glaubte nach seinen Informationen an die Verständigungsbereitschaft Hitlers, die so weit gehe, dass dem österreichischen Standpunkt genügend Rechnung getragen werden könne. Das Gespräch, dem in seinem letzten Teil auch Dr. Schmidt beiwohnte, zeigte die Bereitschaft des Dr. Seyss zu loyaler Mitarbeit. Es war nie davon die Rede, dass sich Dr. Seyss etwa nicht auf den Boden der österreichischen Selbständigkeit stellte. Auch jetzt wiederholte er das, was er mir und vielen anderen zu wiederholten Malen gesagt hatte: Er verurteile die »Gau-8«-Politik, womit gemeint war, dass er eine Gleichschaltung Oesterreichs ablehne.

Die Besprechung mit dem Bundespräsidenten gestaltete sich sehr schwierig. Miklas weigerte sich, sein Einverständnis zu geben. Er stellte fest, dass das Ultimatum mit der Würde Oesterreichs als souveräner Staat nicht vereinbar sei. Nach langen Auseinandersetzungen zwischen ihm, Schuschnigg und Schmidt, änderte er seinen Standpunkt ab. Er schlug vor, das Ultimatum zwar anzunehmen, aber zugleich die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, dass die österreichische Regierung unter der Drohung der Gewalt gezwungen worden sei, das Vertragsinstrument zu unterzeichnen. Dieser Vorschlag war schwer zu verwirklichen, weil er gewisse Inkonsequenzen in sich trug. Eine Publikation der Umstände, unter denen in Berchtesgaden verhandelt worden war, musste naturgemäss den Zorn Hitlers erst recht reizen. Bevor er sich endgültig entschied, berief der Bundespräsident zu seiner Beratung einige Herren zu sich, zu denen er besonderes Vertrauen hatte. Es waren dies der ehemalige Bundeskanzler und Autor der Verfassung von 1934, Dr. Otto Ender, der Bürgermeister von Wien, Richard Schmitz, der Reichsbauernführer und Landeshauptmann von Niederösterreich, Joseph Reither, der Präsident des Bundes der Gewerbetreibenden, Ing. Julius Raab und der Präsident der Arbeiterkammer, Josef Staud.

Auch der Bundeskanzler berief diese Persönlichkeiten zu sich, um sich mit ihnen zu beraten. Er wollte das Einverständnis aller ständischen Gruppen einholen, bevor er sich selbst dazu entschloss, die Kanzlerschaft weiter zu behalten. Die Annahme des Ultimatus von Berchtesgaden erfolgte so nach ausdrücklicher Zustimmung durch den Bundespräsidenten und die Hauptrepräsentanten der ständischen Gruppen.

Dr. Schmidt erzählte mir am nächsten Tag folgendes: Als Dr. Schuschnigg seinerzeit, nach dem tragischen Tod seiner Frau in seine Wiener Wohnung zurückgekehrt war, die sich damals im Landesverteidigungsministerium befand, sass er, menschlich zutiefst erschüttert und zerwühlt auf einem Stuhl, über dem ein Bild hing. Während des Gesprächs betrachtete Dr. Schmidt das Bild genauer. Es stellte die Landschaft bei Linz dar, in der sich die Tragödie abgespielt hatte.

Als der Bundespräsident den Bundeskanzler und Dr. Schmidt nach ihrer Rückkehr aus Berchtesgaden in seiner Wohnung in der Hainburgerstrasse empfang, sass der Bundeskanzler, während er seinen Bericht erstattete, unter einem Bild, dessen Schildchen berichtete »Landschaft bei Berchtesgaden«.

Dr. Schuschnigg erklärte seine Auffassung über die Lage nach Berchtesgaden seinen Mitarbeitern gegenüber so: Entweder werde das Abkommen angenommen, dann sei er bereit, die Kanzlerschaft weiterzubehalten und dafür zu sorgen, dass der Weg seiner Politik ein österreichischer Weg bleibe, auch wenn sich das Verhältnis zu Deutschland verbessere, und der akute Kriegszustand gegen den Nationalsozialismus nicht mehr in Erscheinung trete. Die zweite Möglichkeit liege darin, den Vertrag abzulehnen. Unter dieser Voraussetzung würde er vorher seine Demission geben, um einer anderen Regierung Platz zu machen, die die Aufgabe zu übernehmen hätte, einen bedingungslosen Abwehrkampf zu führen. Er selbst hielt sich an das Wort, das er in Berchtesgaden verpfändet hatte, gebunden. Er hielt es darüber hinaus auch für richtig, die deutschen Forderungen zu erfüllen, um dadurch einem offenen Kampf des Reiches gegen Oesterreich auszuweichen. Für den Fall, dass trotz seiner Nachgiebigkeit und trotz getreuer Erfüllung der Vertragspunkte das deutsche Reich einen Angriff auf Oesterreich unternehme, glaubte er von der Seite Italiens sowohl als auch von der Seite der Weststaaten starke moralische, gegebenen Falles auch effektive Hilfe zu erhalten.

Einem Generalangriff des deutschen Reiches, der auf mehreren Linien zugleich zu erwarten war: Aufstand im Innern, hemmungslose Propaganda durch die deutsche Presse, den deutschen Rundfunk und ins Inland gebrachte Druckschriften, Einmarsch der deutschen Wehrmacht oder Einmarsch der österreichischen Legion, hielt er bei aller hohen Einschätzung der Widerstandskräfte im Innern, das Land in der damaligen europäischen Situation für nicht gewachsen.

Mir fiel die schwierige Aufgabe zu, den Funktionären der vaterländischen Front die Situation zu erklären. Ich sollte dafür sorgen, dass die Stimmung und die Zuversicht nicht verloren gehen. Ich stützte mich in den Mitteilungen, die ich an die verschiedenen Stellen ausgab, auf diejenigen Punkte des Berchtesgadener Papiers, die positiv zu deuten waren:

1. Die Zusage, die illegalen Verbände aufzulösen.
2. Die Absage Hitlers an die Illegalität.
3. Die Tatsache, dass der Führer des Nationalsozialismus den österreichischen Bundeskanzler nach Berchtesgaden eingeladen hatte. Denselben Bundeskanzler, den man in den illegalen Schriften als Terroristen bezeichnet hatte, mit dem es keine Verhandlungen gab.
4. Die Tatsache, dass das Uebereinkommen als eine Abmachung im Rahmen des Vertrages vom 11. Juli 1936 aufzufassen sei, woraus sich eine neuerliche Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs durch das deutsche Reich ergab.

Diese Kommentare klangen naturgemäss nicht so überzeugend, wie es die aufgeschreckte Stimmung unserer Anhänger erfordert hätte. Die negativen Seiten des Berchtesgadener Papiers sollten noch nicht bekanntgegeben werden. Dadurch wurde allen Gerüchten freier Lauf gelassen.

Die publizistische Auswertung der Situation nach Berchtesgaden war für den Bundespressdienst eine schwere Aufgabe. Dazu kam, dass die Bevölkerung über die tatsächliche Lage im Unklaren gelassen wurde. Die Massnahmen, die ausgemacht worden waren, wurden der Öffentlichkeit tropfenweise eingegeben. Die Unsicherheit stieg dadurch zusehends. Als nach vielen Tagen in einem Communiqué bekanntgegeben wurde, dass nun *alle* Massnahmen, die mit Berchtesgaden in

Zusammenhang stehen, veröffentlicht seien, glaubte das kein Mensch mehr. Dazu kam, dass die ausländische Presse ziemlich gut informiert war und trotz aller Verbote doch in die Hände des Publikums kam.

Der Amtswalter der vaterländischen Front bemächtigte sich eine tiefe Niedergeschlagenheit, die bis zur Reichstagsrede Hitlers noch grösser wurde. Von dieser Depression waren nicht nur untere Stellen erfasst, sondern auch höhere Funktionäre, insbesondere einzelne Landesführer.

Im ganzen Bundesgebiet begannen nun Demonstrationen nationalsozialistischer Anhänger. Das steigerte die Begehrlichkeit der »volkspolitischen Referenten«, die ihrerseits Angst hatten, in einen vollkommenen Gegensatz zu den illegalen Parteigrössen zu kommen. Die Illegale aber befand sich nach Berchtesgaden in einer sonderbaren Verfassung.

Der erste Eindruck, den die Berchtesgadener Zusammenkunft auf die illegale Partei machte, war ein niederschmetternder. Man hörte die Meinung, dass Hitler die österreichischen Nationalsozialisten verraten habe. Ein führender österreichischer Nationalsozialist sagte mir sehr missmutig: das, was hier geschehen sei, sei eine echte »Hitlerlösung«. Damit wollte er zum Ausdruck bringen, dass Hitler für das Gefühl der radikalen Parteigenossen zu nachgiebig sei.

Freilich war, insbesondere in den Kreisen der alten Parteigarde, auch das gläubige Vertrauen vorhanden, mit dem die echten Nationalsozialisten kritiklos und gefolgschaftsbereit jede Handlung ihres Führers hinnehmen. Alles, was er tut, sind Handlungen eines Gottesgesandten, eines »weltlichen Erlösers«, wie ihn eine österreichische Zeitung nach dem Umsturz bezeichnet hat.

Schuschnigg hatte in Berchtesgaden den Versuch unternommen, Hitler dazu zu bringen, ihm den auf Oesterreich Bezug nehmenden Passus seiner Reichstagsrede bekanntzugeben. Hitler beschränkte sich auf die Feststellung, dass er für den Fall der Unterzeichnung des Abkommens »freundlich« sprechen werde.

Wir erwarteten die Reichstagsrede mit grosser Spannung. Zum ersten Mal wurde eine Rede Hitlers im vollen Umfang durch den österreichischen Rundfunk verbreitet. Es war auch die Erlaubnis gegeben worden, die Uebertragung gemeinschaftlich anzuhören. Nach Schluss der Rede bildeten sich überall im ganzen Bundesgebiet, von diesen Gemeinschaftsübertragungen ausgehend, Umzüge. In vielen Fällen wurden Rufe »Heil Hitler – Heil Schuschnigg« laut. Im Allgemeinen war die Stimmung nach dieser Rede so, dass sie in unseren Kreisen einen neuerlichen Stimmungseinbruch herbeiführte und die Nationalsozialisten, die in den ersten Tagen sehr unsicher und kopflos gewesen waren, neuerlich aufrichtete.

Hitler liess sich in seiner Rede vor dem deutschen Reichstag alle Möglichkeiten offen. Der Dank, den er dem österreichischen Bundeskanzler vor aller Weltöffentlichkeit abstattete, und die Feststellung, dass es sich in Berchtesgaden um Vereinbarungen gehandelt habe, die als eine Erweiterung des Abkommens vom 11. Juli 1936 aufzufassen seien, konnte den Schluss offen lassen, dass es Hitler mit diesem Abkommen ernst sei, und dass er den Willen habe, die Unabhängigkeit Oesterreichs zu respektieren. Freilich war das, was er sagte, weniger als das, was wir uns unter einer

freundlichen Rede vorstellten. Freundlich konnten diese Wendungen nur in einem relativen Sinn sein, wenn man sie mit den Ausführungen verglich, die der deutsche Reichskanzler dem damaligen englischen Aussenminister Eden widmete.

Der wesentliche Passus seiner Rede war nun allerdings der, in dem Hitler von den zehn Millionen Deutscher sprach, die an den Grenzen des Reiches leben und wegen ihres Bekenntnisses zum Deutschtum den grössten Unterdrückungen ausgesetzt seien.

Dieser Passus wandte sich offensichtlich trotz des getroffenen Uebereinkommens, auch gegen Oesterreich, richtete sich freilich auch gegen die Tschechoslowakei, gegen Polen, gegen Ungarn, gegen Dänemark, gegen Belgien, Rumänien – und gegen Italien.

Diese zehn Millionen Deutscher ausserhalb der Grenzen des damaligen deutschen Reiches bedeuteten ein umfassendes Mitteleuropaprogramm des Führers des deutschen Staates. Diese Wendung zeigte, dass Oesterreich nur ein Anfang sein sollte, ein Glied in der grossen Kette, dass das deutsche Reich nun daran gehen werde, unter der Parole der Befreiung seiner Volksgenossen in fremden Staaten ein neues aussenpolitisches Programm abzuwickeln, das zu einer Umgestaltung Europas führen musste.

Es ist begreiflich, dass diese Ankündigung die Nationalsozialisten Oesterreichs siegesgewiss machte, denn sie wussten, dass es nur durch einen gewaltsamen Eingriff des deutschen Reiches möglich sein würde, die österreichischen Verhältnisse in ihrem Sinne umzugestalten. Sie selbst waren ziffernmässig viel zu schwach, um je die Aussicht zu haben, auf irgend einem selbständigen Weg in Oesterreich zur Macht zu kommen.

Es ist weiterhin begreiflich, dass diese Rede unsere Anhänger deprimierte. Sie sahen, dass, wenn auch wahrscheinlich ohne ursächlichen Zusammenhang, der englische Aussenminister unmittelbar nach der Rede des deutschen Reichskanzlers zurücktrat, sie sahen die krisenhafte Situation in Frankreich und erstaunten über das Schweigen Italiens. Sie wussten, dass Oesterreich einem deutschen Gewaltakt nicht gewachsen war. Wie konnte sich die Situation entwickeln? Die österreichische Regierung schwieg.

Der Bundeskanzler zögerte, die Massnahmen rasch durchzuführen, die in Berchtesgaden vereinbart worden waren. Nach meiner Ueberzeugung hätte man unmittelbar nach Berchtesgaden die neue Machtverteilung durchführen müssen. Es hätte keine Rolle gespielt, wenn man den Nationalsozialisten in den Ländern und Gemeinden eine Anzahl von Mandaten rasch übergeben hätte. Das hätte die Sachlage geklärt und die neue Situation in allen Instanzen für jedermann klar in Erscheinung treten lassen.

Die Regierungsumbildung wurde hinausgeschoben. Die Rede des Bundeskanzlers im Bundestag lag zeitlich weit von der Rede Hitlers im Reichstag, noch weiter von Berchtesgaden.

Die Intervalle, die angefüllt waren mit Demonstrationen, mit der Bekanntgabe von Einzelmassnahmen, zermürbten den Widerstandsgeist unserer Anhänger, die durch einen

fünfjährigen Kampf, in dessen Verlauf sich zwei Bürgerkriege ereignet hatten, erschöpft waren, noch weiter.

Der Bundeskanzler mag seine guten Gründe für das Hinausziehen der Aktionen (Regierungsumbildung, Klärung des neuen Verhältnisses im Innern und Rede im Bundestag), gehabt haben. Ich nehme an, dass diese Gründe aussenpolitischer Natur waren und sich auf Zusagen fremder Mächte stützten, die ein Hinauszögern der österreichischen Frage für notwendig hielten, um inzwischen ihrerseits verschiedene Aktionen, die in Schweben waren, zu Ende zu führen.

Endlich entschloss sich Dr. Schuschnigg, die Regierungsumbildung durchzuführen und vor die Öffentlichkeit zu treten.

Die Rede des Bundeskanzlers im Bundestag war in ihrer Wirkung ungeheuer. Sie riss die Stimmung des ganzen Landes noch einmal hoch, zeigte noch einmal die Kräfte, die hinter der Regierung standen und war ein verheissungsvoller Auftakt.

### Der »Deutsche Frieden«

Die Nationalsozialisten haben die Behauptung aufgestellt, Schuschnigg hätte das Uebereinkommen von Berchtesgaden gebrochen. Die Wahrheit lautet anders. Das Uebereinkommen von Berchtesgaden ist vom deutschen Reichskanzler und Führer der nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gebrochen worden.

Wenige Tage nach der Rückkehr des Bundeskanzlers wurde der ehemalige Hauptmann des Bundesheeres, Klausner, mit je einer Persönlichkeit aus allen Bundesländern nach Berchtesgaden berufen. Obwohl eindeutig vereinbart worden war, dass die illegalen Organisationen aufzulösen seien, ernannte Hitler den Hauptmann Klausner an Stelle des abgetretenen Hauptmanns Leopold zum Landesleiter der illegalen Partei in Oesterreich und gab ihm für jedes Bundesland einen Gauleiter zur Seite. Diese Massnahme Hitlers steht in einem absoluten Widerspruch zum Wortlaut und Sinn des Papiers von Berchtesgaden. In die neue Landesleitung wurde Herr Odilo Globotschnigg als Stabsleiter für die Organisation und Dr. Friedrich Rainer als politischer Stabsleiter berufen. Die Person des Dr. Seyss-Inquart, der nach den Vereinbarungen von Berchtesgaden als alleinige Verbindungsperson zwischen staatlichen und Parteistellen hätte fungieren müssen, wurde übergangen. Seyss äusserte mir gegenüber grosses Missvergnügen über diese Brückierung seiner Person.

Die neuernannten Gauleiter versammelten sich wenige Tage später zu einer Sitzung in Wien, in der sie den Beschluss fassten, die bisherigen Parteiformationen in legale Formationen zu überführen. Dieser Beschluss der Parteiführung wurde dem Sicherheitsminister Dr. Seyss durch ein Schreiben des Dr. Friedrich Rainer mitgeteilt. Ich habe diesen Brief gelesen. Dr. Seyss übergab ihn mir zur Lektüre anlässlich der letzten Konferenz der Sicherheitsdirektoren, die unter seinem Vorsitz stattfand, und zu der ich als Generalsekretär der vaterländischen Front traditionsgemäss eingeladen worden war. In diesem Brief wurden wieder neuerliche Bedingungen genannt.

Man machte die Auflösung der illegalen Formationen von der vorherigen Uebergabe von Mandaten in die Gemeinde- und Landtage, die berufsständischen Körperschaften, die vorberatenden Organe der Bundesgesetzgebung und von weitgehenden Zugeständnissen auf dem Gebiete des Vereins- und Pressewesens, sowie der Amtswalterstellen in der V.F. und ihren Werken abhängig.

Ich machte Dr. Seyss darauf aufmerksam, dass es unmöglich sei, nun wiederum vor neue Bedingungen gestellt zu werden, dass es sich ja bei der Auflösung der Illegale um nichts anderes handelte, als um die Erfüllung der in Berchtesgaden klar vereinbarten Dinge.

Dieser Brief, den der nunmehrige Gauleiter von Salzburg und damalige politische Stabschef der neuen Landesleitung, Dr. Friedrich Rainer, im Auftrag der neuen Landesleitung an Dr. Seyss schrieb, stellt zwei Tatsachen fest:

1. Hitler hatte nach Berchtesgaden eine neue illegale Landesleitung bestellt, und
2. diese neue Landesleitung knüpfte an die Einhaltung der in Berchtesgaden vereinbarten Aktionen neuerliche Bedingungen.

Es zeigte sich übrigens, dass diese neue Landesleitung nicht im Stande war sich durchzusetzen.

Die Ernennung der neuen Landesleitung bedeutete den Sieg der jungen S.S.-Führer, die sich der Person des Dr. Seyss als Zwischenführer bedient hatten, über den Hauptmann Leopold Globotschnigg, Rainer, Kaltenbrunner, Mühlmann waren S.S.-Funktionäre, während der Kreis um Hauptmann Leopold in der Hauptsache der S.A. angehörte. Was hier geschah, war ebenso eine Aktion gegen Oesterreich wie eine Aktion der S.S. gegen die S.A.

Dr. Seyss war in diesem Spiel, obwohl er persönlich geachtet wurde, nicht mehr als eine Schachfigur. Das Gesetz des Handelns lag bei seinen Mitarbeitern, die nun die neue Parteileitung in der Hand hatten, deren Chef, Klausner, aber von ihnen gradeso geleitet wurde wie Dr. Seyss. Es besteht kein Zweifel darüber, dass diese Gruppe von Personen ein Doppelspiel trieb. Sie liess den Minister im Kabinett und bestärkte ihn, seine Politik der Loyalität weiterzutreiben, – zugleich aber machte sie mit der Partei die radikale Politik, um die innere Befriedung, die der Kanzler anstrebte, unmöglich zu machen. Sie übernahm dabei kein grosses Risiko. Die Exekutive der Staatsgewalt lag ja in den Händen ihres Freundes Seyss.

Die Gefahr, in der sich Dr. Seyss mit seiner Politik befand, sah ein gründlicher Kenner der nationalsozialistischen Methoden, der Botschafter Franz von Papen, ganz klar. Am 9. März machte er, der ja seinen Wiener Posten verlassen sollte, mir einen Abschiedsbesuch. Bei dieser Gelegenheit sprach er die Hoffnung aus, dass es nun gelingen werde, zur inneren Ruhe in Oesterreich zu kommen. Ich sagte ihm, ich sähe für Minister Seyss grosse Schwierigkeiten voraus. Das bestätigte mir Herr von Papen eifrig und sagte: »Seyss muss sich eine Sonderpolizei gegen die Partei schaffen, sonst wird er mit ihr nicht fertig werden. Göring hat das ebenso gemacht.«

In Oesterreich wusste es jedes Kind, dass sich eine Verlagerung der innerpolitischen Kräfteverteilung vorbereitete. Es war deshalb selbstverständlich, dass sehr viele Menschen den Versuch



unternahmen, in Hinblick auf geänderte Verhältnisse eine gewisse Vorleistung zu erbringen. Zu diesen Leuten gehörten namentlich auch die volkspolitischen Referenten, die bisher keine Führerrolle in der Partei gespielt hatten. Sie glaubten, dass es nun für sie möglich sein werde, sich an die Spitze der ganzen nationalen Opposition zu stellen. Sie wussten es noch nicht, dass sie in den Augen der Partei nichts anderes als Werkzeuge waren, die man im Augenblick benutzte, um sie im nächsten Augenblick beiseite zu werfen.

Unter der Patronanz der volkspolitischen Referenten wurden nun in den einzelnen Ländern Aufmärsche veranstaltet, die die Masse der Anhänger des Nationalsozialismus zeigen sollten. Es kam tatsächlich in einigen Städten zu grossen Kundgebungen, wie in Salzburg, in Graz, in Linz und in Innsbruck.

Die Anhänger der vaterländischen Front wollten bei diesem allgemeinen Bedürfnis nach Kundgebungen nicht zurückstehen. Deshalb wurden auch durch die Front Kundgebungen in den gleichen Orten veranstaltet, die gleichviel und mehr Menschen auf die Strasse brachten als die Nationalen. Es entstand ein wilder Demonstrationswettbewerb, der die Unruhe, die allenthalben vorhanden war, noch mehr steigerte. In einzelnen Orten hatten die Kundgebungen der vaterländischen Front mehr Teilnehmer, als wir es für die Verhältnisse der dortigen Gegend vermutet hätten. Das war insbesondere in Villach, in Kärnten und in Salzburg der Fall. In einigen Orten fanden die pro- und contra-Demonstrationen zugleich statt. Die Polizei musste sich bemühen, die feindlichen Gruppen auseinanderzuhalten. Besonders in Leoben war die Lage bedrohlich, weil zur Zeit der nationalen Kundgebung plötzlich ein gewaltiger Zug vaterländischer Arbeiter aus der benachbarten Industriestadt Donawitz erschien. Für einige Zeit schien es unvermeidlich zu sein, dass es zu Zusammenstößen käme. Schliesslich gelang es der Polizei aber doch, sich so zwischen den Gruppen zu postieren, dass sie nicht zueinandergelangen konnten.

Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Aktionen der Nationalsozialisten von reichsdeutscher Seite unterstützt wurden. Die einzelnen Aufmärsche erforderten bedeutende Geldmittel, die nur aus Deutschland gekommen sein konnten. Aber nicht nur materielle Unterstützung kam aus dem Reich. Die Haltung der deutschen Presse und des Nachrichtendienstes im Rundfunk war so, dass diejenigen, die sich gegen die Politik der Regierung richteten, der Meinung sein mussten, dass sie im Sinne Hitlers handelten. Bei der grossen Kundgebung der Nationalen in Salzburg waren mehr als tausend Personen aus dem bayrischen Grenzgebiet gekommen.

Die volkspolitischen Referenten überschritten fast überall ihre Kompetenzen. Sie gebärdeten sich bald als legale Stellen der illegalen Partei. Die nationalsozialistische Führung sah in diesen Referaten nichts anderes als eine neue Möglichkeit zur Tarnung. Wenn Hitler den Vertrag von Berchtesgaden ehrlichen Sinnes geschlossen hat, dann ist die Geschichte von Berchtesgaden bis zum 11. März nichts anderes als eine einzige Desavouierung des Führers durch seine Gefolgschaft.

Dr. Seyss bemühte sich, im Zuge dieser Entwicklung seine Position zu wahren und zu befestigen, ohne links oder rechts anzustossen. Er hielt an die Nationalsozialisten in Linz, so wie vorher in Graz, eine Rede, in der er die Bedingungen klarlegte, die an die Zusammenarbeit mit der Regierung

gebunden waren. Ich hatte diese Linzer Rede, die auch im Rundfunk übertragen wurde, vorher gelesen. Sie war aus der damaligen Situation heraus betrachtet für die Nationalsozialisten ebenso schwer zu verdauen, wie für die Anhänger der vaterländischen Front. Anlässlich dieser Rede traten zum ersten Mal Funktionäre der illegalen Partei zu einer Veranstaltung zusammen, in der ein Mitglied der Regierung offizielle Mitteilungen, die die Billigung des Bundeskanzlers gefunden hatten, machte. In der Eröffnungsrede, die der volkspolitische Referent von Oberösterreich, Ing. Breithaler, hielt, kam ein Passus vor, der ebenso rührend, wie bezeichnend war. Ing. Breithaler erzählte, dass er in den ersten Jahren nach dem Krieg gemeinsam mit Adolf Hitler eine Versammlungsreise durch Oberösterreich unternommen habe. Bei dieser Gelegenheit habe ihm Adolf Hitler ein Zitat aus irgend einem berühmten Buch als Leitsatz gegeben. Es ist mir entfallen, um welches Zitat es sich handelte. Und nun sagte der Redner: »Es ergriff mich tief, dass der Führer, der nicht das Glück gehabt hat, eine so gute Bildung genossen zu haben wie ich, in der Literatur doch so bewandert war.« Nach dieser Wendung, die in der öffentlichen Rundfunkübertragung übrigens nicht gesendet worden ist, riss das Uebertragungskabel.

Auf die Linzer Rede des Ministers Dr. Seyss antwortete ich im Auftrag des Bundeskanzlers in einer Radiorede. Ich hatte einen noch schwereren Stand als Dr. Seyss, denn ich war gezwungen, die Zugeständnisse, die den Nationalsozialisten gemacht worden waren, unseren Anhängern plausibel zu machen. Ich nehme an, dass auch meine Rede auf beiden Seiten alles eher als Begeisterung ausgelöst hat.

Das Ausland verfolgte die innenpolitischen Verhältnisse mit gewaltiger Spannung. Die Blätter der Weltpresse waren mit Berichten über Oesterreich angefüllt, in denen Falsches und Richtiges, Wichtiges und völlig Belangloses stand. Die deutsche Presse und der deutsche Rundfunk schrieben trotz des bestehenden Presseabkommens in der gehässigsten Form über Oesterreich.

Mussolini hörte sowohl die Linzer Rede des Dr. Seyss als auch meine Ausführungen im Wiener Radio vom Anfang bis zum Ende an und sagte einem Vertrauensmann, er sei davon überzeugt, dass der Weg, der hier gegangen werde, der richtige sei.

Die Stimmung in der ehemals sozialdemokratischen Arbeiterschaft war in diesen Tagen begreiflicherweise erregt. Für sie stellte sich die Entwicklung so dar, dass nun den Nationalsozialisten durch die Regierung Zugeständnisse gemacht wurden, die der Arbeiterschaft nicht gegeben wurden. Die Arbeiterschaft konnte darauf hinweisen, dass ihre Haltung seit dem Feber 1934 loyal gewesen war. Es ist bestimmt richtig, wenn behauptet wird, dass auch die Sozialdemokraten in den Jahren seit dem Zusammenbruch ihrer Partei keine begeisterten Anhänger und Vorkämpfer des neuen Staates geworden seien. Es ist aber auch ebenso richtig zu sagen, dass die Arbeiterschaft sich bemühte, die neuen Gedankengänge zu begreifen, dass sie doch langsam herankam, um mitzuarbeiten. Gerade im Gewerkschaftsbund hatten die ehemaligen Sozialdemokraten die Erfahrung gemacht, dass es bei ruhiger Mitarbeit möglich war, massgebende Posten zu erhalten. Die Führerschaft, die aus den ehemaligen christlichen Gewerkschaften stammte, hatte noch das Uebergewicht, aber so wichtige Positionen, wie etwa die Stelle eines Chefs der

Metallarbeitergewerkschaft, der grössten Gewerkschaft des Landes, wurde, wie mehrere andere massgebliche Stellen, von ehemaligen Sozialdemokraten bekleidet.

Noch fehlten der Arbeiterschaft aber die kulturellen Organisationen, die sie im Feber des Jahres 1934 verloren hatten. Die Arbeiterschaft war der Meinung, dass es ihr nun gelingen könnte, diese Organisationen zurückzugewinnen.

Die nationalsozialistische Propaganda hat die österreichische Arbeiterschaft kurzerhand als Bolschewiken bezeichnet. Jede Aktion zugunsten der Arbeiterschaft wurde der Regierung als ein Hinneigen zu Volksfrontbestrebungen angekreidet. Dabei handelte es sich, weiss Gott, nicht um Bolschewiken, sondern um eine Arbeiterschaft, die eine ausgezeichnete politische Schulung mitgemacht hatte und nun daranging, unter den neuen Verhältnissen und im Rahmen der Grundsätze des neuen Staates eine Stellung zu erobern, die ihr durchaus zukam.

Die Kreise der Arbeiterschaft, mit der wir durch die soziale Arbeitsgemeinschaft (S.A.G.) in Verbindung standen, wurden zahlenmässig immer grösser. In unsere Territorialorganisation rückten immer mehr Arbeiter als Amtswalter ein. In den zahlreichen Sprechabenden und Schulungskursen waren die Vertrauensleute der Arbeiterschaft mit den Grundsätzen des neuen Ständestaates immer mehr vertraut gemacht worden. Sie begriffen, dass der Klassenkampf nicht das geeignete Mittel war, um sich in Oesterreich zu behaupten und durchzusetzen. Sie wussten, dass nur eine enge Volksgemeinschaft die Interessen aller wahren konnte. Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Arbeiterschaft aber war antinationalsozialistisch. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, dass wenigstens 80% der österreichischen Arbeiter gegen den Nationalsozialismus waren. Dieser Umstand brachte es mit sich, dass die vaterländische Front im Falle eines Plebiszits auf die Stimmen der Arbeiterschaft rechnen konnte.

In den letzten Tagen wurden Versuche unternommen, in der allgemeinen Erregung einzelne Führer der früheren Partei wieder zur Geltung zu bringen. Diese Versuche gingen von kleinen Gruppen aus, von mechanisch denkenden Politikern und von Interessenten. Die Arbeiterschaft stand in ihrer breiten Masse nicht hinter ihnen. Die Jahre seit dem Zusammenbruch der alten Partei hatten neue Menschen, neue Führer, die das Vertrauen ihrer Kollegen besaßen, heranwachsen lassen. Diesen Führern einen erweiterten Wirkungskreis zu bieten, darin bestand die Aufgabe, nicht aber darin, alte Parteifunktionäre zurückzurufen, die halb vergessen waren oder sich selbst geflissentlich von aller Politik zurückhielten. Dass freilich alle ehemaligen sozialdemokratischen Parteiführer bereit gewesen wären, für die Regierung und für das Plebiszit zu sprechen, ist bei ihrer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus selbstverständlich.

Die Vertrauensmänner der Betriebsstellenorganisation der Wiener Vaterländischen Front wurden eingeladen, die Stellungnahme der Frontführung anzuhören. Im grossen Saal des Wiener Konzerthauses versammelten sich mehr als zweitausend Amtswalter aus der Arbeiterschaft. In dieser Versammlung sprach zuerst eine Frau, die über die Stellung der Frau in der gegenwärtigen sozialen Situation sprach. Dann erläuterte Bürgermeister Schmitz seinen Standpunkt, und zum Schluss sprach ich selbst zur damaligen Lage.

Ich versuchte der Versammlung klarzumachen, dass die Tage, die wir damals durchlebten, von grundsätzlicher Entscheidung nicht nur für die Existenz des österreichischen Staates, sondern auch für die Freiheit der österreichischen Arbeiterschaft waren. Ich verwies darauf, dass wir uns im Lauf der letzten Jahre, insbesondere in den letzten Monaten, nahegekommen waren. Ich betonte den sozialen Charakter der Ständeverfassung und das Recht der Arbeiterschaft, an den Einrichtungen des Staates und der Front in vollem Masse Anteil zu nehmen. Ich verwies auf die Erfolge unseres Regimes, auf die kulturellen Einrichtungen, die den Arbeitern in eigene Verwaltung gegeben wurden und noch gegeben werden sollten. Der Wille zur Abwehr von Angriffen gegen die Selbständigkeit unseres Landes, schloss ich, einigt uns alle, er macht uns unzertrennlich. Ich habe kaum jemals solche Begeisterungsstürme erlebt wie in dieser Vertrauensmännerversammlung. Man kann Versammlungsregie führen und durch Gruppen Begeisterung erzeugen, wo sie ohne Anregung nicht vorhanden wäre. Das aber, was die Arbeiter in dieser Versammlung an Begeisterung und Zustimmung zum Ausdruck brachten, war ein elementarer Ausbruch.

Die gleiche Stimmung wie in der Arbeiterschaft herrschte auch in den katholischen Kreisen und Organisationen. Eine politische Welle war in Bewegung gekommen. Sie richtete sich gegen den Nationalsozialismus, mit dem man nur äusserst widerwillig Frieden schliessen wollte.

Nach der Besetzung Oesterreichs ist von reichsdeutscher Seite die Behauptung aufgestellt worden, die deutsche Armee sei in Oesterreich eingedrungen, um einen Bürgerkrieg zu verhüten.

Diese Behauptung ist eine Lüge. Allerdings war die Stimmung der Bevölkerung gegen die nationalsozialistische Minderheit im Lande, die mit Hilfe des deutschen Reiches die Macht zu erobern versuchte, ausserordentlich erbittert. Trotzdem kam es infolge der grossen Disziplin der vaterländisch Gesinnten zu keinen Zusammenstössen, obwohl die da und dort auftretenden Nazitrupps alles darauf anlegten, Schlägereien zu provozieren.

Sicher war Hitler über die wahre Stimmung im Lande sehr gut informiert, sonst wäre er auf einem mit Rosen umwundenen Auto in Oesterreich eingefahren, statt in Begleitung von Armeen, Bombenfliegern und Kriegsmaterial.

## Graz

Die steirischen Nationalsozialisten hatten den Beschluss gefasst, die »Wiener Lösung« eines Ausgleichs zwischen dem Nationalsozialismus und dem Regime unmöglich zu machen. Sie waren davon überzeugt, dass es gelingen würde, einen Aufstand zu provozieren, in dessen Verlauf die Regierung gezwungen werden sollte, auf nationalsozialistische Demonstranten schiessen zu lassen. Das, so nahm man mit Sicherheit an, werde die deutsche Intervention auslösen, die man sich in der Form eines Einmarschs der österreichischen Legion und der deutschen Wehrmacht vorstellte.

Wir hatten die Mitteilung erhalten, dass in den illegalen militärischen Verbänden der Steiermark junge Leute namhaft gemacht wurden, die bereit waren, sich unter Lebensgefahr an die Spitze eines Aufstandes zu stellen.

Es ist anzunehmen, dass die steirischen Nationalsozialisten von massgebenden deutschen Stellen die Zusicherung einer Intervention für den von ihnen proponierten Fall besessen haben. Der preussische Ministerpräsident Göring hatte wenige Wochen vorher den »volkspolitischen Referenten der Steiermark«, Professor Dadieu, bei sich empfangen.

Diese Tatsache ist kein Beweis dafür, dass etwa Ministerpräsident Göring die vermutete Zusicherung gegeben hätte, sie schliesst sie aber auch durchaus nicht aus.

Die Steiermark war immer ein politisch erregtes Land. In der Steiermark hatte der radikalste der österreichischen Sozialdemokraten, Koloman Wallisch, gewirkt, aus der Steiermark war Anton Rintelen gekommen, in der Steiermark hatte der Heimatschutz eine seiner stärksten Kraftzentren, der steirische Gau war auch einer der revolutionärsten und ungebärdigsten in der illegalen nationalsozialistischen Partei.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass gerade dort wieder ein Zentrum ungerichteten Aufstandes entstand. Der Steirer will immer einen »Wirbel« haben, er will »putschieren«, er will Krawall und liebt die Aufregung. Die Steirer aller Richtungen sind auch immer sehr stolz darauf, dass es bei ihnen aufgeregter zugeht als anderswo, wenn sie sich auch dann im gegebenen Augenblick vor ihrem eigenen Schneid fürchten. Im Winter 1918-19 fanden sie, nachdem bereits alle Vorbereitungen getroffen worden waren, im letzten Augenblick nicht den Mut, den südlichen Teil ihres Landes gegen die eindringenden Jugoslawen zu verteidigen, wie es die Kärntner in ihrer Heimat getan hatten. Anlässlich der Spannungen, die zwischen den Heimwehren und den Sozialdemokraten bestanden, schreckten sie vor St. Lorentzen im letzten Augenblick davor zurück, eine grosse Auseinandersetzung zu wagen, obwohl sich beide Parteien bereits zum Kampf formiert hatten.

Das, was die steirischen Nationalsozialisten nun vorhatten, war nichts anderes, als die Ablehnung des in Berchtesgaden besprochenen Weges und der Versuch, allen zum Trotz den *Tavs-Plan* durchzuführen. Diesmal sollte es ihnen, wenn auch nicht direkt, gelingen, eine politische Kampfkation bis zum Ende zu führen.

Für den Sonntag nach der Hitlerrede hatte der volkspolitische Referent in der Steiermark im Einvernehmen mit der illegalen Partei eine grosse Kundgebung für die Nationalen aus dem ganzen Lande ausgeschrieben. Indessen hatte die Regierung aber über Auftrag des neuen Sicherheitsministers, Dr. Seyss, ein Versammlungs- und Kundgebungsverbot erlassen, um die Ruhe im Lande wiederherzustellen. Die Vorbereitungen für den Grazer Aufmarsch wurden jedoch trotz des Verbotes nicht eingestellt. Im Gegenteil. Man versuchte im ganzen Lande Fahrzeuge zu mieten und Transportmittel aller Art bereitzustellen, um Anhänger aus allen Landesteilen in die Hauptstadt zu bringen.

Der Sicherheitsminister Dr. Seyss kam dadurch in eine ausserordentlich schwierige Lage. Er musste entweder den geplanten Aufmarsch durch seinen Einfluss auf die Nationalsozialisten verhindern oder aber die Exekutive gegen die Demonstranten einsetzen, wenn nicht mit dem Prestige der Staatsgewalt auch sein persönliches Prestige verloren gehen sollte. Im Laufe des Freitags wurde die

Situation bedrohlich. Der Aufmarsch war nicht abgesagt worden, die Kräfte aber, die der Exekutive in der Steiermark zur Verfügung standen, waren nicht stark genug, um Unruhen in einem Ausmass, wie sie zu erwarten waren, sofort zu liquidieren.

Am Abend des Freitags traf sich der Bundeskanzler in meinem Büro mit Minister Dr. Seyss und Staatssekretär Dr. Skubl. Der Bundeskanzler verlangte von Dr. Seyss nochmals in eindeutigen Ton die Veranlassung von Massnahmen, die Unruhen verhindern würden. Dr. Seyss erklärte, dass er noch einen letzten Versuch unternehmen wolle, um die steirischen Nationalen zur Vernunft zu bringen.

Misslinge der, so sei er bereit, als Chef der öffentlichen Sicherheit Tumulte, die in der Steiermark entstehen, niederzuschlagen. Er bäte den Bundeskanzler aber schon jetzt, ihn nach Durchführung dieser Aufgabe seines Amtes zu entheben.

Dr. Schuschnigg erwiderte ihm, dass es ihm gleichgültig sei, auf welche Weise die Störungen beseitigt würden, es handle sich ihm darum, dass die Ruhe aufrechterhalten und die Autorität der Regierung gewahrt bleibe. Er, der Bundeskanzler, gebe auf jeden Fall in seiner Eigenschaft als Landesverteidigungsminister den Auftrag, motorisierte Truppen der Wiener Garnison nach Graz zu senden. Dieser Auftrag wurde sofort durchgeführt. Im Laufe des Sonntags trafen die Wiener Truppen in Graz ein. Weiters wurde eine Alarmkompanie der Wiener Polizei in Autos nach der Steiermark entsendet.

Dr. Seyss versuchte nun nochmals seine Autorität bei den Steirern durchzusetzen. Er rief die massgebenden Leute ans Telephon und machte ihnen begreiflich, dass von ihrem Verständnis das Gelingen seiner Gesamtaktion, die die Billigung des deutschen Reichskanzlers hatte, abhing. Nach einem langen Gespräch teilte er uns mit, dass es ihm gelungen sei, die Steirer zu zähmen, und dass er nun annehme, dass der Sonntag in Ruhe verlaufen werde. Der Sonntag verlief tatsächlich in Ruhe.

Dieses steirische Intermezzo hatte auf die Gesamtentwicklung wesentlichen Einfluss. Sowohl wir als auch Dr. Seyss hatten die Erfahrung gemacht, dass Kräfte der illegalen Partei ohne und sogar gegen Dr. Seyss zu operieren bereit waren. Es hatte den Anschein, als stehe hinter dem Keppler-Plan, der nun angenommen worden war, auch noch der alte Tavs-Plan in Kraft, als seien in Berlin für die österreichischen Nationalsozialisten verschiedenartige Direktiven ausgegeben worden. Einen Vertrag zu unterzeichnen und zugleich Aufstände zu provozieren, um damit zu erweisen, dass eine Einigung garnicht möglich wäre, weil der Bürgerkrieg ausgebrochen sei, das wäre natürlich eine Methode zur Eroberung Oesterreichs gewesen, die den Vorzug gehabt hätte, der Welt zu beweisen, dass man dem österreichischen Staat vorher alle Möglichkeiten des Friedens geboten habe.

Ich bin davon überzeugt, dass es einen einheitlichen Plan für die Eroberung Oesterreichs nicht gegeben hat. Es gab viele Pläne, die – ebenso wie im Juli 1934 – im März 1938 nebeneinander zur Ausführung kamen. Die nationalsozialistische Partei hat die Eigentümlichkeit, dass in ihr trotz des Gesetzes der strengen Disziplin viele Instanzen nebeneinander und gegeneinander wirken. So kommt es denn auch im März 1938 nicht nur zum Kampf um die Macht in Oesterreich, sondern

zugleich auch zum erbitterten Kampf verschiedener Parteigruppen um die Macht innerhalb der Bewegung, zum Kampf verschiedener nationalsozialistischer Persönlichkeiten um einen Erfolg. Um die Zustimmung Hitlers ist es keinem dieser vielen Bonzen und Bönzlein bange. Diese Zustimmung glaubt jeder in der Tasche zu haben. Jedem ist versichert worden, dass der Führer hinter ihm stehe. Kein nationalsozialistischer Führer vertraut dem anderen. Jeder ist trotz der Legitimation, die er anscheinend besitzt, unsicher.

Diese Verhältnisse in der nationalsozialistischen Partei muss man in Betracht ziehen, wenn man die Ereignisse der Märztage richtig verstehen will.

Aus dieser Unklarheit ergab sich als natürliche Folge die Unsicherheit des nationalsozialistischen Vertrauensmannes Dr. Seyss, die sich wiederum in der Haltung der Exekutive, deren Chef er war, auswirken musste.

Dr. Seyss hatte anlässlich der steirischen Aufstandsversuche die Erfahrung gemacht, dass neben seinem nationalsozialistischen Führerkreis, der ihm, wie er glaubte, ergeben war, was übrigens nicht durchaus stimmte, auch noch andere Kräfte vorhanden waren, die ihre eigenen Verbindungen nach dem Reich hatten und die bestrebt waren, ihm seine Führerschaft streitig zu machen, die bestrebt waren, jeden Erfolg seiner Politik zu verhindern.

In den folgenden Stunden stand Seyss vor der Ueberlegung, ob er auf dem Boden der Regierung stehend, mit den Kräften der Regierung seine Widersacher in der Partei beseitigen sollte, um das Abkommen von Berchtesgaden loyal durchzuführen, oder ob er mit der Partei gegen die Regierung und gegen das Projekt, an dem er wesentlich beteiligt war, Politik machen sollte.

Minister Dr. Seyss reiste an einem der nächsten Tage nach Graz und wurde dort begeistert empfangen. In Graz fiel seine Entscheidung. Er sagte mir nach seiner Rückkehr, er zweifle daran, ob es möglich sein werde, seinen Plan gegen die Partei zu verwirklichen. Dr. Seyss hatte sich dafür entschieden, eine abwartende Haltung einzunehmen und sich die Möglichkeiten auf beiden Seiten offen zu lassen. Er hatte für seine Person begriffen, dass ein von Hitler gezeichneter Vertrag noch lange nicht genügt, um die Parteistellen von eigenen Aktionen abzuhalten. Er hatte begriffen, dass im nationalsozialistischen Olymp neben Zeus noch mancher andere Gott wohnt, oder aber, dass dieser Zeus das Haupt des Janus trägt.

Das volkspolitische Referat in der Steiermark befand sich bald völlig in den Händen der illegalen Partei. Ich verlangte die Enthebung seines Leiters, des Professor Dadieu. Seyss war damit einverstanden, wollte diese Enthebung aber auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Der Bundeskanzler stimmte ihm bei.

Von diesem Zeitpunkt an war bis zu den letzten Stunden die Haltung des Sicherheitsministers im wesentlichen passiv. Er wartete ab. Diese abwartende Haltung bekundete sich auch deutlich in seiner Amtsführung. Die Polizei griff gegen nationalsozialistische Demonstranten kaum mehr ein. Der Wille zur Einhaltung des Abkommens von Berchtesgaden lag nur mehr auf der Seite des Bundeskanzlers.

## Schuschniggs Rede vor dem Oesterreichischen Bundestag

Hitler hatte eine Woche nach der Zusammenkunft von Berchtesgaden gesprochen. In dieser Woche war die österreichische Regierung im Inneren untätig geblieben. Die aussenpolitische Aktivität, die sie entfaltete, blieb geheim und – wie es sich später erweisen sollte – völlig erfolglos. Schuschnigg zögerte, vor der Rede des deutschen Reichskanzlers ein Wort zu sagen oder eine Tat zu setzen. Er mag wohl der Meinung gewesen sein, dass ihm die Rede des deutschen Reichskanzlers, die, was Oesterreich betraf, »freundlich« gehalten sein sollte, eine günstigere Situation für seine innerpolitischen Massnahmen bieten würde. In diesen Tagen versuchte der tschechische Ministerpräsident Dr. Milan Hodza, mit dem Schuschnigg bereits vorher mehrfach zusammengetroffen war, mit ihm Fühlung aufzunehmen. Dr. Hodza hatte einen Besuch in Pressburg festgelegt und wollte sich mit dem österreichischen Bundeskanzler im geheimen in der Nähe von Wien treffen. (Pressburg liegt an der österreichischen Grenze und ist eine Autostunde von Wien entfernt.) Schuschnigg lehnte diese Zusammenkunft ab, weil er nicht in den Verdacht kommen wollte, mit den Tschechen eine Vereinbarung zu suchen, die sich gegen das Abkommen von Berchtesgaden gerichtet hätte.

Die Stimmung im Lande verschlechterte sich indessen zusehends. Es war eine Woche, in der alle Gerüchte freien Lauf hatten. Die Unsicherheit aller Bevölkerungskreise wuchs an. Wir hatten Mühe, vom frühen Morgen bis zum späten Abend unsere Anhänger zu beruhigen, Gerüchte zu widerlegen, von Demonstrationen abzuhalten. Dazu kam die unsichere Haltung der Polizei.

Nach der Rede Hitlers waren die nationalsozialistischen Kreise, derer sich ebenfalls eine grosse Unruhe bemächtigt hatte, wieder aufgerichtet. Schuschnigg wartete nun wieder mehrere Tage bevor er vor die Oeffentlichkeit trat. Der Kanzler erklärte mir auf vielfaches Drängen, dass er wichtige Gründe habe, seine Rede hinauszuschieben. Auch die Regierungsumbildung brachte keine Beruhigung unserer Anhängerschaft.

In aller Augen erschien die Ernennung des Dr. Seyss-Inquart zum Sicherheitsminister als das wesentliche Symptom der Kabinettsumbildung. Dass das neue Kabinett zugleich eine Verstärkung des vaterländischen Kurses zeigte, wurde nicht oder kaum zur Kenntnis genommen. Und doch waren wichtige Neubesetzungen vorgenommen worden. Ein ehemals sozialdemokratischer Gewerkschaftsfunktionär wurde zum Staatssekretär zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter und Angestellten ernannt, der bisherige Staatssekretär Hans Rott, der dieses Amt seit mehr als einem Jahr bekleidet hatte und der die Sympathie und das Vertrauen der Arbeiter besass, wurde Minister. Ins Handelsministerium zog der Präsident des Gewerbebundes Ing. Raab ein, ins Justizministerium der berühmte Universitätsprofessor Adamovich, die Industrie erhielt einen Vertreter aus ihren Reihen als Staatssekretär im Handelsministerium. Der bisherige Staatssekretär Dr. Guido Schmidt wurde zum Aussenminister ernannt, ich selbst zum Minister und Stellvertreter des Bundeskanzlers in seiner Eigenschaft als Führer der V.F. Das Amt des Vicekanzlers, des Sozialministers, des Unterricht-, Finanz- und Ackerbauministers blieben unverändert.



Minister Glaise-Horstenau, der dem neuen Kabinett als Minister ohne Portefeuille angehören sollte, bemühte sich noch in letzter Stunde, irgend ein Referat zu erhaschen. Glaise war ein williges Werkzeug der deutschen Gesandtschaft ohne viel eigene Initiative. Er spielte ausserordentlich gerne eine Rolle. Deshalb veranlasste er auch noch am Tage der Regierungsumbildung Herrn v. Papen, den Bundeskanzler anzurufen und um ein Amt für ihn zu bitten. Schuschnigg lehnte diese Intervention brüsk ab. Er erinnerte daran, dass Ministerpräsident Göring, Dr. Schmidt gegenüber, Herrn Glaise einen Weihnachtsmann genannt hatte und fragte Papen, wie sich das nun zusammenreime, dass er für diesen Weihnachtsmann ein Referat verlange.

Diese Episode zeigt, dass alle deutsche Stellen immer wieder den Versuch machten, Dinge zu verlangen, die über das, was in Berchtesgaden zugestanden worden war, hinausgingen.

Zwei Tage vor der Bundestagsversammlung begann der Kanzler an seiner Rede zu arbeiten. Er stellte sie erst am Tage selbst fertig und berief den Aussenminister Dr. Schmidt, den Bürgermeister von Wien und mich in sein Büro, um uns die wesentlichsten Stellen vorzulesen. Er sagte mir, dass er das Gefühl habe, dass dies die schlechteste Rede sei, die er je gehalten habe. Die Wirkung seiner Rede vor dem Bundestag aber war weitaus die stärkste, die er je erreicht hat.

Ich fuhr gemeinsam mit dem Kanzler ins Parlament. Bei seinem Eintritt in den Sitzungssaal wurde er begeistert, wie niemals zuvor, begrüsst. Unter den Diplomaten, unter denen man auch den Herrn von Papen sah, sass der ehemalige italienische Gesandte in Wien, der kurz vorher abberufene Senator Francesco Salata.

Im Verlaufe seiner Rede wurde Schuschnigg immer wieder von Begeisterungstürmen unterbrochen. Er prägte das Wort vom deutschen Frieden, der nun für immer bestehen bleiben sollte. Vier harte Jahre, sagte er, haben nun mit einem harten Tag in Berchtesgaden geendet. Er beschwor die Erinnerung an diese vier Jahre herauf und erinnerte an seinen grossen Vorgänger Engelbert Dollfuss, dessen Büste unter dem Rednerpult aufgestellt war. Aus dieser Erinnerung entwickelte er seinen Grundsatz: »Bis hierher und nicht weiter.« Damit sollte gesagt sein, dass mit den Konzessionen, die in Berchtesgaden gegeben worden, das endgültige Mass dessen erreicht sei, was zu konzedieren war. Er verwies auf die wirtschaftlichen und organisatorischen Erfolge seines Regimes, erläuterte das, was für die nächste Zeit geplant war und schloss damit, dass das selbständige Land allen Frieden und Arbeit bieten wollte, die mit die Hand ans Werk legen wollten. Schliesslich betonte er, dass er es nicht zulassen werde, dass am Dollfussprinzip des freien, unabhängigen, christlichen und deutschen, ständisch gegliederten und autoritär geführten Oesterreich gerüttelt werde. Er schloss mit dem Ruf: »Rot-weiss-rot bis in den Tod!«

Nach der Rede erschienen alle Regierungsmitglieder beim Kanzler, um ihm zu gratulieren. Ich erinnere mich daran, dass einer dieser Gratulanten auch der Minister Glaise-Horstenau war.

Auf der Strasse setzten sich die Ovationen für den Kanzler fort. Als er aus dem Parlament heraustrat, erhob sich ein ungeheurer Jubel. Wir gingen zu Fuss durch die begeisterte Menge bis zum Heldendenkmal. Auf der ganzen Wegstrecke drängten sich die Menschen an den Kanzler heran, um ihm die Hand zu geben, um ihm eine Parole zuzurufen, die ihn in seiner Haltung

bestärken sollte, um ihn wenigstens zu berühren. Manchmal wurde das Gedränge so dicht, dass es uns nur mit grösster Mühe gelang, weiterzukommen.

Wir bestiegen das äussere Burgtor, um von oben den vorbeigehenden Menschenstrom zu beobachten. Von der Höhe aus bot sich ein wunderbarer Blick auf die nächtliche Ringstrasse, die dicht mit Menschen gefüllt war, deren Rufen und Singen leicht gedämpft in die Höhe heraufdrang.

Vom Burgtor aus gingen wir über die Augustinerstrasse bis zu einem Hotel in der Nähe der Oper, um hier das Nachtmahl zu nehmen. Ich berichte diese Einzelheiten deshalb, weil von nationalsozialistischer Seite immer wieder erzählt worden ist, dass sich die österreichische Regierung einem verzweifelten und hasserfüllten Volk gegenüber befunden habe. An der Kundgebung des Abends, an dem die Rede im Bundestag gehalten wurde, haben mehr als hunderttausend Menschen in der inneren Stadt von Wien teilgenommen. In welchem autoritären Staate wäre es dem Regierungschef möglich gewesen, ohne Polizeibedeckung mitten durch solche Massen zu gehen?

Die Wirkung der Rede Schuschniggs war eine ungeheure. Die Stimmung, die vorher verzagt, unsicher und ängstlich gewesen war, gestaltete sich nun auf einmal zuversichtlich, stark, sicher. Das war aber nun durchaus nicht etwa auf Wien allein beschränkt. Die gleiche Umkehr war in den Bundesländern zu beobachten. Von überall trafen begeisterte Telegramme und Meldungen ein, aus denen zu entnehmen war, dass die Stimmung vollkommen umgeschlagen und die vaterländische Bevölkerung bereit war, ihren neuen Staat, den sie unter so unsäglichen Opfern erkämpft hatte, auch zu verteidigen.

Hatte die Rede des deutschen Reichskanzlers die Nationalsozialisten in Oesterreich mit neuer Zuversicht erfüllt, so warf Schuschniggs Rede diese Sicherheit wieder vollkommen um. Die Kampfbereitschaft der vaterländischen Kreise, die sich nun überall bemerkbar machte, und das Gefühl der Stärke, das sich überall wieder durchzusetzen begann, deprimierte die Anhänger des Nationalsozialismus. Die Parteikreise fürchteten, dass nun aus ihrem eigenen Lager die Ruhebedürftigen und Versöhnungsbereiten in die Front der inneren Befriedung einschwenken würden.

Man begriff, dass der Kanzler nun daranging, eine ganz breite Abwehrfront gegen die Begehrlichkeit des Nationalsozialismus zu errichten, in der alle Schichten der Bevölkerung Platz haben sollten. Sie fürchteten diese »Front des Volkes«, wie sie Schuschnigg genannt hatte, und nannten das, was hier entstand »Volksfront«.

Die Rede Schuschniggs war im deutschen Rundfunk übertragen worden und hatte auch im Reich die grösste Aufmerksamkeit gefunden. Innerhalb einer Woche hatten zwei deutsche Politiker zum deutschen Volk gesprochen. Zwei Welten hatten sich vor der deutschen Oeffentlichkeit offenbart. War das eine Gefahr für die innerpolitische Lage im Reich?

Aus Deutschland kamen dem österreichischen Kanzler Glückwunsch- und Zustimmungsschreiben in grosser Zahl aus allen Bevölkerungskreisen zu.

Ein biederer Bayer, der die Rede mit angehört hatte, sagte zu seinen Freunden: »Ich glaube fast, die haben uns den falschen Oesterreicher herausgeschickt«, womit er auf die österreichische Herkunft Hitlers anspielte.

Der unzweifelhafte Erfolg der Rede Schuschniggs wurde leider nicht ausgenützt. Es vergingen Tage und Tage der Untätigkeit, die angefüllt waren mit kleinlichen Streitigkeiten über Grussformen und Abzeichen, über die Erlaubnis und das Verbot von Kundgebungen. Wahrscheinlich hätte das Schicksal Oesterreichs einen anderen Verlauf genommen, wenn der Kanzler schon in seiner Bundestagsrede das Plebiszit verkündet hätte. So aber wurde das letzte grosse Aufflackern des österreichischen Freiheitswillens durch kleinliche Tagesstreitigkeiten zerstört.

Schuschnigg hatte einen bestimmten Grund, der ihn dazu veranlasste zuzuwarten. Er hoffte auf einen Sukkurs von aussen, er hoffte auf die Loyalität seiner Vertragspartner, er glaubte, dass es heutzutage noch genügt, die überwiegende Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben, um zu regieren. Das war sein Irrtum. Nicht die Meinung und der Wille des Volkes entscheiden, sondern die Gewalt und ihre Anwendung.

## Das Plebiszit

Seit dem Jahre 1934 war die Frage eines Plebiszits in Oesterreich immer wieder diskutiert worden. Gerade die Anhänger des Nationalsozialismus verlangten ja immer wieder eine Volksabstimmung.

Welche Gründe hatte die österreichische Regierung, eine solche Wahl oder eine solche Abstimmung nicht zuzulassen?

Das Jahr 1934 hatte durch die Februaraufstände das Land in ungeheure Aufregung versetzt. Der Juli des gleichen Jahres brachte, bevor sich diese Erregung auch nur leicht beruhigt hatte, den Putschversuch der S.S.-Standarte 89 in Wien, in dessen Verlauf der Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuss ermordet wurde, und im Anschluss daran einen nationalsozialistischen Aufstandsversuch in den Alpenländern, der insbesondere in Steiermark, Oberösterreich und Kärnten bedrohliche Ausmasse angenommen hatte.

In der Zeit zwischen dem Februar und Juli war die neue Verfassung proklamiert worden, die die Grundlage einer neuen Ordnung werden sollte. Die Nationalsozialisten entfalteten in dieser Zeit über Anordnung ihres aus dem Reich entsendeten Landesinspektors, eines gewissen Theo Habicht, eine Terrorpolitik, wie sie in Oesterreich bisher noch nie erlebt worden war. Man schonte weder Menschenleben noch Volks- und Privatvermögen.

In dieser Situation hätte jede Wahl und jede Volksbefragung neue gewaltige Unruhe ausgelöst. Es bestand die Gefahr, dass der Bürgerkrieg in Permanenz ausbräche und dieser Unruheherd Oesterreich neuerlich zum Ausgangspunkt eines europäischen Krieges werde. Diese Befürchtungen waren es, die immer wieder den Plan einer Volksabstimmung verwerfen liessen, wiewohl Kreise der vaterländischen Front, insbesondere jene, die aus den demokratisch orientierten Parteien gekommen

waren, selbst oft Plebiszitpläne an die Regierung und an die Führung der vaterländischen Front heranbrachten.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hatte die Durchführung einer Volksabstimmung ebenso in sein Programm aufgenommen wie sein Vorgänger Dr. Dollfuss. Schuschnigg kam immer wieder auf diesen Plan zurück. Ich erinnere mich, im Juli 1936 und im Frühling 1937, im gleichen Jahre nochmals, anlässlich der Aufstellung eines grosszügigen Arbeitsbeschaffungsprogrammes, den Plan zu einer Volksabstimmung mit ihm ausführlich erörtert zu haben. Gewisse Kreise der vaterländischen Front sahen in der Durchführung einer Volksabstimmung sogar eine Art von politischem Allheilmittel.

Darüber, dass die in der vaterländischen Front zusammengeschlossenen Kreise und Gruppen über eine einwandfreie Mehrheit im Lande verfügten, bestand bis zum letzten Tag kein Zweifel. Auch die Nationalsozialisten selbst waren sich darüber im klaren, dass sie eine Minderheit im Staate darstellten. Zu dieser Minderheit wäre allerdings im Falle einer Volksbefragung die ungeheure Propagandakraft des Dritten Reiches gestossen. Der Einsatz aller Propagandamittel des deutschen Reiches auf dem Boden von Oesterreich hätte trotz des vorhandenen Stimmenverhältnisses einen ungleichen Kampf ergeben.

Man muss bedenken, dass allein der Einsatz der technischen Propagandabehelfe auch beim Fehlen jedes anderen Arguments eine ungeheuerliche moralische Wirkung ausgeübt hätte. Hitler hat einmal gesagt: »Ohne Motor, Fliegerei und Lautsprecher hätten wir Deutschland nie erobert«. Wurden nun diese deutschen Motore, diese deutsche Fliegerei und der ganze deutsche Rundfunk für einen Wahlkampf in Oesterreich auf der einen Seite eingesetzt, so blieb der anderen, bei dem gegebenen Kräfteverhältnis kaum eine Möglichkeit, sich annähernd gleich stark bemerkbar zu machen. Wir hatten die Erfahrung gemacht, dass die finanziellen Hilfsquellen der deutschen Propaganda ausserordentlich gross waren. Es ist bei einem erbittert geführten Wahlkampf keine Kunst, mit solchen Mitteln den eigenen Anhänger zu bestärken und den Gegner einzuschüchtern.

Die heutige Machtstellung des dritten Reiches im inneren und nach aussen hin, ist weitgehend durch die Ausnützung eines bisher noch nicht dagewesenen Propagandaapparates und der grosszügigen Verwendung der modernsten technischen Errungenschaften für diese Propaganda entstanden. Die Reklame wirkt durch das Quantum, nicht durch die Qualität. Der Quantität der deutschen Propaganda hatten wir nichts oder so gut wie nichts entgegenzustellen.

Aufgabe jeder Reklame ist es zu überzeugen. Die moderne politische Propaganda hat noch ein weiteres Ziel, den Gegner einzuschüchtern, ja sogar in Angst zu versetzen. In Angst wird der versetzt, der sich schwächer fühlt, sich einer übergrossen Uebermacht gegenüber sieht. In dieser Situation befand man sich in Oesterreich.

Diese beiden Bedenken: eine neuerliche, tiefgehende Beunruhigung des Volkes zu vermeiden und sich nicht in einen ungleichen Kampf einzulassen, liessen die Projekte zu einem Plebiszit immer wieder in den Hintergrund treten. Dem Nationalsozialismus waren diese österreichischen Gedankengänge wohlbekannt. Immer wieder wurde im Ausland die Behauptung aufgestellt, die

Mehrheit des österreichischen Volkes bekenne sich zum Nationalsozialismus. Als sprechender Beweis für diese Behauptung wurde die zögernde Haltung der österreichischen Regierung einem Plebiszit gegenüber angeführt. Wie das Stimmenverhältnis wirklich war, – darüber war sich auch kein vernünftiger Nationalsozialist im unklaren.

Anlässlich der ersten Landesführertagung der vaterländischen Front nach der Begegnung von Berchtesgaden wurde von mehreren Persönlichkeiten dem Bundeskanzler die Durchführung einer Volksabstimmung nahegelegt. Einzelne Landesführer waren der Meinung, dass die Stimmungseinbusse, die wir erlitten hatten und noch weiter zu erwarten hätten, nur durch eine Volksabstimmung zu paralisieren sei. Der Bundeskanzler nahm vorerst eine abwartende Haltung ein. Er versprach den Herren, die den Antrag stellten, sich die Angelegenheit zu überlegen. Ich erhielt von ihm den Auftrag, die Voraussetzungen für ein Plebiszit zu prüfen und konkrete Vorschläge zu erstatten. Im weiteren Verlauf wurde dann einer kleinen Anzahl von Personen, die über eine grosse politische Praxis verfügten, der Auftrag gegeben, alle Vorbereitungen zu treffen, um gegebenen Falles eine Volksabstimmung rasch durchführen zu können.

Zwei Tage später versammelte sich dieser kleine Kreis an einem neutralen Ort, um die Beratungen aufzunehmen. Es war naturgemäss vereinbart worden, dass über die Arbeiten strengstes Stillschweigen zu bewahren sei.

Drei Herren, die massgebende Stellen bekleideten, sprachen sich für die Durchführung der Abstimmung aus. Sie verwiesen darauf, dass das Ergebnis einer Volksbefragung im gegebenen Augenblick einen starken und klaren Erfolg für die Regierung bringen müsse. Weiters glaubten sie, dass dieses Abstimmungsergebnis eine wesentliche Verstärkung der aussenpolitischen Lage Oesterreichs herbeiführen werde. Endlich sei es für unsere Anhänger – in der neuen Lage nach Berchtesgaden – geradezu ein Bedürfnis, sich selbst den Nachweis der Stärke zu bringen.

Ich selbst wiederholte die Argumente, die gegen das Plebiszit sprachen und die ich bereits dem Bundeskanzler ausführlich dargelegt hatte. Ich verwies insbesondere auf den Umstand, dass die Führung des Nationalsozialismus eine solche Abstimmung, wenn auch zu Unrecht, so doch de facto, als eine Kampfansage auffassen werde. Die Nationalsozialisten waren sich darüber im klaren, dass eine Abstimmung, die nicht unter der Drohung nationalsozialistischer Formationen und deutscher Gewehre und ohne die deutschen Wahlpraktiken in Oesterreich veranstaltet würde, zu ihren Ungunsten ausgehen werde. Die gegebene aussenpolitische Situation war nun aber so, dass wir auf eine Unterstützung irgend eines anderen Staates im Falle eines Angriffes nicht zu rechnen hatten. Hitler hatte in Berchtesgaden keinen Zweifel darüber gelassen, dass er bereit sei, mit allen Mitteln den Oesterreichern seinen Willen aufzuzwingen.

Ich wiederholte meinen Standpunkt, der dahinging, auf Grund des Protokolls von Berchtesgaden, denjenigen Leuten, die sich um die volkspolitischen Referate sammelten, eine entsprechende Anzahl von Mandaten zu geben und zugleich unsere eigenen Anhänger fester als bisher in neuen Organisationsformen in der vaterländischen Front zusammenzufassen. Es war mir klar, dass durch eine solche Massnahme eine Teilung der Macht herbeigeführt würde, was in der weiteren

Entwicklung, trotz der einheitlichen Organisation der vaterländischen Front, zu einer Art Zweiparteiensystem führen musste. Aber war nicht die Volksabstimmung ihrerseits die radikale Eröffnung des Zweiparteiensystems? Die anwesenden Herren wussten, dass die Entscheidung nur durch den Bundeskanzler gefällt werden konnte.

Einer der anwesenden Herren hatte die Rechtsbasis für eine Volksbefragung ausgearbeitet und einen Entwurf für die Bestimmungen gemacht, die im Falle der Durchführung des Plebiszits zu erlassen wären.

Die österreichische Verfassung vom 1. Mai 1934 sieht eine Volksabstimmung im Artikel 65 vor. Dieser Artikel lautet:

1. »Das Volk wird zur Abstimmung berufen, wenn die Bundesregierung beschliesst:
  - a) eine vom Bundestag abgelehnte Vorlage über ein Gesetz im materiellen Sinne einer Volksabstimmung zu unterziehen;
  - b) die Entscheidung des Bundesvolkes anzurufen, ob dem Entwurf eines bestimmten Bundesgesetzes zugestimmt werde;
  - c) eine bestimmte Frage der Bundesgesetzgebung dem Bundesvolke zur grundsätzlichen Entscheidung vorzulegen.
2. Stimmberechtigt sind alle Bundesbürger, die das 24. Lebensjahr vollendet haben und durch das im Absatz 7 vorgesehene Bundesgesetz vom Stimmrecht nicht ausgeschlossen sind.
3. Abgestimmt wird mit Ja oder Nein.
4. Die absolute Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen entscheidet.
5. Der Bundespräsident ordnet die Volksabstimmung an.
6. Die Bundesregierung hat eine Vorlage oder einen Entwurf [Absatz 1, Punkt a) und b)], wofür sich das Bundesvolk ausgesprochen hat, ohne weiteres Verfahren der Beurkundung und Kundmachung zuzuführen. Lehnt der Bundestag im Falle des Absatzes 1, Punkt c) eine dem Ergebnis der Volksabstimmung entsprechende Gesetzesvorlage ab, so kann die Bundesregierung diese Frage in dem durch die Volksabstimmung entschiedenen Sinne durch gesetzändernde Verordnung regeln.
7. Die nähere Regelung trifft ein Bundesgesetz.«

Die Frage, die dem Volke in unserem Falle gestellt werden sollte, trifft auf keinen Punkt des angeführten Verfassungsartikels zu. Diese Frage sollte das Gesamtprogramm der Regierung, die Richtlinien der österreichischen Politik zum Inhalt haben. Es handelte sich also weder um eine vom Bundestag abgelehnte Vorlage über ein Gesetz, noch um den Entwurf eines Bundesgesetzes oder eine bestimmte Frage der Bundesgesetzgebung. Der Fall einer Abstimmung, in der das Bundesvolk über die Richtlinien der Politik mitentscheiden sollte, ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Allerdings sagt der Artikel 93 der Verfassung: »Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik.« Es ist nirgends ausgesprochen, dass der Bundeskanzler das Bundesvolk um seine Zustimmung zu diesen Richtlinien nicht befragen dürfte. Auf Grund dieses Artikels 93 konnte der

Bundeskanzler ohne Zweifel anordnen, dass das Volk um seine Meinung über die Richtlinien der Politik befragt werde. Hierzu brauchte es keines Gesetzes, lediglich einer Verordnung des Bundeskanzlers, in der auch die verschiedenen Bedingungen für die Durchführung dieser Befragung angeordnet wurden.

Von der Seite der Nationalsozialisten ist die Verfassungsmässigkeit der vom Bundeskanzler Schuschnigg für den 13. März 1938 angeordneten Volksbefragung bestritten worden. Unsere Darstellung legt den Fall klar. Es handelte sich nicht um die Anordnung einer Volksabstimmung im Sinne des Artikels 65 der Bundesverfassung, weil in diesem Artikel eine Fragestellung, wie die im März geplante, nicht vorgesehen war, sondern um eine Volksbefragung, die der Bundeskanzler ohne Zweifel auf Grund der ihm durch den Artikel 93 gegebenen Vollmacht im Verordnungswege durchführen lassen konnte. Diese Meinung wurde von den hervorragendsten Fachleuten auf dem Gebiet der Verfassungskunde bestätigt. In dem Ultimatum, das der damalige Sicherheitsminister Dr. Seyss-Inquart über Auftrag anderer Stellen dem Bundeskanzler am Vormittag des 11. März überreichen liess, war die Verfassungsmässigkeit der angeordneten Volksbefragung geleugnet worden. Der hier geschilderte Tatbestand zeigt, dass der Sicherheitsminister in einer irrigen Auffassung befangen war.

Die Frage der Stimmberechtigung wurde im Sinne des Artikels 65 geregelt. Es war erwogen worden, dass auch im Falle der Volksbefragung über die Richtlinien der Politik nur diejenigen Personen stimmberechtigt sein sollten, die auch im Falle einer von der Verfassung vorgesehenen Volksabstimmung stimmberechtigt waren. Das betrifft besonders die Altersgrenze, die das vollendete 24. Lebensjahr verlangte. Weitere Ausnahmen von der Stimmberechtigung wurden in gleichem Masse gemacht, wie sie bei den letzten Wahlen in Anwendung gewesen waren.

Eine technische Schwierigkeit besonderer Art bestand darin, dass für den Fall einer sehr kurzfristigen Anberaumung der Volksbefragung die Aufstellung von Listen der Wahlberechtigten kaum mehr zu bewältigen war. Durch das Fehlen von Listen bestand die Gefahr, dass einzelne Stimmberechtigte ihre Stimme mehrmals abgeben konnten. Von nationalsozialistischer Seite ist dieser Umstand als die Vorbereitung eines besonders raffiniert ausgedachten Wahlschwindels hingestellt worden. In Wahrheit wäre das Fehlen eines Vermerks über die ausgeübte Stimmenabgabe nicht dem Regime, sondern den Gegnern des Regimes zu Gute gekommen, denn es besteht wohl kein Zweifel darüber, dass sie den Versuch unternommen hätten, die Urnen der Regierung mit so vielen Nein-Stimmen anzufüllen, als es nur irgend möglich gewesen wäre.

Bei der Ausschreibung der Volksbefragung wurde auf diese Gefahr Rücksicht genommen. So sollten in den einzelnen Wahllokalen Listen geführt werden, in die jeder Abstimmende verzeichnet worden wäre. Weiters wären die Ausweispapiere der Abstimmenden, mit denen sie sich zu legitimieren hatten, mit einem Stempel versehen worden, der den Nachweis der bereits erfolgten Stimmenabgabe erbracht hätte.

Ich rechnete damit, dass der Bundeskanzler auf die Durchführung der Abstimmung verzichten werde, da ich annahm, dass ich ihn mit meinen Argumenten, die gegen die Abstimmung sprachen,

überzeugt hätte. Ich war sehr erstaunt, einige Tage später von ihm zu hören, dass er sich nun doch für die Durchführung der Volksbefragung in der Art, wie ich sie eben schilderte, entschlossen habe. Auch Dr. Schmidt, der das besondere Vertrauen des Kanzlers hatte, sagte mir am Montag oder Dienstag, dass er die Durchführung der Abstimmung für richtig halte. Wir hatten bei unserer ersten Besprechung für die schlagartige Durchführung der Volksbefragung einen Termin von wenigstens acht bis zehn Tagen vorgesehen. Der Bundeskanzler aber wollte noch schneller handeln, um einem Gegner nicht die Zeit zu lassen, den Gegenschlag zu führen. Er bestimmte für die Vorarbeiten die Zeit von drei Tagen. In drei Tagen sollten sich technische Vorbereitung, Bekanntmachung und Propaganda so ausgewirkt haben, dass ein klares Bild der Meinung des österreichischen Volkes zu Tage treten konnte. Taktisch war die Ansetzung einer so kurzen Frist vollkommen richtig. In drei Tagen konnte auch die zauberhafte nationalsozialistische Propaganda keine entscheidende Aktion durchführen. In drei Tagen kam das zur Wahlurne, was entschlossen war, seinen wirklichen Willen und seine wirkliche Ueberzeugung zu bekunden, ohne durch Reklame oder Angst zu der einen oder anderen Meinung getrieben worden zu sein.

Eine demokratische Wahl müsste, wenn sie darauf angelegt ist, den wahren Volkswillen zu zeigen und das Entscheidungsrecht des Einzelnen zu respektieren, ohne oder nur mit einem Mindestmass von Propaganda durchgeführt werden. Das allerdings verlangte eine klare und stabile Herrschaft über die einzelnen Parteien, Stände oder Gruppen. Künftige Volksbefragungen werden, sollten sie einmal wieder einen anderen Sinn, als den der Demonstration erhalten, diesen Grundsatz nicht entbehren können.

Der Bundeskanzler teilte mir seine Absicht, den 13. März als Abstimmungstermin festzusetzen, am Sonntag den 6. März mit. Er gab mir den Auftrag, Vorbereitungen zu treffen, trug mir aber auf, niemanden über den bestehenden Plan zu informieren. Das Gelingen der ganzen Aktion war weitgehend davon abhängig, dass absolutes Stillschweigen bewahrt wurde. Ich erbat mir lediglich die Vollmacht, drei bis vier Herren meines Büros und zwei weitere Persönlichkeiten, die für die Vorbereitungsarbeiten notwendig waren, gegen das Gelöbnis absoluter Verschwiegenheit informieren zu dürfen, um mit ihnen die Grundlinien der notwendigen Arbeiten besprechen zu können. Diese ersten Vorbesprechungen fanden am gleichen Sonntag in meinem Büro statt. Für den Montag waren die Landesführer zu einer dringenden Sitzung nach Wien berufen worden. Der Bundeskanzler wollte bei dieser Gelegenheit eine Reihe von wichtigen Umbesetzungen vornehmen. Diejenigen Landesführer, die nicht zugleich auch den Posten eines Landeshauptmannes bekleideten, sollten von ihren Posten abberufen werden und die Landeshauptleute an ihre Stelle treten. Ausnahmen wurden lediglich in der Steiermark und in Vorarlberg gemacht.

Der Bundeskanzler informierte die Landesführer einzeln über seine Pläne und holte bei dieser Gelegenheit auch ihre Meinung ein. Nach meiner Erinnerung fanden die Landesführer ohne Ausnahme das Projekt richtig.

Die Regierungen der befreundeten Staaten wurden vertraulich informiert.



Am Mittwoch den 9. März reiste Dr. Schuschnigg nach Innsbruck, um vor den dortigen Amtswaltern der vaterländischen Front seine Absicht, ein Plebiszit durchzuführen, bekanntzugeben. Er war der Meinung, dass er als Tiroler gerade in Innsbruck, der Stadt, in der er viele Jahre gewirkt hatte, den richtigen Ton für die wichtige Rede finden würde. Der Bundeskanzler kehrte an den Ausgangspunkt seiner politischen Karriere zurück, um den entscheidenden politischen Schlag seines Lebens zu führen.

Der Plan war geheim geblieben. Wohl gab es dort und da Gerüchte, dass der Bundeskanzler eine Volksabstimmung plane, besonders findige Köpfe brachten sogar die Reise des Kanzlers nach Innsbruck mit diesen Kombinationen in Zusammenhang – der Termin aber war nicht bekanntgeworden. Allerdings war der Kreis der Eingeweihten ein relativ kleiner gewesen. Ich nehme an, dass nicht einmal die Mitglieder der Regierung, mit Ausnahme des Aussenministers, vor dem Dienstag informiert wurden.

Am Dienstag abend bat der Bundeskanzler den Sicherheitsminister Dr. Seyss-Inquart zu sich in das Haus der vaterländischen Front. Er teilte ihm in einem Gespräch unter vier Augen seinen Plan mit, allerdings ohne ihm den Termin, den er am nächsten Tag verkünden wollte, zu sagen. Nach dieser Aussprache kam Dr. Seyss zu mir, um von mir Näheres zu hören. Ich konnte ihm nicht mehr mitteilen, als dass ich mit der Durchführung von Vorarbeiten betraut worden sei. Schon bei dieser Gelegenheit sagte mir Dr. Seyss, er sei davon überzeugt, dass die Front eine klare Mehrheit erzielen werde. Vor seiner Abreise nach Innsbruck gab mir Dr. Schuschnigg den Auftrag, Dr. Seyss am nächsten Morgen den genauen Termin bekanntzugeben.

Die Innsbrucker Rede wurde natürlich durch den österreichischen Rundfunk übertragen. Im Studio der Ravag fand sich am Abend eine kleine Anzahl von Freunden ein, um die Uebertragung zu hören und nötigen Falles rasch nach der ersten Sendung auch noch einige Aufklärungen bekanntgeben zu können. In der Stadt hatten sich wieder wie in all den letzten Tagen Gruppen von Demonstranten angesammelt, die, verschiedene Parolen rufend, die Stadt durchzogen. Die Polizei griff nach wie vor nur sehr zögernd ein und erzeugte durch dieses Verhalten weitere Unruhe. Die Demonstranten gegen die Regierung wurden durch diese zögernde Haltung der Sicherheitsexekutive zu weiterem Lärm ermutigt, die Demonstranten für die Regierung hatten das Gefühl, dass die Polizei nicht auf ihrer Seite stehe und nahmen deshalb eine feindselige Haltung gegen die Polizei ein. Das ging nun seit vielen Tagen in den nächtlichen Strassen der Stadt auf und ab, mit viel Lärm und vielen Drohungen, allerdings ohne ernstliche Zusammenstöße. Man beobachtete oft Gruppen, die sich auf den Strassen gegenüberstanden, sich Kampfparolen zuriefen, stundenlang, ohne dass es einem der Demonstranten eingefallen wäre, auf seine Gegner einzudringen.

Die Rede des Bundeskanzlers machte grossen Eindruck. Aus seinen Worten sprach der ganze Ernst, mit dem er die Situation betrachtete. Er wollte nach der Rede im Bundestag seine Anhänger zum zweiten Mal zu absoluter Festigkeit aufreissen und wollte ihnen diesmal zugleich mit noch eindringlicheren Worten die Gefahr zeigen, in der sich das Vaterland befand. Als der Kanzler ausrief »Am Sonntag wird abgestimmt!« erhob sich ein unbeschreiblicher Jubel, der in den Gesang des Andreas-Hofer-Liedes, des alten Tiroler Freiheitsliedes, ausklang. Auch uns, die wir im Studio der

Ravag zuhörten, beeindruckte die Rede ausserordentlich stark. Freilich waren die Worte, die die Innsbrucker Versammlung von Begeisterung getragen, sang, unheilschwer. Im Andreas-Hofer-Lied heisst es:

Zu Mantua in Banden der treue Hofer war,  
In Mantua zum Tode führt ihn der Feinde Schar,  
Es blutete der Brüder Herz,  
Ganz Deutschland, ach, in Schmach und Schmerz  
Mit ihm das Land Tirol, mit ihm das Land Tirol.

Am Vormittag des 9. März hatte ich auftragsgemäss dem Sicherheitsminister Dr. Seyss-Inquart mitgeteilt, dass die Volksbefragung am kommenden Sonntag stattfinden solle. Ich besprach mit ihm ausführlich die Möglichkeiten, die diese Abstimmung im Sinne der Befriedung des Inneren haben könne. Für die Anhänger des Nationalsozialismus ergaben sich drei Möglichkeiten. Sie konnten erstens die von der Regierung gestellte Frage mit Ja beantworten. Das wäre durchaus im Sinne des Uebereinkommens von Berchtesgaden gelegen gewesen. Die Fragestellung des Plebiszits lautete: »Bist du für ein freies, unabhängiges, deutsches, christliches und autoritär geführtes Oesterreich?« Diese Fragestellung entsprach dem Programm der vaterländischen Front, in die sich die Nationalsozialisten im Sinne des Berchtesgadener Protokolls einordnen sollten. Die Bejahung der Frage hätte den Nationalsozialisten die Möglichkeit gegeben, auf Grund des offenen Bekenntnisses, das sie ablegten, ihre Forderungen rasch durchzusetzen. Der Bundeskanzler war durchaus bereit, noch vor der Abstimmung – ohne Rücksicht auf ihren Ausgang – Zusicherungen zu geben, die den politischen Lebensraum, den die Nationalsozialisten selbst und mit Unterstützung des deutschen Reiches verlangten, garantiert hätten. Das hat er dem Vertrauensmann der Nationalen, Dr. Seyss-Inquart, direkt mitgeteilt und durch mich sagen lassen.

Die zweite Möglichkeit für die Nationalsozialisten bestand darin, sich der Stimme zu enthalten. Das hätte ihnen die Möglichkeit gegeben, alle Wahlenthaltungen, deren es ja bei jeder Volksbefragung einen grösseren oder kleineren Prozentsatz gibt, auf ihr Konto zu buchen und ihre Stärke wirksam zu zeigen. Wenn auch keine Listen vorhanden waren, die die Zahl der Stimmberechtigten vor der Volksbefragung genau angaben, so war doch auf Grund der letzten Volkszählung, der letzten Wahlen zum Nationalrat und anderer statistischer Behelfe die Zahl der Wahlberechtigten so genau festzustellen, dass die mögliche Differenz den Satz von zehn Prozent bei weitem nicht erreicht hätte. Wenn die Nationalsozialisten diese zahlenmässige Anhängerschaft besaßen, von der sie immer wieder sprachen, so hätte diese zweite Methode die Möglichkeit gebracht, vor aller Welt die Stärke der nationalen Opposition zu erweisen. Auch das wäre eine Methode gewesen, die zur Erreichung des gesteckten Zieles geführt hätte.

Drittens endlich hätten die Nationalsozialisten die Möglichkeit gehabt, gegen die ausgegebene Parole zu stimmen. Auch das hätte ihre tatsächliche Stärke klar erwiesen.

Nach der ersten Ueberlegung schien Dr. Seyss für die erste Möglichkeit eingenommen zu sein. Er fragte sich nur, ob er im Stande sein werde, die Kräfte der Partei, in deren Schlepptau er immer mehr gekommen war und die sich gegen die positive Haltung entscheiden mochten, zu binden. Die wahrscheinliche Haltung der nationalen Opposition, glaubte Dr. Seyss damals, werde sich in der Stimmenthaltung dokumentieren. In diesem ersten Gespräch, nach der Bekanntgabe des Termins, wiederholte mir der Sicherheitsminister das, was er mir bereits am Vortag gesagt hatte: er glaubte, dass die Regierung mit einer stattlichen Mehrheit aus dem Abstimmungskampf gehen werde. Er fragte mich, wie ich die Chancen einschätze. Ich wiederholte das, was ich auf Grund der Einzelerhebungen im ganzen Bundesgebiet, die wir periodisch machten, festgestellt hatte. Ohne jede Beeinflussung müssten von hundert Stimmberechtigten zwischen 68 und 75 für den Bundeskanzler stimmen.

Dr. Seyss erklärte mir, dass diese Schätzung mit seiner eigenen Meinung übereinstimme.

Die Vorbereitungsarbeiten waren am Mittwochabend im wesentlichen beendet. Für jede Stunde, die zwischen dem Morgen des Donnerstag und der Nacht vom Sonntag den 13. auf Montag den 14. lag, waren für jede einzelne Instanz genaue Arbeitspläne ausgearbeitet. Es war Vorsorge getroffen, dass noch im Laufe des Donnerstag der Wahlauf Ruf, den der Bundeskanzler selbst verfasst hatte, in einer genügenden Anzahl von Stimmzetteln und Flugschriften, die die Parolen kurz erläuterten, bis in die entlegensten Gemeinden gelangte. Wenn man bedenkt, dass es in den Alpenländern Gemeinden gibt, die von der nächsten Bahnstation viele Stunden weit entfernt liegen, dass es Eisenbahnstationen gibt, die von Wien aus erst in zehn und mehr Stunden zu erreichen sind, wird man die organisatorische Leistung, die hier vollbracht worden ist, richtig einschätzen können. Das aufgestellte Programm wurde genau erfüllt. Eine Gebirgsgemeinde in Tirol hat am Sonntag, den 13. März die Volksbefragung durchgeführt. Das Ergebnis lautete 95 % für Schuschnigg. Die Bevölkerung hatte von den tragischen Ereignissen, die sich inzwischen abgespielt hatten, keine Kenntnis bekommen.

In Wien setzten wir naturgemäss mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung standen, ein. Die Stimmung in der Bevölkerung war ausserordentlich erregt. In den Kreisen unserer Anhänger aber war man sehr siegesgewiss.

Für die Abstimmung sollten im Rundfunk die Vertreter aller Länder, aller Stände, aller Verbände und sonstigen Gruppen sprechen. Die Führungen all dieser Organisationen erklärten sich auch gerne bereit, durch Aufrufe ihren Mitgliedern nahezulegen, für Schuschnigg zu stimmen. Man muss bedenken, dass in Oesterreich das Vereinswesen durchaus nicht etwa gleichgeschaltet war. Trotz des autoritären Kurses genossen alle Verbände, soferne sie sich nicht staatsfeindlicher Propaganda oder Betätigung schuldig machten, volle Vereinsfreiheit. Das Bekenntnis zur Abstimmungsparole war ein spontanes, durchaus nicht etwa erzwungenes. Der evangelische Oberkirchenrat übermittelte uns zum Beispiel eine Erklärung, in der er für die Wahlparole Stellung nahm. Die Haltung des Kardinals Innitzer und der katholischen Kreise war naturgemäss eine positive. Der Kardinal hatte ja nach der Rede des Kanzlers im Bundestag völlig spontan eine Erklärung abgegeben, in der er in den Worten

höchster Begeisterung von den Ausführungen des Kanzlers im Bundestag sprach und in der von einem »Alpdruck« die Rede war, der durch diese Rede von ihm genommen worden sei.

Wir erwarteten die Abstimmung mit Spannung, erregt, aber mit vollster Zuversicht. Es mochte ruhig so sein, dass in einzelnen Gemeinden, etwa in der Steiermark, die Nationalsozialisten zu einer Mehrheit kamen. Das konnte aber das Gesamtergebnis, das wir zu erwarten hatten, nicht stören.

Am Donnerstag hatte der Bundeskanzler eine eingehende Aussprache mit dem Sicherheitsminister Dr. Seyss, in der ihm dieser die Schwierigkeiten auseinanderlegte, auf die er bei seinen Gefolgsleuten, die ihm ständig das Gefolge verweigerten, gestossen war. Der Bundeskanzler machte ihm Zusicherungen, um ihn davon zu überzeugen, dass er nicht die Absicht habe, die Nationalsozialisten durch ein gutes Wahlergebnis um die Zusagen zu prellen, die ihnen vor und durch Berchtesgaden gemacht worden waren. Dr. Seyss liess sich überzeugen und erklärte sich schliesslich bereit, am Freitagabend im Rundfunk zu sprechen, um die Nationalsozialisten Oesterreichs aufzufordern, für die Parole der Regierung zu stimmen. Er war der Meinung, dass durch diese Rede zwar nicht alle Nationalsozialisten davon zu überzeugen wären, dass es für sie richtig sei, für die Regierung zu stimmen, dass er aber Störungen der Wahl durch Demonstrationen dadurch verhindern werde.

Die Tatsache, dass sich Dr. Seyss-Inquart dem Bundeskanzler gegenüber bereit erklärt hat, für das Plebiszit im Rundfunk zu sprechen, und zwar am Freitag den 11. März, haben mir der Bundeskanzler selbst und der Aussenminister Dr. Guido Schmidt, dem es der Kanzler mitgeteilt hatte, berichtet.

Auf der Seite der Nationalsozialisten hatte die Nachricht von der in so kurzer Zeit stattfindenden Abstimmung ausserordentlich starke Wirkung. Die revolutionären Gruppen verlangten nun mit aller Kraft den offenen Aufstand und die deutsche Intervention, die gemässigten Kreise fürchteten das Wahlergebnis, das den eigenen Anhängern das wahre Zahlenverhältnis der innerpolitischen Kräfteverteilung zeigen musste. Für die Wahlparole zu stimmen, schien ihnen ein Verrat an der eigenen Idee zu sein. Man hatte den Anhängern schon zu viel versprochen, man hatte sich im vertrauten Kreis augenzwinkernd zugeflüstert, dass der Führer dem und jenem, der ihn in den letzten Tagen besucht habe, im Vertrauen gesagt habe, dass er seine österreichischen Parteigenossen befreien werde – so oder so. Man hatte einander eingeredet, dass das ganze Land nationalsozialistisch sei, und dass die Anhänger der Front nichts anderes seien als ein Häuflein bezahlter Subjekte, Postenkleber, um ihre Existenz besorgte öffentliche Beamte. Nun kam diese Abstimmung, die unter allen Umständen etwas anderes als dieses Bild zeigen musste, sehr ungelegen. Dazu kam der Richtungskampf in der eigenen Partei. Es ging nicht um den politischen Lebensraum für die Oesterreicher nationalsozialistischer Weltanschauung, um den in Berchtesgaden verhandelt worden war, sondern um den Erfolg der einen Gruppe von Nationalsozialisten gegen die andere. Es waren Mandate und Posten zu erwarten. Diese Mandate und Posten konnte die eine oder die andere nationalsozialistische Richtung bekommen. Darum ging der Kampf.

Man macht sich keinen Begriff davon, welche Rolle in der ganzen Entwicklung des Nationalsozialismus in Oesterreich dieser Konkurrenzkampf innerhalb der eigenen Partei, dieser Postenhunger, dieser Ehrgeiz und dieser Egoismus spielten, der auf dem Wege über die Politik das zu erreichen versuchte, was auf Grund der eigenen Leistungen, der eigenen Begabung, der eigenen Faulheit und der mangelnden moralischen Qualität nicht zu erreichen war. Die Anhäufung von Faulpelzen und Postenjägern, von Leuten, denen es am eigenen Lebensernst und eigenen Leistungswillen fehlte, die deshalb nicht die Erfolge hatten, die sie sich erträumten und die nun das Regime für ihre eigene Unzulänglichkeit verantwortlich machten, im Rahmen der österreichischen Partei, hat sich nach dem Umsturz in klarer Form gezeigt. Niemand kann es besser wissen als ich, der ich die österreichischen Nationalsozialisten im politischen Kampf gründlich kennen gelernt habe, dass die Gruppe aufrechter überzeugter Männer, die für ihre Weltanschauung mit Opfermut eintraten und die wirkliche und ehrenwerte Kämpfer für ihre Idee gewesen sind, im Gefüge der illegalen Partei gegen die andere Sorte politischer und menschlicher Unzulänglichkeit in der Minderheit war.

Zum Teil ist das darauf zurückzuführen, dass eine Partei, die lange in der Opposition steht, immer dazu verurteilt ist, das menschliche und politische Strandgut aufzunehmen, die Oppositionellen um jeden Preis, die Oppositionellen aus Not, die Oppositionellen aus Missgunst, die Oppositionellen aus Unfähigkeit, die Aussenseiter der Gesellschaft aus eigener Schuld. Die Schuld des Nationalsozialismus besteht aber darin, dass er diese Gruppen gehätschelt hat, dass er sie in führende Stellen aufrücken liess, dass er eine Menge von Intriganten für eine politische oder weltanschauliche Ueberzeugungsmasse hielt.

Nach Berchtesgaden hatte Hitler eine neue Landesleitung der illegalen Partei ernannt. Diese neue Landesleitung sollte Ordnung in den Intrigantenhäufen bringen. Vor so wichtige Entscheidungen gestellt, wie es das geplante Plebiszit war, gingen aber die Meinungen in der Partei mehr durcheinander als je vorher. Die vielgerühmte Disziplin war bei den kleinen Gefolgsleuten unten vorhanden. Mit dieser Disziplin brüsteten sich die einzelnen Führer. Sie selber aber glaubten, dass das Führerprinzip für sie selbst erschaffen worden sei und bei ihnen ende. Zwischen sich selbst und Hitler schien diesen Leuten die Hierarchie der Bewegung nicht in Ordnung zu sein.

Unter solchen Verhältnissen konnte der Aktivismus, den Schuschnigg nun zu entwickeln schien, für die Nationalsozialisten verheerend sein. Sie sahen eine Gefahr für ihre Bewegung – nicht etwa für ihren politischen Lebensraum, für ihre Partei und nicht etwa für ihre nationalen Rechte. Auch aus diesen Gründen ist Hitler in Oesterreich einmarschiert. Ob er es selber wusste, kann ich nicht feststellen. Dass es aber jeder bessere Parteifunktionär aus Gründen seiner Karriere für notwendig hielt, dass marschiert wurde, davon bin ich überzeugt.

Wären sonst die Drohungen und Erklärungen des Reichskommissars Bürkel erklärlich, die er in den Monaten April und Mai schon in aller Oeffentlichkeit abgeben musste und in denen er von seinen Parteigenossen als von Faulpelzen und Postenjägern sprach?

## Donnerstag, 10. März

Der Bundeskanzler kam früh am Morgen aus Innsbruck wieder in Wien an. Noch in den Vormittagsstunden hatte ich eine lange Aussprache mit Minister Dr. Seyss in Gegenwart des Staatsrates Dr. Jury. Dr. Jury teilte mir sehr aufgeregt mit, er habe erfahren, dass in der Vorwärts-Druckerei der Auftrag gegeben worden sei, zwei Millionen Flugblätter mit der Parole »Freiheit« und dem Symbol der Sozialdemokratie, den drei Pfeilen, herzustellen. Die Blätter befänden sich bereits im Druck.

Ich wusste, dass es sich um Flugblätter der vaterländischen Front handelte, die ganz andere Texte trugen und sagte Dr. Seyss, er solle doch als Sicherheitsminister Nachschau halten lassen, was denn in den Druckereien hergestellt werde. Es stellte sich natürlich heraus, dass ich recht gehabt hatte. Dr. Jury erklärte weiter, die Nationalsozialisten seien durch die Anberaumung der Volksabstimmung in eine unmögliche Lage gekommen. Sie hätten das Gefühl, diese Abstimmung richte sich gegen sie. Ich erwiderte, dass die Abstimmung nicht gegen die Nationalsozialisten gerichtet sei, sondern lediglich eine Erneuerung des Bekenntnisses zum Programm der vaterländischen Front darstelle, in der ja nach Berchtesgaden auch die Oesterreicher nationalsozialistischer Weltanschauung mitarbeiten sollten. Ich sagte den Herren, ich sei davon überzeugt, dass sich ein Modus finden liesse, der es jedem Nationalsozialisten, der den Willen zu loyaler Mitarbeit besitzt, möglich machen werde, an der Abstimmung teilzunehmen. Dr. Jury blieb skeptisch. Er verwies auf die starke Teilnahme von Arbeitern an unseren Demonstrationen und sagte, bei einzelnen Aufmärschen sei beobachtet worden, dass die Arbeiter rote Fahnen mit sich geführt und mit geballter Faust gegrüsst hätten. Ich konnte diese Möglichkeit nicht ausschliessen, stellte aber fest, dass es sich hier um Einzelfälle gehandelt habe. Im übrigen seien die Arbeiter eben durch die nationalsozialistischen Demonstrationen, an denen zu 90% halbwüchsige Burschen beteiligt waren, gereizt worden. Nun dürfte man sich nicht über die Erregung dieser Kreise aufregen, die man selbst provoziert habe. Weiters erzählte Dr. Jury, dass Nachrichten vorlägen, aus denen hervorgehe, dass in Wien Arbeiter bewaffnet werden. Auch von diesem Gerücht war mir nichts bekannt. Ich verwies, wie schon vorher, auf die Möglichkeit, die der Sicherheitsminister habe, nachzuforschen, ob dieses Gerücht auf Wahrheit beruhe. Ich erkundigte mich übrigens später an massgebender Stelle, ob an dieser Meldung irgend ein wahres Wort sei und erhielt die Auskunft, dass es sich um eine freie Erfindung handle. Ich glaubte nun, die beiden Herren beruhigt zu haben und gab der Erwartung Ausdruck, dass es in der für den gleichen Tag vorgesehenen Aussprache zwischen dem Bundeskanzler und Dr. Seyss möglich sein werde, alle Missverständnisse aufzuklären und zu einem guten Ende zu kommen.

Ich habe Grund zur Annahme, dass die gleichen Gerüchte und »Meldungen«, die mir Dr. Jury erzählt hatte, auch nach Deutschland weitergegeben worden sind. Dem deutschen Reichskanzler wurden sie wahrscheinlich in noch viel schärferer Form erzählt als mir, dem man es als unmittelbar Beteiligten doch nicht zumutete, dass er Märchen glauben würde. Der Grund für diese Meldungen ist mir klar. Die Herren in der Landesleitung der illegalen Partei wollten Hitler in Zorn versetzen

und ihn dazu zwingen, rasch zu handeln. Sie hatten Erfolg. Hitler fuhr nach Berlin und berief einen Kriegsrat ein.

Schon an diesem ersten Tag nach der Verkündigung des Plebiszits langten bei der vaterländischen Front Spenden in grosser Höhe ein. Der Bundeskanzler hatte einen Vertrauensmann mit der Verwaltung dieser Spendenaktion und der Führung der finanziellen Angelegenheiten, die mit dem Plebiszit in Zusammenhang standen, bestellt. Sein Büro glich einem Bienenhaus. Unaufhörlich kamen unaufgefordert Menschen, die Spenden in verschiedener Höhe überbrachten. Von Beträgen, die in die Hunderttausende gingen bis zu dem einen Schilling, den Hausgehilfinnen und Arbeitslose an unseren Kassen erlegten, war jede Summe vertreten. Ich möchte besonders betonen, dass es durchaus nicht nur etwa die Kreise der Wirtschaft und, innerhalb dieser, jüdische Kreise waren, die mithelfen und mitopfern wollten. An den Spenden, die uns zur Verfügung gestellt wurden, waren alle Bevölkerungsschichten beteiligt.

Gegen Mittag erreichte mich ein Brief des Ministers Dr. Seyss, der auf unsere Aussprache vom Mittwoch Bezug nahm und der auch vom Mittwoch datiert war.

Der Brief hatte folgenden Wortlaut:

Bundesminister Dr. Seyss-Inquart

Wien, am 9. März 1938.

Lieber Minister!

Du hast mir heute mitgeteilt, dass der Herr Bundeskanzler sich entschlossen habe, am 13. ds. eine Art Volksbefragung durchzuführen. Der Herr Bundeskanzler hat Dich beauftragt, mir seinen Entschluss mitzuteilen. Ich sehe mich daher bemüssigt, Dir meine Stellungnahme zu dieser Absicht bekanntzugeben, mit dem Ersuchen, den Herrn Bundeskanzler entsprechend zu informieren.

Die Befragung ist gestützt auf Art. 93 der Verfassung unter analoger Anwendung der Bestimmungen des Art. 65 ff. Gegenstand der Befragung ist im wesentlichen ein Bekenntnis zu Oesterreich auf den Grundlagen der Verfassung 1934. Hiezu bemerke ich, dass meines Erachtens eine mit dem Charakter einer Volksentscheidung ausgestattete Befragung gemäss Art. 93 überhaupt nicht angeordnet werden kann.

Die kundgegebene Verneinung der gestellten Frage selbst könnte überdies als Tatbestand des Hochverrates angesehen werden. Hiezu kommt, dass die Abstimmung über Grundlagen erfolgt, zu denen sich die politisch beachtbaren Kräfte und Gruppen dieses Landes ohnehin schon seit längerer Zeit bekannt haben.

Der Zweck dieser Abstimmung ist daher nicht so sehr in einer feierlichen Bekräftigung dieses Staates zu suchen, sondern er verfolgt politische Ziele aus der augenblicklichen Lage. Die offenbare und vordringliche Bedeutung dieser Abstimmung kann nur darin gesehen werden, dass der heutigen Regierung und dem heutigen Zustand das Vertrauen ausgesprochen werden soll. Die Verweigerung

der Bejahung der gestellten Frage müsste daher nicht als staatsfeindliche, sondern nur als oppositionelle Einstellung auf dem Boden des heutigen Staates gewertet werden. Auf diesen Umstand habe ich bereits anlässlich meiner gestrigen Unterredung mit dem Herrn Bundeskanzler verwiesen, in der ich ganz allgemein ohne nähere Einzelheiten und insbesondere ohne Bekanntgabe eines Termines über die Absichten einer solchen Befragung orientiert wurde.

Im Sinne der mir gemäss Punkt II, 3, der Vereinbarung von Berchtesgaden obliegenden Verpflichtungen habe ich nunmehr die im Zusammenhang mit dieser Abstimmung auftauchenden Fragen geprüft. Die Lage ist nun so: auf Grund meiner im Einvernehmen mit dem Frontführer und Bundeskanzler am 5. ds. in Linz verkündeten Absichten erwarten nunmehr die Nationalsozialisten ihren Einbau in alle behördlichen und politischen Funktionsstellen des Staates und der Front. Es ist undenkbar, dass die Nationalsozialisten ihre oppositionelle Einstellung nicht zum Staat, sondern zu dem heutigen Zustand aufgeben, bevor dieser Einbau nicht im wesentlichen durchgeführt ist. Da sie nunmehr unvermutet und vorzeitig zu einer Abstimmung aufgerufen werden, die nur eine Bejahung zulässt, wenn der Abstimmende sich nicht dem Verdacht hochverräterischer Einstellung aussetzen soll, bin ich bemüsst, im Sinne der mir obliegenden Verpflichtungen, aber auch im Hinblick auf die Verantwortungen, die mir als Innen- und Sicherheitsminister obliegen, die Beobachtung nachstehender Bedingungen für diese Abstimmung zu verlangen.

Der Wahlvorgang hat in allen Bundesländern nach einheitlichen Gesichtspunkten zu erfolgen, deren Wahrnehmung dem Innenminister obliegt. In die Sprengelkommissionen wird seitens der volkspolitischen Referate je ein Vertrauensmann entsandt. Die Abstimmung erfolgt geheim. Für diesen Zweck steht eine Zelle zur Verfügung. Der Stimmzettel wird in geschlossenen Kouverts übergeben. Die Abgabe eines leeren Kouverts oder eines Kouverts mit leerem Zettel oder eineszettels mit anderen als zusätzlichen Bemerkungen für eine bejahende oder verneinende Abstimmung, gelten als ungültige Stimmabgabe und werden als solche gezählt.

Sowohl in Detailergebnissen wie im Gesamtergebnis wird die Zahl der Wahlberechtigten, der Wahlbeteiligten, der Ja-, Nein-, und ungültigen Stimmen ausgewiesen. Den einzelnen Gruppen steht die Freiheit der Parolenausgabe in Versammlungen und durch Flugschriften zu. Es erfolgt nirgends ein geschlossener Wahlgang, am Wahltag selbst hat jede auf die Wahl bezügliche Kundgebung zu unterbleiben. Den Schutz des Wahlvorganges übernimmt lediglich die Exekutive.

Unter der Voraussetzung, dass der Wahlvorgang sich unter diesen Bedingungen abspielt, bin ich in der Lage, demselben im Sinne der mir gemäss II, 3, der Berchtesgadener Vereinbarung obliegenden Verpflichtung zuzustimmen und glaube auch als Sicherheitsminister nunmehr für einen ruhigen Verlauf die Gewähr übernehmen zu können.

Da es sich, wie bereits erwähnt, im vorliegenden Fall nicht um ein grundsätzliches Bekenntnis zum Staat, sondern um eine Stellungnahme zur Regierung und augenblicklichen Lage handelt, wird mit einer bejahenden Einstellung der Nationalsozialisten nur dann zu rechnen sein, wenn die Regierungszusammensetzung die Voraussetzung für eine solche positive Einstellung der Nationalsozialisten bietet.



Ich bitte Dich, von Vorstehendem Kenntnis zu nehmen und zeichne mit herzlichen Grüßen

Dr. Seyss-Inquart m.p.

Ich nahm an, dass Dr. Seyss dieses Schreiben nach ausführlicher Beratung mit seinen Freunden verfasst hatte und die Stellungnahme seiner Person und der Nationalsozialisten, mit denen er sich umgab, darstellte. Ich beeilte mich, diesen Brief dem Bundeskanzler zur Kenntnis zu bringen. In der Aussprache teilte mir Dr. Schuschnigg mit, dass er von Dr. Seyss ebenfalls ein Schreiben erhalten habe, datiert vom 10., in dem der Minister über den Inhalt des an mich gerichteten Schreibens hinausgehend eine stärkere Vertretung der »Oesterreicher nationalsozialistischer Weltanschauung« in der Bundesregierung auch unter Hinweis auf Forderungen des volkspolitischen Referenten in der Steiermark verlangte. In diesem Brief polemisierte Dr. Seyss gegen die Verfassungsmässigkeit des Plebiszits und verwies auf die technischen Bedingungen, die er in seinem Schreiben an mich gestellt hatte.

Der Kanzler stellte zu dem an mich gerichteten Brief des Dr. Seyss fest:

1. Die Polemik gegen die Verfassungsmässigkeit ist nicht haltbar. Der Standpunkt des Bundeskanzlers wird Dr. Seyss in einem direkten Brief bekanntgegeben.
2. Die Durchführung der Volksbefragung steht in keinerlei Widerspruch mit den Abmachungen von Berchtesgaden.
3. Die These vom Tatbestand des Hochverrates im Fall des Neinstimmens ist nicht haltbar.
4. Die Gleichheit des Wahlvorgangs in den einzelnen Bundesländern ist ohnedies gewährleistet.
5. Mit der Durchführung der Volksbefragung sind die Landeshauptleute als Chefs der mittelbaren Bundesverwaltung betraut.
6. Die Aufnahme von Vertrauensmännern der volkspolitischen Referate in die Wahlkommissionen wird durchgeführt.
7. Die Abstimmung bleibt geheim.
8. Die technische Durchführung des Wahlvorgangs erfolgt in der Weise, wie sie der Sicherheitsminister vorschlägt. Es ergeben sich hiedurch nur unbedeutende Abweichungen von den bereits festgesetzten Bestimmungen.
9. Die Freiheit der Parolenausgabe, die Abhaltung von Wahlversammlungen und die Verbreitung von Flugschriften kann für keine Gruppe zugestanden werden. Nach der Verfassung gibt es keine Parteien. Den Nationalsozialisten wurde lediglich die Gleichstellung mit anderen Gruppen der V.F. zugesagt. Nachdem keiner Gruppe der Front eine eigene Parolenausgabe zugestanden wurde, kann es auch für die Nationalsozialisten keine Ausnahme geben.
10. Ein geschlossener Wahlgang ist nirgends geplant.
11. Das Kundgebungsverbot für den Wahltag ist bereits vorgesehen.
12. Der ausschliessliche Schutz des Wahlvorgangs durch die staatliche Exekutive ist in den

ergangenen Bestimmungen enthalten.

13. Die Zustimmung des Sicherheitsministers zur Durchführung der Volksbefragung ist nicht erforderlich. Der Bundeskanzler nimmt sie jedoch mit Dank zur Kenntnis.
14. Der Bundeskanzler freut sich darüber, dass der Sicherheitsminister die Gewähr für einen ruhigen Verlauf der Volksbefragung übernimmt.
15. Auf die im letzten Passus ausgeführte Meinung des Sicherheitsministers, dass die Nationalsozialisten nur dann mit »Ja« stimmen werden, wenn eine Änderung in der Bundesregierung eintritt, antwortet der Bundeskanzler dem Sicherheitsminister direkt.

Dr. Schuschnigg schrieb an Dr. Seyss am 10. März folgenden Brief:

Der Bundeskanzler

Wien, den 10. März 1938.

Hwg. Herrn Bundesminister  
Dr. Arthur Seyss-Inquart  
Wien.

Sehr geehrter Herr Minister!

In Beantwortung Ihres geschätzten Schreibens vom 10. ds. erlaube ich mir, folgende Stellungnahme bekanntzugeben:

Die Abmachungen von Berchtesgaden waren in einer eindeutigen Weise umgrenzt, und es bestand, insbesondere auch nach unseren persönlichen Rücksprachen, kein Zweifel darüber, dass die Wiederzulassung von Parteien nicht in Frage kommen könne.

1. Es war ausdrücklich von der Gleichstellung aller Gruppen auf dem Boden der vaterländischen Front und unter Anerkennung der Verfassung die Rede. Diese Feststellung hat auch die Zustimmung des reichsdeutschen Vertragspartners gefunden. Die Nichteinmischung sowie die Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit und Souveränität bei Verpflichtung Oesterreichs eine deutsche Politik zu betreiben, waren die Grundlage der Abmachungen.
2. Die Verfassung ist auf dem Gedanken der autoritären Führung aufgebaut und gibt dem Bundeskanzler gemäss Artikel 93 das Recht, die Richtlinien der Politik zu bestimmen.
3. Der Bundeskanzler hat daher die durchaus verfassungsmässige Möglichkeit, im Wege einer Volksbefragung sich die Deckung dieser seiner Politik zu sichern. Eine Anfechtung aus verfassungsrechtlichen Gründen halte ich juristisch für untragbar, politisch widerspricht sie dem Geist und Wortlaut der getroffenen Abmachungen. Eine Koalitionsregierung zu bilden lehne ich ab; Parteien kann ich nicht anerkennen; die Bildung einer zweiten Front neben der vaterländischen Front, wie es sich insbesondere das volkspolitische Referat in Steiermark,

das ich heute schon des offenen Hochverrats bezichtige, vorstellt, kann daher nicht in Frage kommen und widerspricht ausdrücklich den Grundsätzen des Abkommens von Berchtesgaden.

4. Ich wurde zu wiederholten Malen gedrängt, eine Volksabstimmung zu veranlassen, zuletzt vom Herrn Reichskanzler selbst in Berchtesgaden am 12. Februar, wobei er allerdings beifügte, ich solle mit ihm gemeinsam in Oesterreich kandidieren. Dass ich eine Volksbefragung nur dann machen könne, wenn sie voraussichtlich zum Nachteil Oesterreichs ausfiele, kann vernünftigerweise von mir nicht gefordert werden. Von dieser Auffassung auch öffentlich Gebrauch zu machen, behalte ich mir, wenn die Umstände mich hiezu zwingen, ausdrücklich vor.
5. Die ausgegebene Parole und die Begründung derselben zeigen eindeutig, dass damit lediglich eine Deckung für den neu eingeschlagenen Weg in Oesterreich gesucht wird, und dass die neue Zeit, welche ich die Zeit des Friedens nennen will, mit einer feierlichen und vor aller Welt sichtbaren Demonstration eingeleitet werden soll. Dann erst ist eine entsprechende Cäsar gegenüber dem Vorhergegangenen möglich.
6. Insbesondere aus dem deutschen Gesichtskreis heraus lässt sich gegen die Parole nichts einwenden, denn mit ihr sind, was ich ausdrücklich festgestellt habe und noch weiter feststellen will, auch die Politik des 11. Juli und die Berchtesgadener Vereinbarung der Volksbefragung unterzogen. Wer dagegen stimmt oder sich der Stimme enthält, zeigt damit, dass er mit der Berchtesgadener Politik nicht einverstanden ist.
7. Eine Marionette zu spielen bin ich weder fähig noch bereit. Die politische Verantwortung und die Frontführung trage ich, und das Benehmen des volkspolitischen Referates in der Steiermark ist eine offene Meuterei.
8. Die ernste Situation im Lande ist hervorgerufen dadurch, dass sich die Nationalsozialisten nicht an die Abmachungen gehalten haben. Wenn wir hätten submittieren wollen, wäre das ganze Vorausgegangene nicht notwendig gewesen. Ich stelle fest, dass nach wie vor versucht wird, die Betriebe und die Strasse unter Terror zu setzen. Dem muss – ich darf hier auf das bereits Gesagte verweisen – unter allen Umständen ein radikales Ende bereitet werden. Ich bitte nicht zu vergessen, dass von der Gleichberechtigung die Rede war. Ich habe meinerseits alle Zusagen gehalten und muss auf Einhaltung der Zusagen von der Gegenseite bestehen. Dass ich zuschauen soll, wie das Land mit Gewalt wirtschaftlich und politisch ruiniert wird, kann man von mir nicht verlangen. Ich bin in der glücklichen Lage, die Welt zum Zeugen aufrufen zu können, wer recht hat und wer den Frieden will. Ich bin auch absolut entschlossen, dies im Bedarfsfall zu tun.

Jedenfalls hat sich heute deutlich decouvriert, wie die österreichischen Nationalsozialisten sich den deutschen Frieden vorstellen. Wenn ein Teil den Frieden nicht will, kann ihn leider der andere nicht erzwingen. Ich bin gerne bereit, Ihre Versicherung zu gemeinsamer Mitarbeit zur Kenntnis zu nehmen, muss Sie aber dringendst bitten, als Sicherheitsminister dafür Vorsorge zu treffen, dass dem Terror Einhalt geboten wird, weil ich sonst nicht in der Lage bin, die Gegenkräfte weiter niederzuhalten.

Ich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung und zeichne mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung  
Schuschnigg e.h.

Die Lage hatte sich nun insoferne geklärt, als Dr. Seyss, nachdem die technischen Bedingungen, die er gestellt hatte, erfüllt waren, sich als Vertrauensmann des Berchtesgadener Abkommens mit der Volksbefragung einverstanden erklärte und bereit war, die Garantie für einen ruhigen Verlauf des Plebiszits zu übernehmen.

Ob die Nationalsozialisten nun mit »Ja« oder »Nein« stimmten oder sich der Wahl enthielten, war ohne Belang.

Dr. Seyss hat seine Briefe nicht ohne vorherige Beratung mit seinen Freunden verfasst. Wenn das aber so ist, dann ist auch der dokumentarische Beweis dafür erbracht, dass erst der Befehl Hitlers, der am Freitag früh in Wien eintraf, die aufrührerische Haltung der österreichischen Nationalsozialisten hervorrief.

Die deutschen Stellen haben im In- und Auslande nachdem Umsturz die offizielle Meldung verbreitet, dass die Vertrauensmänner der Nationalsozialisten über die Volksbefragung nicht informiert waren, gegen ihre Durchführung nach der Publikation protestiert hätten u.s.w. Die nationalsozialistischen Stellen wissen entweder nicht, dass Dr. Seyss mir den angeführten Brief geschrieben hat oder sie versuchen, diesen Tatbestand zu verdunkeln, weil er ihre These von der Eroberung Oesterreichs unmöglich macht.

Für den Abend des Donnerstag war überdies eine Aussprache zwischen dem Bundeskanzler und Dr. Seyss vereinbart.

Im Laufe dieses Tages ordnete der Bundeskanzler als Landesverteidigungsminister die Einberufung eines Jahrgangs der Reserve an. Von österreichischen Grenzstationen kam die Nachricht, dass man auf deutschem Boden in der Nähe der Grenze deutsche Truppenansammlungen bemerkt habe. Schon in den Tagen vorher hatten einzelne Teile der deutschen Wehrmacht Uebungen in der Nähe unserer Grenze durchgeführt. Nach den Nachrichten, die nun in den Vormittagsstunden des Donnerstag von unseren Vertrauensleuten in Bayern eintrafen, handelte es sich um grössere Zusammenziehungen auch im Räume von München und auf allen Linien, die an die österreichische Grenze führen.

Am frühen Nachmittag hatte ich eine Besprechung mit einem hohen Funktionär der sozialen Arbeitsgemeinschaft. Wir sprachen über Fragen der Plebiszitpropaganda in den Reihen der Arbeiterschaft, in der, wie er mir versicherte, eine wenn auch erregte so doch ausserordentlich zuversichtliche Stimmung herrsche. Nebenbei erzählte er mir eine bezeichnende Einzelheit. Bei unserem Vertrauensmann in einem Wiener Vorort hatten sich Vertreter von grösseren Gruppen junger Leute gemeldet, die angaben, dass sie in den letzten Tagen nationalsozialistische Demonstrationen in der inneren Stadt veranstaltet hätten. Für diese Tätigkeit hätten sie den Betrag von fünf Schilling pro Kopf erhalten. Die Beschäftigung sage ihnen aber nicht sehr zu. Um den

Preis von vier Schilling seien sie nun bereit, für die Regierung und gegen die Nationalsozialisten zu demonstrieren.

Gegen Abend fand die vereinbarte Aussprache zwischen dem Bundeskanzler und Dr. Seyss statt, von der ich andern Ortes berichtet habe. Dr. Seyss erklärte sich im Verlauf dieser Aussprache bereit, den ruhigen Verlauf des Plebiszits zu gewährleisten und selbst am Freitag im Rundfunk für die Abstimmung zu sprechen.

### Freitag, 11. März

Am Morgen des 11. März hatten wir alle das Gefühl, dass dieser Tag die Lösung der Spannungen bringen müsste. Ich fuhr in mein Büro und hörte die Referate des Präsidialchefs und der Dienstgruppenleiter. Einer meiner Vertrauensleute brachte mir die Meldung, dass Minister Glaise-Horstenau, der etliche Tage vorher nach Deutschland gereist war, um einen Vortrag zu halten, gestern bei Hitler gewesen sei. Der Reichskanzler sei in wütender Stimmung, und Glaise-Horstenau bringe nun ein Ultimatum mit.

Wenige Minuten später rief mich der Bundeskanzler zu sich auf den Ballhausplatz. Ich traf ihn in seinem Arbeitszimmer. Es war derselbe Raum, in dem Dollfuss ermordet wurde. Der Kanzler fragte mich, ob ich wisse, wo sich Minister Seyss-Inquart aufhalte. Er könne ihn nirgends erreichen. Durch meine Nachrichtenstelle stellte ich fest, dass Seyss auf dem Flugfeld Aspern gewesen war, um Minister Glaise-Horstenau abzuholen. Von dort war er in die Stadt zurückgekehrt. Er befand sich nun aber weder in seinem Büro noch in seiner Advokaturkanzlei. Aus den Räumen, in denen sich die illegale Landesleitung befand, in der Seitzergasse, wurde angegeben, dass er sich auch dort nicht aufhalte. Sein Wagen hatte allerdings kurz vorher in der Seitzergasse geparkt.

Ich legte dem Bundeskanzler folgende Berichte vor:

1. Aus dem Burgenland wird gemeldet, dass sich in den Bezirken Eisenstadt und Oberwarth S.S. Leute gesammelt haben, um zu demonstrieren.
2. Bayrische Grenzorte melden das Eintreffen grösserer deutscher Truppenkontingente.
3. Auf den Strassen, die von München gegen die österreichische Grenze führen, werden seit vorgestern Truppentransporte festgestellt.
4. Unsre Nachrichtenstelle München berichtet von grösseren Truppenansammlungen in der Stadt und der Verwendung von Schulen als Notkasernen.
5. In Passau sind motorisierte Truppeneinheiten eingetroffen. Es liegt eine authentische Meldung darüber vor, dass im Laufe des Tages und der Nacht 40.000 Achsen Militärtransporte eintreffen werden.
6. In einzelnen Teilen von Wien und Niederösterreich sammeln sich seit den frühen Morgenstunden S.A. und S.S. Leute mit Rucksäcken. Konfidenten berichten, dass sich diese Leute für eine Aktion von drei bis vier Tagen vorbereitet hätten. Meldungen über ähnliche Bewegungen aus den Bundesländern wurden angefordert, sind aber noch nicht eingetroffen.
7. Unsre Vertrauensleute berichten aus allen Bundesländern, dass eine grosse Spannung, aber

zuversichtliche Stimmung herrsche. Störungen der Vorbereitungsarbeiten und der Volksbefragung werden in einzelnen Teilen der Steiermark und in grösseren Orten Oberösterreichs erwartet.

8. Unsrer Propaganda wirkt sich gut aus. Wir haben aus allen Teilen des Bundesgebietes die Meldung, dass die technischen Vorbereitungen für die Wahl im besten Gang sind.

Der Bundeskanzler hat einzelne dieser Meldungen bereits durch die Staatspolizei erfahren. Er bestätigt mir, auf meine Frage, dass Dr. Seyss sich gestern bereit erklärt habe, für das Plebiszit im Rundfunk zu sprechen. Ich frage den Bundeskanzler, ob er die Sicherheitsvorkehrungen für ausreichend halte. Dr. Schuschnigg ist davon überzeugt. Er glaubt, dass die deutschen Truppenbewegungen nichts anderes sind als ein Einschüchterungsmanöver. Er hält es für ausgeschlossen, dass Hitler in der ausserordentlich klar für Oesterreich sprechenden Situation irgend etwas unternehmen könnte, das ihm internationale Schwierigkeiten bereiten müsste.

Um die Situation zu klären, beruft der Kanzler mehrere Mitglieder des Kabinetts und führende Persönlichkeiten zu sich. Es sind das: die Minister Pernter, Raab und Schmidt, die Staatssekretäre Skubl und Zehner, der Bürgermeister von Wien, Richard Schmitz, der Reichsbauernführer Reither, der Präsident der Bundesbahnen Stockinger und der Präsident des Gewerkschaftsbundes Staud.

Der Kanzler erläutert den Herren die gegenwärtige Lage.

Nach längerer Beratung mit den anwesenden Herren gelangt der Kanzler zum Entschluss, die technischen Bedingungen, die in dem Schreiben des Ministers Dr. Seyss-Inquart an mich genannt worden waren, zu erfüllen.

Der Kanzler ersucht die Herren, noch im Hause zu bleiben und will nun die Antwort an Dr. Seyss diktieren.

In diesem Augenblick tritt der Sekretär Dr. Schuschniggs, Baron Fröhlichsthal, ein und überbringt einen Brief des Dr. Seyss, der die Gesamtsituation grundlegend ändert.

Wir wollen hier festhalten, dass die Entwicklung bis zum Freitag den 11. März 12 Uhr mittags folgende markante Punkte zeigte:

1. Hitler stellt in Berchtesgaden ein Ultimatum, das zuerst vom österreichischen Bundeskanzler persönlich und dann auch mit Zustimmung des Bundespräsidenten angenommen wird. Aus dem Ultimatum entsteht das sogenannte Abkommen von Berchtesgaden. Dieses Abkommen ist in den wesentlichen Teilen am 11. März bereits erfüllt. Die politischen Häftlinge sind ohne Ausnahme amnestiert und befinden sich seit langem auf freiem Fuss. Unter diesen Freigelassenen befinden sich auch diejenigen Leute, die sich wegen des Attentats auf das Bundeskanzleramt und auf die Ravag noch in Haft befanden. Die Polizeioffiziere, die am damaligen Putsch beteiligt waren, sind ebenfalls frei, ebenso Dr. Rintelen.
2. Dr. Seyss-Inquart ist Bundesminister für Inneres und Sicherheit, die Herren Fischböck und Dr. Wolf sind auf leitende Stellen berufen, die Ernennung des Generals Böhm zum Generalstabschef im Prinzip vollzogen. Der Einbau der nationalen Kräfte in die

- vaterländische Front nimmt seinen Fortgang und steht in bester Entwicklung.
3. Wenige Tage nach Berchtesgaden bestellt Hitler eine neue illegale Landesleitung unter dem Vorsitz des ehemaligen Hauptmanns Klausner aus Klagenfurt, obwohl er sich zur Auflösung der illegalen Verbände verpflichtet hatte.
  4. Die neue Landesleitung tritt zusammen und stellt für die in Berchtesgaden zugestandene Auflösung der illegalen Partei weitere Bedingungen, von denen in Berchtesgaden nicht die Rede gewesen war. (Brief des politischen Stabschefs der illegalen Partei Dr. Friedrich Rainer an den Sicherheitsminister Dr. Seyss-Inquart.)
  5. Der Bundeskanzler ordnet ein Plebiszit an, dessen Fragestellung mit den Grundsätzen übereinstimmt, deren Einhaltung auch für die Oesterreicher nationalsozialistischer Weltanschauung in Berchtesgaden vereinbart worden war. (Mitarbeit unter Einhaltung der sonst bestehenden Gesetze.) Nach vorerst abwartender Haltung und verschiedenen Vorbehalten erklärt sich der im Sinne der Berchtesgadener Bestimmungen für alle Fragen der nationalen Bevölkerung allein massgebende Sicherheitsminister Dr. Seyss-Inquart bereit, dem Volksbegehren zuzustimmen und als Sicherheitsminister die Gewähr für einen ruhigen Verlauf zu übernehmen. (Brief des Dr. Seyss an mich vom 9. März.)
  6. Von der illegalen Partei werden völlig unrichtige Behauptungen über Vorkommnisse in Oesterreich, z.B. Bewaffnung von Arbeitern, Fühlungnahmen mit ehemaligen sozialdemokratischen Führern im Ausland, Herstellung von sozialdemokratischem Druckmaterial etc. aufgestellt und nach Deutschland weitergemeldet.
  7. Die schon seit Wochen beobachteten Truppenverschiebungen in Süddeutschland werden verstärkt und bewegen sich eindeutig gegen die österreichische Grenze.
  8. Für die Nacht vom 11. auf den 12. März wird die Ankunft grosser Truppenmassen in den Grenzstationen gegen Oesterreich avisiert. Die Meldung hierüber liegt bei uns in den frühen Morgenstunden bereits vor. Der Befehl muss also spätestens am Donnerstag gegeben worden sein. Die Truppenbewegungen haben aber lange vor der Verkündung des Plebiszits ihren Anfang genommen.
  9. Die illegale Partei hat ihren Formationen den Befehl gegeben, sich ab Freitag früh für eine »Aktion« bereit zu halten und sich auf eine Dauer von drei bis vier Tagen gefasst zu machen.
  10. Dr. Seyss-Inquart hat zum Plebiszit Stellung genommen und seine Mitwirkung unter der Einhaltung verschiedener Bedingungen zugesagt. Diese Bedingungen werden im wesentlichen angenommen.
  11. Noch bevor Dr. Seyss von Bundeskanzler Dr. Schuschnigg eine Antwort erhalten hat, trifft von ihm ein weiteres Schreiben ein, das auch von Minister Glaise-Horstenau gezeichnet ist und das ein weiteres Ultimatum enthält.

In der Einleitung dieses Briefes wird darauf verwiesen, dass dieses Schreiben im Namen der nationalen Minister (Dr. Seyss und Dr. Glaise) und der nationalen Staatsräte (Dr. Jury, Dr. Fischböck u.s.w.) abgerichtet sei. Der Brief ist von Seyss und Glaise unterzeichnet. Er hat den Charakter eines Ultimatus. In der Einleitung wird die Verfassungsmässigkeit der Volksbefragung bestritten, jedoch die Durchführung einer Volksabstimmung, im Sinne des Artikels 65 der

österreichischen Bundesverfassung, nach Ablauf von vier Wochen für möglich gehalten. Mit der technischen Durchführung soll der Innenminister Dr. Seyss-Inquart betraut werden. Die Zusammensetzung der Wahlkommissionen soll so erfolgen, dass in jeder einzelnen ein Vertreter der volkspolitischen Referate bzw. ein Vertrauensmann der Nationalsozialisten seinen Sitz hat. Die Möglichkeit der Wahlpropaganda soll allen Teilen, also auch den Nationalsozialisten zugestanden werden.

In einer Wendung wird auf die Bedingungen Bezug genommen, die bei der Saarabstimmung in Geltung waren. Das lässt die Vermutung offen, dass ein Sachkundiger dieser Abstimmung bei der Redaktion dieses Teiles mitgewirkt hat. Im wesentlichen wird also die Absage der vom Bundeskanzler ausgeschriebenen Volksbefragung verlangt und die Möglichkeit einer Volksabstimmung unter besonderen Bedingungen nach Ablauf von vier Wochen zur Erwägung gestellt. Für den Fall der Ablehnung der mit diesem Schreiben aufgestellten Forderungen, geben die beiden Minister und die sonstigen nationalen Funktionäre ihre Demission und lehnen jede Verantwortung für das weitere Geschehen ab.

Der Brief verlangt bis ein Uhr mittags eine Entscheidung. Der Bundeskanzler hat ihn nach zwölf Uhr mittags erhalten. Es bleibt ihm weniger als eine Stunde Zeit.

Die Herren, die über das erste Schreiben des Dr. Seyss beraten haben, sind noch anwesend. Der Inhalt des Briefes wird mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Er wird als neuerlicher Stellungswechsel des Dr. Seyss aufgefasst. Die Materie ist so umfangreich, dass eine schriftliche Beantwortung in der kurzen Zeit nicht möglich ist.

Die Annahme der technischen Bedingungen, die auf die Abstimmung Bezug haben, bereitet nach den vorausgegangenen Beratungen keine Schwierigkeiten. Eine Absage der Volksbefragung ist für Dr. Schuschnigg unmöglich. Er hat für diese Abstimmung die persönliche Verantwortung übernommen und hat im Bundestag deutlich erklärt, dass er weitere Forderungen von nationalsozialistischer Seite nicht annehmen werde.

Die weitere Entwicklung im Falle einer Ablehnung ist klar: die Nationalsozialisten Oesterreichs beginnen im ganzen Lande nach dem festgesetzten Plan mit Unruhen. Es muss innerhalb weniger Stunden zu schweren Zusammenstößen in vielen Teilen des Landes kommen. In diesem Fall muss die Bundesregierung alle verfügbaren Kräfte dazu verwenden, um die Aufstandsbewegung niederzuschlagen. Es kommt zu Blutopfern, – im besten Fall zu Inhaftierungen grossen Stils. Unter solchen Voraussetzungen ist damit zu rechnen, dass der Vorwand zur Kündigung des Abkommens von Berchtesgaden formell gegeben ist. Mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht oder der »österreichischen Legion« ist unter diesen Umständen sicher zu rechnen.

Es muss nach Möglichkeiten gesucht werden, um diese Entwicklung abzuwehren. Die Meinungen der Persönlichkeiten, die der Bundeskanzler bei sich versammelt hat, sind geteilt. Es ist also vor allem notwendig, die gestellte Frist zu verlängern. Dr. Schuschnigg gibt inzwischen seine Meinung bekannt.



1. Es gibt die Möglichkeit der Ablehnung des vorliegenden Ultimatums, verbunden mit einer formellen Kündigung des Berchtesgadener Abkommens, unter Bekanntgabe der vorhandenen Gründe für diese Kündigung an die Weltöffentlichkeit. Das bedeutet mit Sicherheit einen Kampf bis aufs Messer, der sich nicht nur im Inneren des Landes abspielt, sondern sich auch gegen eine zu erwartende militärische Intervention des deutschen Reiches wenden muss.
2. Es gibt die Möglichkeit einer Annahme der gestellten Bedingungen. Unter diesen Umständen ist eine völlige Regierungsumbildung und das Ausscheiden des Bundeskanzlers aus der Regierung notwendig.
3. Es gibt die Möglichkeit, einen Vermittlungsvorschlag zu machen, der die Bedingungen des Schreibens bis auf die Terminfrage akzeptiert.

Inzwischen wird gemeldet, dass Dr. Seyss mit Glaise-Horstenau im Bundeskanzleramt eingetroffen ist. Der Bundeskanzler gibt dem Minister Schmidt und mir den Auftrag, mit den beiden Herren wegen einer Verlängerung des Termins Fühlung zu nehmen. Dr. Seyss erklärt uns, dass er bereits sein möglichstes getan habe, um den Termin hinauszuziehen. Er habe bereits die Verschiebung von zehn Uhr vormittags bis ein Uhr mittags mit Mühe durchgesetzt. Wir machen ihn auf die ungeheuren Folgen, die diese Handlungsweise und diese skandalöse Methode nach sich ziehen würden, aufmerksam. Nach längerer Debatte geht Dr. Seyss ans Telephon und erklärt uns, dass er die Verschiebung um eine weitere Stunde erreicht habe.

Ich sage nun Dr. Seyss, ich könnte mir nicht vorstellen, dass diese Taktik und diese Politik von ihm ausgehen, weil das in einem vollkommenen Widerspruch zu seiner bisherigen Haltung stünde. Er bestätigt mir meine Ansicht und sagt mir, er habe die Entwicklung nicht mehr in Händen, das Gewicht der Entscheidung liege bei der Partei.

Wir kehren in das Zimmer des Bundeskanzlers zurück. Dort ist inzwischen die Entscheidung gefallen. Der Bundeskanzler will sich in Uebereinstimmung mit den anwesenden Herren für den dritten Eventualfall, den er vorher formuliert hatte, entscheiden. Die Abstimmung soll am Sonntag den 13. stattfinden. Die technischen Bedingungen, die gestellt worden sind, werden erfüllt. Es handelt sich um die vorher zitierten Massnahmen, die Dr. Seyss und seine Freunde für notwendig erachten, um die Partei von ihren radikalen Plänen abzubringen und zu einer Mitwirkung zu veranlassen.

Dr. Schmidt und ich erhalten den Auftrag, dies den Ministern Seyss und Glaise mitzuteilen. Wir finden die beiden Herren im Ministerratsaal und teilen ihnen die Annahme der Bedingungen mit der vom Bundeskanzler gemachten Einschränkung mit.

Dr. Seyss erklärt uns, dass er diese Einschränkung nicht zur Kenntnis nehmen könne, er habe nur die Vollmacht, die ganze und bedingungslose Annahme der Bedingungen zu akzeptieren, die er in seinem Briefe angeführt hatte. Wir machen Dr. Seyss nochmals auf die unmögliche Situation aufmerksam, in der er sich befindet und verweisen auf die möglichen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, dass er sich als Mitglied der Regierung zum Sprecher der illegalen Partei, die ihre Weisungen wahrscheinlich aus dem Reiche habe, mache.

Wir kehren wieder zum Bundeskanzler zurück, um ihm den Standpunkt des Dr. Seyss mitzuteilen.

Dr. Schuschnigg nimmt die Mitteilung, die wir ihm machen, zur Kenntnis. Es bleibt nun nur noch die erste oder zweite Möglichkeit, die der Kanzler zu Anfang der Beratung genannt hatte.

Der Bundeskanzler begibt sich nun zum Bundespräsidenten, um ihm Bericht zu erstatten. Er kehrt zurück und bittet einige Herren, die sich noch in seinem Vorzimmer aufhalten, sich zum Bundespräsidenten zu begeben.

Ich bleibe mit dem Kanzler in seinem Arbeitszimmer allein. Wir gehen langsam und ruhig in seinem Zimmer auf und ab. Er setzt mir nochmals die Gründe für seine Haltung auseinander und legt mir nahe, unter allen Umständen in der Regierung zu bleiben, auch wenn er ausscheide. Ich antworte ihm darauf, dass das für mich unmöglich sei. Die neue Entwicklung läuft offenbar auf einer Linie, die in einem offenen Widerspruch zu meiner bisherigen politischen Haltung steht. Es werden sich, so meinte ich, wie immer die Entwicklung läuft, Aufgaben in grosser Zahl für mich ergeben. Der Bundeskanzler nimmt mich am Arm und sagt mir: »Ihr dürft nicht alle gehen, es geht doch um das Land!« Ich antworte ihm darauf, dass das Schicksal des Landes nicht mehr in den Büros, sondern auf den Barrikaden liegt.

Draussen surren noch unsere Propagandaflugzeuge und streuen Millionen von Flugblättern über die Stadt, in der es summt und braust, deren Strassen sich immer mehr mit Demonstranten beider Richtungen füllen. Ueber dem Land liegt eine Atmosphäre unerträglicher Spannung. Von Viertelstunde zu Viertelstunde werden durch den Rundfunk Wahlparolen durchgegeben. Die Vertreter aller Stände und Gruppen, die Vertreter der Religionsgemeinschaften und der Länder sprechen für die Volksbefragung. Unten, unter den Fenstern des Ballhauspalais bauen die Arbeiter das Haus der vaterländischen Front. Wir wollten die Dachgleiche am 1. Mai feiern. Auf der anderen Seite steht das Dollfussdenkmal vor der Vollendung. Am gleichen ersten Mai soll es eingeweiht werden.

Der Ballhausplatz ist vom Verkehr abgesperrt. Nur wenige Menschen gehen vorbei. Aber draussen in den Strassen der Stadt ist ein Ameisenhaufen in Bewegung geraten. Solche Demonstrationen haben wir in den letzten Tagen und Wochen oft genug erlebt. Das sind Neugierige, das sind Unruhige, die strassauf, strassab gehen. Sensationslüsterne und Leute, die irgend eine Gelegenheit suchen, um irgend etwas zu tun. Da draussen sind die Züge der Demonstranten, die ihre Parolen rufen, schreien. Nicht die losgelassene Volksseele sondern einfache Demonstranten, die ihrer Sache dienen wollen, dadurch, dass sie sich zeigen, dass sie in geballter Menge da sind.

Diese Demonstranten sind nicht einmal über das gewöhnliche Mass hinaus rauflostig. Zu körperlichen Misshandlungen kommt es selten. Es gibt keinen Todesfall.

Man hat – auch ohne Konkretes zu wissen – das Gefühl, dass etwas Umstürzendes, Ungeheures geschehen muss. Ein entflammtes Streichholz kann genügen, um die gewaltige Stichflamme des Geschehens zum Himmel auflodern zu lassen. Ein Schrei kann es sein, ein Schuss, ein Steinwurf. Die Menschen eilen in dieser wahnsinnigen Stimmung hin und her. Sie warten auf dieses Ereignis,

warten auf dieses eine, das nun kommen wird und kommen muss, denn die Erregung ist nicht mehr zu ertragen.

Unzählige Telefongespräche vermitteln diese Stimmung in das Bundeskanzleramt. Hier herrscht mühsam aufrechterhaltene Ruhe. Aber über dem ganzen Gebäude steht die Atmosphäre, von der ich gesprochen habe, wie eine Säule hitzezitternder Luft.

Im Vorzimmer des Bundeskanzlers hat sich eine grosse Zahl Wartender angesammelt. Aus dem Kleiderständer ist ein Mantelberg geworden. Wer wird da noch jemals sein Kleidungsstück herausfinden? Die Menschen stehen herum. Die Telephone klingeln ununterbrochen. In einer Ecke sitzt ein führender Herr des Regimes mit einem Buch. Ich trete zu ihm, um zu sehen, was er liest. Es ist die Geschichte der Renaissance in Italien. Man hört alle Meinungen. Man hört die verschiedensten Pläne. Man will etwas tun. Man muss etwas tun.

Und die Zeit vergeht. Die von Dr. Seyss angegebene Zeit vergeht.

Dr. Seyss sagt, es sei aussichtslos anzurufen. Man könne hier keine Entscheidungen mehr fällen. Die Entscheidung liege anderswo.

Wo?

In Berlin.

Damit ist endlich das Wesentliche an den Ereignissen dieser Tage ausgesprochen. Hitler hat sich über das Uebereinkommen von Berchtesgaden, das er sich selbst erzwungen hatte, hinweggesetzt, er hat aus der Neubestellung der Landesleitung der illegalen Partei die Konsequenz gezogen und befiehlt nun dieser seiner Landesleitung, was sie zu tun hat. Hitler hat das Uebereinkommen vom 11. Juli 1936 gebrochen. Wo waren nun die Versicherungen der Nichteinmischung? Wo blieb nun sein gegebenes Wort, – wo das alles? Wozu hatte man das Theater von Berchtesgaden aufgeführt, wenn man die Absicht hatte, sich über das, was man sich erzwungen hatte, bei der nächsten Gelegenheit hinwegzusetzen?

Der Grund lässt sich leicht erraten. Man hatte die österreichische Regierung dazu zwingen wollen, ihrerseits dieses sonderbare Vertragsinstrument zu verletzen. Aus Notwehr zu verletzen. Nun galt es also, einen Vorwand zu schaffen.

In diesem Augenblick, in dem Dr. Seyss zugab, dass die Entscheidung in Berlin liegt, wurde das ganze österreichische Problem von massgebender Seite klar umrissen: es handelte sich nicht um politische Rechte österreichischer Nationalsozialisten, um deren Wohl sich Hitler annehmen zu müssen glaubte. Es handelte sich nicht um einen »Befreiungskampf« der österreichischen Nationalsozialisten, sondern um die Eroberung eines Landes durch die deutsche Militärmacht.

Wir legen es Dr. Seyss nahe, in Berlin anzurufen. Wir wollen Klarheit haben und die Wahrheit feststellen. Nach einiger Ueberlegung entschliesst sich Seyss. Er geht zum Telephon und ruft Göring in Berlin an.

Das Gespräch wird in der Zentrale mitgehört. Der Bericht, den mir der betreffende Herr, der an der Leitung war, nachher erstattete, stimmt mit den Mitteilungen, die Dr. Seyss mir machte, vollkommen überein.

Er kehrt sehr bleich und aufgeregt vom Telephon zurück. Dr. Schmidt und ich treffen ihn im Säulensaal. Er hat mit Göring gesprochen und ihm die Annahme der gestellten Bedingungen mit der Einschränkung bezüglich des Termins mitgeteilt. Göring ersucht ihn, einen Augenblick am Telephon zu bleiben. Er wolle mit dem Führer sprechen. Nach kurzer Zeit kommt der preussische Ministerpräsident zurück und diktiert Seyss die Antwort, die dieser auf einen Zettel aufschreibt. Er sagt ihm »Teilen Sie das Schuschnigg wörtlich mit!«

Auf dem Zettel heisst es: »Das Ultimatum gilt nach der erteilten Antwort für abgelehnt. Es ist nun der Rücktritt Schuschniggs zu verlangen. Mit der Bildung der neuen Regierung ist Dr. Seyss zu betrauen. Die Mehrheit des neuen Kabinetts muss aus Nationalsozialisten bestehen. Sollte diese neue Bedingung nicht akzeptiert werden, so beginnt um halb acht Uhr abend der Einmarsch der deutschen Armee nach Oesterreich. Sie haben innerhalb einer Stunde Bescheid zu geben. Sollten sie nach Ablauf einer Stunde nicht angerufen haben, so wird hier angenommen, dass sie behindert sind.«

Ich gebe den Text dieses neuen Ultimatus nicht wörtlich, aber völlig sinngetreu wieder. Dr. Seyss hat Dr. Schmidt und mir den erwähnten Zettel unmittelbar nach seinem Gespräch vorgelesen.

Dr. Seyss fragt uns, ob wir dem Bundeskanzler diese Nachricht überbringen wollen. Ich sage ihm, dass das seine persönliche Aufgabe sei. Auf eine Bemerkung meinerseits zuckt Dr. Seyss mit den Schultern und sagt: »Ich bin nichts als ein historisches Telephonfräulein. Ich habe nur die Nachricht zu überbringen und keinen Einfluss.«

Schon nach wenigen Minuten tritt er wieder aus dem Zimmer des Bundeskanzlers.

Der Bundespräsident weigert sich, Dr. Schuschnigg seines Amtes zu entheben und seine Demission zur Kenntnis zu nehmen. Er weigert sich weiter, den Minister Dr. Seyss zum Bundeskanzler zu ernennen.

Inzwischen hat das amtliche deutsche Nachrichtenbüro durch den deutschen Rundfunk eine Meldung durchgegeben, nach der die Gerüchte, die besagen, dass die deutsche Regierung in Wien ein Ultimatum habe überreichen lassen, vollkommen unrichtig seien. Es handle sich lediglich um innere Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der nationalen Bevölkerung, in die sich die deutsche Reichsregierung nicht einmische, so lange sie dazu nicht von massgebender Stelle aufgefordert werde.

Der Bundespräsident verweist auf den Widerspruch, der zwischen dieser Nachricht und den tatsächlich überreichten Ultimaten besteht, und regt an, auf diplomatischem Weg in Berlin Aufklärung zu verlangen.

Dr. Schuschnigg kehrt nach der Weigerung des Bundespräsidenten, ihn zu entheben, in sein Büro zurück und beginnt Besprechungen mit Funktionären der Polizei und des Bundesheeres.

Er prüft die Möglichkeiten des bewaffneten Widerstandes. Der Staatssekretär für Landesverteidigung und der Staatssekretär für Sicherheit raten dem Kanzler zur Nachgiebigkeit. Der Widerstand österreichischer Truppen, die sich nicht wie die deutschen an der Grenze befinden, sondern im ganzen Bundesgebiet disloziert sind, wird ausserordentlich schwierig und wenig erfolgreich sein. Man muss damit rechnen, dass die Aufstandsbewegung im Innern nicht nur die Exekutive, sondern auch Teile des Heeres festhalten wird, dass Brücken und Eisenbahnlinien gesprengt werden, die die Mobilität der dezentralisierten Kräfte weiter behindern. Für die Aufstellung freiwilliger Hilfstruppen ist es zu spät. Die Entscheidung wird, wenn das Reich seinen Angriff beginnt, in wenigen Stunden fallen. Die beiden Herren verlassen kreidebleich das Zimmer des Kanzlers.

Dr. Seyss ist durch das scharfe Tempo, das ihm durch Berlin vorgelegt wird, sehr bedrückt. Einer der führenden Nationalsozialisten, der auch heute eine massgebende Rolle in Oesterreich spielt, tritt auf mich zu und sagt mir: »Es ist furchtbar, man wird aus Oesterreich ein zweites Elsass machen!«

Indessen läuft die Stunde, die von Göring dem Dr. Seyss gegeben worden war, ab. Die Mitarbeiter des Dr. Seyss, die zugleich die führenden Referenten der illegalen Landesleitung sind, haben sich um Dr. Seyss versammelt. Auch sie sind ausserordentlich aufgeregt. Auf sie geht der Plan zurück, der nun Wirklichkeit wird, aber auch sie stehen jetzt unter ungeheurer Spannung, sind masslos aufgeregt. Globotschnigg geht ans Telefon und ruft neuerlich Göring an. Er will eine neue Fristverlängerung. Es gelingt ihm. Die Zeit, bis zu der Dr. Seyss zum Bundeskanzler ernannt sein muss, wird für halb sieben Uhr festgesetzt. Um halb acht Uhr abend wird mit dem Einmarsch begonnen.

Unterdessen prüft der Bundeskanzler mit seinen Freunden die Chancen des Widerstandes. Es sind die wichtigsten Gespräche des Tages, die er nun, ruhig an seinem Schreibtisch sitzend, führt. Es ist später erzählt worden, der Bundeskanzler sei allein in seinem Arbeitszimmer gewesen und hätte Radionachrichten angehört, um seine Nerven zu beruhigen. Dazu ist zu sagen, dass der Bundeskanzler an diesem Tage kaum einige Minuten allein war und dass in keinem Raum des Präsidiums des Kanzleramtes weder vorher, noch an diesem Tage ein Radioapparat vorhanden war. Nach eingehenden Gesprächen mit einer grösseren Anzahl von Herren, begibt sich der Kanzler neuerlich zum Bundespräsidenten.

Kurze Zeit später wird ein Vermittlungsvorschlag gemacht. Der Bundespräsident will unter dem Druck der deutschen Einmarschdrohung den Präsidenten des obersten Rechnungshofes und ehemaligen Bundeskanzler Dr. Otto Ender zum Bundeskanzler ernennen und in das Kabinett, neben Dr. Seyss-Inquart als Vicekanzler, eine grössere Anzahl von Nationalsozialisten berufen.

Auch dieser Vorschlag wird, wie zu erwarten war, abgelehnt, wiewohl Dr. Seyss selbst dafür wäre. Ich habe das Gefühl, dass er sich vor der Verantwortung, die er in einer historischen Stunde übernehmen soll, fürchtet.

Der Bundespräsident führt nun mit dem Bürgermeister Schmitz und Staatssekretär Dr. Skubl Besprechungen.

Von seinen Freunden dazu gedrängt, hat Dr. Seyss indessen begonnen, eine Kabinettsliste aufzustellen. Sie sieht noch ein wenig anders aus als das Kabinett, das wenige Stunden später der Öffentlichkeit präsentiert wird. Für die auswärtigen Angelegenheiten hat Dr. Seyss den Minister Dr. Guido Schmidt eingesetzt. Ich nehme dem Dr. Seyss den Zettel aus der Hand und gebe ihn Dr. Schmidt, der neben mir steht. Dr. Schmidt erklärt, dass das für ihn unter gar keinen Umständen in Frage komme. Er sagt zu Seyss und den herumstehenden Nationalsozialisten: »Ihr müsst zur Kenntnis nehmen, dass es für mich so etwas wie den Begriff der Treue und Anständigkeit gibt. Ich bin den Weg mit Schuschnigg gegangen, ich werde auch mit ihm abtreten.«

Wir erhalten nun die Nachricht, dass ein deutsches Regierungsflugzeug mit zwei Insassen in Berlin mit der Richtung Wien gestartet sei. Wir stellen fest, dass diese beiden Insassen der Staatssekretär Keppler und sein Sekretär Dr. Vehsemayer sind.

Dr. Schuschnigg ruft Dr. Schmidt und mich in sein Arbeitszimmer und sagt uns, dass sein Entschluss zurückzutreten unabänderlich sei. Dieser Entschluss liegt in der Linie der Erwägungen, die er bereits nach seiner Rückkehr aus Berchtesgaden angestellt hatte. Die Verschiebung des Plebiszits, die nun unvermeidlich war, könne er wohl anordnen, die Konsequenzen aber, die sich daraus ergeben, müsse ein neues Kabinett ziehen. Er sehe nun, dass es unrichtig war, einen Vertrag zu schliessen. Er für seinen Teil halte sich an diesen Vertrag für gebunden. Das Land aber müsse nun aus der neuen Situation, in der dieser Vertrag nicht mehr existiert, die Schlussfolgerungen ziehen.

Der Bundespräsident ist inzwischen bei seiner Weigerung, Dr. Seyss zum Bundeskanzler zu ernennen, geblieben. Die Mitarbeiter des Dr. Seyss, Dr. Rainer, Globotschnigg und Dr. Mühlmann, fassen den Entschluss, den Bundespräsidenten aufzusuchen, um ihm ihren Standpunkt zu erklären und ihm die Lage, wie sie sich ihnen darstellt, zu schildern.

Nach 6 Uhr nachmittags liegt die Situation so:

1. Das erste Ultimatum ist angenommen, die einschränkenden Bemerkungen der Antwort, die lediglich den Termin betreffen, sind aber als Ablehnung aufgefasst worden.
2. Die Verhandlungen werden nun offen mit Berlin geführt, wo Hitler persönlich die Entscheidungen trifft. Es wird zugegeben, dass auch der erste Brief, den Dr. Seyss gemeinsam mit Minister Glaise an den Bundeskanzler gerichtet hat, auf ein Berliner Diktat zurückzuführen ist. Es ist klar, dass Minister Glaise am Vortag von Hitler persönlich den Auftrag zu diesem Schreiben empfangen hat.
3. Dr. Seyss hat von Göring über persönliche Weisung Hitlers den Auftrag erhalten, dem österreichischen Bundeskanzler mitzuteilen, dass die Antwort, die dieser auf den Brief des Minister Seyss und Glaise gegeben hat, als Ablehnung aufzufassen sei.
4. Zugleich hat Dr. Seyss, gleichfalls auf Weisung Hitlers, von Göring aus Berlin den Befehl erhalten, den Rücktritt des Bundeskanzlers zu verlangen und seine eigene Betrauung mit diesem Amt zu fordern. Für die Erfüllung dieses Verlangens wird die Frist von einer Stunde gegeben. Für den Fall der Nichterfüllung dieses Verlangens wird der Einmarsch der

- deutschen Armee für ½8 Uhr abend angekündigt.
5. Der Bundeskanzler bietet nach dem ersten Ultimatum dem Bundespräsidenten seine Demission an. Nach der Weigerung, ihn zu entheben, führt er Verhandlungen mit massgebenden Personen der Exekutive.
  6. Der Bundespräsident weigert sich nach Eintreffen des zweiten Ultimatus, den Minister Seyss zum Bundeskanzler zu ernennen und macht unter dem Druck der offenen deutschen Gewaltdrohung den Vorschlag, ein Kabinett Dr. Ender zu bestellen, mit Dr. Seyss als Vizekanzler.
  7. Die Nationalsozialisten haben ihre Putschdispositionen nicht zurückgezogen.
  8. Weitere Nachrichten melden, dass die deutschen Truppen sich in grossen Einheiten an der Grenze formieren.
  9. Der Bundeskanzler verhandelt neuerlich mit den Vertretern der Exekutive.
  10. Dr. Seyss hat bereits mit der Zusammenstellung einer Kabinettsliste begonnen und will Dr. Schmidt das Aussenamt anbieten, was dieser ablehnt.
  11. Der deutsche Staatssekretär Keppler ist mit einem Sonderflugzeug unterwegs nach Wien.

Die Erwägung, vor die wir um diese Zeit gestellt sind, hat folgende Ansatzpunkte:

- a. Die Abwehr des deutschen Einmarsches in Oesterreich in den frühen Abendstunden bedeutet Krieg. Das Bundesheer kann diesen Einmarsch nur wenige Stunden aufhalten.
- b. Der im Entstehen begriffene nationalsozialistische Aufstand im Innern absorbiert die Polizeikräfte und wesentliche Teile des Heeres.
- c. Die auswärtigen Mächte geben keine Erklärung über eine sofortige Intervention ab.

Es findet sich zwar die englische Regierung bereit, in Berlin eine Demarche zu unternehmen, es fehlt ihr aber die Möglichkeit einer Fühlungnahme mit der französischen Regierung, weil es im Augenblick in Paris keine Regierung gibt. Auch von anderen Staaten wird geraten, zuzuwarten und die Ereignisse nach Möglichkeit hinauszuzögern.

- d. Wir stehen vor einem Bürgerkrieg im Inneren und einem Krieg mit Deutschland. Unter diesen Umständen ist der Ausgang nicht fraglich.

Sollen wir die Verantwortung übernehmen, tausende von Menschenleben in einem Bürgerkrieg zu opfern und zugleich tausende von Menschenleben in einem aussichtslosen Krieg gegen die deutsche Heeresmacht einzusetzen? In einem Krieg, dessen Ausgang ohne jede Hilfe von aussen völlig klar ist?

Das ist die Entscheidung, vor die Schuschnigg gestellt ist. Oesterreich ist unter dem Druck einer ungeheuren und bedenkenlosen Gewalt. Wo sind die Erklärungen der Westmächte, wo die römischen Protokolle, wo die deutsche Erklärung über die österreichische Unabhängigkeit?

An diesem Abend des 11. März 1938 beginnt Hitler eine neue Zeit. Er beendet die Epoche, die man Nachkriegszeit genannt hat. Er setzt den Schlusspunkt unter die Ereignisse, die seit 1914 Europa in Spannung gehalten haben. Er zieht die Konsequenz aus der Kriegsangst der europäischen Staaten

und erobert ein Land im Frieden mit Heeresmacht, ohne dass ihn mehr als ein formeller Protest stört. Oder war es nur eine deutsche »Familienangelegenheit«? Es war mehr – es war viel mehr!

Das sind die Gedanken, die die führenden Männer des dritten Oesterreich am jüngsten Tag ihres Staates bewegen. Sie haben ihre Schlacht verloren, weil sie geglaubt haben, dass es unter deutschen Männern auch in Staatsgeschäften und in den Fragen des Schicksals der ganzen Nation ein Manneswort gibt, weil sie das, was nun geschieht, für unmöglich gehalten haben. Sie verwechseln immer noch das deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus. Sie glaubten es nicht, dass es im ganzen deutschen Volk jemanden geben könnte, der ein grossdeutsches Reich auf Verrat und Lüge seinen eigenen Volksgenossen gegenüber begründen will.

Es muss betont werden, dass alle diese Erwägungen, die Möglichkeit eines Anschlusses Oesterreichs an das deutsche Reich noch nicht in Rechnung stellten. Man glaubte, dass es sich um die Erzwingung eines nationalsozialistischen Regimes in dem selbständigen Staate Oesterreich, etwa nach dem Muster von Danzig, handle.

Dieser Ueberzeugung war auch Minister Seyss, nachdem sich die Entscheidung bereits vollzogen hatte. Er fühlte sich, als ich ihn zuletzt sprach – es mag nach sieben Uhr gewesen sein – bereits als Bundeskanzler, obwohl sich der Bundespräsident nach wie vor weigerte, ihn zu ernennen. Er sagte mir, in zwei Hauptpunkten lasse er nicht mit sich handeln. Das eine sei die Selbständigkeit Oesterreichs und das zweite, die Möglichkeit für das konservativ-katholische Element, sein Eigenleben zu entfalten.

Ich hatte meine engsten Mitarbeiter kurz über die Lage aufgeklärt und stand auf der Hauptstiege, als Herr Keppler in Begleitung von Dr. Vehsemayer heraufkam. Keppler zog sich mit Seyss und Glaise und den Mitarbeitern des Dr. Seyss in einen Raum zurück, um die Instruktionen, die er mitgebracht hatte, zu erläutern und das neue Kabinett nach den Berliner Wünschen zu konstituieren.

Inzwischen hatte ich gemeinsam mit Dr. Schmidt die Möglichkeit, noch eine Aussprache mit Glaise zu pflegen, in der wir ihn fragten, ob er die Gewähr für die Sicherheit der Person Dr. Schuschniggs zu übernehmen bereit sei. Wir hielten es für richtig, dass sich der Kanzler ins Ausland begeben, weil er im Lande weder für seine Idee, noch für seine Mitarbeiter unter den gegebenen Umständen wirken konnte. Glaise sagte uns seine persönliche Garantie zu und versprach, dafür zu sorgen, dass der Kanzler unbehindert ins Ausland gelangen könne. Dr. Schuschnigg weigerte sich indessen, das Land zu verlassen. Er habe sein ganzes Können und Trachten für das Wohl dieses Landes eingesetzt. Oesterreich sei seine Heimat, niemand könne von ihm verlangen, dass er seine Heimat verlasse.

Ich hatte noch einen Mitarbeiter in ein Büro bestellt, das in einem anderen Stockwerk lag. Als ich dorthin ging, trat ein mir bekannter Nationalsozialist, der nicht aus Oesterreich stammte, auf mich zu und sagte mir, er erinnere sich daran, dass ich ihm einmal menschlich sehr geholfen habe. Nun sei es an ihm, sich zu revanchieren. Er rate mir, nicht an das zu glauben, was Dr. Seyss sage. Die Pläne Hitlers seien andere.



Dr. Schuschnigg hatte den Auftrag gegeben, alles vorzubereiten, damit er von seinem Büro aus eine Erklärung an das österreichische Volk abgeben könne. Er notierte sich kurz diese Abschiedsworte und ging ans Mikrofon.

»Der heutige Tag hat uns vor eine schwere und entscheidende Situation gestellt. Ich bin beauftragt, dem österreichischen Volk über die Ereignisse des Tages zu berichten.

Die deutsche Reichsregierung hat dem Herrn Bundespräsidenten ein gefristetes Ultimatum gestellt, nach welchem der Herr Bundespräsident einen ihm vorgeschlagenen Kandidaten zum Bundeskanzler zu ernennen und die Regierung nach den Vorschlägen der deutschen Reichsregierung zu bestellen hätte, widrigenfalls der Einmarsch deutscher Truppen für diese Stunde in Aussicht genommen wurde. Ich stelle fest, vor der Welt, dass die Nachrichten, die in Oesterreich verbreitet wurden, dass Ströme von Blut geflossen seien, dass die Regierung nicht Herrin der Lage wäre und aus eigenem nicht hätte Ordnung machen können, von A bis Z erfunden sind.

Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volk mitzuteilen, dass wir der Gewalt weichen. Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in dieser ernsten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergiessen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, dass der Einmarsch durchgeführt wird, ohne Widerstand sich zurückzuziehen und die Entscheidungen der nächsten Stunden abzuwarten. Der Herr Bundespräsident hat den General der Infanterie Schilhawsky, den Generaltruppeninspektor, mit der Führung der Wehrmacht betraut. Durch ihn werden weitere Weisungen an die Wehrmacht ergehen.

So verabschiedete ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volk mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: Gott schütze Oesterreich!«

Damit war auch für mich die Entscheidung gefallen. Ich teilte sowohl Dr. Seyss, als auch dem Minister Glaise und zwei weiteren Herren, die noch am selben Abend Mitglieder der neuen Regierung wurden, mit, dass ich nun ins Ausland abreise.

In mir war alles zusammengebrochen, ich war keines Gedankens mehr fähig. Ich fuhr in der nächsten Stunde aus Wien fort, ohne auch nur einen Koffer, ein Kleid oder irgend etwas mitzunehmen.

Aber was war das, was mich betraf, gegen das beispiellose Unglück, das nun über meine Freunde hereinbrach, das ich nicht abwehren konnte, weil mir jede Möglichkeit dazu fehlte? Es blieb mir nur noch das Erinnern, aus dem ich nun schöpfe, um das Ende des dritten Oesterreich der Wahrheit getreu aufzuzeichnen. Denn die Vergangenheit ist die Schwelle des Künftigen.

## Europäische Nervenprobe

Schuschnigg verständigte durch sein Aussenamt die Regierungen von England, Frankreich, Italien und Ungarn von seiner Absicht, ein Plebiszit zu veranstalten.

Er fand überall freudige Zustimmung. Die englische wie die französische Regierung hatten ihm, nachdem er aus Berchtesgaden zurückgekommen war, den dringenden Rat gegeben, das Ultimatum anzunehmen. Man teilte ihm mit, dass es für den Augenblick notwendig sei, die Bedingungen Hitlers anzunehmen. Man wusste, dass die Ablehnung die Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges in sich schloss. Diesen europäischen Krieg wollte man vermeiden. Man riet, – wiewohl die Form des Ultimatus bekannt war, – die Forderungen Hitlers zu akzeptieren.

In ein bis zwei Monaten, so lautete die Auskunft, werde die europäische Lage anders sein. Man legte der österreichischen Regierung nahe, alles zu tun, um jetzt einen Konflikt zu verhüten. Schuschnigg machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die für ihn im Innern entstehen mussten. Aber er war sich im klaren darüber, dass er jede Hoffnung auf eine spätere Hilfe selbst verhinderte, wenn er den Ratschlag nicht befolgte.

Nach Berchtesgaden erhielt ein österreichischer Diplomat den Auftrag, Mussolini über den Inhalt der Unterredung von Berchtesgaden zu informieren. Er übergab dem Duce ein Gedächtnisprotokoll über das Gespräch von Berchtesgaden. Dieses Dokument machte auf den italienischen Regierungschef den grössten Eindruck. Die Aussprache dauerte mehrere Stunden. Das Urteil Hitlers über die italienische Position, über die Qualität der italienischen Armee, zeigte den deutschen Bundesgenossen plötzlich von einer anderen Seite. In Berchtesgaden war nichts von der Verbundenheit der Ideologien, nichts von der Unverletzbarkeit der Achse gesagt. Im Gegenteil, hier war der deutsche Machtwille, war die Ausnutzung der Schwäche, unter dem das fascistische Imperium zu leiden hatte, klar ausgesprochen worden. Mussolini stand vor einer schwierigen Situation. Er konnte einen Konflikt mit dem deutschen Reich nicht riskieren, bevor er nicht den so lange angestrebten Kontrakt mit den Westmächten in der Tasche hatte. Er wusste, dass ihm die Eroberung Oesterreichs durch Deutschland eine weitere Schwächung bringen musste. Die italienische Position in Mitteleuropa, die mühsam und unter grossen Opfern in vielen Jahren aufgebaut worden war, drohte verloren zu gehen.

Mussolini wusste, dass man im Westen mit dieser Gefahr für Italien rechnete. Er wusste, dass der Druck Deutschlands auf Oesterreich ein Druck auf ihn war, der ihn dazu bringen sollte, in seinen Verhandlungen mit England und in weiterer Folge mit Frankreich nachgiebig zu sein. Aber Mussolini sah noch etwas anderes. Er sah die französische Position in Mitteleuropa, in weiterer Folge auch die Interessen Englands durch einen Einmarsch Hitlers bedroht. Eine wirksame Aktion gegen den Einmarsch Hitlers in Oesterreich war auch für England und Frankreich, die keine gemeinsame Grenze mit Oesterreich besitzen, fast nur mit Hilfe Italiens durchzuführen. Italien kam in die Lage, den Westmächten einen wichtigen Dienst zu leisten, indem es durch seine Kraft die Eroberung Oesterreichs durch Deutschland verhinderte. Dieser Dienst musste honoriert werden. Mussolini überlegte sich die Gegenrechnung, die er präsentieren wollte. Die Regelung der

Verhältnisse im Mittelmeer, die Lösung der spanischen Frage, wirtschaftliche Wünsche, konnten bei dieser Gelegenheit in Erfüllung gehen. Je länger er zuwartete, desto deutlicher wurde den Staatsmännern in London und Paris die Gefahr. Mussolini wartete und riet der österreichischen Regierung, Zeit zu gewinnen.

In London und Paris beurteilte man die Situation mit beneidenswerter Ruhe. Man war davon überzeugt, dass der deutsche Druck auf Oesterreich die Italiener immer nervöser machen musste. Man glaubte fest daran, dass Mussolini jetzt geneigt sein würde, rasch die Bedingungen zu akzeptieren, die man ihm stellte. Man sah im drohenden Konflikt in Oesterreich die Möglichkeit, die Achse ohne eigene Kosten zu zerstören, Deutschland zu isolieren. Man war davon überzeugt, dass Mussolini die Eroberung Oesterreichs, die Isolierung Ungarns, die direkte Grenze zwischen Deutschland und Jugoslawien um jeden Preis verhindern würde. Für diesen Zweck musste er sich in London und damit zugleich in Paris sichern. Man zweifelte nicht daran, dass nun die Vereinbarungen London-Rom und Rom-Paris in ganz kurzer Zeit Wirklichkeit werden mussten. Man sah eine verblüffend einfache Lösung der europäischen Spannungen, einschliesslich des spanischen Konfliktes vor sich.

Deshalb riet man der österreichischen Regierung, Zeit zu gewinnen. Das Spiel stand auf des Messers Schneide. Alle Beteiligten rechneten mit den schlechteren Nerven des anderen. Aber in diesem Falle bewiesen alle Staatsmänner gute Nerven.

Die Ankündigung des Plebiszits durch Schuschnigg war ein Signal. Der österreichische Kanzler brachte damit der Welt zur Kenntnis, dass er nicht mehr warten konnte.

Durch die Ankündigung des Plebiszits wollte Schuschnigg die Haltung der Grossmächte klarstellen. Er wollte sie festlegen. Er wollte das Spiel der Mächte, dessen Objekt die Selbständigkeit des österreichischen Staates war, beenden. Er wusste von uns allen, die wir die unerträgliche Spannung der inneren Lage fühlten, dass es Zeit war, Schluss zu machen.

Aber der Schlag misslang. Noch immer warteten die Grossmächte darauf, dass einer die Nerven verlieren würde. Dass einer weich würde. Man wartete in London. Man wartete in Rom, man wartete in Paris.

Auf dem Ballhausplatz in Wien lag der Schlüssel zur Befriedung Europas. Die Gefahr einer Zerspaltung des Kontinents in ideologische Fronten konnte in Wien behoben werden. Aber niemand wollte als erster nach diesem Schlüssel greifen, weil er zuerst noch andere Fragen bereinigt sehen wollte.

Die Haltung der Engländer ist verständlich. Sie wollten eine Chance ausnützen. Die Haltung der Franzosen ist verständlich, sie sahen die Lösung der Frage in London und in Rom und glaubten die Entscheidung durch eine Regierungsumbildung hinauszögern zu können. Die Haltung der Italiener ist verständlich, sie konnten das Risiko einer Verteidigung Oesterreichs nicht mit dem Bruch der Achse bezahlen, wenn sie nicht vorher andere Sicherheiten hatten.

Die Haltung Hitlers ist verständlich, er nutzte seine Chance aus, weil niemand da war, der ihn daran verhindern konnte.

Alles ist verständlich. In Wien wartete man. In Wien verzweifelte man. In Wien sah man über die Gefahr für das eigene Land hinaus die falschen Fronten der Zukunft.

In London, in Paris, in Rom wusste man, was am Freitag vorging. Man zögerte noch, als Hitlers Armeen bereits marschierten. Man zögerte.

Wenn ein Schuss in Oesterreich gefallen wäre! Dann hätten die Grossmächte eingegriffen, dann wäre Oesterreich zu retten gewesen! Das ist die Meinung vieler, die jetzt sagen, nicht der Mörder, – der Ermordete ist schuldig.

Dieser Schuss war nur zu verantworten, wenn Hilfe zu erwarten stand.

Schuschnigg hatte am Abend des 11. März die tragische Gewissheit, dass Oesterreich von Europa aufgegeben war, dass niemand da war, der helfen wollte, der helfen konnte.

Dieser 11. März ist das entscheidende Datum der Geschichte der künftigen Jahrzehnte.

Denn am 11. März hat es sich gezeigt, dass Europa nicht mehr vorhanden ist. Am 11. März begann der ideologische Krieg.

### Samstag, 12. März

Etwa um die gleiche Zeit, zu der ich das Bundeskanzleramt verliess, begann auch die Besetzung des Gebäudes durch nationalsozialistische Polizisten und S.S. Leute. Angehörige der Standarte 89, die im Juli 1934 den Anschlag verübt hatten und im Rahmen der Amnestie anlässlich des Abkommens vom 11. Juli auf freien Fuss gesetzt worden waren, erschienen wieder auf dem Ballhausplatz.

Staatssekretär Keppler entwickelte die Direktiven, die er von Berlin mitbekommen hatte. Das Kabinett wurde zusammengestellt, aber der Bundespräsident weigerte sich beharrlich, Dr. Seyss-Inquart zum Bundeskanzler zu ernennen.

Die Frist des Ultimatums war abgelaufen, die deutschen Truppen überschritten die Grenze.

Die offizielle deutsche Nachrichtenagentur meldete, dass Dr. Seyss in einem Telegramm um den Einmarsch der deutschen Truppen gebeten habe. Es ist, historisch betrachtet, vollkommen gleichgültig, ob dieses Telegramm abgesendet worden ist oder nicht. Dr. Seyss war unter gar keinen Umständen berechtigt, eine solche Depesche abzusenden, und zweitens bedurfte es keines Telegramms, um die deutschen Truppen in Bewegung zu setzen. Sie hatten ihre Marschdispositionen lange vorher erhalten.

Wozu die Fiktion dieser Depesche? Zu Unruhen war es in Oesterreich nicht gekommen.

Der Einmarsch war bereits am frühen Nachmittag für halb acht Uhr abends festgesetzt worden, also war das Telegramm nicht notwendig.

Nach eigener Aussage des Dr. Seyss ist seine Betrauung durch den Bundespräsidenten um Mitternacht erfolgt. Also war er nach der Gesamtdemission der Regierung Schuschnigg nichts anderes als ein Privatmann, dessen Depesche rechtlich und historisch ohne Belang ist.

Der erste hohe Funktionär, der nach Staatssekretär Keppler in Wien eintraf, war der Reichsführer der S.S. und der Chef der Gestapo, Himmler.

Um neun Uhr abends hatten die Nationalsozialisten das Bundeskanzleramt bereits besetzt. Der Bundespräsident befand sich in ihrer Gewalt. Unter diesen Umständen, die auch von nationalsozialistischen Führern zugegeben werden, ist von einem verfassungsmässigen Zustandekommen der Regierung Seyss nicht zu reden. Der Bundespräsident hat als Gefangener der Nationalsozialisten unter Druck gehandelt.

Historisch gesehen sind diese Einzelheiten von geringer Bedeutung. Sie müssen aber erwähnt sein, weil die Nationalsozialisten Wert darauf gelegt haben, der Besetzung Oesterreichs einen legalen Mantel umzuhängen und sich auf den Volkswillen zu berufen.

Es ist jedenfalls Tatsache, dass die deutschen Truppen in der Nacht vom 11. auf den 12. März die Grenze des Bundesstaates Oesterreich überschritten haben und deutsche Bombenflugzeuge über das Land donnerten, dass Oesterreich erobert worden ist – meiner Meinung nach sogar gegen Seyss-Inquart und seine »Regierung«.

### »Die grösste Meldung vor der Geschichte«

Adolf Hitler hat in seiner Rede in Wien gesagt: »Ich erstatte heute vor der Geschichte die grösste Meldung meines Lebens. Oesterreich ist ins Reich heimgekehrt.«

Die Geschichte hat diese Meldung registriert. Ich habe als Zeuge des historischen Vorgangs die Pflicht, zu dieser Meldung nach bestem Wissen und Gewissen einige erläuternde Bemerkungen zu machen.

1. Weit davon entfernt, die staatliche Selbständigkeit Oesterreichs aus dem Friedensvertrag von St. Germain herzuleiten, muss die Feststellung gemacht werden, dass, ganz abgesehen vom Zeugnis der Geschichte, Adolf Hitler die Selbständigkeit und Souveränität dieses Oesterreichischen Staates am 11. Juli 1936 in der Form eines zwischenstaatlichen Abkommens anerkannt und sich bei dieser Gelegenheit verpflichtet hat, »die innerpolitische Gestaltung einschliesslich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus als eine Angelegenheit des anderen Landes zu betrachten und darauf weder unmittelbaren noch mittelbaren Einfluss zu nehmen.«
2. Der Beschluss der konstituierenden Nationalversammlung vom 12. November 1918, der Oesterreich zu einem Bestandteil der deutschen Republik erklärte, dürfte von Adolf Hitler wohl nicht als Rechtsbasis für seine Ansprüche herangezogen werden. Dieser Beschluss, der insbesondere von den Sozialdemokraten gestützt war, bezog sich auf den Anschluss an die verhasste Weimarer Systemrepublik. Ich nehme nicht an, dass die Sozialdemokraten den

gleichen Beschluss gefasst hätten, wenn Deutschland damals etwa eine Monarchie gewesen wäre – von einem nationalsozialistischen Regime gar nicht zu reden. Das Wesentlichste ist jedoch, dass das Deutschland von 1918 ein Bundesstaat war, in dem die einzelnen Länder weitgehende Rechte besaßen. Es handelte sich also am 12. November 1918 um den Beschluss zum Eintritt in eine deutsche Föderation. Alle Voraussetzungen für den Beschluss der konstituierenden Nationalversammlung vom 12. November 1918 fehlten im März des Jahres 1938.

3. In Berchtesgaden hatte sich Hitler, obwohl er den österreichischen Regierungschef unter Druck setzte, von neuem zur österreichischen Unabhängigkeit bekannt.
4. In seiner Reichstagsrede vom 20. Februar erklärte er ausdrücklich, dass das Abkommen von Berchtesgaden als eine Erweiterung auf dem Boden des Abkommens vom 11. Juli aufzufassen sei. Der für Oesterreich wesentlichste Teil des Abkommens vom 11. Juli aber war die Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs durch den deutschen Reichskanzler und Führer der Nationalsozialisten.
5. Der deutsche Reichskanzler hat das Abkommen vom 11. Juli zu wiederholten Malen verletzt, indem er sowohl unmittelbar, wie mittelbar Einfluss auf die inneren Verhältnisse des anderen Landes ausübte.
6. Der eklatanteste Bruch des Abkommens vom 11. Juli ist das sogenannte Abkommen von Berchtesgaden selbst, weil Hitler durch Gewaltandrohung den österreichischen Bundeskanzler zur Befolgung unmittelbarer Einwirkungen zwang.
7. Das Abkommen von Berchtesgaden wurde von deutscher Seite durch die neuerliche Bestellung einer illegalen Parteiführung in Oesterreich, die Hitler persönlich vornahm, gebrochen.
8. Die vom österreichischen Bundeskanzler angeordnete Volksbefragung stand nicht im Widerspruch zum Abkommen von Berchtesgaden. Der Vertrauensmann des Abkommens von Berchtesgaden, Dr. Seyss-Inquart, hatte von der Absicht, diese Volksbefragung anzuordnen, vor der Innsbrucker Rede Dr. v. Schuschniggs durch mich Kenntnis erhalten. Er hätte die Möglichkeit gehabt, sich mit dem Bundeskanzler vor der Ankündigung der Rede ins Einvernehmen zu setzen. Von einer Ueberraschung des Ministers Seyss kann nach seinem eigenen Zeugnis nicht die Rede sein.
9. Der Vertrauensmann des Abkommens von Berchtesgaden erklärte in einem an mich gerichteten Schreiben vom 9. März unter gewissen Vorbehalten sein Einverständnis mit der Durchführung der Volksbefragung und glaubte die Garantie für einen ruhigen Verlauf des Wahltages übernehmen zu können.
10. Die Vorbehalte, die Dr. Seyss bekanntgab, wurden aufgeklärt, seine Wünsche, mit Ausnahme derjenigen, die gegen die Verfassung und das Gesetz, gegen die V.F. verstießen, wurden erfüllt. Dr. Seyss war zufrieden und erklärte sich dem Bundeskanzler gegenüber bereit, im Laufe des Freitag im Rundfunk für die Volksbefragung zu sprechen.
11. Die Ultimata, die dem Bundeskanzler am Freitag den 11. März, überreicht wurden, gingen nicht von österreichischen Stellen, sondern vom Reiche aus. Hitler hatte durch den Minister

- Glaise-Horstenau nach Wien den Befehl zur Ueberreichung des ersten Ultimatums, das von Seyss und Glaise gezeichnet war, gegeben.
12. Das zweite Ultimatum diktierte der preussische Ministerpräsident Göring dem österreichischen Minister Seyss aus Berlin durch das Telephon.
  13. Die Vorbereitungen zum Einmarsch in Oesterreich wurden zu einer Zeit getroffen, in der zwischen dem österreichischen Bundeskanzler und dem Vertrauensmann des Abkommens von Berchtesgaden volles Einverständnis herrschte.
  14. Der Einmarsch der deutschen Truppen ist durch eine Depesche des Dr. Seyss-Inquart nicht zu rechtfertigen. Dr. Seyss besass nicht das Recht, fremde Truppen ins Land zu rufen, der Bundespräsident aber war zu dieser Zeit Gefangener der Nationalsozialisten, deren Kommando noch in der Nacht vom Freitag auf den Samstag der Chef der Gestapo, Reichsführer der S.S. Heinrich Himmler, übernahm. Zu Unruhen, deren die österreichische Executive nicht hätte Herr werden können, ist es nicht gekommen.
  15. Die neue österreichische Regierung, die nach den Direktiven, die der deutsche Staatssekretär Keppler in Wien überbracht hatte, gebildet worden war, fühlte sich nach wie vor als die Regierung eines selbständigen österreichischen Staates. Als Beweis gilt ausser Aeusserungen, die Dr. Seyss mir gegenüber gemacht hat, die Antrittsrede des neuen österreichischen Aussenministers Dr. Wilhelm Wolf, in der ausdrücklich erklärt wurde, dass er die Aussenpolitik in Oesterreich als die Politik eines zweiten deutschen Staates führen wolle.
  16. Die »Volksabstimmung« über die Eingliederung Oesterreichs in das dritte Reich fand zu einem Zeitpunkt statt, zu dem die Annektierung faktisch längst durchgeführt war. Die Gestapo und die deutsche Wehrmacht herrschten im Lande. Tausende und Abertausende sassen in den Gefängnissen, waren in die Konzentrationslager verschickt worden. Wenn Hitler den Wahrheitsgehalt der Volksabstimmung vor der Geschichte, der er seine Meldung erstattet hat, erhärten will, dann gebe er dem österreichischen Volk die Möglichkeit, heute oder morgen über sein Schicksal frei zu entscheiden. Er ziehe vorher seine Polizei, seine militanten Verbände, seine Truppen, seine Parteibeamten aus Oesterreich zurück. Erst eine solche Abstimmung, die die primitivsten Voraussetzungen für eine unbeeinflusste Stimmabgabe gewährleisten, gäbe ein Bild vom Willen des Volkes.

## Schlusswort

In diesem Jahr 1938 drehen sich die Räder der Geschichte schnell. Wer den 11. März als Stichtag der europäischen Entwicklung gelten lässt und die innere Verfassung der Hauptpartner des europäischen Kräftespiels so erkennt wie wir, der weiss, dass der Nationalsozialismus noch nicht auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung steht.

Staatsmänner anderer Länder werden sehr bald vor den gleichen Entscheidungen stehen wie die österreichischen, und das Wort, das wir über einen Teil dieses Buches geschrieben haben: »Dies Oesterreich ist eine kleine Welt, in der die grosse ihre Probe hält«, wird sich schneller bewahrheiten, als es viele meinen.

Wie die Entscheidung fallen wird? Wir wissen es nicht. Wir wissen nur, dass der letzte Rest von Europa – so wie man sich diesen Erdteil lange Zeit gedacht hat – mit Oesterreich verschwunden ist, und dass die neue Zeit in der Periode ihrer Formung, die wir durchleben, noch viel zerstören wird.

Für den innerdeutschen Bereich sowohl als auch für den Donau- und Moldauraum werden, wie auch die Entwicklung läuft, unsere österreichischen Ideen ihren Wert behalten und die Grundlage einer endgiltigen deutschen und europäischen Befriedung sein.